Dienstag, 4. November 1986 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 257 - 45.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600 00 Din. Luxemburg 28 00 lfr. Niederlande 2.20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 350 TL

Heute in der WELT



Studieren im Ausland

Viele Wege führen zum Studium ins Ausland. Angehende Theologen haben die Chance, mit Hilfe des Steuerzahlers einige Zeit in Jerusalem ihre Ausbildung zu vertiefen. Ein *vielfältiges Angebot besteht für die europäischen und nordamerikanischen Länder*, auch an Renommieruniversitäten wie Cambridge (Foto). Die Hochschul-WELT gibt einen umfassenden Überblick über Möglichkeiten, im Ausland den Horizont zu erweitern und nennt die beliebtesten Ziele. Seite 8

Morgen in der WELT

WELT-Report Geld & Anlage

Wie legt man am besten sein Geld an – Aktien oder Staatspapiere erwerben, Edelmetall oder Edelsteine kaufen? Über den deutschen Markt und wichtige ausländische Finanzplätze informiert der umfangreiche WELT-Report Geld & Anlage. Weitere Themen: Finanzinnovation, Aktienanalyse, Vermögensbildung, Hypotheken und das Abc der Börse.

POLITIK

Sühnezeichen: Lob und Anerkennung für das uneigennützige Engagement junger Deutscher, die als Freiwillige der Aktion Sühnezeichen in Israel arbeiten, hat der Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, ausgesprochen. Die Aktion besteht seit 25 Jahren.

Eingestellt: Gegen Bußgelder von insgesamt mehr als 800 000 Mark hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt wegen „geringen Verschuldens" die Verfahren gegen sechs in die Parteispendenaffäre verwickelte Mitarbeiter der Dresdner Bank eingestellt.

Verurteilt: Zu neun Jahren und sechs Monaten Freiheitsentzug wegen schweren Raubs, Urkundenfälschung und Unterstützung der RAF ist der 30jährige frühere Student Karl-Friedrich Grosser in Stuttgart verurteilt worden.

Sicherheit: Ein Fernüberwachungs-System für Kernkraftwerke, das in Baden-Württemberg vorgestellt worden ist, ermöglicht eine kontinuierliche und intensive Kontrolle wichtiger Betriebsparameter und der Umwelt vor radioaktiver Strahlung. (S. 7)

Flucht: Im Sperrfeuer von „DDR"-Grenzsoldaten ist gestern offenbar erneut ein Fluchtversuch am Berliner Grenzkontrollpunkt Dreilinden gescheitert. Reisende hörten etwa 25 Schüsse, dann wurden die Betonsperren für zehn Minuten geschlossen.

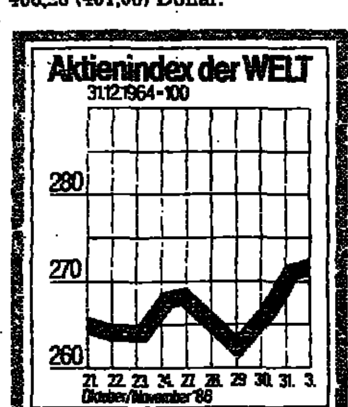
Verbot: Der in der „DDR" lebenden Schriftstellerin Monika Maron ist die Ausreise zu einer Tournee durch die Schweiz verweigert worden. Die regimekritische Haltung der Schriftstellerin dürfte Ablehnungsgrund sein.

WIRTSCHAFT

IATA: Die Fluggesellschaften beklagen einen Rückgang an Passagieren. Der Grund: Terrorismus, Dollarbaisse und die Nachwirkungen von Tschernobyl. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ging das Fluggastaufkommen um *1,1 Prozent (Passagier-Kilometer)* zurück, die Kapazitäten (Sitz-Kilometer) nahmen dagegen um 5,8 Prozent zu. (S. 13)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten entwickelten sich die Kurse uneinheitlich. Öffentliche Anleihen schlossen am Rentenmarkt leichter. WELT-Aktienindex: 272,52 (271,80). BHF-Rentenindex: 105,964 (105,999). BHF-Performance-Index: 106,757 (106,763).

Dollarmittelkurs: 2,0735 (2,0676) Mark. Goldpreis je Feinunze: 406,20 (401,00) Dollar.



KULTUR

Tate: Schottisches Maltalent hat Tradition. In der Londoner Tate-Galery ist sie jetzt an einer Ausstellung mit rund 200 Bildern vom Anfang des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nachzuprüfen. – Weit mehr als Folklore. (S. 23)

Nibelungen: Man braucht Gespür, Erfahrung und auch Glück. Und dies hat geholfen, im Staatsarchiv München bislang unbekannte Strophen des Nibelungenliedes zu finden, bei der Suche nach alten Notariatsurkunden. (S. 22)

SPORT

Europapokal: Das ZDF wird heute abend von 19.30 Uhr an live das Rückspiel der zweiten Runde im UEFA-Pokalwettbewerb zwischen Bayer 04 Leverkusen und Dukla Prag übertragen. Reporter ist Eberhard Figgemeier. (S. 10)

Fußball: Teamchef Franz Beckenbauer hat nach seiner Schiedsrichter-Schelte nicht mit einer Strafe vom DFB-Sportgericht zu rechnen. Es fühlt sich nicht zuständig, da Beckenbauer keine *Trainer-Lizenz besitzt*. (S. 10)

AUS ALLER WELT

„Todesschuß": Er gehört zu den problematischsten Aufgaben eines Polizeibeamten. Der Schütze wird auf das Extremste belastet. Häufig bedarf er anschließend psychologischer Hilfe besonders geschulter Beamter. (S. 24)

Lloyd's: In der Londoner Lime Street hat der Welt bedeutendstes Versicherungs-Unternehmen seine Zentrale in einem jetzt eröffneten postmodernen Bau – drei Jahrhunderte Lloyd's-Geschichte in der „Markthalle". (S. 24)

Genscher trifft Schewardnadse. Eklat um Interview beigelegt?

Bonn: Kohls Erklärung in der WELT ausreichend / Kein Brief an Gorbatschow

CO./RMB. Bonn/Moskau

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird heute am Rande der KSZE-Folgekonferenz in Wien seinen sowjetischen Amtskollegen Edward Schewardnadse treffen. Wie der Deutschen Presse-Agentur gestern aus sowjetischen diplomatischen Kreisen in Moskau bestätigt wurde, soll es zu einer Unterredung der beiden Außenminister kommen. Dies könnte darauf hindeuten, daß Moskau die Auseinandersetzung um das umstrittene „Newsweek"-Interview von Bundeskanzler Helmut Kohl als beigelegt betrachtet.

Der Kanzler hatte der WELT erklärt, durch eine nicht korrekte Wiedergabe eines Gespräches mit „Newsweek" sei der Eindruck entstanden, er habe die Person Gorbatschows mit der von Goebbels verglichen. „Ich bedauere das sehr und distanziere mich mit Entschiedenheit davon. Es war nicht meine Absicht, *den sowjetischen Generalsekretär zu* beleidigen."

Einen von dem FDP-Abgeordneten Helmut Schäfer zusätzlich geforderten Brief Kohls an Gorbatschow bezeichnete Staatsminister Lutz Stavenhagen (CDU) vom Auswärtigen Amt als unnötig. Wenn der Bundeskanzler in einem Interview unrichtig zitiert werde, dann sei es richtig, dies wiederum in einem Interview klarzustellen. Auch führende Unionspolitiker haben die Ansicht vertreten, daß

SEITE 2:
Darstellungs-Leistung

der Ärger Moskaus durch das Interview Kohls mit der WELT ausgeräumt sein sollte.

Zum Entstehen der „Newsweek"-Passage, erklärte gestern Regierungssprecher Ost: „Sicherlich war es mein Fehler, daß ich nicht mit größter Härte *darauf bestanden habe, diesen* Halbsatz zu streichen. Ich habe in dieser Beziehung mit deutschen Kollegen bessere Erfahrungen gemacht." Deshalb habe er eine Beschwerde an den verantwortlichen „Newsweek"-Korrespondenten in Bonn geschickt.

Wie die sowjetische Führung die Angelegenheit tatsächlich einschätzt, wird Genscher bei einer Begegnung mit Schewardnadse aus erster Hand erfahren. Die sowjetische Öffentlichkeit ist bislang nicht über den Eklat zwischen Bonn und Moskau informiert worden. Beobachter vermuten, daß die Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion heruntergespielt werden soll, um die Beziehungen zu Bonn nicht übermäßig zu strapazieren. Demzufolge ignorieren die sowjetischen Medien auch die „Entschuldigung" Kohls in dem WELT-Interview.

Es wurden auch keine Meldungen darüber verbreitet, daß am Wochenende die Besuche des Bundesforschungsministers Riesenhuber und des Leiters der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt, Witte, abgesagt worden waren. Agenturberichte aus der sowjetischen Hauptstadt gaben gestern den Eindruck wieder, daß im Kreml Unschlüssigkeit über das weitere Verhalten *gegenüber* Bonn herrsche. Eine Arbeitsgruppe der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission war gestern nachmittag auf dem Weg nach Moskau.

DER KOMMENTAR

Menschenrecht

CARL GUSTAF STRÖHM

Wien ist in diesen Tagen nicht nur Treffpunkt von Abrüstungs-Diplomaten aus Ost und West. Die österreichische Hauptstadt, in der heute ein weiteres KSZE-Nachfolgetreffen beginnt, ist auch zu einem Forum für jenes Thema geworden, ohne das west-östliche Diplomatie Stückwerk bleiben *muß: die Frage von Menschen*recht und Selbstbestimmung.

So hat das Erscheinen des amerikanischen Chefdelegierten in Wien, Botschafter Warren Zimmermann, auf einer Pressekonferenz von Exil-Vertretern der baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen mehr als nur symbolische Bedeutung. Die Amerikaner haben mit dem demonstrativen Auftritt ihre Marschroute abgesteckt. Die Sowjetunion muß damit rechnen, daß die Reagan-Administration in Wien Fragen stellen und Themen auf den Tisch legen wird, die für Moskau alles andere als angenehm sein dürften.

Allerdings: wenn Gorbatschow von der Notwendigkeit der „Glasnost" – also der Öffentlichkeit – spricht, muß er sich gefallen lassen, daß alle heißen Eisen zur Sprache kommen, von Afghanistan bis Polen, von den sowjetischen Juden bis zu den verzweifelt um ihre Ausreise kämpfenden Deutschen in der UdSSR. Und gerade die baltischen Nationen *sind Beispiele dafür*, wie kleine europäische Nationen zu Opfern von Gewaltpolitik wurden.

Der frühere schwedische Vize-Ministerpräsident Ahlmark hat in Wien daran erinnert, daß die baltischen Völker ihre Unabhängigkeit durch den Hitler-Stalin-Pakt verloren. So sehr die Sowjetunion sonst vorgibt, gegen „Faschismus" und „Hitlerismus" auch heute noch anzukämpfen – das Geschenk, das Hitler und Ribbentrop dem Kreml in Gestalt der drei baltischen Republiken machten, soll, wenn es nach den Sowjets ginge, nie wieder zur Diskussion stehen. Das Schicksal der Esten, Letten und Litauer sollte den glücklicheren Westeuropäern zu denken geben.

Kohl: Vor Weltmacht nicht schweigen

Kritik an sowjetischer Afghanistan-Politik / Buthelezi: In Südafrika Lauf gegen die Uhr

KLAUS JONAS, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat die südafrikanische Regierung aufgefordert, alle politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen und bestehende Verbote von politischen Parteien und Organisationen aufzuheben. Auf einer internationalen Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn zu Fragen der Menschenrechte sagte Kohl, die Bundesregierung unterstütze einen gerechten Ausgleich der Interessen im südlichen Afrika. Dazu gehöre aber als Voraussetzung die Bereitschaft Pre*torias, längst überfällige Entschei*dungen zu treffen.

Seine Regierung, betonte Kohl, fordere Freiheit und Menschenrechte nicht nur gegenüber kleinen Staaten. „Gerade auch, wo der Machtanspruch einer Weltmacht Diktaturen stabilisiert, dürfen wir nicht schweigen. Nichts wird uns beispielsweise davon abbringen, den völkermordenden Krieg der Weltmacht Sowjetunion gegen das kleine Volk Afghanistan zu verurteilen." Es mache keinen Unterschied, so Kohl weiter, ob Menschenrechte in Lateinamerika oder von einer kommunistischen Diktatur in Europa mißachtet würden. „Menschenrechte sind unteilbar."

Zu der Konferenz am Vortag der Eröffnung des KSZE-Folgetreffens in Wien, auf dem die Menschenrechts-

SEITE 2:
Sanktionen?

frage eine prominente Rolle spielen wird, sind Politiker aus Lateinamerika, Asien und Afrika, darunter der *südafrikanische Zulu-Führer Mango*suthu Buthelezi, nach Bonn gekommen.

Wie zuvor schon Kohl lehnte auch Buthelezi, Gründer der Inkatha, der mit 1,3 Millionen eingeschriebenen Mitgliedern größten Schwarzen-Organisation Südafrikas, und unumstrittener Führer der sechs Millionen Zulus im Land in seiner Rede Sanktionen gegen Südafrika zur Überwindung der Apartheid ab. Südafrika liege zur Zeit in einem Rennen gegen die Uhr zwischen Demokratie und Gewalt. Jetzt bestehe die Gefahr, daß die vom Westen beschlossenen Wirtschaftssanktionen „das Pendel in Richtung Gewalt ausschlagen läßt. Wenn die internationale Gemeinschaft die sogenannten limitierten Sanktionen gegen Südafrika verhängt und Schritt für Schritt diese Sanktionen verschärft, ist die Zu*kunft einer Demokratie* in Südafrika in Frage gestellt." Ausdrücklich dankte Buthelezi Kanzler Kohl, Präsident Reagan und Premierministerin Thatcher für ihre besonnene Haltung in der Sanktionsfrage.

Buthelezi warnte vor Versuchen, das bestehende System in Südafrika gewaltsam zu beseitigen. Die Bereitschaft zu einem neuen südafrikanischen Lebensstil könne nicht mit dem Gewehr erzwungen werden. „Diese kann lediglich erzielt werden, indem Schwarze und Weiße sich verbrüdern in der gemeinsamen Absicht, das zu ersetzen, was allgemein als veraltetes *Apartheidsystem akzep*tiert wird."

Für Reagan geht es um einen hohen politischen Einsatz

Bei den Wahlen ist Mehrheit der Republikaner in Gefahr

FRITZ WIRTH, Washington

In den USA fällt heute eine bedeutsame Entscheidung für die politische Zukunft Präsident Reagans. Es geht darum, ob er in den beiden restlichen *Jahren seiner Amtszeit noch eine* Chance hat, sein politisches Programm durchzusetzen.

178 Millionen Amerikaner wählen einen neuen Kongreß, und das Interesse konzentriert sich seit Wochen fast ausschließlich auf den Kampf um die Kontrolle des Senats, den die Republikaner bisher mit einer Mehrheit von 53 gegen 47 Stimmen beherrschen. Verlieren die Republikaner *diese Mehrheit, befände sich der ge*samte Kongreß in den Händen der Opposition.

Der voraussichtliche Ausgang dieser Wahl wird so knapp ausfallen, daß selbst die letzten Meinungsumfragen keinen Aufschluß über das Ergebnis geben. Eine Pattsituation von 50 zu 50 Stimmen im Senat ist nicht auszuschließen, wobei in diesem Fall Vizepräsident Bush mit seiner Stimme *eine weitere republikanische* Mehrheit sichern würde.

Ein neuer Faktor in dieser Wahl ist in den letzten Stunden die Freilassung der im Libanon festgehaltenen Geisel David Jacobsen geworden. Das Ereignis hat starke Emotionen geweckt und könnte sich zugunsten der Republikaner auswirken, obwohl das Weiße Haus die Bedeutung dieser Freilassung für die Wahlen herunterspielte. „Wir machen nicht Menschenleben zum Gegenstand unserer Wahlkampagne," erklärte Donald Regan, Reagans Stabschef.

Der hohe politische Einsatz bei dieser Wahl veranlaßte den Präsidenten zu einer außergewöhnlich intensiven Wahlkampagne mit insgesamt *50* Wahlauftritten. Seinen letzten hatte er *am Montagnachmittag in Las Ve*gas. Zuvor hatte Reagan die Nation in einer fünfminütigen, bezahlten Wahlrede im Fernsehen ermahnt, jene Politiker zurückzuweisen, die entschlossen seien, sein SDI-Programm zu streichen, mit dessen Hilfe Gorbatschow erst an den Verhandlungstisch zurückgebracht worden sei.

In den Wahlen für das Repräsentantenhaus ist die demokratische *Mehrheit von 253 gegen 182* Stimmen ungefährdet, während bei den 36 Gouverneurswahlen Gewinne für die Republikaner erwartet werden.

US-Signal für die Menschenrechte

Auf der KSZE legt Washington ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten ab

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Am Vorabend des Wiener KSZE-*Treffens haben die USA in der Frage* des Menschen- und Selbstbestimmungsrechts für das östliche Europa einen demonstrativen Schritt unternommen. Der Chef der amerikanischen KSZE-Delegation, Botschafter Warren Zimmermann, erschien gestern *in Wien auf einer Pressekonfe*renz des „Baltischen Weltrats" – einer Dachorganisation der Esten, Letten und Litauer in der freien Welt – und *legte vor den Journalisten im Namen* seiner Regierung ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten ab.

„Wir werden deutlich und klar über das Problem der Menschenrechte und der Selbstbestimmung für Estland, Lettland und Litauen sprechen," umriß der amerikanische Botschafter die Verhandlungsposition seines Landes auf dem Wiener Treffen. *Die USA nähmen die Menschen*rechtsprinzipien im Rahmen des Helsinki-Prozesses und die Verletzung dieser Prinzipien durch die Sowjets sehr ernst. Zimmermann bekräftigte, daß Washington die Annexion der baltischen Republiken durch die Sowjets im Jahre 1940 nicht anerkenne. Er selber habe während früherer Besuche in Riga, Vilnius und Reval (Tallinn) erlebt, daß die Menschen im Baltikum auch heute noch die Werte des Westens *hochhalten* und „wie sehr sie sich mit uns Amerikanern verbunden fühlen."

Der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Schwedens, Per Ahl-

SEITE 12:
KSZE-Erfüllungsbilanz

mark, beschuldigte die Sowjetunion, die Sprache und das Nationalbewußtsein der baltischen Völker vernichten zu wollen. Das Schicksal der baltischen Republiken sei absolut einmalig, weil hier drei demokratische Nationen gezwungen worden *seien, ein Teil der Sowjetunion zu* werden. Es gebe keinen einzigen Satz in den Menschenrechts-Paragraphen der Helsinki-Schlußakte, den die Sowjetunion nicht täglich in den baltischen Ländern verletze. Wer hierzu schweige, der verrate nicht nur die Werte der westlichen Zivilisation, sondern gebe auch zu erkennen, daß der Hitler-Stalin-Pakt des Jahres 1939 wichtiger sei als die Helsinki-Schlußakte.

Ihre Sorge um das physische Überleben *ihrer Nationen* brachten die Sprecher der einzelnen baltischen Staaten zum Ausdruck. Lembit Savi, Vorsitzender des Estnischen Weltrats, erklärte, die Hilferufe aus dem Baltikum verhallten bei vielen westlichen Regierungen ungehört. Jetzt aber müsse man die Mauer des Schweigens durchbrechen. Die Sowjetunion habe jetzt die Rolle des Dritten Reiches übernommen. Der Vorsitzende des Obersten Befreiungskomitees für Litauen, Kazys Bobelis, sagte, Estland, Lettland und Litauen seien ein integraler Teil Eu*ropas. Ohne Selbstbestimmungsrecht* für die baltischen Völker könne es keinen dauerhaften Frieden in Europa geben.

Weizsäcker: Hilfe zur Selbsthilfe

ohn. Bad Salzuflen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) haben gestern gemeinsam die Entwicklungsaufgaben von Staat und *Kirche in der Dritten Welt* bekräftigt.

Weizsäcker sprach sich dabei in seinem Grußwort vor der in Bad Salzuflen tagenden Synode der EKD für eine Entwicklungspolitik aus, die vor allem eine „Hilfe zur Selbsthilfe" aber auch eine „Hilfe zum Selbstvertrauen" sein müsse.

Seite 4: Wo die Not am größten

SPD-Vorschlag zum „Kronzeugen"

DW. Köln

Die SPD sieht die Möglichkeit zu einem Kompromiß bei der „Kronzeugen-Regelung". „Wenn Mörder nicht mehr straffrei ausgehen können, dann kann man über alles andere reden, bis hin zu sonstigen Kronzeugen aus dem Kreis der Terroristen", sagte der Vorsitzende des Innenausschusses, Wernitz, im „Express". FDP-Generalsekretär Haussmann kündigte an, die FDP werde sich bei der „Kronzeugen"-*Regelung* erst nach der für Mitte November geplanten Anhörung festlegen.

Özal entläßt Gewerkschaften nicht aus seiner Kontrolle

Demokratisierung bringt Arbeitnehmervertretern keine Rechte

HEINZ DELVENDAHL, Ankara

Ausländische Beobachter bescheinigen der Türkei Fortschritte bei der Rückkehr zur Demokratie. Davon *ausgenommen sind jedoch offenbar* die Gewerkschaften. Ministerpräsident Turgut Özal soll sie und die Universitäten als Ausgangspunkte für den Terror und die Anarchie der späten 70er Jahre bezeichnet haben. Aus diesem Grunde würden sie als letzte von der derzeitigen Demokratisierung profitieren.

Tatsächlich sind die Gewerkschaf*ten weitgehend entmachtet. Um das* Streikrecht ausüben zu können, muß eine Gewerkschaft nach Berichten von Sachkennern zehn Prozent der Arbeitnehmer ihrer Branche und 51 Prozent in dem betreffenden Unternehmen organisiert haben. Ihre Streikabsicht muß sieben Tage vor einem geplanten Arbeitsausstand einem Notar ankündigt werden. Das läßt dem Unternehmer genügend Zeit, um Zusatzpersonal anzuheuern. Außerdem können Streiks dadurch verhindert werden, daß das Kabinett sie „vertagt".

Ein oberstes Schiedsgericht, das in diesem Fall dann über Lohnerhöhungen entscheidet, haben die Gewerkschaften verlassen. Sie sahen sich einer Übermacht *von* Regierungs- und Arbeitgebervertretern gegenüber.

Nach der Verfassung von 1982 dürfen Gewerkschaften keine Kontakte zu Parteien haben. Jegliche Mitgliedschaft in internationalen Vereinigungen bedarf der Zustimmung des Kabinetts. Beamte, Angehörige der Streitkräfte und Studenten dürfen ihnen nicht angehören.

Die Gewerkschaften sehen sich einer Aushöhlung der Kaufkraft – sie ist seit dem Armeeputsch um die Hälfte gesunken – machtlos gegen*über. Selbst der Arbeitgeberverband* TÜSIAD hält die Mindestlöhne für irreal niedrig. „Ministerpräsident Özal will die Löhne niedrig halten, um für ausländische Investoren attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen", urteilt ein Kenner der Verhältnisse. „Im Verein mit dem faktischen Streikverbot schafft er ein günstiges Investitionsklima." (dpa)

Freigelassene Geisel erholt sich in Wiesbaden

Nea. Wiesbaden

In einer Schweizer Chartermaschine ist der 55jährige Amerikaner David Jacobsen, den schiitische Moslems fast 17 Monate lang in Libanon als Geisel festgehalten hatten, gestern um 11.30 Uhr auf dem US-Militärflughafen in Wiesbaden-Erbenheim gelandet.

Jacobsen, der in der libanesischen Hauptstadt Beirut die amerikanische Universitätsklinik geleitet hatte, dankte bei seiner Ankunft der US-Regierung für ihre Bemühungen um seine Freilassung. Über seine Behandlung durch die pro-iranischen Guerillas äußerte der stark von Strapazen gezeichnete Amerikaner sich nicht. Er soll im Air Force Hospital in Wiesbaden *zunächst genau untersucht* werden. Über die Freilassung der übrigen 19 Geiseln der Moslem-Gruppe wird noch verhandelt.

Seite 5: Weitere Berichte

Chissano neuer Präsident von Moçambique

DW. Maputo

Moçambiques bisheriger Außenminister Joaquim Chissano ist zum Nachfolger des tödlich verunglückten Präsidenten Samora Machel bestimmt worden. Das wurde gestern offiziell in Maputo bekanntgegeben. Dort war das Zentralkomitee der regierenden Frelimo-Partei zu einer Sondersitzung zusammengetreten und hatte Chissano zum Parteivorsitzenden gewählt. Die Verfassung Moçambiques bestimmt, daß der Frelimo-Chef automatisch Staatspräsident und *Oberkommandierender der* Streitkräfte ist.

Machel war über südafrikanischem Territorium nahe der Grenze zu Moçambique mit einem Flugzeug abgestürzt. Aus den Frontstaaten Südafrikas war der Verdacht geäußert worden, Pretoria stehe hinter dem Tod Machels. Die dortige Regierung hatte dies energisch dementiert.

Brasilien und Uruguay an der Seite Argentiniens

DW. Punta del Este

Brasilien und Uruguay wollen Argentinien Rückendeckung beim Versuch geben, den neuen Falkland-Konflikt mit Großbritannien auf friedlichem Wege zu lösen. Das ist das Ergebnis einer Außenministerkonferenz, die auf argentinisches Ersuchen im uruguayischen Punta del Este stattgefunden *hat. Auf Initiative* dieser drei Staaten wird sich auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) mit dem Falkland-Problem befassen.

US-Außenminister Shultz hat Argentinien nach Informationen aus diplomatischen Kreisen versichert, er sei von der britischen Entscheidung, die Hoheitsgewässer um die Falkland-Inseln *auszudehnen, vollkom*men überrascht worden. Shultz sicherte zudem zu, an dem OAS-Treffen kommende Woche in Guatemala teilzunehmen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Weiche Zweifel?

Von Diethart Goos

Je schlechter es um die Liberalen steht, um so mehr neigt die selbsternannte Partei der Aufklärung zu Ausflügen in die Irrationalität. Statt nach dem blamablen Bayernergebnis alle noch verbliebenen Kräfte zu sammeln und in die Offensive zu gehen, brechen maßgebliche FDP-Politiker ebenso unnütze wie gefährliche innerparteiliche Kontroversen vom Zaun. Der Streit um die Methoden effektiver Terrorismusbekämpfung entzweit die Partei in einem Maße, das im Hinblick auf die Bundestagswahl für sie lebensgefährlich werden kann.

Dabei verlaufen die Fronten nicht entsprechend dem bisherigen Muster zwischen den Politikern sozialliberaler Couleur und den sogenannten Wirtschaftsliberalen. Aus beiden Lagern vereinen sich die Gegner einer Kronzeugenregelung. Das führt zu merkwürdigen Bündnissen, wenn etwa Burkhard Hirsch und Otto Graf Lambsdorff plötzlich Seite an Seite stehen. Da drängt die Frage sich auf, wie man diese Entwicklung der Wählerschaft zu verdeutlichen gedenkt.

Da dieser Streit nun offenkundig geworden ist und ausgerechnet der Bundesaußenminister und langjährige Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher noch tüchtig Öl in die Flammen gegossen hat, ringt das Parteipräsidium um Schadensbegrenzung. Fünf Tage vor der Hamburger Bürgerschaftswahl hat sich die FDP-Führung gestern in der Hansestadt mühsam auf einen Burgfrieden verständigt. Der Streit um den Kronzeugen soll vorerst nicht weiter öffentlich geführt werden.

Doch schon am Freitag bietet sich im Plenum des Bundestages Anlaß, den Meinungsstreit erneut vorzuführen. Denn es wäre sensationell, wenn die innere FDP-Opposition bei dieser Debatte, die sicher sehr heftig geführt werden wird, schwiege.

Genscher hat in der jüngsten Auseinandersetzung wieder den Slogan „Im Zweifel für die Freiheit" ausgekramt. Dabei weiß der frühere Innenminister gut genug, daß kein Bürger sich in seiner Freiheit bedroht fühlt, wenn Mördern, Geiselnehmern und Staatserpressern das Handwerk gelegt wird. Falls der Kronzeuge dafür nicht geeignet sein sollte, kann Genscher das erklären; falls doch, beeinträchtigt er die Liberalität ganz sicher nicht.

Philippinisches Manöver

Von Jochen Hehn

Eines kann man den kommunistischen Rebellen auf den Philippinen sicher nicht nachsagen: daß sie kein Talent für Dramaturgie hätten. Ihr Angebot einer hunderttägigen Waffenruhe, auf dem Höhepunkt der Kritikkampagne von Verteidigungsminister Enrile gegen Staatspräsidentin Aquino vorgelegt, kam überraschend und hat die Verwirrung der ohnehin schon verfahrenen Situation noch größer gemacht.

Warum nur lassen die Rebellen die Waffen nicht sofort schweigen, sondern erst in fünf Wochen, am 10. September? Ihre Begründung – dieser Tag eigne sich so gut, weil es sich um den „internationalen Tag der Menschenrechte" handele – ist nicht nur fadenscheinig, sondern an Zynismus kaum zu überbieten angesichts der Brutalität, mit der die Kommunisten gegen ihre politischen Feinde, aber auch gegen Abtrünnige in den eigenen Reihen und gegen Zivilisten vorgehen.

Mit ihrem Friedensvorschlag haben die Rebellen vielmehr zweierlei im Sinn. Erstens hoffen sie darauf, daß die Präsidentin sich nun nicht mehr genötigt sehe, doch noch auf den militärischen Kurs einschwenken zu müssen. Zweitens haben sie damit den Ball wieder in das Lager der miteinander hadernden Militärs und Regierungsvertreter zurückgespielt. Das Angebot stärkt die Position der zu Verhandlungen neigenden Corazon Aquino und überbrückt nicht die Kluft zum entschiedenen Kommunistengegner Enrile – dazu sind beider Position zu weit auseinander.

Während Frau Aquino auf eine friedliche Lösung des Rebellenproblems setzt, legen Enrile und die Militärs ganz andere Maßstäbe an das Angebot der Rebellen. Die Hundert-Tage-Frist, so meinen sie, sei für die Guerrillas nur von Vorteil, könnten sie in dieser Zeit doch ihre im Lande verstreut operierenden Einheiten unbehelligt neu gruppieren, besser ausrüsten und damit noch schlagkräftiger machen. Mit ihrem Schachzug haben die philippinischen Kommunisten also den zerstrittenen Parteien um Aquino und Enrile nicht nur neuen Diskussionsstoff gegeben, sondern auch gezeigt, daß sie ihr Handwerk auf der politischen Bühne ebensogut verstehen wie im Untergrund.

Sanktionen? Nein, danke

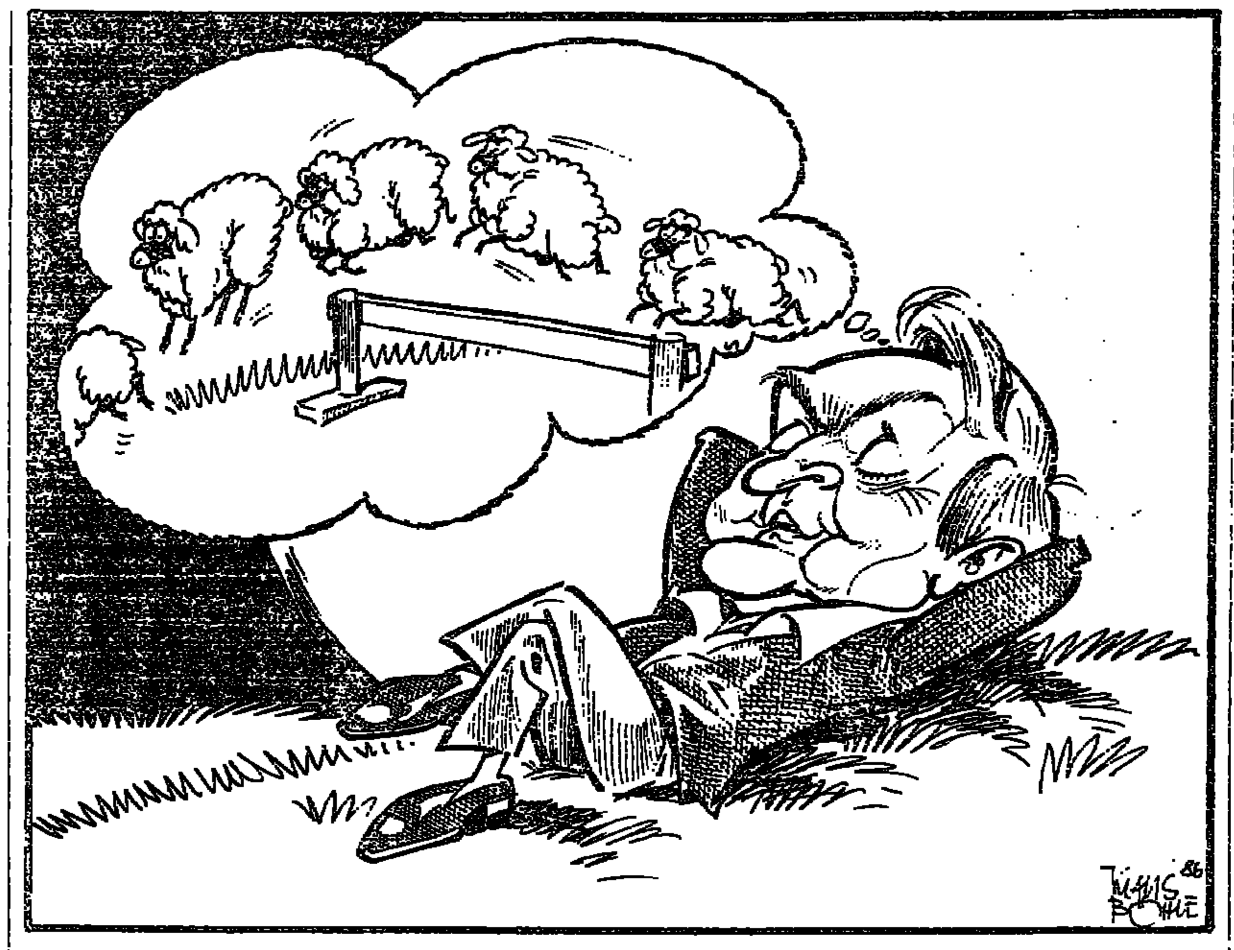
Von Klaus Jonas

Jene im Westen, die immer noch der Meinung sind, mit der Verhängung von Sanktionen den Schwarzen des Landes einen Gefallen tun und ihnen zu mehr Recht verhelfen zu können, mußten sich jetzt ein brüskes „nein, danke" anhören. Kein Geringerer als Chief Buthelezi, der für sich in Anspruch nehmen kann, für sechs Millionen Zulus zu sprechen, also für ein Drittel der schwarzen Bevölkerung Südafrikas, fuhr den Eiferern in die Parade.

Südafrika, so Buthelezi auf der Menschenrechtstagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn, liege in einem Rennen gegen die Uhr zwischen Demokratie und Gewalt. Ob die Demokratie siegt, könne durchaus vom Ausland abhängen. Der Westen habe mit seinen Sanktionen die Gefahr heraufbeschworen, daß das Pendel in Richtung Gewalt ausschlägt. Sanktionen, so Buthelezi weiter, seien eine den Südafrikanern vom Westen aufgebürdete Realität. Je früher der Westen einsehe, daß sie die Botha-Regierung nicht in die Knie zwingen werden, desto geringer seien die Gefahren für Südafrika.

Es ist ein düsteres Szenario, das der Chefminister von KwaZulu und Präsident der Inkatha (der größten politischen Massenbewegung von Südafrika) da entwirft. Mit Sanktionen werde die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2000 auf ungefähr acht Millionen ansteigen. Zu leiden hätte am meisten die schwarze Bevölkerungsgruppe, das ohnehin begrenzte Potential Südafrikas zur Schaffung von Arbeitsplätzen werde zusätzlich reduziert. Noch einen Gedanken gibt Buthelezi den Sanktions-Befürwortern auf den Weg: Es sei keineswegs sicher, daß ein wirtschaftlicher Niedergang Südafrikas die Geduld der Schwarzen mit der existierenden Ordnung zum Bersten strapazieren werde. Genau das Gegenteil könnte eintreten: er könnte sie zermürben und ihre Moral schwächen.

Für Buthelezi gibt es nur einen Weg zu einer friedlichen Zukunft für Südafrika: den Dialog zwischen Schwarz und Weiß in der gemeinsamen Absicht, den Anachronismus Apartheid zu ersetzen. Die Botha-Regierung ebenso wie die westlichen Sanktions-Befürworter täten gut daran, seine Botschaft aus Bonn genau zu studieren.



„Siebenundvierzig – achtundvierzig – neunundvierzig – fünfzig . . ." KLAUS BÖHLE

Ein Kongreß gegen Reagan?

Von Fritz Wirth

Es gibt Wahlkämpfe, nach denen die Kandidaten sich selbst nicht mehr mögen. Die Kampagne zum 100. amerikanischen Kongreß, die heute zu Ende ging, gehört dazu. Wer immer auch morgen früh als Sieger feststehen mag, hängen bleiben wird ein politisches Katergefühl.

Diese Wahlen gehören zu jenen paradoxen Auseinandersetzungen, bei denen mehr Verlierer als Sieger zurückbleiben. Und zu den großen Verlierern gehören Fairneß, Stilgefühl und der Respekt vor dem Wähler. Der Stil dieses Wahlkampfs hat schon heute mehr Unruhe hinterlassen, als es das Endergebnis auszulösen vermag.

Es war ein Wahlkampf ohne große Themen mit oft unsichtbaren Kandidaten, in dem der Bildschirm zur Szene der Argumente und – noch schlimmer – zum Abfallplatz oft primitiver persönlicher Nickligkeiten wurde. Hier hat sich in den letzten Wochen die amerikanische Politik deutlich unter Wert verkauft. Sie hat sich auf alarmierende Weise den Reklame-Fachleuten ausgeliefert, die Art und Ton dieses Wahlkampfs bestimmten.

Sollte dieser Wahlkampf mehr als nur eine einmalige Entgleisung sein, sollte er einen neuen Trend im Kampf um den Wähler darstellen, gäbe es in der Tat Anlaß zur Sorge. Denn die Folgen dieses Wahlkampfs werden schon heute abend sichtbar sein: die Vermarktung politischer Argumente in knappen Dreißig-Sekunden-Spots auf dem Bildschirm führt zu einer Entfremdung zwischen Politikern und Bürgern. Das Ergebnis ist die große Urnenflucht. So rechnet man denn bei diesen Wahlen mit einer der geringsten Wahlbeteiligungen des Jahrhunderts.

Die heutigen 100. Kongreßwahlen haben dies nicht verdient, denn sie haben erhebliche innen- und außenpolitische Bedeutung. Es geht um die politische Effektivität Ronald Reagans in seinen letzten beiden Amtsjahren, es geht um die Kontinuität der amerikanischen Politik – und es geht darum, ein politisches Fundament für die Präsidentschaftswahlen im Jahre 1988 zu legen.

Im Zentrum dieser Wahl steht der Kampf um den Senat. Verlieren die Republikaner die Kontrolle über diese Kammer, wird Ronald Reagan in den nächsten zwei Jahren gegen einen feindseligen Kongreß anregieren müssen, wobei der Kompromiß und das Veto zu den wesentlichen – höchst unbefriedigenden – Instrumenten seines Umgangs mit der demokratischen Opposition gehören werden.

Die Konsequenzen dieser neuen möglichen Konfrontationspolitik zwischen Kongreß und Weißem Haus werden sehr schnell auch bei den Partnern der USA spürbar werden. Ein demokratisch geführter Kongreß wird den starken Trend zum Protektionismus, der schon seit geraumer Zeit auf dem Kapitol erkennbar ist, intensivieren und einen kalten Hauch auf die Handelsbeziehungen legen.

Außenpolitisch würde von diesem Kongreß der Sanktionsdruck gegen Südafrika noch stärker werden. Ebenso würde die Mittelamerikapolitik Reagans mit seiner Finanz- und Militärhilfe für die „Contras" in Nicaragua auf neue Hürden stoßen. Stoff für Konfrontationen lieferte ferner das Weltraumverteidigungsprogramm SDI des Präsidenten, das von den Demokraten noch stärker an die Kette gelegt werden könnte als bisher.

Das sind die Konfliktbereiche, die sich im Falle einer Rückeroberung des Senats durch die Demokraten abzeichnen. Der einzige Trost für Reagan in diesem Falle wäre, daß die Demokraten auch nach einem Wahlsieg keine sehr kohärente Fraktion in den Senat schicken werden, und daß es dieser



Der Präsident mit dem Jux-Tier: Senatswahlkampf 1986 FOTO: DPA

Fraktion außerdem an einer starken Führung mangelt. Da ein Sieg der Demokraten – wenn er denn überhaupt zustande kommt – sehr knapp ausfallen würde, dürfte es für die Demokraten immer noch sehr schwierig sein, Zweidrittel-Mehrheiten zu mobilisieren, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen. Es gibt deshalb noch keinen Anlaß, Reagan im Falle eines demokratischen Wahlsiegs bereits als „Lahme Ente" zu deklarieren. Unzweifelhaft ist jedoch, daß das politische Klima in Washington rauher und feindseliger würde.

Reagan wußte, was auf dem Spiel steht; das erklärt sein bemerkenswertes persönliches und politisches Engagement in diesem Wahlkampf. Zu seiner Ehre muß gesagt werden, daß er in der Thematik und im Stil seiner Kampagne deutlich seine Konkurrenten und Mitstreiter überragte. Er gehörte zu den wenigen, die in diesem Wahlkampf zur Sache und nicht so sehr zur Person sprachen.

Reagan schnitt die großen Themen seiner Amtszeit an – das Verhältnis zur Sowjetunion, die Rolle des SDI-Programms und die Frage von Steuererhöhungen –, doch es blieben Stichworte ohne Echo. Die Opposition nahm sie nicht auf. Sie machte dies statt dessen zu einer Kampagne der kleinsten politischen Nenner. Sie ging den großen Themen aus dem Wege, um damit jenen Gegner zu neutralisieren, den sie am meisten fürchtet: Ronald Reagan. Und so wurde dies am Scheideweg großer welt- und verteidigungspolitischer Verhandlungen und Entscheidungen eine eigenartig weltfremde Wahlkampagne der Lokalprobleme.

Sollten die Republikaner verlieren, bedeutet das noch nicht, daß sich damit automatisch die Dämmerung über die sogenannte „Reagan-Revolution" senkt. Dieser Mann wird auch noch nach der Wahl der populärste amerikanische Präsident dieses Jahrhunderts sein. Sein Ansehen und sein Vertrauen beim Bürger gehen weit über die Parteigrenzen hinweg. Das Reservoir an Goodwill, das er beim Bürger genießt, ist noch lange nicht erschöpft. Es bleibt deshalb für seine politischen Gegner nach wie vor ein Risiko, auch wenn sie heute siegen sollten, sich diesen Mann zum Gegner zu machen.

IM GESPRÄCH A. Krawczuk

Zensur netter verkaufen

Von Joachim G. Görlich

In Polen mußte der meistgehaßte Kulturminister seit Bestehen der Volksrepublik, Professor Kazimierz Zygulski, seinen Sessel räumen. Der parteilose Kunsthistoriker, der erst 1956 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückkam, hatte die Kluft zwischen Intellektuellen und Führung immer größer werden lassen, zum Schaden der Volksrepublik bei den einflußreichen Intellektuellen im Westen. Der General braucht den Westen für seine marode Wirtschaft; folglich geht Zygulski zu einer Kultureinrichtung der UNO.

Sein Nachfolger wurde bereits seit geraumer Zeit auf der Personalbörse gehandelt: Es ist der vierundsechzigjährige Professor der Altertumsgeschichte und parteilose Schriftsteller Aleksander Krawczuk, ein gebürtiger Krakauer, der auch in der Königstadt wissenschaftliche Karriere machte.

Das „Who's who in Poland" weist ihn als Autor über Julius Caesar, Herodes, Nero, Kleopatra, diverse römische Kaiser, über Rom und Jerusalem sowie über „Mythen im alten Italien" aus, die in verschiedenen Ostblockstaaten übersetzt erschienen.

Der Mann, der in der nationalen Front „PRON" eine Rolle spielt, erhielt zahlreiche Staatspreise, jedoch Orden sucht man in der Vita vergeblich. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Und seine liebste Freizeitbeschäftigung wird mit „Wandern" angegeben.

Krawczuk hat sofort nach seiner Nominierung erklärt, daß er jedermann anhören wolle, den Dialog mit den Kulturschaffenden suchen und das Klima zwischen diesen sowie der polnischen Führung entkrampfen wolle.

Mit dieser Nominierung hat Jaruzelski mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Der neue Mann ist frei vom Odium seines Vorgängers, ein in der UdSSR umgeschulter russophiler Janitschar zu sein. Er



Fachmann für Herodes und Nero: Jaruzelskis neuer Mann Krawczuk FOTO: DPA

kommt aus einer Stadt und von einer Universität, der ältesten polnischen, wo die Opposition gegen die „Volksmacht" immer groß war. Nicht nur der katholische „Tygodnik Powszechnie" bereitete den Machthabern stets Ärger, sondern auch das eigene KP-Organ „Gazeta Krakowska", das sich trotz Säuberungen noch weiter mit einem liberalen Touch umgibt. Das trifft auch auf den Regionalvorstand des neuen Literatenverbandes zu, dessen Vorsitzender Krawczuk bislang war.

Krawczuk ist bisher politisch nicht in Erscheinung getreten und gilt daher als nicht korrumpiert. Er genießt bei Intellektuellen und in der Wissenschaft hohes Ansehen. Er pflegte trotz allem guten Kontakt zu Schriftstellerkollegen, die seinem neuen Verband bisher den Rücken kehrten und in die innere oder äußere Emigration gingen. Sicherlich hofft Jaruzelski, daß Krawczuk sie in den Verband zurückholt und daß er dem Verband das Ansehen verschafft, das der gleichbenannte Vorgänger-Verband einst international innehatte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDKURIER

Die Konstanzer Zeitung gibt zu bedenken, wie knapp wir an einer Katastrophe vorbeischlidderten:

Kaum auszudenken, welche Folgen es gehabt hätte, wenn nicht zufällig Polizeibeamte zur rechten Zeit den Brand in der Lagerhalle für Chemikalien bemerkt hätten. Zur Erinnerung: In dem baselländischen Örtchen Schweizerhalle stehen dicht an dicht Tanks und Produktionsanlagen zahlreicher Chemiebetriebe – die betroffene Firma Sandoz stellt dort unter anderem Pflanzenschutzmittel her. Zu riesigen Treibstofftanks am wohlgelegenen Rhein ist es von dort buchstäblich nur einen kräftigen Steinwurf weit entfernt.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung kommentiert den SPD-Wahlkampfauftakt:

Wer vor diesem offiziellen Start in die heiße Wahlkampfphase geglaubt hatte, die Sozialdemokraten seien seit dem müden, weil völlig überflüssigen Wahlparteitag in Offenburg nicht mehr in der Lage, ihre Anhänger zu mobilisieren, der sah sich eines Besseren belehrt ... Dortmund signalisierte: Schluß mit dem Kleinmut, Schluß mit der Verzagtheit. Doch die Aufbruchstimmung der 200 000 sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es relativ leicht ist, die eigene Basis, zumal auf einem „Familientreffen", zu motivieren.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie meint zum Abbau der Gewerkschaftsunternehmen:

Für die Gewerkschaften ist die Verminderung ihres wirtschaftlichen Imperiums Verlust und Chance zugleich. Verlust, weil jene Milliarden, die die Neue Heimat kosten wird, die Gewerkschaften schwächen. Chance, weil man mit der unternehmerischen Verantwortung auch der ärgerlichen Verpflichtung ledig wird, als Unternehmer an den eigenen Grundsätzen gemessen zu werden.

Neue Zürcher Zeitung

Sie schreibt zu Kohls Vergleich:

Daß Kohl gewissermaßen in einem Atemzug Gorbatschow und Goebbels als geschickte Experten für Public Relations bezeichnete, läßt sich offenbar nicht ernsthaft bestreiten. Rein sachlich gesehen, ist ja auch Kohls Aussage nicht völlig falsch. Doch zweifellos ist es alles andere als ein diplomatisches Meisterstück ... Schwer durchschaubar bleiben vorderhand die Motive, die Moskau dazu veranlaßt haben, diese schlichte sprachliche Panne, die bisher selbst die Bonner Opposition nur halbherzig ausgeschlachtet hatte, zu einer Art Staatsaffäre aufzublasen.

THE WALL STREET JOURNAL

In der New Yorker Zeitung kritisiert der nicaraguanische Bürgerrechtler Tijerino die „Antisomozistischen Volksgerichte":

Das Ergebnis des Hasenfus-Prozesses ist nicht schwer vorauszusagen. Hasenfus wird dreißig Jahre Freiheitsstrafe bekommen und dann, als smarte Geste, begnadigt werden, vielleicht so rechtzeitig, daß er Weihnachten mit seiner Familie in Wisconsin verbringen kann. Die Sandinisten-Regierung wird reichen Beifall für ihr humanes Verhalten bekommen und die Aufmerksamkeit von einem Feme-Verfahren weglenken, das mehr Aufmerksamkeit hätte bekommen können als die angeklagte Person.

Wer war Joseph Goebbels, wer ist Michail Gorbatschow?

Die Darstellungs-Leistungen sind nur bedingt vergleichbar / Von Herbert Kremp

Mit Namen wird oft umgegangen, als wüßte jeder, was sie bedeuten. Von Joseph Goebbels, der heute 89 Jahre alt wäre, wissen nur wenige, daß er von links kam. Er gehörte zum linksradikalen Flügel der NSDAP, der von den Gebrüdern Strasser, an erster Stelle von Gregor Strasser, geführt wurde. Man dachte nationalbolschewistisch und stellte die „proletarische Nation" gegen die „westlich-kapitalitistischen Ausbeuternationen".

Die Propaganda (das Wort Public Relations ist nicht zutreffend) klang wie ganz normale kommunistische oder sozialistische Verlautbarungen heute. Die linken Nationalsozialisten strebten das Bündnis mit Moskau an „gegen den Militarismus Frankreichs, gegen den Imperialismus Englands, gegen das Kapital der Wall Street". Könnten sie heute noch so daherreden, hätten sie den Beifall der Sowjets.

Goebbels hielt in der Anfangzeit der „Bewegung" Adolf Hitler für einen Kompromißler. 1926 forderte er auf einer Tagung, „daß der kleine Bourgeois Hitler aus der nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen wird". Aber er verfiel, wie so viele, dem Charisma des Führers, der etwas sehr Intelligentes tat, nämlich Joseph Goebbels noch im gleichen Jahr zum Reichspropagandaleiter der NSDAP zu ernennen. Als Gauleiter von Berlin schlug sich und paktierte Goebbels mit der KPD – wie es taktisch gerade paßte –, vor allem aber: er zog viele Genossen der Linken ins nationalsozialistische Lager, weil man dort die Zukunftshoffnung nicht weniger radikal, aber mehr konkret vor Augen zu stellen wußte. „Ich bin der radikalste", sagte Goebbels von sich selbst. „Vom neuen Typ. Der Mensch als Revolutionär". Da kam die ferne Konkurrenz in Moskau nicht mit.

Insofern war Joseph Goebbels im Sinne propagandistischer Technik singulär. Als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda gestaltete er im März 1933 den „Tag von Potsdam", eine national-sakrale Vereinigungsfeier der nationalsozialistischen und national-konservativen Kräfte, die im Januar die Hitler-Regierung gebildet hatten. Der Akt in der Potsdamer Garnisonskirche über dem Grab Friedrichs des Großen gehört zu den ganz großen Inszenierungen der Zeitgeschichte. Ähnlich die Olympischen Spiele 1936, bei denen die französische Mannschaft mit höflichem Hitler-Gruß ins Berliner Stadion einmarschierte. Mit Verführungskunst überdeckte das System Verfolgung und Terror, die in der Anfangszeit freilich noch nicht die Millionenopfer forderten wie Lenins und Stalins Soziozid, die Ermordung und Verschleppung ganzer Gesellschaftsschichten – zum Beispiel die Vernichtung der Mittel- und Großbauern (Kulaken) 1928–30. Gemordet in großem Stil wurde später, nicht aus sozialistischem, sondern aus biologischem Säuberungsdrang.

Minister Goebbels schaltete alles gleich, wie man sagte: Presse, Rundfunk, Theater, Film, Literatur, Kultur – das hochentwickelte geistige Leben Deutschlands sollte in Reih und Glied gebracht werden, und der Chef-Propagandist bediente sich dabei nicht nur der Zentralsteuerung und Methoden der Unterdrückung, in denen der Nationalsozialismus dem Bolschewismus bis in Einzelheiten gleicht, sondern jeder technischen Modernität. „Wenn diese Regierung entschlossen ist, niemals zu weichen, ... dann wird sie auf die Dauer nicht damit zufrieden sein können, 52 Prozent hinter sich zu wissen, um damit die übriggebliebenen 48 Prozent zu terrorisieren, sondern sie wird ihre nächste Aufgabe darin sehen, die übriggebliebenen 48 Prozent für sich zu gewinnen."

Goebbels konnte das nicht durchhalten, aber seine unvergleichliche Verführungskunst zog die Menschen bis zum Ende an, als der „Reichsbevollmächtigte für den totalen Kriegseinsatz" die totale Mobilmachung befahl. Kurz vor seinem Selbstmord wandte er sich übrigens wieder dem bolschewistischen Anfang zu: Man hätte 1933 die Revolution vollenden und die „Reaktion" vernichten sollen, denn sie habe Hitler seit Jahren verraten.

Das war Goebbels – wer ist demgegenüber Gorbatschow? Generalsekretär wie andere vor ihm, von denen Stalin postum verurteilt und Chruschtschow aus dem Amt gejagt wurde. Stalin und Hitler waren in vielen Hinsichten vergleichbar – zeitweise vertrugen sie sich sogar gut, sie teilten 1939 bis 1941 Ostmitteleuropa unter sich auf. Hitler sprach vom „Pakt mit dem Satan" – aber nicht in einem Interview.

Gorbatschow ist ein Enkel, er hat alles übernommen, auch Afghanistan, auch die Propaganda, das KGB, die Auslandsschulden, die Überrüstung. Er ist geschickt; die Präsentation der Abrüstungsvorschläge, die sich in der Sache kaum von der „Lederware" seiner Vorgänger unterscheiden, scheint in der Madison Avenue ausgedacht. Er gewinnt im Westen rasch Freunde, die ihn in jeder Lage verteidigen, die an ihn „glauben", ohne ihn zu kennen und ohne sich über sowjetische Politik Tatsachen einreden zu lassen. Das ist schon eine Leistung, mit anderen Darstellungs-Leistungen nur bedingt vergleichbar.



Frankfurts Juden zeigen ihr neues Selbstbewußtsein



Mehr als 40 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Juden sind nach 1945 geboren. Sie haben keine Angst, sind selbstbewußt und bekennen sich zu dem Staat, in dem sie leben. Doch sie wollen ihre unverwechselbare Eigenheit bewahren und dies auch zeigen. Das Beispiel Frankfurt beweist es.

Von JOACHIM NEANDER

Von außen sieht man es nicht. Aber sämtliche Fensterscheiben an dem großen, hellen Neubau an der Savignystraße im Frankfurter Westend sind aus schußsicherem Panzerglas. Wer hinein will, muß raffinierte Sicherheitsschleusen passieren. Von den 32 Millionen Mark Bau- und Grundstückskosten für das neue Jüdische Zentrum an dieser für die Frankfurter Juden fast historischen Stelle verschlang die Sicherheit allein mehr als ein Zehntel. Juden in der Welt von heute.

„Die Alternative", sagt ein *Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde*, „wäre eine riesige Mauer rund um das Gebäude gewesen. Aber das kann niemand wollen." So versucht man es also anders. Jede Stunde kommt die Polizei vorbei. Wenn die Kinder aus der Jüdischen Grundschule oder aus dem Kindergarten heim wollen, bleibt sie sogar, bis alle auf dem Weg sind. Es gab und gibt Drohungen, anonyme und neuerdings auch *namentlich gezeichnete*. „Denken Sie an Istanbul oder Wien. Linke Terroristen, rechte Terroristen. Nahost-Terroristen – für jede dieser Gruppen kann so ein Zentrum ein Ziel sein", fügt der Gemeindevorstand ruhig, aber bestimmt hinzu.

Aber von diesen Dingen soll eigentlich hier gar nicht die Rede sein. Sie sind nur der düstere, unvermeidbare Hintergrund. 30 000 Juden leben heute in der Bundesrepublik. Die meisten ganz unauffällig, gerade unter den Älteren sind viele die Angst nie mehr losgeworden. Aber nun wächst bereits die dritte Generation heran. Mehr als 40 Prozent dieser mit 5500 Mitgliedern zweitgrößten Jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik (nur Berlin hat mehr) sind nach 1945 geboren. Sie stellen ganz neue Fragen. Zum Beispiel: Warum müssen wir uns eigentlich verstecken? Warum sollen wir nicht bewußt und selbstbewußt auch nach außen zeigen, wer wir sind, wie jede andere Gruppe in dieser Gesellschaft auch?

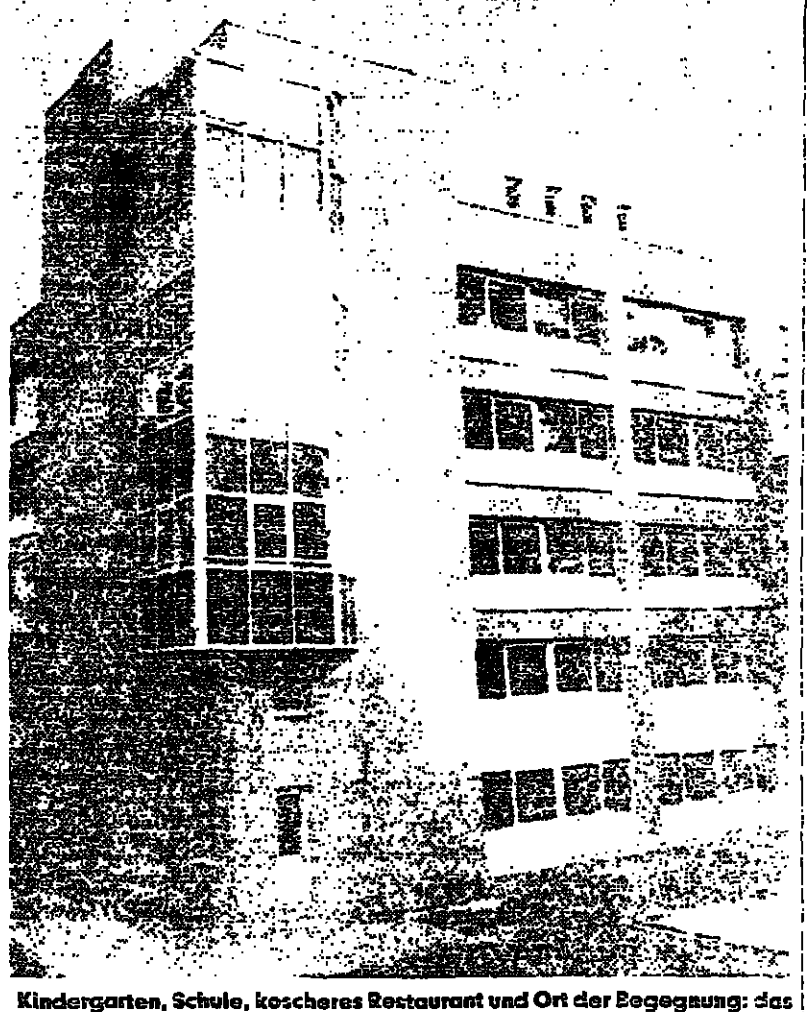
Dieses neue jüdische Selbstbewußtsein, eine Gruppe von Bürgern dieses Staates zu sein, die sich zwar zu ihm bekennt und seine Anforderungen zu erfüllen versucht, aber doch ihre unverwechselbare Eigenheit bewahren und zeigen möchte – es ist in Frankfurt sehr viel deutlicher zu erkennen als in irgendeiner anderen deutschen Stadt. Die deutsche Öffentlichkeit hat zum ersten Mal vor fast genau einem Jahr bei den Demonstrationen gegen das Fassbinder-Stück etwas davon gespürt. Das neue Jüdische Zentrum, das nach langer Bauzeit jetzt seit ein paar Tagen voll im Gebrauch ist, setzt nun einen neuen, ganz eigentümlichen Akzent. Es ist ein Anfang, den viele Juden auch in Frankfurt nicht ohne ein wenig Bangen begleiten.

Was in dem neuen Zentrum mit seiner ausgeprägten Bau-Symbolik (die geborstene Gesetzestafel, der siebenarmige Leuchter, der Stern) künftig alles passieren wird, spiegelt das vielfältige Leben einer Gruppe, von der die meisten Mitbürger sehr wenig wissen. *Da* ist zunächst die Jüdische Grundschule. Sie besteht seit 20 Jahren, umfaßt vier Jahrgangsstufen mit acht Klassen, einer Vorklasse und zusammen 120 Kindern, war früher woanders untergebracht und hat einen so guten pädagogischen Ruf, daß auch viele *nichtjüdische Eltern ihre* Kinder hier unterrichten lassen, obwohl das pro Monat 350 Mark (für Mitglieder der Jüdischen Gemeinde 250) Schulgeld kostet. 25 Prozent der Kinder und sogar 50 Prozent der Lehrkräfte sind Nichtjuden.

Der Lehrplan der Schule entspricht dem der normalen Schulen, mit zwei Ausnahmen. Zusätzlich werden Hebräisch als Fremdsprache und jüdische Religion gelehrt. Rund die Hälfte der nichtjüdischen Kinder nimmt übrigens freiwillig auch am Religionsunterricht teil. Sie sollen damit nicht etwa zum Religionsübertritt bewogen werden. Missionieren ist dem jüdischen Glauben fremd. Aber diese jungen Menschen werden, so hofft man, eines Tages Botschafter einer genaueren Kenntnis sein.

Im nächsten Jahr sollen zwei weitere Jahrgangsstufen hinzukommen: Die Errichtung einer Förderstufe ist beantragt worden. Auf der anderen Seite ist da der Kindergarten mit 70 Kindern, untergebracht im Verwaltungsgebäude des Zentrums an der Rückseite des Grundstücks. Es wird *so leicht keine zweite Schule* in diesem Lande geben, deren Alltag so tief und selbstverständlich eingebettet ist in das Leben der Erwachsenen, ob es die eigenen Eltern sind, Bekannte oder Fremde. Dies scheint noch wichtiger zu sein als die kleinen Klassen, die *hervorragende* Ausstattung und wohl auch die Lehrer, denen es hier besonderen Spaß macht.

Dann ist da der Festsaal mit bis zu 600 Plätzen, benutzt für Theater, Konzerte, aber auch Geburtstags-, Hochzeits- und Beschneidungsfeiern. Gruppen- und Bastelräume, ein Extraraum mit Ballettwand für die weithin gerühmte eigene Tanzgruppe. Eine prächtige Sporthalle, vor allem für den jüdischen Turn- und Sportverein Makkabi, der die Fußball-Punktrunde übrigens in der Frankfurter Bezirksklasse mitmacht. Ein Sitzungssaal für das alle drei Jahre neugewählte Parlament der Jüdischen Gemeinde. *Und nicht zuletzt eine richtige* (und durch völligen Verzicht auf Fenster nahezu schalldicht gestaltete) Disco für die über 250 jüdischen Jugendlichen in der Stadt.



Kindergarten, Schule, koscheres Restaurant und Ort der Begegnung: das neue jüdische Zentrum in Frankfurt

Man mag das alles für ziemlich großzügig halten. Und in der Tat be*kommen die Juden vor ihrem Zen*trum auch Passantensprüche zu hören wie „Guck, da sind sie wieder, das Weltjudentum". Und da spürt man dann wieder das alte Vorurteil, alle Juden seien reiche Geschäftsleute. Einige Frankfurter Zahlen dazu: 70 Prozent der in der Stadt von den Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde eingenommenen (und genau wie bei den christlichen Kirchen vom Staat *eingezogenen) Kirchensteuer stam*men aus der Lohnsteuer. Es gibt zwischen 300 und 400 Sozialhilfeempfänger, einen eigenen jüdischen Sozialdienst (zum Beispiel Essen auf Rädern, ambulante Kranken- und Altenpflege etc.). Es sind reiche Leute und *arme Leute darunter, und* viele, viele Kinder. Die Geburtenrate ist etwas höher als bei den Deutschen. Aber die soziale Struktur ist ähnlich.

Vielleicht noch ein Unterschied: Die Juden in einer deutschen Stadt sind wohl alles in allem untereinander ein wenig solidarischer als andere. So ist auch vieles im neuen Zentrum von Spendern bezahlt worden, zum Beispiel die riesigen Festsaalleuchter im Wert von 120 000 Mark. Und das täglich zwischen elf und 23 Uhr geöffnete Restaurant mit koscheren Speisen ist sozusagen ein unentgeltliches Dankeschön an die Stadt für deren Mithilfe. Denn dieses koschere Restaurant ist für viele jüdische Messebesucher in aller Welt inzwischen ein wichtiger Grund, nach Frankfurt zu *kommen.*



Repräsentant der jungen jüdischen Generation: Michel Friedmann FOTOS HEINZ GÖTTERT

Drei wesentliche Funktionen des Zentrums formuliert Michel Friedmann, der junge stellvertretende Gemeindevorsitzende.

1. Informationsvermittlung an Fremde, aber auch an den eigenen Nachwuchs: „Das jüdische Kind, das von der eigenen jüdischen Geschichte nichts weiß, ist ja doppelt irritiert, wenn es draußen gehänselt oder angefeindet wird."
2. Ein Platz für jüdisches Eigenleben zu sein: „Hier kannst du Jude sein, jiddisch reden, koscher essen, jüdische Musik hören – aber ebenso auch etwas ganz anderes tun."
3. Aber auch so etwas wie Fluchtburg *zu sein: „Viele von uns brauchen das* leider. Der kleine Beamte, der an seiner Dienststelle fast täglich von unbekannten Kollegen Zettelchen mit den neuesten Vergasungswitzen auf den Tisch gelegt kriegt, oder jüdische Schüler an Schulen mit kleinen, aber *wirkungsvollen Neonazi-Cliquen* – hier brauchen sie sich nicht bedroht zu fühlen."

Natürlich, das stolze, selbstbewußte neue jüdische Gebäude wird eine Zeit lang vielleicht latenten, dumpfen Antisemitismus auf sich ziehen, einen Antisemitismus, den es ja beileibe nicht nur in Deutschland gibt. Aber das wollen diese zum Teil ganz jungen Menschen auf sich nehmen. Daß sie *auf manches empfindlicher* reagieren, als junge Deutsche das vielleicht erwarten, werden die unter Umständen etwas zu unempfindlich gewordenen Deutschen mit der Zeit begreifen lernen müssen.

Dieses Zentrum, sagt Friedmann, Stadtverordneter der Frankfurter CDU, sei doch schließlich auch ein Zeichen dafür, daß diese jungen Juden Bürger dieses Staates und ihrer *Heimatstadt sein und bleiben wollen.* Was kaum jemand weiß: Es gibt bereits junge deutsche Juden, die freiwillig ihren Dienst bei der Bundeswehr leisten, obwohl doch die Kinder ehemals vom NS-Regime Verfolgter automatisch vom Wehrdienst befreit sind. Es wäre eine Schande, würde das am Ende zu schmerzhafter Enttäuschung und Verbitterung dieser jungen Menschen führen.

Nicht Öl, Wasser heißt für Khadhafi die Zukunft

So unberechenbar und fanatisch Libyens Revolutionsführer Khadhafi im Ausland erscheinen mag – innenpolitisch ist der „unüberwindbare Sieger" realistischer, als sein Image vermuten läßt.

Von HORST ROLLER

Über den Riffen der Syrte-Küste tummeln sich mit schrillen Schreien die gerade eingetroffenen Zugvögel aus dem Norden. *Draußen in der Bucht*, die seit dem militärischen Zusammenstoß mit den Amerikanern „Golf des Sieges und der Abwehr" heißt, ist eine Flottille von Booten eifrig beim Minenlegen. Unter der Anleitung in Moskau geschulter Pioniere sind Frauen und Männer, jung und alt, im Einsatz. Das ist der neue libysche „Volkssturm", den der Revolutionsführer von Tripolis nach der US-Bomben-Nacht im *April aufgeboten hat.*

Khadhafi, der sich seitdem zu seinen anderen blumigen Titeln noch den Ruhmeskranz des „unüberwindbaren Siegers" flechten ließ, überwacht heute die Schanzarbeiten persönlich von seinem auch hier *unentbehrlichen „Meditationszelt"* aus. Zur Rechten seiner Teekanne sitzt sein Schatten Abdel Sallam Dschallud.

Der schlanke Haudegen hat Libyen vom Frühjahr bis zum Herbst so gut wie allein regiert und repräsentiert. *Seit dem Wiederauftauchen* Khadhafis am 26. August weicht er kaum mehr von dessen Seite. So auch jetzt bei diesem Einsatz der „bewaffneten Volkseinheiten".

Der lange Schatten von Dschallud ist immer dabei

Dabei bleibt dieser neue starke Mann der „Großarabischen libysch-sozialistischen Volksgemeinschaft" weiter schweigsam und zurückhaltend. Wenigstens das große Wort darf weiter Khadhafi führen: „Ich sehe nicht ein, wieso nur die Juden als *Opfer des Faschismus* Wiedergutmachungszahlungen zuerkannt bekamen. Ich bin für die deutsche Wiedergutmachung am jüdischen Volk, verlange aber mein gutes Recht einer italienischen Wiedergutmachung am libyschen Volk. Uns sind während der faschistischen Kolonialherrschaft menschliche und ökologische Dauerschäden zugefügt worden. Oder gibt es vielleicht eine heimliche christ*lich-jüdische Allianz*, die alles nur Israel und nichts der islamischen Welt zukommen lassen will?"

Energisch weist Khadhafi den Vorwurf des Antisemitismus zurück, mag er rassischen oder religiösen Anstrich haben: „Ich bin kein neuer Hitler, genauso wenig, wie ich ein Terrorist bin. Allerdings ist Hitler schon wiederauferstanden: in Reagan, dem Kriegsverbrecher und Bombenmörder libyscher Kinder."

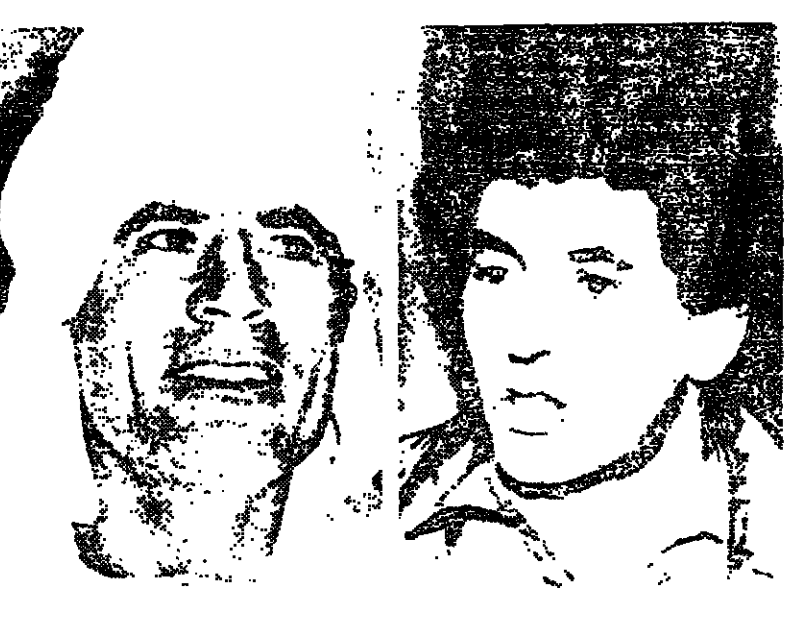
Khadhafis erregte Stimme überschlägt sich, dann starrt er stumm in die Luft. Er scheint es noch nicht verkraftet zu haben, daß seine Frau und eine Tochter beim amerikanischen Luftangriff auf sein Kasernen-Hauptquartier bei Tripolis verletzt wurden, der Adoptivsohn sogar ums Leben kam. Auch Khadhafi selbst ist *sichtlich noch angeschlagen, obwohl* seine aller Welt verheimlichte Rükkenverletzung inzwischen ausgeheilt sein dürfte.

Dschallud hilft mit einem Bild aus der libyschen Monatsschrift „Risalet Al-Dschihad" (Botschaft vom Heiligen Krieg) über die Verlegenheitspause. Auf der Karikatur sind Mussolini und Adolf Hitler zu sehen, wie sie ihrem „Musterschüler Reagan" übers Haar streichen und auf die Schulter klopfen.

Auf einmal stößt Khadhafi hervor: „Wie konnte sich Gorbatschow nur mit *diesem Reagan in Reykjavik* zusammensetzen, seinen Außenminister dann nochmals zu einem Treffen mit Shultz schicken. Ich kann es nur bedauern, daß sich die sowjetische Führung zu so etwas hergibt."

Dschallud, der besondere Vertrauensmann des Kreml in Libyen, schweigt auch dazu eisern. Ob er bei dieser impulsiven Kritik Khadhafis an den Sowjets daran denkt, daß Libyen zum wichtigsten arabischen Handelspartner der Sowjetunion geworden ist? Im Vergleich mit den fast fünf Milliarden Dollar Handelsvolumen zwischen Tripolis und Moskau, die für 1986 bis zum Jahresende zu erwarten sind, nimmt sich sogar der *syrisch-sowjetische Warenaustausch* in Höhe von knapp 800 Millionen Dollar auf einmal recht bescheiden aus.

Wenige Tage später Aufbruch aus Tripolis in Richtung libyscher Osten. Die kleine Maschine, die Journalisten und Diplomaten zu dem noch geheimgehaltenen Ziel fliegt, hält sich hinter dem weiß heraufleuchtenden Homs nicht mehr an die Küstenlinie. Das zweimotorige Propeller-Flugzeug nimmt Kurs über die Syrte-Bucht. Den ausländischen Gästen soll auch so der libysche Hoheitsanspruch demonstriert werden.



Der Chef und sein Schatten: Muammar el-Khadhafi und Abdel Sallam Dschallud FOTOS AMW/DPA

Daß es dem zwar lautstarken, aber oft zu Unrecht als „Spinner" abgestempelten Khadhafi auch bei dieser Kontroverse mit den Amerikanern um handfeste Wirtschafts-Interessen geht, zeigen die Plattformen und Bohrtürme zur Erdölsuche in diesen *Gewässern. Vor ein paar Jahren* erst hatte Libyen eine ähnliche Auseinandersetzung um die westlicheren Offshore-Vorkommen ausgetragen, in der es allerdings nicht die großen USA, sondern die kleine Inselrepublik Malta zum Gegenspieler hatte. Wie sehr Khadhafi für die Zukunft seines Landes langfristig gar nicht so sehr auf das Öl setzt, sondern alles vom Wasser erhofft, zeigen die Großbaustellen für sein „Achtes Weltwunder". Dorthin sind wir jetzt unterwegs.

Schon das große Vorbild des libyschen Führers, Ägyptens Abdel Nasser, wollte sich mit dem gigantischen Assuan-Damm und dem bis tief nach Sudan hineinreichenden Nasser-Stausee ein Denkmal setzen. Das gleiche versucht jetzt Khadhafi bei der Erschließung der Wasservorkommen *unter den ostlibyschen Wüsten von* Kalanschu und Tazerbo. Insgesamt 1900 Kilometer Rohrleitungen werden seit Ende August von dort nach den trockenen Küstenregionen der Cyrenaika und bis ins westliche Tripolitanien verlegt.

Vorbei ist die anfängliche Überheblichkeit der libyschen Revolution. Niemand würde hier heute nochmals, wie im Herbst 1970, die italienischen Siedler vertreiben und ihre mühsam angelegten Oliven- und Weinberge verwüsten. Jetzt will die „Großarabische Volksgemeinschaft" ihre langsam auf fünf Millionen anwachsende Bevölkerung noch vor der Jahrtausendwende mit Brot, Früchten, Speise*öl und Gemüse sowie aus der* eigenen Viehzucht ernähren.

Mitten im steinigen Serir, wo unser Flugzeug auf einer holprigen Piste niedergeht, werden täglich an die 100 Riesenrohre von vier Meter Durchmesser hergestellt. Khadhafi braucht sie für seinen ersten Aquädukt von den bereits über 250 in die Wüste gebohrten Quellen nach Adschädabia an der Syrte-Bucht.

Bei der Eröffnung dieses Komplexes zum Revolutions-Jubiläum am 1. September hatte der „Bruder Oberst" seine Rückkehr in die aktive Politik nach dem amerikanischen Überfall vom April signalisiert. Diese Fabrik ist zugleich ein Hinweis darauf, daß es in Libyen nicht nur gegen die Amerikaner, sondern sehr wohl mit den USA gehen könnte. Und dafür, daß die totale wirtschaftliche Anlehnung *an den Ostblock hier noch* keineswegs unwiderruflich ist: Alle Pläne und Maschinen für das Werk im Wert von 3,3 Milliarden Dollar kamen aus den Vereinigten Staaten. Von einem Vertragspartner aus Südkorea wurde alles schlüsselfertig hingestellt. Das gleiche *nochmals in Brega*, einer bisher nur als Erdölterminal bedeutsamen Küstenstadt südwestlich von Adschedabia.

Süssmuth trifft „DDR"-Kollegen Mecklinger

gba. Bonn

Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth hat ihren „DDR"-Kollegen Ludwig Mecklinger gestern zu einem Meinungsaustausch in Bonn empfangen. Im Mittelpunkt der Aussprache stand das vor zehn Jahren zwischen Bonn und Ost-Berlin geschlossene Gesundheitsabkommen. Es regelt unter anderem die Versorgung im Krankheitsfall bei Besuchen im jeweils anderen Teil Deutschlands sowie den Versand von Arzneimitteln. Mecklinger traf am Nachmittag auch Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble.

Weiterer Kandidat gegen Geißler

Nea. Herxheim/Pfalz

Ausgerechnet im Bundestagswahlkreis 161, wo CDU-Generalsekretär Heiner Geißler seinen Stammsitz hat, präsentiert die „Aktion Leben", die für einen stärkeren Schutz des ungeborenen Lebens eintritt, zur Wahl am 25. Januar einen eigenen Kandidaten. Der Apotheker Walter Munzinger aus Herxheim in der Südpfalz kandidiert als Parteiloser. Früher war er stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU, trat aber aus Protest gegen die nach seiner Meinung zu halbherzige Politik der Unionsparteien in der Frage des Paragraphen 218 aus der Partei aus. Munzinger gegenüber der WELT: „Mein Schritt richtet sich nicht etwa speziell gegen den CDU-Generalsekretär. Ich halte die Wahl nur für eine gute Gelegenheit, um sichtbar machen, daß die Bevölkerung über den Schutz des ungeborenen Lebens anders denkt als die etablierten Parteien."

IG Metall: Zwickel macht Tarifpolitik

gba. Bonn

Der auf dem Gewerkschaftstag im Oktober neugewählte Vorstand der IG Metall hat am Montag seinen Geschäftsverteilungsplan für die kommenden drei Jahre beschlossen. Der neue Vorsitzende Franz Steinkühler übernimmt die Aufgaben seines Vorgängers Hans Mayr, im wesentlichen Vertretung der IG Metall nach Außen und Koordinierung der Arbeit der übrigen Vorstandsmitglieder. Neuer Verantwortlicher für die Tarifpolitik der IG Metall ist der 47jährige Klaus Zwickel, bisher erster Bevollmächtigter der IG Metall in Stuttgart. Zwickel löst den aus Enttäuschung über zu geringe Unterstützung zurückgetretenen Hans Janßen ab.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC. 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zeuge entlastet Lummer. Antes in prekärer Lage

Prozesse um Berliner Skandale / Diepgen als Zeuge

DIETER DOSE, Berlin

Eberhard Diepgen (CDU), Regierender Bürgermeister, war um 9.30 Uhr vorgeladen. Prominentester Zeuge in den verschiedenen Prozessen zur Aufarbeitung der Berliner Bau- und Korruptionsaffäre. Neunzig Minuten später und zwei Stockwerk höher: Beginn des Verfahrens gegen den Wuppertaler Autohändler Otto Putsch. Ein maßgeblicher Auslöser der Berliner Senatskrise mit dem Rücktritt der Senatoren Klaus Franke, Heinrich Lummer (beide CDU) und Horst Vetter (FDP).

Skandal-Bewältigung vor zwei Großen Strafkammern. Zeuge Diepgen („Rechtsanwalt und momentan Regierender Bürgermeister" bei der Frage nach dem Beruf) konnte dem Gericht wenig neue Erkenntnisse vermitteln. Er war im Prozeß gegen den ehemaligen CDU-Baustadtrat Jörg Hermann, den er bei Betreten des Gerichtssaales mit Handschlag begrüßte, vorgeladen. Diepgen bestätigte, 1982 als CDU-Fraktionsvorsitzender vom Baulöwen Kurt Franke in drei Raten 75 000 Mark erhalten zu haben. Einmal 25 000 Mark, die bei einem Essen in einem Hotel direkt übergeben wurden. Zweimal soll Franke die Beträge im Umschlag ins Fraktionsbüro ins Rathaus geschickt haben.

Landesverband, Fraktion, Union-Hilfswerk und „Förderkreis Junge Politik" partizipierten an den Franke-Spenden. Allerdings räumte Diepgen ein, daß bei der Annahme der Beträge von Franke gegen die Veröffentlichungspflicht von Spenden verstoßen worden ist. Weil Franke, der jetzt wegen seines Gesundheitszustandes von Justitia nicht zu belangen ist, anonym bleiben wollte.

Ehrenrettung für Vetter

Schockiert war Diepgen, als ihn einer der Hermann-Verteidiger fragte, ob er sein ehemaliges Kabinettsmitglied, FDP-Umweltsenator Vetter, für einen „Lügner" halte. „Ein Mann auf dessen Wort man sich verlassen kann", nahm Diepgen das ehemalige Senatsmitglied in Schutz. Genau das wollten die Anwälte hören, denn ihnen geht es darum die Glaubhaftigkeit der sogenannten „Franke-Kladde", in der ihre Mandanten Herrmann und Vetter (neben anderen) als Geldempfänger verzeichnet sind, in Zweifel zu ziehen.

Als Diepgen längst das Gerichtsgebäude verlassen hatte, kam der Auftritt von Otto Putsch. Unscheinbar, kaum vorstellbar, daß er mit Millionen jonglierte. Denn als Putsch mit so verhängnisvollen Folgen für Diepgens Senat in Berlin überhaupt in Erscheinung trat, war er bis über beide Ohren verschuldet. Der geplante „Coup" in Berlin sollte ihn sanieren. Dabei, so seine Aussage vor Gericht, handelte er eigentlich nur als Strohmann. Zwei westdeutsche Firmengruppen, eine aus Offenbach und eine aus Essen, benutzten ihn als Handlanger. Denn Putsch hätte nie und nimmer die 2008 landeseigenen Wohnungen zum Spottpreis von 4000 Mark pro Wohneinheit kaufen und dem Ex-CDU-Baustadtrat Wolfgang Antes die von dem geforderten fünf Millionen Mark – vier Millionen für Antes, eine für die CDU – zahlen können.

Zwei Jahre für Putsch

Wie es dazu kam, schildert der in Wuppertal außerdem wegen 460 000 Mark Steuerhinterziehung angeklagte Putsch so: Einem Zeitungsinserat habe er entnommen, daß in Berlin landeseigene Wohnungen verkauft werden sollen. Daraufhin habe er den ihm von einem gemeinsamen Libanon-Aufenthalt 1973 bekannten Heinrich Lummer („Wir waren unregelmäßig in Verbindung und schickten uns gegenseitig Weihnachtsgrüße") angerufen. Lummer verwies ihn weiter. So kam er in Kontakt zu Antes – „von dem erhielt ich sofort einen Termin".

Antes forderte besagte fünf Millionen Mark. Das belastet den derzeit verhandlungsunfähigen ehemaligen Baustadtrat schwer. Aber der gegenwärtig in Taiwan weilende Heinrich Lummer wurde durch Putsch weitgehend entlastet. Lummer habe nie Geld gefordert und nicht einmal angedeutet, daß in Verbindung mit den landeseigenen Zahlungen bzw. Spenden erwartet werden. Antes, so der voll geständige Putsch, habe aber darauf gedrängt, möglichst schnell 200 000 Mark und die restlichen 4.8 Millionen Mark im Laufe der nächsten Monate zu erhalten.

Er habe, sagte Putsch, das an seine Auftraggeber weitergeleitet. Damit sei das für ihn erledigt gewesen.

Erledigt war auch nach knapp vier Stunden der Putsch-Prozeß. Zu zwei Jahren Haft wegen Bestechung verurteilte ihn die 17. Große Strafkammer des Berliner Landgerichts. Als freier Mann konnte er den Saal 820 verlassen.

Weizsäcker: „Dort, wo die Not am größten ist, sind wir gefordert"

Der Bundespräsident nimmt vor der EKD-Synode zur Entwicklungshilfe Stellung

H. OHNESORGE, Bad Salzuflen

„Die Hilfe zur Selbsthilfe bedeutet für die Politik: Dort, wo die Not am größten ist, dort sind wir gefordert – nicht dort, wo unseren Interessen vorrangig gedient ist." Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte sein Grußwort an die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bewußt unter deren Schwerpunktthema „Entwicklungsdienst" gestellt.

Natürlich, so von Weizsäcker, seien nationale Interessen als solche nicht vom Teufel. Gehe es darum, daß irgendwo ein Staudamm zu bauen sei, so werde deutsche Entwicklungspolitik selbstverständlich auch deutsche Firmeninteressen schützen dürfen. „Aber es geschieht in dem Bewußtsein, daß Entwicklungspolitik natürlich kein Instrument für die Arbeitsmarktpolitik zu Hause ist."

Weizsäcker, der EKD lange Jahre durch Tätigkeiten in ihren Leitungsgremien und im Präsidium des Kirchentags verbunden, hob auf die Rolle der Frau in den Entwicklungsländern ab und sagte, er habe es in einem dieser Länder einmal sehr plastisch vorgeführt bekommen, „daß die Männer, wenn sie in den Besitz von Mittel kommen, dabei erst an Mopeds, Transistoren und Macht denken, die Frauen dagegen an Obdach, an Kinder und an die Zukunft".

In seiner ausführlichen Darlegung des Schwerpunktthemas sagte Günter Linnenbrink, Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED), bei der Gründung der kirchlichen Hilfsaktionen „Brot für die Welt" und „Misereor" 1959 hätten viele geglaubt, die Aufgabe des Kampfes gegen Hunger, Armut und Analphabetismus würde längstens zwei Jahrzehnte dauern. Heute aber wisse man: „Wir werden uns darauf einzurichten haben, daß sie uns bis weit in das zweite Jahrtausend hinein gestellt sein wird."

Die Untersuchung „Was wird aus der Kirche?" zeige, daß der Einsatz für Entwicklungshilfe von mehr als zwei Dritteln der protestantischen Kirchenmitglieder als ein originärer kirchlicher Auftrag angesehen werde.

Es sei töricht und falsch, so sagte Linnenbrink, wenn im Zusammenhang mit dieser Hilfe angesichts der Größe der Probleme von einem Tropfen auf einen heißen Stein geredet werde, „denn vielen wurde wirklich geholfen, wenn auch nicht alle erreicht werden konnten.

Linnenbrink *zitierte aus einer* Denkschrift: „Dem kirchlichen Entwicklungsdienst ist es verwehrt, Gewaltmaßnahmen zu unterstützen. Er wird jedoch nicht davon ablassen, ungerechte Herrschaftsverhältnisse öffentlich beim Namen zu nennen und Hilfe zu struktureller Neuordnung zu leisten. Dabei wird er sich auf die Seite jener stellen, die unter ungerechten Verhältnissen leiden." Missionarisches Zeugnis heiße konkret auch, daß beispielsweise Verkündigung in Südafrika nicht von der Ideologie und Praxis der Apartheid absehen könne, sondern daß sie ihren Teil zur Überwindung dieses Systems beitragen müsse.

Gegen diese Sicht, wonach missionarisches Zeugnis und die gesellschaftlich-soziale Situation der Adressaten eine Einheit bilden, regt sich der Protest der Evangelikalen. Sie haben inzwischen Parallel-Organisationen zu den Entwicklungsdiensten der EKD aufgebaut. So sind in der Arbeitsgemeinschaft evangelikaler Missionare fast Dreiviertel aller deutschen Missionare engagiert. Diese Parallel-Organisationen stoßen nun ihrerseits auf die Kritik eines Teils der Synodalen.

Mehr Geld

DW./epd, Bad Salzuflen

Das Kirchensteueraufkommen ist 1985 in den 17 Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) um 460 Millionen Mark – das entspricht neun Prozent – auf knapp 5.6 Milliarden Mark gestiegen.

Zu der Steigerung hätten auch Nachzahlungen beigetragen, die eigentlich dem Vorjahr zuzuordnen seien, sagte Eckhart von Vietinghoff, der Mitglied des EKD-Rates ist. In den Vorjahren hatten die Steigerungsraten zwischen 0,8 und 2,5 Prozent gelegen.

„Programmierter Rechtsbruch"

AP, Köln

Als „programmierten Rechtsbruch" hat der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, die Absicht der IG Metall kritisiert, in der bevorstehenden Tarifrunde bundesweit systematische Arbeitsniederlegungen über Wochen und Monate zu organisieren und dabei auch Betriebe mehrfach zu bestreiken. Kirchner bezog sich mit dieser Stellungnahme auf ein Interview des IG Metall-Bezirksleiters Ernst Eisenmann (s. WELT v. 3.11.). Der frühe Zeitpunkt der Streikandrohung zeige „die Radikalität und Unversöhnlichkeit", mit der die IG Metall in die schwierige nächste Tarifrunde gehen wolle.

Fischer forciert Müllverbrennung

dg. Wiesbaden

Der hessische Umweltminister Joseph Fischer (Die Grünen) hat ein 500-Millionen-Mark-Projekt für ein neuartiges Giftmüllentsorgungs- und -forschungszentrum vorgestellt. Es soll in Borken in der strukturschwachen Region Nordhessen errichtet werden. Gedacht ist an eine Hochtemperatur-Verbrennungsanlage sowie an wissenschaftliche Institute, die an die Gesamthochschule Kassel angebunden werden könnten. Fischer mußte allerdings einräumen, daß das neue, in der Bundesrepublik bisher einmalige, Projekt keine Alternative zur Einrichtung einer obertägigen Sondermülldeponie in Hessen bilden könne.

Papst empfängt Vertriebene

KNA, Münster

Papst Johannes Paul II. hat mehrere tausend Heimatvertriebene auf dem Petersplatz begrüßt.

Das aus Polen stammende Oberhaupt der katholischen Kirche rief den Pilgern in deutscher Sprache zu: „Harte Zeiten haben bittere Wunden geschlagen. Aber der Herr hat auch geheilt und geholfen. Der Herr konnte das tun, weil ihr selbst ihm die Treue gehalten habt ... Gerade in der Prüfung eures Lebensschicksals habt ihr die Kirche in einer besonderen Weise als eure tiefere, innere Heimat erfahren, in der Gott selbst uns als nie versiegende Quelle des Trostes und der Stärkung gegenwärtig und nahe ist."

Bangemann verteidigt den Kronzeugen

D.G. Hamburg

Trotz wachsenden Widerstandes in der FDP gegen die geplante Kronzeugen-Regelung hat der Parteivorsitzende Martin Bangemann die von der Koalition in Bonn verabschiedeten Maßnahmen mit großem Nachdruck verteidigt.

Auf dem Kongreß der Jungen Liberalen in Hamburg sagte Bangemann gestern abend, die neue Dimension des Terrorismus, der sich nicht nur gegen Symbolfiguren wende, mache wirkungsvolle Gegenmaßnahmen notwendig.

Bangemann warnte seine Partei davor, die Diskussion um die Kronzeugen-Regelung mit falschen Sachverhalten zu führen. Es werde keinen automatischen Zwang zur Strafmilderung oder gar zum Strafverzicht bei terroristischen Tätern geben. Vielmehr hätten der Generalbundesanwalt und der zuständige Ermittlungsrichter in jedem Einzelfall freie Entscheidung.

Sicher sei es ein unerträgliches Gefühl für viele, daß Mörder im Extremfall frei herumlaufen könnten. Aber genauso unerträglich wäre es, wenn man terroristische Gewaltverbrecher nicht fassen könnte. Bangemann verwies darauf, daß sowohl das FDP-Präsidium wie die Bundestagsfraktion die neue Regelung einstimmig gebilligt haben. In einem WELT-Interview hatte er am Wochenende die Erwartung geäußert, daß die Partei „am Ende dieser Diskussion" die Position einnehme, die Fraktion und Präsidium in der Frage des Kronzeugen bereits bezogen hätten.

Während der Rede des Parteivorsitzenden äußerten die Delegierten mehrfach ihr starkes Mißfallen gegenüber der Kronzeugen-Regelung.

Der erweiterte Bundesvorstand legte dem Kongreß einen Dringlichkeitsantrag vor, in dem die Einführung eines Kronzeugen praktisch abgelehnt wird.

Haßerziehung im Kindergarten

D.D. Berlin

Erstmals öffentlich ist die Erziehungsarbeit *in den Kindergärten in* der „DDR" kritisiert worden. Die Evangelische Kirchenleitung Magdeburg erklärt in ihrem Jahresbericht, daß bei dem neuen staatlichen Programm für die Kindergärten die ideologischen Tendenzen noch stärker hervortreten würden. Gegenüber bestimmten Menschengruppen werde den Kindern „auf emotionaler Ebene Abscheu, Verachtung und Haß vermittelt". Beklagt wird in dem Bericht außerdem die Benachteiligung junger Christen in der Schule und bei der Berufsausbildung. In Einzelfällen werde zu Schuljahrsbeginn auch Eltern, die aktiv in ihrer Kirchengemeinde tätig sind, die Mitarbeit in den schulischen Elternvertretungen erschwert.

Zu Spannungen zwischen Kirche und Staat ist es offensichtlich auch gekommen, weil Teilnehmer von ökumenischen Auslandsreisen nach der Rückkehr über ihre „Kontakte *und Erfahrungen" befragt wurden.* Dies wird als Versuch gesehen, ihnen eine „Melde- und Berichtspflicht" aufzuerlegen. Das, so erklärt die Kirchenleitung, widerspreche dem Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche.

Erneut wurde von der Magdeburger Kirchenleitung gefordert, Wehr- und Waffendienstverweigerern in der „DDR" einen Einsatz im sozialen oder humanitären Bereich zu ermöglichen. Ungelöst sei auch die Frage der Reservisten, die sich erst nach ihrem Grundwehrdienst gegen den Waffengebrauch entscheiden. Für sie gibt es keine Möglichkeit des Einsatzes unter Berücksichtigung ihrer Glaubens- und Gewissensentscheidung.

SPD sucht noch immer Nachfolger für den Staatsrechtler Hesse

HENNING FRANK, Karlsruhe

Zum letzten Mal steht heute Professor Konrad Hesse als Berichterstatter neben Vizepräsident Roman Herzog wenn der Vorsitzende des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts am Vormittag das Urteil in dem von der SPD-Bundestagsfraktion gegen das niedersächsische Rundfunkgesetz angestrengte Normenkontrollverfahren verkündet. Der renommierte Freiburger Staatsrechtler muß in drei Monaten nach Vollendung des 68. Lebensjahres seinen Schreibtisch im 1. Stock des Glasbaues am Karlsruher Schloßgarten räumen, sollte bis dahin der Bundesrat einen Nachfolger gewählt haben.

Danach sieht es allerdings zur Zeit gar nicht aus, zumal die SPD bisher noch nicht einmal einen Kandidaten vorgeschlagen hat, der am 1. Februar 1987 den frei werdenden Platz auf der Richterbank des Grundrechtssenats des Karlsruher Zwillingsgerichts besetzen soll.

Die Sozialdemokraten scheinen auch gar nicht sonderlich daran interessiert zu sein, dies in absehbarer Zeit zu tun und das hängt nicht nur mit den Bundestagswahlen am 25. Januar nächsten Jahres zusammen. Es fällt der SPD offensichtlich auch schwer, Konrad Hesse durch einen ebenbürtigen Wissenschaftler zu ersetzen. Jedenfalls hat sie bisher vergeblich nach einem nachrangigen Rechtslehrer Ausschau gehalten, der ihren Vorstellungen entspricht. Den Richterstuhl im achtköpfigen 1. Senat könnte zwar auch ein Jurist aus dem nichtuniversitären Bereich einnehmen, dieser darf jedoch, wie der Freiburger Rechtswissenschaftler, kein Parteimitglied sein. Insofern waren die bayerischen Sozialdemokraten schlecht beraten, als sie den derzeitigen dritten Bürgermeister ihrer Landeshauptstadt, Klaus Hahnzog, ins Spiel brachten. Auch wenn der Vize des Münchner OB Georg Kronawitter schon einige Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter in Karlsruhe tätig war, würde seine Kandidatur an dem SPD-Parteibuch scheitern.

Wer folgt Zeidler?

Der 50jährige Klaus Hahnzog, der *dem linken Flügel seiner Partei zugerechnet wird,* dürfte daher kaum Gelegenheit dazu haben, als Verfassungsrichter seinen bereits öffentlich angekündigten Beitrag zur „politischen Kultur in der Bundesrepublik" zu leisten. Denn auch bei dem großen Revirement im Spätherbst 1987, bei dem fünf weitere Richterstellen im Bundesverfassungsgericht neu besetzt werden müssen, kann die Nummer drei im Münchner Rathaus nicht zum Zuge kommen. Die SPD hat nämlich nur für zwei von ihnen das „Vorschlagsrecht"; sowohl der Nachfolger für den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, im 2. als auch für Helmut Simon im 1. Senat müssen Bundesrichter sein. Während für diesen die SPD aller Voraussicht nach den Senatsvorsitzenden am Bundesgerichtshof, Erich Steffen (56), („Im Zweifel für die Pressefreiheit") nominieren dürfte, ist es noch völlig offen, wer Anfang November 1987 für den Vorsitzenden des 2. Senats, Professor Wolfgang Zeidler, nachrückt.

Der lange Zeit favorisierte Richter des Atomrechtssenats des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin und frühere wissenschaftliche Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion, Everhardt Franszen (49), *hat inzwischen* abgewinkt – er soll dem Vernehmen nach Präsident des nordrhein-westfälischen Oberverwaltungsgerichts in Münster werden. Dadurch sind die Chancen für den Senatsvorsitzenden des Bundesarbeitsgerichts, Thomas Dieterich (52), erheblich gestiegen, der 1979 schon einmal als möglicher Nachfolger für Karl Hager im Grundrechtssenat genannt worden war. Allerdings wird es nicht für ausgeschlossen gehalten, daß sich die SPD doch noch entschließt, den Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Otto Rudolf Kisser (57), zu nominieren, der zwar nur knapp zehn Jahre als Vorsitzender des Staatsgerichtshofssenates in Karlsruhe fungieren könnte.

Für Niebler kommt Kruis

Der Herausgeber eines Kommentars zum Gerichtsverfassungsgesetz und Synodalpräsident der Evangelischen Kirche von Hessen-Nassau würde aber nach der Überzeugung vieler Sozialdemokraten jedenfalls als Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts ab November 1987 neben dem neuen Präsidenten des Karlsruher Zwillingsgerichts, Roman Herzog, die beste Figur von allen bisher genannten Kandidaten machen. Einen Politiker, wie den früheren Bundesjustizminister und jetzigen Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Jürgen Schmude (50), für die Zeidler-Nachfolge zu benennen, wäre nur möglich, wenn sich die Unionsparteien dazu bereit fänden, eine der beiden ihnen zustehenden Richterstellen, die am 8. November 1987 im 2. Senat frei werden, mit einem Bundesrichter zu besetzen.

Doch das ist schon darum unwahrscheinlich, weil sich einmal die bayerische Staatsregierung bereits entschieden haben soll, für den ausscheidenden Honorarprofessor an der Universität Augsburg, Engelbert Niebler, den Leiter der Abteilung Gesetzgebung und Recht in der Staatskanzlei, Konrad Kruis, zu nominieren und zum anderen für den renommierten Mannheimer Folgerechtler, Helmut Steinberger, wieder ein Wissenschaftler in den 2. Senat einziehen soll.

Anwärter dafür sind der Kölner Staatsrechtler Klaus Stern (54) und der Bonner Verfassungsrechtler Fritz Ossenbühl (52), die beide keiner Partei angehören. Auch den dritten Richterplatz, der im November 1987 neu besetzt werden muß und für den die CDU/CSU das Vorschlagsrecht besitzt, könnte ein Professor besetzen. Für den Hamburger Kirchenjuristen Dietrich Katzenstein könnte der Konstanzer Arbeitsrechtler Bernd Rüthers am Richtertisch des 1. Senats Platz nehmen.

Große Sorge in der NATO über Folgen von Reykjavik

Rogers und Altenburg kündigen Strategie-Analysen an

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

In der NATO herrscht nach den Ereignissen von Reykjavik eine Stimmung gemischt aus Bedrückung und Verwirrung. Niemand weiß so recht, wie es weitergehen soll. Als erste haben sich die Militärs gefangen. Der neue Vorsitzende des Militärkomitees, General Wolfgang Altenburg, hat, wie aus dem NATO-Hauptquartier verlautete, die Absicht, den internationalen Militärstab mit einer Untersuchung der Folgen von Reykjavik für die Strategie des Bündnisses zu beauftragen. Frankreich hat angekündigt, daß es sich vorbehalte, die Auswirkungen der vorgeschlagenen Vereinbarungen zur Tagesordnung im NATO-Rat zu erheben.

Im Oberkommando Shape hat US-General Bernard Rogers, Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa, ebenfalls die Anweisung gegeben, zu untersuchen, welche militärischen Konsequenzen sich insbesondere für die Zielplanung aus der in Reykjavik ins Auge gefaßten Null-Lösung bei weitreichenden Mittelstreckenwaffen in Europa ergeben werden. Unmittelbar nach Reykjavik hatte Rogers in Washington erklärt, daß die Sowjetunion nach den bisher in der Allianz gültigen Vorstellungen nicht zu dem Eindruck gelangen dürfe, bei einem Angriff auf Westeuropa bliebe ihr Staatsgebiet mit Sicherheit von nuklearen Gegenschlägen aus Europa unberührt. Weiter sagte Rogers, die Nationen Westeuropas sollten sich ungeachtet amerikanischer Bemühungen um SDI dem Aufbau einer eigenen Abwehr gegen taktische Raketen widmen. Rogers: „Wir in Westeuropa müssen uns um unsere Raketenabwehr kümmern. Sie muß westeuropäisch sein."

NATO-Diplomaten und Militärs sind vor allem besorgt darüber, daß die Sowjetunion sich mit einer Null-Lösung bei weitreichenden Mittelstreckenwaffen ihrem Ziel nähern würde, Westeuropa mit Krieg bedrohen zu können, in der Gewißheit, selbst keinen Gegenangriff aus Westeuropa auf ihr Territorium befürchten zu müssen. Ein Mitglied des Ständigen Nordatlantikrats sagte: „Die inhärenten Gefahren für unsere Strategie liegen auf der Hand."

Nach zuverlässiger Darstellung war es Gorbatschow, der in Reykjavik vorschlug, alle Mittelstreckenwaffen bis auf je 100 Gefechtsköpfe im asiatischen Teil der UdSSR und den USA zu beseitigen. Zunächst habe Reagan den mit den NATO-Verbündeten für die Verhandlungen in Genf vereinbarten Vorschlag wiederholt, Ost und West sollten je 200 Atomsprengköpfe behalten: Jeweils 100 auf jeder Seite in Europa und in Asien beziehungsweise in Alaska. Gorbatschow habe geantwortet: „Warum gehen wir in Europa nicht ganz auf null?" Der Präsident habe dem zugestimmt. (SAD)

Tirana: KP muß über Öffnung entscheiden

cgs. Wien

Zum ersten Mal findet in Albanien ein KP-Kongreß ohne Enver Hodscha statt. Der 9. Kongreß der „Partei der Arbeit Albaniens", der vom 3. bis 8. November in Tirana abgehalten wird, steht im Zeichen des Nachfolgers an der Spitze der Partei – Ramiz Alia. Allerdings hat der neue Mann an der Spitze des isoliertesten kommunistischen Landes in Europa – als einziger europäischer Staat nimmt Albanien auch nicht an der heute beginenenden Wiener KSZE-Nachfolgekonferenz teil – bisher wenig Eigenwilligkeit gezeigt: jedenfalls dann, wenn es darum gehen sollte, Albanien in die Nach-Hodscha-Ära zu führen.

Äußerlich bleibt in diesem Lande alles beim alten. Hodscha, der 1985 starb, wird weiterhin als politisches Idol verehrt. Seine nachgelassenen Schriften erscheinen in Massenauflage und seine Witwe, Nexhmije, hat das Amt einer Vorsitzenden der „Demokratischen Front" – einer von der KP geführten Massenorganisation – übernommen.

Auch in anderen Fragen wird die Hodscha-Linie getreulich weiterverfolgt. Der langjährige Ministerpräsident Mehmet Schehu, der am 17. Dezember 1981 plötzlich abgesetzt wurde und der dann – als angeblicher Geheimagent sowohl der Jugoslawen wie der Briten – Selbstmord verübt haben soll (anderen Gerüchten zufolge wurde er auf einer Politbüro-Sitzung erschossen) gilt weiterhin als Verräter. Mit Schehu gemeinsam verschwanden der damalige Verteidigungsminister Hasbiu und Außenminister Nase sowie Innenminister F. Schehu (ein Verwandter des gestürzten Regierungschefs). Das alles – und die Tatsache, daß nach dem Sturz Schehus 14 von 19 Ministerposten neu besetzt wurden, zeigt, daß es damals eine schwere interne Krise gab.

Wie immer Ramiz Alia reagieren sollte – an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in die das Land langsam aber sicher durch die versäumte technologische Revolution gerät, kommt weder er noch ein anderer albanischer Führer vorbei. Für das Land der Skipetaren stellt sich am Ende des 20. Jahrhunderts mit aller Macht die Frage nach der Öffnung und Modernisierung. Ungewiß ist, nach welcher Richtung sich Tirana öffnen wird.

Korea: Haftbefehl gegen Studenten

DW. Seoul

Die Staatsanwaltschaft der südkoreanischen Hauptstadt Seoul hat gestern Haftbefehl gegen 1274 Studenten erlassen, die an der viertägigen Besetzung einer Seouler Universität in der vergangenen Woche beteiligt gewesen waren. Die Aktion war mit massivem Polizeieinsatz beendet worden. Dabei gelang es Kim Sim, Südkoreas meistgesuchtester Studentenführer und mutmaßlicher Anführer der Universitätsbewegung, den Polizisten davonzujoggen. Im Trainingsanzug lief er winkend an den Reihen der Bereitschaftspolizei vorbei.

Hasenfus schwächt seine Aussage ab

DW. Managua

Der vor einem Gericht in Managua stehende US-Bürger Eugene Hasenfus, der beschuldigt wird, im Auftrag des US-Geheimdientes CIA an Versorgungsflügen für die antisandinistischen Rebellen in Nicaragua beteiligt gewesen zu sein, hat eine frühere Aussage abgeschwächt. Er hatte zwei an der Unterstützungsaktion für die Contras beteiligte US-Bürger kubanischer Herkunft als CIA-Mitarbeiter bezeichnet. Jetzt räumte Hasenfus ein, ihm persönlich sei nichts dergleichen bekanntgeworden, er habe von einer solchen CIA-Verbindung nur von dritter Seite gehört.

Die Geiseln in Libanon: Noch vier Amerikaner und sieben Franzosen in den Händen von Terroristen

Wochenlang mit Ketten gefesselt

PETER M. RANKE, Kairo

Nach seiner überraschenden Freilassung im moslemischen West-Beirut ist der Amerikaner David Jacobson (55) am Montag über Zypern nach Wiesbaden zur medizinischen Untersuchung geflogen worden. Jacobsen war am 28. Mai 1985 von der Terrorgruppe „Islamischer Heiliger Krieg" in West-Beirut entführt worden.

Mit Jacobsen zusammen flog Terry Waite nach Zypern, ein Vertreter und Vermittler des Erzbischofs von Canterbury. Er hat angeblich in West-Beirut mit dem iranischen Außenminister Velayati und syrischen Geheimdienststellen verhandelt. Politische Beobachter nehmen an, daß vor allem die Syrer jetzt auf die Freilassung der restlichen vier Amerikaner und sieben Franzosen dringen, um nach dem Bruch mit London nicht weiter als Terrorstaat zu gelten und um weiter westliche Finanzhilfe zu bekommen. Auffallend ist die Freilassung von Jacobsen nur zehn Tage nach der Verurteilung Syriens durch London und Washington, so daß Waite die Hoffnung auf weitere Entlassungen aussprach.

Die vier Amerikaner, die noch als Geiseln von Terrorgruppen wie „Islamischer Heiliger Krieg" oder „Revolutionäre Gerechtigkeit" festgehalten werden, sind:

- Terry Anderson (38), AP-Korrespondent in Beirut, gekidnappt am 16. März 1985;
- Thomas Sutherland (55), Dekan an der landwirtschaftlichen Fakultät der von der Schließung bedrohten amerikanischen Universität, entführt am 9. Juni 1985;
- Frank Reed (53), Inhaber einer Privatschule in West-Beirut, entführt am 9. September 1986;
- Joseph Cicippio (56), Angestellter der amerikanischen Universität und gekidnappt am 12. September 1986.

Auch einige der sieben entführten Franzosen befinden sich schon seit über anderthalb Jahren in Gefangenschaft. Zwei der amerikanischen Geiseln, der Diplomat William Buckley und der Bibliothekar Peter Kilburn, sind ermordet worden. Kilburn war an eine prolibysche Gruppe, die Abu-Nidal-Fraktion, gegen 100 000 Dollar verkauft worden und wurde nach dem US-Luftangriff gegen Libyen Mitte April erhängt.

Aus den Berichten freigekommener Geiseln ist bekannt, daß sie alle ständig geschlagen wurden. Wie Terry Anderson war auch Jacobsen wochenlang mit Ketten an sein Bett oder an die Wand gefesselt. Das Essen besteht aus Reis, Bohnen, Käse und Fladenbrot. Den Gefangenen wird dauernd erzählt, die Heimat habe sie aufgegeben und vergessen. Meist sind die Geiseln in Kellern oder Wohnungen nicht fertiggestellter Häuser untergebracht, in Räumen ohne Licht und Mobiliar. Sie werden oft in Ambulanzwagen transportiert oder in Plastikplanen eingehüllt und verschnürt und von einem Ort zum anderen verschleppt, meist am Tage. Seit die syrischen Kontrollen verstärkt wurden, wurden offenbar alle Geiseln nach West-Beirut gebracht.

Die Kidnapper vom „Islamischen Heiligen Krieg" verlangen die Entlassung von 17 schiitischen Terroristen in Kuwait, die Anschläge auf die französische und amerikanische Botschaft unternommen und dabei sechs Menschen getötet hatten. Die meisten Entführer gehören zur radikalen Hizbollah-Partei und dort wiederum zum Mussawi-Clan. Unter den Wächtern der Geiseln und unter den Flugzeugentführern, die im Juni 1985 eine TWA-Maschine gekidnappt und einen Amerikaner ermordet hatten, ist zum Beispiel Imad Mugniyah, der jetzt von westlichen Geheimdiensten gejagt wird. Ein Mugniyah-Mitglied befindet sich auch unter den Sträflingen in Kuwait. (SAD)

Washingtons Haltung unverändert

FRITZ WIRTH, Washington

Das Weiße Haus betonte gestern mit Nachdruck, daß die USA gegenüber den Geiselnehmern David Jacobsens keine Konzessionen für seine Freilassung gemacht haben. „Unsere Politik im Umgang mit Geiselnehmern hat sich nicht geändert", versicherte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses.

In Kreisen der Reagan-Administration schweigt man sich vorläufig weiter aus über die Umstände, die zur Freilassung Jacobsens geführt haben, betont jedoch, daß es nicht ausschließlich auf die Bemühungen von Terry Waite, dem Sonderbotschafter des Erzbischofs von Canterbury, zurückzuführen sei. Es habe eine Reihe anderer „sehr sensitiver Kanäle" gegeben, heißt es in der Umgebung des Präsidenten.

Dagegen betonte Donald Regan, der Stabschef des Weißen Hauses, daß die Rolle Syriens bei dieser Freilassung „minimal" gewesen sei. Das Verhältnis zwischen Washington und Damaskus ist weiterhin sehr gespannt nach dem Abzug des amerikanischen Botschafters und einigen scharfen Äußerungen des amerikanischen Außenministers Shultz gegen Syrien am Wochenende. Dagegen halten sich Spekulationen, daß Kontakte mit Iran die Dinge in Bewegung gebracht haben.

Das Weiße Haus betonte ferner, daß der Zeitpunkt der Freilassung Jacobsens unmittelbar vor den Kongreßwahlen rein zufällig sei. Die letzte Entscheidung über die Freilassung der Geisel habe bei den Geiselnehmern selbst gelegen.

Das Schicksal der amerikanischen Geiseln in Libanon war besonders seit der Daniloff-Affäre zu einer schweren Belastung für die Reagan-Administration geworden. Die Angehörigen dieser Geiseln hatten die Administration wiederholt aufgefordert, mit den islamischen Geiselnehmern in ähnliche Verhandungen einzutreten, wie sie mit Moskau um die Freilassung Daniloffs geführt worden waren. Präsident Reagan hat bisher stets betont, daß derartige Vergleiche nicht möglich seien, da man es bei den Geiselnehmern in Libanon nicht mit etablierten Regierungen zu tun habe.

Das Weiße Haus warnte die Geiselnehmer, die noch sechs weitere Geiseln gefangen halten, daß sie für die Sicherheit dieser sechs Männer verantwortlich gemacht würden. In Washington halten sich Gerüchte, daß innerhalb der nächsten Tage mit der Freilassung einer weiteren Geisel gerechnet werden könne.

Jacobsen: „Ich bin unglaublich glücklich"

Nea. Wiesbaden

„Welcome home, Mr. Jacobsen" – dieses Transparent begrüßte auf dem US-Luftwaffenstützpunkt Wiesbaden-Erbenheim das zweistrahlige Schweizer Charterflugzeug, mit dem der 55jährige Amerikaner David Jacobsen nach fast 17monatiger Geiselhaft im Libanon auf dem Umweg über Zypern endlich wieder auf „heimischem" Boden gelandet war.

„Ich kann Euch gar nicht sagen, wie unglaublich glücklich ich bin, wieder bei Euch zu sein", rief Jacobsen, der einen stark erschöpften Eindruck machte und von „anderthalb gestohlenen Jahren meines Lebens" sprach, in die Mikrofone der US-Reporter. Begleitet wurde der Amerikaner von einem Sonderbeauftragten des Erzbischofs von Canterbury, der nach langwierigen Verhandlungen entscheidend an der Freilassung des Amerikaners beteiligt gewesen sein soll. Ausdrücklich hob Jacobsen allerdings auch den Anteil der US-Regierung an seiner Befreiung hervor.

Unter Anspielung auf die Parlamentswahlen in den USA sagte Jacobsen wörtlich: „Ich hoffe, daß morgen in Amerika jeder, der zu einem intelligenten Wesen erzogen wurde und wählen kann, erkennt, daß er das größte aller Privilegien besitzt: in der größten Demokratie der Welt zu leben." Er wisse jetzt, was es heiße, frei zu sein. Daheim haben inzwischen zwei Kinder des Amerikaners geheiratet. Seine Tochter erwartet in Kürze ein Baby.

Die Mafia: Vom politischen Einfluß des Verbrecher-Syndikats / Vierter Teil

„Die Leute fragen mich, wen sie wählen sollen'

Von FRIEDRICH MEICHSNER

Noch heute erinnern sich die älteren Leute in der zwischen Palermo und Agrigent gelegenen Landarbeiterstadt Villalba an eine Beerdigung des Jahres 1954. Sie glich fast einem Staatsbegräbnis. Zum Klang der von mehreren Musikkapellen intonierten Trauermärsche zogen Rappen den prachtvollen Leichenwagen mit dem blumenverdeckten Sarg durch die Straßen. Dahinter schritten weihrauchfässerschwingende Priester und neben örtlichen Honoratioren Vertreter der Provinz und sogar der Regionalbehörden aus Palermo. Den Weg säumten Tausende weinender Frauen, sich bekreuzigender Landarbeiter und Halbpächter in ihren besten Anzügen.

In zahllosen Nachrufen wurden die hohen Tugenden des Verstorbenen gepriesen: seine Selbstlosigkeit und Hilfsbereitschaft, sein Sinn für Gerechtigkeit und seine Großmut. In den schwarzumränderten Traueranzeigen, die man an den Häuserwänden und am Kirchenportal angebracht hatte, gipfelten diese Lobpreisungen in dem Satz: „Er war ein galantuomo" – ein Ehrenmann.

So wurde vor dreißig Jahren einer der letzten großen Mafia-„Paten" zu Grabe getragen, der sein Regime noch im traditionellen Stil ausgeübt hatte: „Don" Caló Vizzini. Während seiner über fünf Jahrzehnte dauernden Herrschaft hatte er zuletzt sogar einen „Protektor" gefunden, dem man diese Funktion am wenigsten zugetraut hätte: die US-Armee.

Ausgerechnet die Amerikaner waren es, die diesen „Paten", den der „eiserne" faschistische Präfekt von Palermo, Mori, hatte ins Gefängnis werfen lassen, wieder in seine „Rechte" einsetzten und damit den latenten Verdacht dunkler Querverbindungen zwischen Mafia und hoher Politik stärkten.

Sofort nach der alliierten Landung auf Sizilien wurde „Don" Caló von den US-Besatzern zum ersten nachfaschistischen Bürgermeister von Villalba ernannt. Man stellte ihm nicht nur Lebensmittel und militärische Transportmittel zur Verfügung, man ebnete ihm auch sonst alle Wege zur Reaktivierung seines unter den Faschisten suspendierten – wenn auch keineswegs eliminierten – Regimes. Ein Ausdruck des Dankes für die Zusammenarbeit mit den Alliierten bei der Eroberung der Insel? Aktenkundig wurde diese Kollaboration nie, aber daß es sie gab, galt auf Sizilien als offenes Geheimnis.

Zumindest indirekt hat die Mafia immer wieder auf die Politik eingewirkt – vom lokalen über den regionalen bis zum nationalen Bereich, von dem allgemein angenommenen übernationalen Beispiel aus dem letzten Krieg einmal ganz abgesehen.

Die Ausgangslage dafür schilderte einmal ein anonymer Mafia-Boß in einem Danilo Dolci gemachten „Geständnis", der es in seinem Buch „Spreco" widergab. Es könnte das „Geständnis" Don Calós gewesen sein: „So bin ich nun einmal, Signor Danilo. Immer, wenn mich jemand bittet, ihm einen Gefallen zu erweisen, tue ich das, weil das meine Natur ist. Ich kann niemandem nein sagen ... Wenn einer gekommen ist, dem ich einen Gefallen getan habe, und ein anderer gekommen ist, dem ich einen Gefallen getan habe, geht das



So liegen große Mafiosi auf dem Totenbett: Ex-Premier Vittorio Emanuele Orlando, den Rosenkranz um die Hände geschlungen FOTO: DIE WELT

immer so weiter, wird es zur Gewohnheit. So wird mein Name immer mehr bekannt ... Die Leute fragen mich, wie sie wählen sollen, weil sie sich – schon aus Dankbarkeit – gedrängt fühlen, meinen Rat einzuholen."

Einer der damals führenden Funktionäre des christlich-demokratischen Parteivorstandes in Rom, ein Norditaliener, schilderte mir in den sechziger Jahren seine Eindrücke von einer Wahlkampfreise durch Sizilien: „In Palma di Montechiaro, der Heimat des ‚Leoparden' (von Guiseppe Tomasi di Lampedusa), schlug uns das Elend ins Gesicht. Bei einer Besprechung in unserem örtlichen Parteibüro fragte ich den Ortssekretär, wie er es eigentlich anstelle, daß überhaupt noch jemand für unsere *Partei stimme – angesichts dieser* Zustände, der erbärmlichen Wohnverhältnisse, der Arbeitslosigkeit, der absoluten Trostlosigkeit. Ob er denn keine Bedenken habe im Blick *auf die bevorstehende Wahl?* Keineswegs, gab er mir zurück zur Antwort. Darüber brauche er sich Gott sei Dank keine Gedanken zu machen. *Das regele alles der ‚capo gens'.* Da wußte ich Bescheid."

1946, bei der ersten demokratischen Wahl nach Krieg und Faschismus, hatte ein solcher „capo gens" sogar noch ganz offen für seinen Kandidaten werben lassen. In der Mafia-Hochburg Partinico bei Palermo rief ein über die Straße gespanntes Spruchband die Bürger auf: „Wählt Vittorio Emanuele Orlando, den Freund der Freunde!" Der „Freund" Orlando war Italiens liberaler Ministerpräsident im Ersten Weltkrieg, zusammen mit Lloyd George, Wilson und Clemenceau einer der „großen Vier", die damals die Welt neu ordneten. Und wer die „Freunde" waren, wußte jeder.

Einer von ihnen, wenn nicht gar *der wichtigste, hieß Vanni Sacco.* Über ihn berichtete Michele Pantaleone in seinem Buch „Il sasso in bocca": „Politisch war ‚Don' Vanni Sacco ein liberaler, ein treuer Gefolgsmann Vittorio Emanuele Orlandos, mit dem ihm aus der Zeit des Ein-Mann-Wahlkreises Partenico-Camporeale-Monreale eine alte Freundschaft verband. Seine Briefe hatte er einrahmen lassen."

In den fünfziger Jahren beschloß „Don" Vanni, von den einflußlos ge*wordenen Liberalen zur Democrazia* Cristiana überzuwechseln. Dem widersetzte sich jedoch mit Erfolg der lokale DC-Funktionär Pasquale Almerico, einer der christdemokrati*schen „Jungtürken", die mit dem* Kampf gegen Klientelismus und Mafia ernst machen wollten. Er mobilisierte die Mehrheit des Provinzial*kongresses der Partei gegen den* „Don". Kurz darauf fand man ihn ermordet. Vanni Sacco wurde unter Mordanklage verhaftet, aber nicht ins Gefängnis, sondern in ein palermitanisches Krankenhaus eingeliefert. Dort blieb er bis zu seinem Freispruch aus Mangel an Beweisen. Als er Jahre später starb, wurde ihm ähnlich wie „Don" Caló eine Art Staatsbegräbnis bereitet.

Nicht anders als Pasquale Almerico erging es seither auch noch anderen Politikern, die mangelndes Verständnis für „die Freunde" an den Tag legten. Andere wiederum zeigten offensichtlich dieses Verständnis – und geraten dadurch, wenn sie Pech haben, jetzt allmählich ins Visier der endlich verstärkt und konsequenter geführten Anti-Mafia-Ermittlungen.

Nicht daß sie jemals Mitglied der Mafia gewesen wären: Sie nutzten lediglich ihre Stellung, in die sie nicht zuletzt durch Wahlhilfe und Fürsprache der „Freunde" hineingekommen waren, um sich erkenntlich zu zeigen – sei es mit der Empfehlung eines Mannes für einen bestimmten Posten, mit der Steuerung von Ausschreibungen für Bauaufträge, mit der Weitergabe einer vertraulichen Information, mit der Isolierung allzu eifriger „Schnüffler" oder mit der Dämpfung des Reformstre*bens in der eigenen Partei.*

In den seltensten Fällen ist diesen noch übriggebliebenen „Freunden der Freunde" eine strafbare Handlung nachzuweisen. Die Justiz muß sich – wie vor zwei Jahren im Falle des christdemokratischen Ex-Bürgermeisters von Palermo, Vito Ciancimino – oft damit begnügen, ihnen lediglich einen „provisorischen Zwangsaufenthalt" zuzuweisen. Dieses Verbannungsurteil, das auf einem Gesetz aus der faschistischen Zeit basiert, hat in den letzten Jahrzehnten auch schon zahlreiche echte Mafiosi getroffen, gegen die keine juristisch hieb- und stichfesten Beweise vorlagen. Viele von ihnen schickte man nach Nord- und Mittelitalien. Ungewollt leistete die Justiz damit freilich einen Beitrag zur Ausbreitung der Mafia über ganz Italien. Denn die Verbannten dachten nicht daran, an ihrem neuen Wohnort die Hände in den Schoß zu legen.

Das ließ der Hydra Mafia für jeden abgeschlagenen Kopf mehrere neue Köpfe nachwachsen. Und da auch das Klima der Rauschgiftkonjunktur dieses Wachstum nach wie vor fördert, wäre es sicherlich purer Leicht*sinn, das „Ende der Mafia" für die* absehbare Zukunft vorauszusagen.

Morgen in der WELT
Die Mafia und die Kirche

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Griechenland und Syrien

„Frau Thatcher enttäuscht über Partner in der EG"; WELT vom 29. Oktober

Ich möchte Ihnen folgende Erläuterungen die Stellungnahme Griechenlands bei der letzten EPZ-Sitzung der EG-Außenminister, die dem Fall Hindawi gewidmet war, betreffend, zur Kenntnis bringen.

Griechenland hat stets – auch während dieser Sitzung – den internationalen Terrorismus, von welcher Seite er auch kommen mag, verurteilt. Andererseits aber kann man, was das Problem des Nahen Ostens betrifft, das Gefühl derjenigen Menschen nicht übersehen, die seit nunmehr *vierzig Jahren ohne Heimat leben.* Infolgedessen hängt die Bekämpfung des Terrorismus mit der Beseitigung seiner politischen Ursachen zusammen.

Die Position Griechenlands ist in diesem Punkt dieselbe wie die der Bundesrepublik Deutschland (siehe diesbezüglich Erklärung des Sprechers des Auswärtigen Amtes vom 26. 10. 1986).

Was insbesondere den Fall angeht, welcher Gegenstand des Meinungsaustausches zwischen den Außenministern gewesen ist, vertritt Griechenland die Meinung, daß die namentliche Verurteilung und politische Isolierung Syriens angesichts der Tatsache, daß Syrien eines der Schlüsselländer für die Regelung des Nahost-Problems ist, nicht zweckmäßig wäre. Im Gegenteil: Man sollte versuchen, einen konstruktiven Dialog mit diesem Land sowie mit den anderen Hauptdarstellern der Krise fortzusetzen. Auch in diesem Punkt wird die Meinung Griechenlands *von den meisten der Zwölf* geteilt.

Abschließend möchte ich darauf *hinweisen,* daß dieser Fall nicht der einzige ist, bei dem bei der Behand-



Nicolas Katapodis

lung einer Frage der EPZ keine Übereinstimmung erzielt worden ist. Um nur einige Beispiele zu erwähnen: Im *vergangenen Jahr ist die Abberufung* der EG-Botschafter aus Pretoria zu Konsultationen sowie das Verhängen von Sanktionen gegen Südafrika *durch* die Einwände eines Mitgliedstaates verhindert worden.

Nicolas Katapodis,
Botschafter von Griechenland

Polen, Deutsche und Sowjets

„Historische Wahrheit"; WELT vom 10. Oktober

Zur Verleihung des Friedenspreises an Wladyslaw Bartoszewski wurde ein Brief veröffentlicht, in dem über Polen schlimme Lügen verbreitet werden. Ich verstehe darunter nicht die berechtigte Kritik der Warschauer Kommunisten. Ich bin selbst politische Emigrantin. Mir geht es um Briefe, in denen man den Polen etwa moralische Mitverantwortung an der Judenverfolgung oder an der Verschiebung der deutschen Ostgrenze mitsamt der Vertreibung anzuhaften versucht. Als ob letzteres nicht durch die Alliierten in Potsdam beschlossen worden wäre. Dies verletzt die polnische Nation, schadet der Versöhnung und der Verständigung zwischen Polen und Deutschen.

Nebst der kommunistischen Machtergreifung gehört der Verlust der Ostgebiete und die Vertreibung der polnischen Bevölkerung für die polnische Nation zu den schmerz*lichsten Dauerfolgen des Zweiten* Weltkrieges. Es handelt sich hier um Gebiete wie Westukraine, Galizien, Weißruthenien oder Litauen, die zum Teil seit fast 1000 – zum Teil seit 700 Jahren – zum Inhalt des Begriffes *„Polen" gehören (wohlbemerkt gehö*ren, nicht „gehört" haben). Dort ruhen die Gebeine der polnischen Könige und Heiligen, liegen die polnischen Wallfahrtsorte, dort wurden polnische Nationaldichter geboren, dort schließlich, unter der sowjetischen Verwaltung, spricht man noch heute Polnisch. Einen Abstecher nach *Wilna machte vor einiger Zeit* sogar General Jaruzelski, dem viel daran liegt als guter Patriot zu gelten. Da zu behaupten, daß die Polen in Wilna, Nowogrodek oder Lemberg „Okkupanten" waren, daß also die Vertreibung aus den urpolnischen Ostgebieten zu Recht geschah, ist sogar für die deutschen Verhältnisse (West) ein starker Tobak.

Hier erdreistet sich ein Deutscher zu behaupten, es hätte bei der Vertreibung der Polen kein Leiden, keine Toten, keine Enteignung gegeben. Es gab einfach die russische Befreiung der Westukraine, Litauens, Wolhyniens oder Galiziens. Das ist eine wortwörtlich übernommene These der sowjetischen Propaganda, mit der der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Polen im September 1939 gerechtfertigt wurde.

Barbara H. Ziemnicka, Köln

„Leistungsspaß"

„Muß denn die Arbeit Spaß machen"; WELT vom 28. Oktober

Wortkombinationen wie Leistungsfreude oder Lebensfreude, also Freude an der eigenen Leistung oder am Leben, ergeben einen Sinn. Als Nonsens, also als unsinnig, würde es wirken, von Leistungsspaß oder Lebensspaß zu sprechen. Meine Arbeit als Psychoanalytiker tue ich ausgesprochen gerne. Sie macht mir Freude, aber weiß Gott keinen Spaß, da ich anders meine Patienten nicht ernst nehmen würde.

Wolfgang Gaebelein, Frankfurt

Lateinstammtisch

„Lodi Latini"; WELT vom 25. Oktober

Neben Prof. Wilfried Stroh bemüht sich vor allem auch der an der Universität Saarbrücken lehrende Prof. Dr. Caelestis Eichenseer, durch die Herausgabe einer Zeitschrift und gut besuchte Kurse in der Bundesrepublik, im Elsaß, der Schweiz und Belgien das „lebendige Latein" und die Fähigkeit, Latein zu sprechen, zu fördern. In vielen Städten haben sich Interessenten gefunden, die sich ein- oder zweimal im Monat zu einem Stammtisch treffen, bei dem nur lateinisch gesprochen werden darf.

Man muß diese Bemühungen vor dem Hintergrund einer Bildungskrise *würdigen,* die dazu geführt hat, daß die Lateinkenntnisse – vom Griechischen gar nicht mehr zu reden – immer mehr abnehmen. Wenn ich als Philosophieprofessor in der Vorlesung einen oder zwei lateinische Sentenzen hintereinander spreche, lacht der ganze Hörsaal ob der Ungewöhnlichkeit dieses Vorganges – vielleicht *auch der Sprache.*

Schuld an diesem Ausverkauf unseres abendländischen Erbes ist auch die katholische Kirche, die sich in den Jahren nach dem Konzil des Lateinischen mit Behendigkeit entledigt hat. Die Unkenntnis des Lateinischen macht die Theologiestudierenden gänzlich unfähig, überhaupt noch die entscheidenden philosophischen und theologischen Quellentexte zu studieren, die alle lateinisch geschrieben sind. Aber die Herren wissen sich zu trösten: mit soziologischen und psychologischen „Quellentexten" neuester Provenienz.

Prof. Dr. Walter Hoeres,
Frankfurt

Wort des Tages

„Hüte dich, alles, was du besitzt, als dein Eigentum zu betrachten und dementsprechend zu leben."

Benjamin Franklin, amerikanischer Autor und Staatsmann (1706–1790)

Baskenpolizei ging allein gegen ETA vor

gö., **Madrid**

Die überraschende Befreiung des vor 13 Tagen von der Terrororganisation ETA entführten baskischen Industriellen, Lucio Aguinagalde, durch die baskische Landespolizei werteten das spanischen Innenministerium in Madrid und die baskische Landesregierung in Vitoria gleichermaßen positiv. Es war das erste Mal, daß die vor wenigen Jahren neu gebildete Polizei „Ertzantza" gegen die marxistische Terrororganisation vorging. Madrid und Vitoria bedauern ebenso den Tod des Chefs des Befreiungskommandos, Genaro Garcia de Andoain (64). Die Begleitumstände der Befreiungsaktion werden intern jedoch unterschiedlich beurteilt. So mußte auffallen, daß die Baskenpolizei weder die Nationalpolizei noch die Guardia Zivil mit ihren gut trainierten Sonderkommandos von dem beabsichtigten Alleingang informiert hatte.

Die Ertzantza, die inzwischen 2600 normal ausgebildete Polizisten umfaßt, wurde vor kurzem von der Madrider Regierung heftig kritisiert, weil sie sich bisher weigerte, Front gegen die ETA zu machen. Drei ihrer Angehörigen wurden im übrigen als Mitglieder der ETA entlarvt und verhaftet. Das Madrider Mißtrauen gegenüber der Ertzantza basierte auf ihrer separatistischen Vorgeschichte während des Bürgerkrieges (1936-39), zumal der selbständige Baskenstaat nach wie vor auch offen ausgesprochen *das Ziel der baskischen Natio*nalistenpartei bildet, die zur Zeit die Landesregierung stellt.

Wenn die Ertzantza plötzlich doch gegen die ETA vorgeht, dann nicht deshalb, weil sie auf Sicherheit der Bürger im Sinne der Madrider Staatsvorstellung garantieren will, sondern wohl mehr deshalb, weil sie erkannte, daß ein selbständiger Baskenstaat automatisch in zwei Bürgerkriegsparteien zerfallen müßte. Auf der einen Seite die demokratischen, meist bürgerlichen Nationalisten, auf der anderen Seite die linksextremistische ETA als „Soldaten" einer „sozialistischen Sowjetrepublik Baskenland" – politisch getragen von der marxistischen Baskenpartei Herri Batasuna.

Khadhafi festigt seine Position in Nord-Tschad

Das letzte Aufbäumen Weddeis / Paris hält sich zurück

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Aus dem Norden des zentralafrika*nischen Staates Tschad klingt wieder* Säbelrasseln bis nach Paris. In der Palmenstadt Fada wird gekämpft. Die letzten Truppen des tschadischen Oppositionspolitikers Gukuni Weddei müssen sich libyscher Angriffe erwehren. Er selbst ist bei einer Schießerei in Tripolis schwer verletzt worden. Kurz zuvor konnte er über *Rundfunk einen Appell an den Präsi*denten Tschads, Hissen Habré, richten. Er sei zu Verhandlungen bereit, ganz gleich unter welchen Bedingungen. Der fast verzweifelte Aufruf zeigte die Hilflosigkeit Weddeis. Die paar hundert ihm ergebenen Wüstenkämpfer waren seine letzte Waffe. Der Angriff der von den Libyern un*terstützten Gegner zeigt, daß Khad*hafi keineswegs vorhat, seine Positionen in Tschad aufzugeben.

Die Kämpfe im Norden des afrikanischen Flächenstaats jedoch könnten den tschadischen Präsidenten veranlassen, einen Feldzug zur Eroberung dieses Landesteils zu beginnen. Das ist ein langgehegtes Ziel in *der Hauptstadt N'Djamena. Habrés* Problem ist seine Stärke. Ohne französischen Schutz aus der Luft dürfte ihm wenig Erfolg beschieden sein. Dies ist der Punkt, um den sich alles dreht. Ist Paris bereit, Habré Flankenschutz zu geben?

Habré sucht Partner

Habré hat sich nicht nur an Paris gewandt, sondern auch an Washington. Hier hat er offenere Ohren gefunden. Die Reagan-Regierung sähe es mit Wohlwollen, wenn Khadhafi aus der einzigen territorialen Eroberung, die der Terroristen-Mäzen seit seiner Machtergreifung 1969 gemacht hat, zurückgedrängt würde. Vorwiegend libysche Truppen halten den uranreichen Tibesti-Streifen seit mehreren Jahren besetzt. Ihre Gesamtstärke wird auf rund 4000 Mann und etwa 100 Panzer geschätzt. Sie halten – bisher gemeinsam mit den Truppen Weddeis – die strategisch wichtigen *Ortschaften Fada und Faya Largeau.* Von beiden Orten führen Straßen zur Hauptstadt. Hinter beiden Orten beginnt die Wüste. Die Oasenstädte sind die Pforten nach Tschad, gleichzeitig Sprungbrett für militärische Operationen in den Norden.

Washington hofft, daß eine Niederlage Khadhafis im Norden Tschads dessen Stellung in der demoralisierten libyschen Armee entscheidend schwächen würde. Es wäre ein weiterer Schritt zur Eindämmung des Ter*roristen-Regimes. Aber Washington* hat keine Truppen in Afrika. Man will auch nicht den engen Verbündeten Frankreich vor den Kopf stoßen. Also versuchen Reagans Emissäre, Paris zu einer aktiveren Haltung in Tschad zu bewegen. UNO-Botschafter General Walters war aus diesem Grund bereits öfters in Paris.

Risiko nicht kalkulierbar

Bis jetzt hat sich Premierminister Chirac immer geweigert, an der Seite *Habrés einen Feldzug* zur Wiedereroberung des Nordens zu starten. Im Elysée dagegen hält man sich alle Optionen offen. Über Satellit steht der Präsident direkt mit dem Kommando „Epervier" (das französische Dispositiv in Tschad) in Verbindung. Fada und Faya Largeau einzunehmen, wäre keine Schwierigkeit, heißt es in Paris. Aber wie soll man die Wüste besetzt halten? Zwar würde Frankreich in den Augen der Amerikaner durch eine solche Aktion gegen Khadhafi rehabilitiert – immer noch trägt man den Franzosen nach, daß sie die Überflugrechte für die Vergeltungsaktion im April gegen Khadhafi nicht gewährt haben. Hinzu kommt, daß Paris gegenüber Syrien eine ambivalente Haltung einnimmt. Aber es ist nicht vorauszusehen, welche innenpolitischen Folgen solche eine Aktion in Tschad haben kann.

Fest steht vorerst nur, daß in Fada noch gekämpft wird und daß Habré die Bevölkerung in den Wüstenoasen „vom Völkermord durch die Libyer bedroht" sieht. In Paris beobachtet man mit Spannung die Ereignisse in dem fernen Land, das schon oft für *viel Aufregung in der französischen* Hauptstadt gesorgt hat.

Irritation in Israel um Atomspion

lav, **Jerusalem**

Unter zunehmende öffentliche Kritik gerät die israelische Militärzensur, *die die Befugnis hat, die Verbreitung* sicherheitsgefährdender Nachrichten zu verbieten. Grund ist ihre Haltung im Fall des angeblichen Atomspions Mordechai Vanunu.

Ähnlichem Druck ist die Regierung ausgesetzt, die bisher noch nicht Stellung zu den Berichten genommen hat, wonach Vanunu von Agenten des *Geheimdienstes Mossad entführt* und nach Israel gebracht wurde. Es heißt lediglich: „Uns ist nichts darüber bekannt." In politischen Kreisen wird die Forderung nach einem klaren Ja oder Nein immer lauter.

Sollte Vanunu tatsächlich in Israel sein, könnte er in geheimer Verhandlung abgeurteilt werden. Das Gesetz *läßt so etwas in Fällen zu, in denen* ein öffentliches Verfahren die nationale Sicherheit gefährden würde. Dies müßte jedoch vom Obersten Gerichtshof ausdrücklich gebilligt werden. Der Angeklagte hätte auch das Recht, vor dem Obersten Gerichtshof Einspruch gegen die Geheimhaltung zu erheben. Das Gesetz fordert zwar die Benachrichtigung von Familienangehörigen, doch auch das ist in Ausnahmefällen nicht zwingend.

Die Presse verhält sich ausgesprochen feindselig gegenüber Vanunu. Die auflagenstarke Zeitung „Ma'ariv" schrieb: „Wir regen uns überhaupt nicht darüber auf – auch wenn es sich nur um eine unrealistische Spekula*tion handeln sollte* –, daß jemand Vanunu nach Israel gebracht hat. Falls es doch zutrifft, so sagen wir: Hut ab! Es ist uns gleichgültig, ob er legal oder mit Hinterlist hierher gebracht wurde, zur See oder in der Luft, tot oder lebendig. Und falls er nicht hergebracht worden ist, so werden wir eine derartige Initiative begrüßen."

Mit Zorn und Schmerz sagte Vanunus Vater Shlomo, ein orthodoxer Rabbiner, der sich als Gemüsehändler in Beersheba ernährt, in Interviews: „Für mich ist er nicht mehr mein Sohn, Gott sei Dank habe ich noch andere Kinder. Und auch wenn Motti (Kurzform für Mordechai) jah*relang im Gefängnis sitzen muß, ich* werde ihn nicht besuchen." (SAD)

Personen

VERANSTALTUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** wird heute nachmittag auf der Godesburg in Bonn-Bad Godesberg an einer Festveranstaltung teilnehmen, zu der der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. (VDZ) und mit ihm sein Präsident **Heiko Klinge** eingeladen haben. *Gastredner ist Forschungsminister* **Heinz Riesenhuber**, der über die Zukunftsaufgaben der deutschen Forschungspolitik sprechen wird. Der VDZ führt heute und morgen in Bonn seine Generalversammlung durch, zu der mehr als 300 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet werden. Dem Verband angeschlossen sind sämtliche großen deutschen Publikumszeitschriftenverlage, fast die gesamte deutsche Fachpresse und konfessionelle Zeitschriften. Morgen wird der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium **Otto Schlecht** auf der Godesburg zur wirtschaftlichen Entwicklung und den Medien*märkten sprechen.* Eine voraussichtlich lebhaft bestrittene Podiumsdiskussion ist dem Thema „Wandel der Medien – Wandel der Kultur?" gewidmet. Die Teilnehmer sind **Peter Glotz**, SPD-Bundesgeschäftsführer, Ministerialdirektor Dr. **Wolfgang Bergsdorf** (CDU) vom Bundespresseamt, **Gerhard Unholzer** *von Infratest.* **Klaus Podak**, Leiter der Abteilung Publizistik bei der Bertelsmann AG, Heiko Klinge sowie als Moderator **Wolf Schneider**, Geschäftsführer der Henri-Nannen-Schule Hamburg.

KIRCHE

Der Leiter der Evangelischen Stadtmission von Magdeburg, Pfarrer **Hannes Urmoneit** (52), ist von der Synode der Kirchenprovinz Sachsen zum neuen Propst der Elbestadt berufen worden. Er wird damit Nachfolger von **Christoph Hinz**, der aus Gesundheitsgründen Anfang Oktober aus diesem Amt ausgeschieden ist. Zum neuen Propst des Sprengels Nordhausen im thüringischen Bezirk Erfurt wurde der bisherige Superintendent von Nordhausen, **Joachim Jäger** (51), berufen. Superintendent Jäger tritt die Nachfolge von Propst **Rolf Stubbe** an, der Ende 1985 gestorben ist.

EHRUNGEN

Der Marburger Literaturpreis 1986 geht an den 51jährigen Autor **Hans-Joachim Schädlich**. Schädlich erhält die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung vor allem für sein letztes Buch „Tallhover". Der



Hans-Joachim Schädlich

Literaturpreis – je zur Hälfte von der Stadt Marburg und vom Landkreis Marburg-Biedenkopf finanziert und darüber hinaus mit 5000 Mark vom hessischen Innenministerium gefördert – wird Schädlich am 30. November in Marburg überreicht.

*

Dem Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz, Dr. **Ernst Ludwig Ehrlich**, ist der Grad eines Ehrendoktors der Theologischen Fakultät der Universität Basel verliehen worden. Die Ehrenpromotion findet am 9. November anläßlich des 40jährigen Jubiläums der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in St. Gallen statt. Dr. Ehrlich, seit 1958 Zentralsekretär der Arbeitsgemeinschaft, erhält die Ehrung für die Förderung des jüdisch-christlichen Dialogs. Dr. Ehrlich, 1921 in Berlin geboren, lebte bis zu seiner Flucht *1943 in die Schweiz in Deutschland.*

*

Zum ersten Mal in der Geschichte Israels wird die höchste Auszeichnung des Landes, der „Israel-Preis", einem arabischen Künstler verliehen. Das Komitee des „Israel-Preis" erläuterte, daß der 40 Jahre alte Film- und Theaterschauspieler **Makram Churi** „für seine Leistungen im Bereich der Kunst sowie der Förderung von Verständigung zwischen Juden und Arabern im Staate Israel zum Preisträger gewählt worden" sei. Die Verleihung ist für den *israelischen Unabhängigkeitstag* (4. Mai 1987) vorgesehen. Neben Churi werden mit dem Preis auch zwei Schauspielerinnen des „Habima"-Staatstheaters geehrt, **Lia König** und **Miriam Zohar**.

UNIVERSITÄT

Die im vergangenen Jahr aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Hygieneinstituts der Philipps-Universität in Marburg von den Marburger Behring-Werken gestiftete und alljährlich mit 10 000 Mark dotierte Behring-Lecture findet heute erstmals statt. Referent ist der amerikanische Nobelpreisträger Professor Dr. **Gerald N. Edelmann** von der Rockefeller Universität in New York. Er spricht über die molekulare Zellhaftung bei der Regulierung der Tierformen und Gewebemuster. Die Universität Marburg erhielt mit der Behring-Lecture die Möglichkeit, in jedem Jahr einen oder zwei hervorragende Wissenschaftler aus dem In- und Ausland zu Gastvorträgen aus den Fachgebieten Virologie, Mikrobiologie, Immunologie und Molekularbiologie einzuladen.

*

Professor Dr. **Hans-Jürgen Schings** von der Neuphilologischen Fakultät Heidelberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Freien Universität Berlin erhalten.

GESTORBEN

Der Warschauer Weihbischof und Generalvikar der Erzdiözese **Jerzy Modzelewski** ist im Alter von 81 Jahren gestorben. Weihbischof Modzelewski war seit 1928 Priester der Erzdiözese Warschau und wurde 1959 zum Bischof ernannt.



Bis Mitte Dezember wird auch der Block II des Kernkraftwerks Philippsburg (Baden-Württemberg) an das vollautomatische Fernüberwachungssystem angeschlossen sein FOTO: DPA/PFUND

Schnelle Warnung bei Störfall

Fernüberwachungs-Systeme verbessern die staatliche Kontrolle von Kernkraftwerken

Von VERA ZYLKA

Ein neuartiges Fernüberwachungssystem für Kernreaktoren, das eine noch intensivere und effektivere Aufsicht sowohl im Normalbetrieb als auch bei einem Störfall ermöglicht, ist jetzt in Baden-Württemberg von Landesumweltminister Gerhard Weiser vorgestellt worden.

Die staatlichen Aufsichtsbehörden kontrollieren damit vollautomatisch und betreiberunabhängig die Kernkraftwerke Obrigheim, Neckarwestheim I und Philippsburg I. Das Kernkraftwerk Philippsburg II wird bis 15. 12. 1986 an das Reaktor-Fernüberwachungssystem angeschlossen sein.

Ständige Messungen der Emission und Immission

Mit Hilfe des Fernüberwachungssystems ist es möglich, kontinuierlich die Strahlung radioaktiver Stoffe (Emission) in Luft und Wasser, aber auch deren Einwirkung auf die nähere Umgebung der Kernkraftwerke (Immission) zu überwachen. Zur Kontrolle wichtiger Betriebsparameter gehören ständige Messungen des Neutronenflusses, der Drucke in Sicherheitsbehältern, der Aktivitätskonzentration in verschiedenen Raumbereichen (Arbeitsplätze, Personenschleusen), der Spannung an bestimmten Stromschienen sowie der Stand aller Regel- und Sicherheitsventile für das Ablassen von Frischdampf.

Bei Überschreitung intern vorgegebener Grenzwerte wird sofort automatisch die Aufsichtsbehörde alarmiert. Angeschlossene Computer schätzen im Störfall die zu erwartende Strahlenbelastung der Bevölkerung ab, die durch die Ausbreitung radioaktiver Stoffe mit der Luft hervorgerufen werden kann. Sogar die aktuelle Wettersituation wird bei der Vorhersage berücksichtigt.

Darüber hinaus wird an 30 verschiedenen Orten im Umkreis der drei Kernkraftwerke Obrigheim, Neckarwestheim und Philippsburg die Gamma-Strahlung gemessen. Zur Erfassung einer möglichen Strahlenbelastung durch grenznahe ausländische Kernkraftwerke wurden jeweils zwölf Meßstationen in der deutschen Umgebung der Kernkraftwerke Fessenheim (Frankreich) und Leibstadt (Schweiz) in das Kernreaktor-Fernüberwachungssystem integriert.

Die umfangreiche Aufgabenstellung der Kernreaktor-Fernüberwachung erfordert ein zuverlässiges System sowohl bei der Erfassung der Meßwerte als auch bei deren Übertragung und Verarbeitung. Die erhobenen Daten werden daher zunächst vom Kraftwerk direkt an das Fernüberwachungssystem übergeben, zusätzlich aber in einer dezentralen Station im Kraftwerk erfaßt und verarbeitet, um später im Doppelrechnersystem der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) gespeichert zu werden. Alle Werte stehen sowohl dem Umweltministerium, den Regierungspräsidien Karlsruhe und Stuttgart und den Betreibern sowie im Bedarfsfall dem Land Rheinland-Pfalz zur Verfügung.

Alle Teile des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems, die die Kontrolle der eigentlichen Kraftwerke betreffen, sind einschließlich der Datenübertragungswege doppelsträngig angelegt worden. Die entsprechenden Meßgeräte im Kernkraftwerk und in der Meßnetzzentrale in der Landesanstalt für Umweltschutz in Karlsruhe sind notstromversorgt. Auch die Immissionsmeßstellen sind zusätzlich mit Batterien ausgerüstet. Bei einem Ausfall des Systems wird sofort Alarm ausgelöst. Zum Überbrücken von Ausfällen beispielsweise bei der Datenübertragung werden die Meßwerte bereits in den Kernkraftwerken und in den Immissionsmeßstellen zusätzlich 72 Stunden lang zwischengespeichert.

Die Terminals und Datenausgabegeräte der Aufsichtsbehörde sind über Wählleitung an das zentrale Rechnersystem bei der Landesanstalt für Umweltschutz, das zur Meßnetzsteuerung und Meßdatenverarbeitung dient, angeschlossen. Darüber hinaus hält die Aufsichtsbehörde bei den zuständigen Regierungspräsidien jeweils Terminals und Datenausgabegeräte bereit, die im Bedarfsfall ebenfalls über Wählleitung sofort an das zentrale Rechnersystem angeschlossen werden können.

Die Meßdaten werden im Kernkraftwerk alle fünf Sekunden erfaßt und, über zehn Minuten gemittelt, über das Datex-Netz der Deutschen Bundespost zur Netzzentrale übertragen. Die Werte an den Immissionsmeßstellen in der Umgebung der Kernkraftwerke werden stündlich als Mittelwerte zur Meßnetzzentrale übertragen.

Die Kosten belaufen sich auf neun Millionen Mark

Nach Fertigstellung ist mit einem Investitionsaufwand von rund neun Millionen Mark zu rechnen. Die jährlichen Betriebs- und Personalkosten belaufen sich auf etwa 2,1 Mill. Mark. Die Betreiber der Kernkraftwerke sind zur Übernahme der Investitions- und Betriebskosten verpflichtet.

In die zweite Ausbaustufe des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems sollen die bisherigen Betriebserfahrungen einfließen. Der hohe Benutzungsbedarf zum Beispiel bei Betriebsstörungen macht es erforderlich, die Rechnerkapazität zu erhöhen und die Computerprogramme zu ergänzen. Zudem müssen Möglichkeiten zum gleichzeitigen Zugriff auf den Rechner noch verbessert werden.

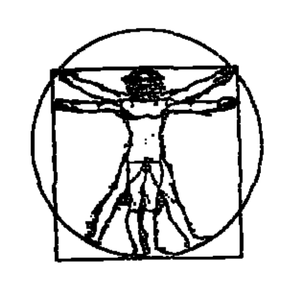
NOTIZEN

Deutsche Astronauten

Bonn (rtr) – Vier weitere deutsche Raumfahrer werden ab Oktober 1990 für einen wissenschaftlichen Raumflug zur Verfügung stehen, wie Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber gestern in Bonn anläßlich der Beendigung der Astronauten-Ausschreibung erklärte. Von insgesamt 1746 Bewerbern haben 728 die erhobenen Kriterien erfüllt. Darunter sind 585 männliche (80 Prozent) und 143 weibliche Bewerber (20 Prozent). Die Auswahl der Astronauten soll im Frühjahr 1987 vorgenommen werden.

Eduard-Rhein-Preis

Duisburg (dpa) – Für ein neues Verfahren, mit dem fünfmal mehr Tonsignale auf Compact-Discs und digitalen Tonbandaufzeichnungen untergebracht werden können, sind



die Diplomingenieure Detlev Krahe und Klaus Beckmann mit dem Eduard-Rhein-Preis der gleichnamigen Stiftung ausgezeichnet worden. Die beiden Preisträger, die an der Universität Duisburg arbeiten, teilen sich die mit 20 000 Mark dotierte Ehrung.

Parabene kennzeichnen

Berlin (DW.) – Paraben-haltige Arzneimittel sollen demnächst auf Veranlassung des Bundesgesundheitsamtes (BGA) in Berlin auf der Verpackung, der äußeren Umhüllung und der Packungsbeilage für den Patienten gekennzeichnet sein. Parabene (Alkyl-4-hydroxybenzoate) sind Stoffe, die in einigen tausend Fertig-Arzneimitteln zur Konservierung beigefügt werden. In seltenen Fällen haben diese bei empfindlichen Personen allergische Reaktionen hervorgerufen.

Wie Eindringlinge abgewehrt werden

Der Robert-Koch-Preis geht an japanischen Biologen für Forschungen über Antikörper

Von LUDWIG KÜRTEN

Der diesjährige Robert-Koch-Preis ist gestern in Bonn dem japanischen Immunforscher Professor Susumu Tonegawa verliehen worden. Gleichzeitig wurde Professor Ernst Ruska (Berlin) mit der Robert-Koch-Medaille geehrt. Tonegawa erhielt den mit 80 000 Mark dotierten Preis für seine Forschungen über die genetischen Grundlagen der Antikörper-Bildung. Ruska wurde für die Erfindung des Elektronenmikroskops ausgezeichnet, eine bereits über 50 Jahre zurückliegende Entdeckung, für die er in diesem Jahr auch mit dem Nobelpreis für Physik geehrt wurde. Die Auszeichnungen werden von der Robert-Koch-Stiftung für grundlegende Arbeiten auf dem Gebiet der Infektionskrankheiten und anderer Volkskrankheiten vergeben.

Tonegawa war maßgeblich daran beteiligt, eine der ungewöhnlichsten Eigenschaften des Immunsystems aufzuklären. Zur Abwehr körperfremder Giftstoffe und Krankheitserreger (Antigene) bildet der Organismus mit Hilfe der sogenannten B-Lymphozyten die Antikörper (AK). Diese Eiweißstoffe können die Eindringlinge erkennen und sorgen für ihre Vernichtung. Lange Zeit war unbekannt, wie der Körper es bewerkstelligt, gegen jeden möglichen Fremdkörper spezifische Antikörper bilden zu können.

Nachdem man die Gene isoliert hatte, die für die Bildung der Antikörper zuständig sind, stellte man fest, daß ihre Zahl erheblich kleiner ist als die Zahl möglicher Antigene. In den 70er Jahren fand dann der Göttinger Immunologe Norbert Hilschmann, daß die Antikörper aus mehreren Untereinheiten bestehen. Dabei gibt es zum einen Bestandteile, die in allen AK übereinstimmen (C-Ketten), zum anderen Teile, die variabel und spezifisch für den jeweiligen AK sind (V-Ketten). Doch auch die Anzahl der V-Ketten-Gene reichte nicht aus, um die Variabilität der AK endgültig zu erklären.

Tonegawa stellte dann schließlich fest, daß die Vielfalt durch ständige Neuordnung und Kombination eines verhältnismäßig kleinen Gen-Repertoires zustande kommt. Er entdeckte damit zum ersten Mal, daß das Molekül, in dem die genetische Information gespeichert ist – die Desoxiribonukleinsäure (DNA) – kein fest sortiertes „Archiv", sondern sehr flexibel ist.

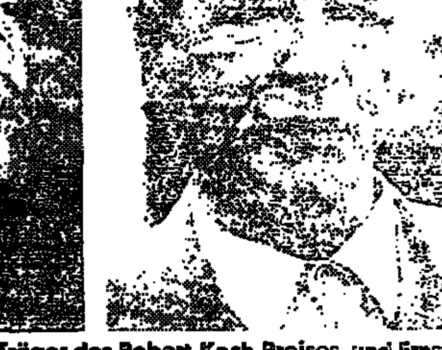
Tonegawa fand heraus, daß die Gene für die C- und die V-Ketten im embryonalen Entwicklungszustand des Organismus auf der DNA weit voneinander entfernt liegen. Bei erwachsenen Organismen sind sie jedoch eng zusammengerückt. Es kommt während der Entwicklung also zu einer Neuordnung (Rekombination), an der sogenannte Verbindungssegmente beteiligt sind. Diese J-(joint-)Segmente werden später bei der endgültigen Herstellung der Antikörper eliminiert.

Zusätzlich entdeckte Tonegawa ein weiteres Segment (D-Segment), das neue Kombinationsmöglichkeiten schafft. Darüber hinaus fand er eine Reihe von Mechanismen, die die Zahl möglicher Verbindungen erhöhen. Zum Beispiel arbeitet die Maschinerie bei der Verknüpfung der Segmente so ungenau, daß unterschiedliche AK für ein Antigen entstehen. Schließlich liegt auch die Mutationsrate in diesem Abschnitt des Erbgutes wesentlich höher als in anderen Bereichen. Dadurch entstehen immer wieder neue AK-Formen.

In den letzten Jahren wandte sich Tonegawa vor allem den T-Lymphozyten zu. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Viren. Er arbeitete vor allem über die Bindungsstellen, mit denen die T-Zellen Kontakt zu anderen Zellen aufnehmen, sowie über die genetischen Grundlagen dieser Wechselwirkungen. Dabei entdeckte er ein Gen, das wichtig für die Reifung der Lymphozyten in der Entwicklungsphase des Organismus ist.

Professor Ernst Ruska gelang schon vor über 50 Jahren mit der Entwicklung des Elektronenmikroskops eine der wichtigsten wissenschaftlichen Entdeckungen dieses Jahrhunderts. Er fand noch als Student heraus, daß Elektronenstrahlen mit Hilfe von Magneten gebündelt und deshalb – wie die Lichtstrahlen in einem herkömmlichen Mikroskop – zur Abbildung von Objekten benutzt werden können. Wegen der wesentlich kleineren Wellenlänge der Elektronenstrahlen konnte aber die maximale Vergrößerung erheblich verbessert werden. Mit dem Elektronenmikroskop wurden die Grenzen des Sichtbaren im Verhältnis zum Lichtmikroskop um etwa das Hundertfache erweitert. Damit wurde es möglich, winzige Strukturen in biologischen Objekten dem menschlichen Auge zugänglich zu machen. Auch die Untersuchung von Krankheitserregern war damit erleichtert.





Susumu Tonegawa, der Träger des Robert-Koch-Preises, und Ernst Ruska, der mit der Koch-Medaille geehrt wurde FOTOS: SIMON/MEYER

Eine Impfung schützt vor Leberkrebs

Wissenschaftler diskutieren über die Behandlung von Stoffwechsel-Erkrankungen

Von LOTTE LUDWIG

In den letzten Jahren wurden bei der Erforschung der Lebererkrankungen zwei grundlegende Resultate erzielt, die die Wissenschaftler zum Umdenken gezwungen haben. Erstens konnten neue Ergebnisse über die Steuerungsmechanismen des Leberstoffwechsels gewonnen werden und zweitens wurde bewiesen, daß ein kausaler Zusammenhang zwischen der Hepatitis B und dem primären Leberzellkrebs besteht. Dies berichtete jetzt Professor Hans Popper aus New York bei der diesjährigen Leber-Woche in Basel, bei der rund 2500 Hepatologen aus 70 Ländern zusammentrafen.

Die Leber ist das Zentrum aller Stoffwechselfunktionen im Organismus. Bei Bedarf stellt sie Zucker (Glukose) bereit und entfernt ihn, wenn ein Überangebot vorliegt, wieder aus dem Blut. In der Leber werden Eiweißkörper ab- und aufgebaut und die Grundsubstanzen für alle Membranen, die die Zelle untergliedern, hergestellt. Außerdem werden Cholesterin und Gallensäuren gebildet und zahlreiche Stoffe entgiftet. Auch der Hormonhaushalt wird von der Leber beeinflußt, indem sie Botenstoffe mit Signalwirkung aussendet.

Es wird immer deutlicher, daß die bisherigen Vorstellungen von der Funktion der Leber revidiert werden müssen. Eine Lebererkrankung sei keine „Ein-Schritt-Erkrankung", die mit einer „Ein-Schritt-Therapie" behandelt werden könnte, sie bestehe vielmehr aus einem Netzwerk von ineinandergreifenden Vorgängen. Zu den neu entdeckten Steuerungsfaktoren, die dabei eine Rolle spielen, gehören die Cytokinine, die Interleukine, der Hepatozyten-(Leberzellen)-stimulierende Faktor (HSF) und eine Reihe weiterer Wachstumsfaktoren.

Das zweite wesentliche Forschungsergebnis der letzten Jahre ist die Bestätigung der Vermutung, daß das primäre Leberzellkarzinom durch Viren ausgelöst wird. Sowohl der Erreger der Hepatitis B, als auch das bis jetzt nicht identifizierte Virus, dem man den Namen Nicht-A-Nicht-B gegeben hat, können Leberkrebs hervorrufen. In den USA und im Max-Planck Institut für Biochemie in München hat man das Virus-Gen gefunden, das in der Leberzelle die Entartung verursacht, und es isoliert. Da ein wirkungsvoller Impfstoff gegen Hepatitis B zur Verfügung steht, ist es erstmals möglich, Prävention gegen eine Krebserkrankung zu betreiben.

Bei einer chronischen Infektion mit dem Hepatitis B Virus kann es in etwa 24 Prozent der Fälle auch zu einer Leberzirrhose kommen. Bei 60 Prozent aller Zirrhotiker ist hingegen der übermäßige Alkoholkonsum die Ursache. Die toxische Wirkung des Hepatitis-Virus und der Abbauprodukte des Alkohols führen zu einer Vermehrung des Bindegewebes und zum Untergang von Leberzellen. Es entwickelt sich ein Teufelskreis: Durch die Reduktion der Leberzellen fällt das Stützgewebe zusammen, dadurch wird die Leberfunktion eingeschränkt und die Blutversorgung gestört, so daß weitere Zellen absterben. Da auch schwerwiegende Komplikationen an der Niere, der Speiseröhre, im Blutkreislauf und im Gehirn auftreten, stellt die Zirrhose eine häufige Todesursache dar.

Wo liegt die Grenze des täglichen Alkoholkonsums für die alkoholinduzierte Leberzirrhose? Für Männer beträgt sie 60 g reinen Alkohols pro Tag und für Frauen etwa 20 g täglich. Werden größere Mengen konsumiert, muß mit der Ausbildung einer Zirrhose gerechnet werden. Die Leberschäden, die dann entstehen, sind irreversibel und keiner kausalen Behandlung mehr zugänglich. Da die Gefahr besteht, daß die Patienten wieder anfangen zu trinken, wird auch von einer Lebertransplantation als letzter Möglichkeit einer Behandlung abgeraten, wie mehrfach in Basel betont wurde. Für eine Lebertransplantation kommen vor allem Patienten in Frage, die an einer nicht-alkoholischen Leberzirrhose leiden, oder Kinder mit angeborenen Leberfunktionsstörungen, etwa einem Verschluß der Gallenwege. Professor Rudolf Pichlmayr (Hannover) hat schon bei zahlreichen Patienten gute Erfolge mit der Lebertransplantation erzielt.

Ein weiteres Thema war die Behandlung von Gallensteinen. Millionen Menschen haben Gallensteine, aber nur etwa 20 Prozent davon machen sich durch Beschwerden bemerkbar. Die meisten Gallensteine bleiben „stumm". Vor allem ältere Menschen sind davon betroffen, Frauen wesentlich häufiger als Männer. Es handelt sich überwiegend um Cholesterinsteine, die durch eine Übersättigung des in der Leber gebildeten Gallensaftes mit Cholesterin entstehen.

Wenn mehr Cholesterin vorhanden ist, als von den Gallensäuren in Lösung gehalten werden kann, lagert es sich in Form von Kristallen oder Steinen in der Gallenblase ab. Durch die Gabe von zusätzlicher Gallensäure über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten, wird das Cholesterin aus den Steinen herausgelöst, und sie zerfallen. Als weitere Behandlungsmethode bietet sich die extrakorporale Stoßwellenlithotrypsie – eine Zertrümmerung von Steinen durch fokussierte Schallwellen – an, die in München bisher an 47 Patienten erfolgreich vorgenommem wurde.

Die ersten Kollegs für Graduierte

DW. Bonn

*Zum 1. Januar 1987 richtet Baden-*Württemberg drei Graduiertenkollegs als Modellversuche ein, und zwar an der Universität Freiburg für Polymerwissenschaften, an der Universität Konstanz für Biochemische Pharmakologie und an der Universität Tübingen für Neurowissenschaften. Zielgruppen sind Doktoranden zunächst dieser Fachrichtungen. Sie sollen durch die Neuerung in umfassendere Forschungsvorhaben eingebunden werden. Zugleich erhofft man sich eine gezieltere Förderung und damit eine Verkürzung der Studienzeiten. In Baden-Württemberg ist der durchschnittliche Promovend bei Abschluß 31,4 Jahre alt.

Die Anregung geht auf den Wissenschaftsrat zurück. Ob sich die Hoffnungen, die mit den Graduiertenkollegs verbunden werden, erfüllen, wird sich frühestens in drei Jahren zeigen. Auch Nordrhein-Westfalen plant solche Einrichtungen, ohne allerdings schon Einzelheiten mitteilen zu können. Die Stiftung Volkswagenwerk hat beschlossen, für die Gründung von Graduiertenkollegs bis zu sechs Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Schwerpunkte sollen hier Geistes- und Sozialwissenschaften sein. In der Bundesrepublik kann man in über 300 Studiengängen mit dem Doktorexamen abschließen.

Zulassung verbessert

DW. Bonn

Sieht man von Biologie ab, so sind jetzt die Lehramts-Studiengänge fast ohne Zulassungsbeschränkungen. Insgesamt weist der örtliche Numerus clausus an einzelnen Universitäten generell eine stark rückläufige Tendenz auf. Von größerer, zum Teil sehr großer Bedeutung ist er noch in *den Fächern Kunstgeschichte, Theater*wissenschaft, Völkerkunde, Geologie sowie Gartenbau/Landschaftsplanung. Kaum Rückgänge gibt es jedoch bei den Zulassungsbeschränkungen an *Fachhochschulen*, mit Ausnahme von Bauingenieurwesen.

Doktor für Informatiker

DW. Koblenz

Die Abteilung Koblenz der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz hat für das Fach Informatik das Promotionsrecht erhalten. Eine entsprechende Ordnung ist soeben in Kraft gesetzt worden. Zum Promotionsstudiengang werden neben Diplom-Informatikern auch Absolventen anderer ingenieur- und naturwissenschaftlicher Disziplinen zugelassen (Bedingungen: mindestens acht Semester, Diplom oder gleichwertige Prüfung).

Deutsche in Österreich

DW. Wien

Das Studium deutscher Hochschü*ler in Österreich wird problemloser.* Wer in der Bundesrepublik ein Diplom erworben hat, kann nun ohne Formalitäten im Gastland zur Promotion zugelassen werden, wenn ihm von der deutschen Universität bescheinigt wird, daß er in der Heimat die Voraussetzungen dafür erfüllt. Das ist insbesondere für Juristen mit juristischem Staatsexamen interessant. Auch Studienzeiten und Prüfungen von Fachhochschülern werden jetzt in dem Umfang akzeptiert, in dem es seitens deutscher Universitäten geschieht. Das ist für Überwechsler wichtig.

Museums-Pädagogik

DW. Freiburg

Voraussichtlich schon 1987 bietet die Pädagogische Hochschule Freiburg ein viersemestriges Erweiterungsstudium „Museumspädagogik" an. Eine *solche Möglichkeit* besteht bereits an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Damit steigen nicht nur die Chancen der Absolventen, an einer Schule unterzukommen. *Es eröffnen sich auch berufliche Mög*lichkeiten an Volkshochschulen und in Vereinen.

Lehrer nach USA

DW. Mainz

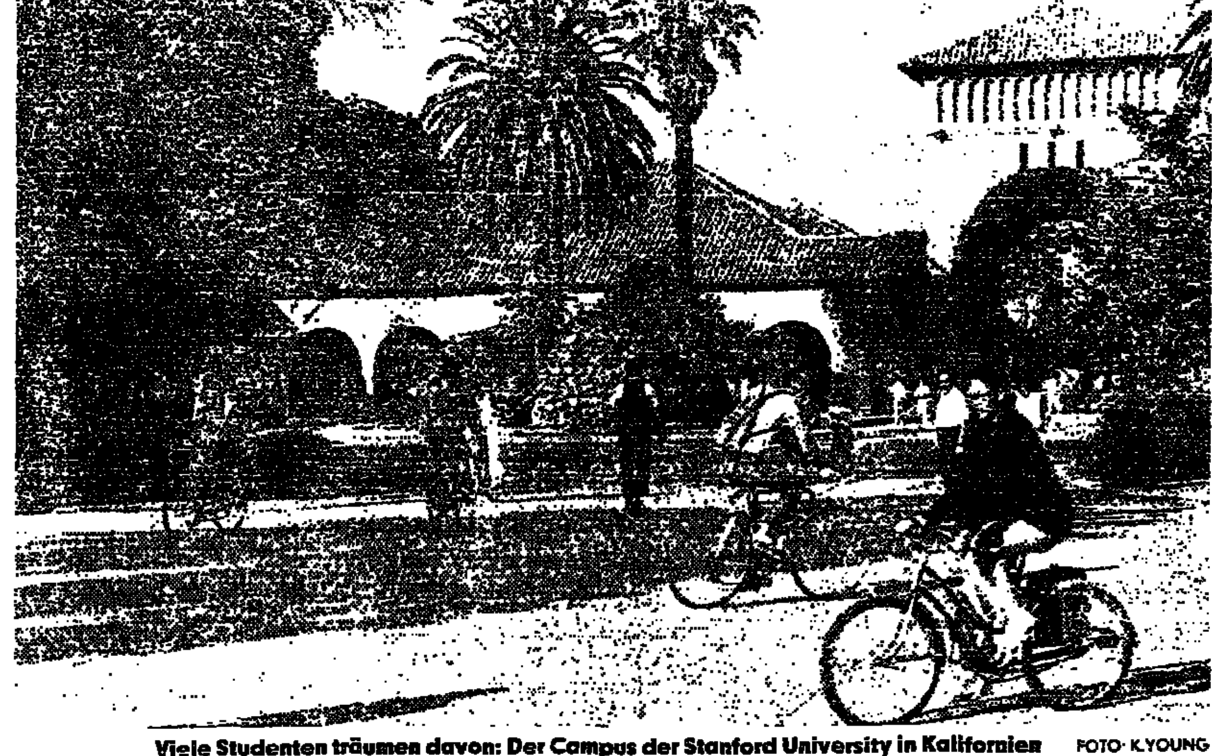
In den USA herrscht an den High Schools zunehmender Mangel an Fachlehrern, vor allem in Mathematik und in den Naturwissenschaften. Gegenwärtig stehen knapp 30 deutsche Pädagogen in den Staaten unter Vertrag. Die Bewerber müssen sich einem Auswahlinterview unterziehen. Im allgemeinen werden erstes und zweites Examen für das gymnasiale Lehramt vorausgesetzt, und zwar in einem der folgenden Fächer: Mathematik, *Physik, Chemie, Biologie*, Französisch, Spanisch und/oder Latein.

Meist werden die Stellen zunächst für ein Jahr angeboten. Bei Bewährung kann die Laufzeit auf bis zu drei Jahre verlängert werden, wie die rheinland-pfälzische Kultus-Staatssekretärin Elisabeth Eickal mitteilte. Prog*nosen über die Zahl der 1987 zur* Verfügung stehenden Stellen seien zur Zeit noch nicht möglich. Auskünfte erteilen die Kultusministerkonferenz (KMK), Nassestraße 8, 5300 Bonn 1, oder die Landesministerien.

Samstags: Die Serviceseiten Be*rufs-WELT. Die Hochschul-WELT* erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Erweiterung des wissenschaftlichen Horizonts, Landeskunde und bessere Sprachkenntnisse sind Trümpfe im späteren Berufsleben: Für Studenten führen viele Wege zu den europäischen Nachbarn und nach Übersee.

So läßt sich das Studium im Ausland finanzieren



Viele Studenten träumen davon: Der Campus der Stanford University in Kalifornien FOTO: K.YOUNG

Von STEFAN SCHMIDT

Viel ist von der Auslandsverdrossenheit deutscher Studenten die Rede. Unterdessen finden diejenigen, die trotzdem die wertvolle Erfahrung eines Studiums in einem fremden Land machen wollen, ein Angebot von Förderungsmöglichkeiten vor, das gelegentlich die Wahl zur Qual werden läßt, sofern man nicht die sozusagen landläufigen Pfade einzuschlagen gedenkt.

Wichtigster Stipendiengeber ist neben den Begabtenwerken (vgl. Hochschul-WELT v. 28. 10.) der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2). Im allgemeinen sind hier Bewerbungen ab dem 3. Semester bzw. nach den erforderlichen Zwischen- und Vorprüfungen möglich. Gute Sprachkenntnisse gehören insbesondere bei Stipendien im englischen, französischen, italienischen oder spa*nischen Raum zu den Voraussetzun*gen, während in den übrigen Fällen Grundkenntnisse genügen oder auch nur erwartet wird, daß Fehlendes nachgeholt wird.

Die Unterlagen sind gewöhnlich in den Auslandsämtern der Hochschulen erhältlich. Meistens wird „nach Papierlage" über die Anträge entschieden, doch erfordern einige Programme auch Vorstellungsgespräche und spezielle Sprachtests. Die Leistungen umfassen Reise- und Lebenshaltungskosten sowie Studien*gebühren.*

Im wesentlichen konzentriert sich der DAAD auf Europa und Nordamerika. Ausnahmen sind Fernost-Jahresstipendien für Studenten ostasiatischer Sprachen, ferner Programme in arabischen Ländern (hauptsächlich für Fachstudenten) und ein Theologiestipendium in Jerusalem.

Anglisten und Amerikanisten sowie überhaupt Geistes- und Sozialwissenschaftler, die ihre sprach- und landeskundlichen Kenntnisse verbessern wollen, können sich für die USA und Kanada um Studienaufenthalte bemühen. Auch für Sonderpädagogen gibt es ein Programm in den USA. Die Bewerber (2. bis 6. Semester) müssen, wie bei allen Nordamerika-Programmen, den Sprachtest *„Test of English as a Foreign Langu*age" ablegen. Der DAAD rät nordamerika-interessierten Studenten, sich in Zukunft verstärkt für Kanada zu bewerben, da dort neuerdings mehr Plätze zur Verfügung stehen.

Juristen erhalten vor dem 1. Staatsexamen im allgemeinen keine Auslandsstipendien, es sei denn für Sprachkurse oder dreiwöchige Fachkurse in London oder Den Haag. Bei guten Französischkenntnissen besteht indes die Möglichkeit, in Genf oder Lausanne deutsches Recht zu studieren.

Anglisten können sich, gewöhnlich im 2. oder 3. Semester, für Großbritannien und Irland (Bewerbungsschluß 1. Dezember für Wintersemester 1987/88). Romanisten im 3. bis 5. Semester für Frankreich bewerben. Gefördert werden außerdem Sommersprachkurse an europäischen Hochschulen (außer Englisch und *Französisch). Diese Teilstipendien* für drei- bis vierwöchige Veranstaltungen können an Studierende aller Fachrichtungen ab dem 3. Semester vergeben werden. Bewerbungsschluß ist jeweils der 15. Januar für den Sommer 1987.

Spezielle Programme gibt es für Graduierte und Promovierte in der Regel für ein Studienjahr; sie sind nicht nur auf Europa beschränkt. Ergänzungsstudien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler, vor allem auf den Gebieten Medizin, Biologie, Jura, Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaften, können ebenfalls gefördert werden. Absolventen der natur-, rechts-, wirtschafts- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer winkt ein zweijähriges Japan-Stipendium.

The British Council (Hahnenstraße 6, 5000 Köln 1) vermittelt Stipendien für ein volles akademisches Jahr an britischen Hochschulen. Die Carl-*Duisberg-Gesellschaft* e.V., *ASA-Pro*gramm (Lützowufer 6-9, 1000 Berlin 30), fördert Auslandsaufenthalte entwicklungspolitisch interessierter Studenten, und die Fulbright Kommission (Theaterplatz 1 a, Postfach 200208, 5300 Bonn 2) vergibt USA-Plätze ab dem 4. Semester.

Nicht nur für angehende Lehrer interessant: Der Pädagogische Austauschdienst bei der Kultusministerkonferenz (Nassestraße 8, Postfach 2240, 5300 Bonn 1) läßt sich den Austausch von Fremdsprachen-Assisten*ten* an Schulen *in* mehreren westeuropäischen Ländern sowie in Nordamerika, Australien und Neuseeland angelegen sein. Hierfür können sich vor allem – aber nicht nur – Studenten der Neueren Sprachen ab dem 4. Semester bewerben.

Übrigens enthält auch das BAföG mittlerweile eine Auslandskompo*nente. Während hier im Inland auf* Darlehensbasis gefördert wird, bekommt der Student, den es nach draußen zieht, wegen der zusätzlichen Kosten nicht rückzahlbare Zuschüsse.

Die beliebtesten Ziele deutscher Hochschüler

Die jüngsten kompletten Zahlen stammen von 1983. Danach ist der Spitzenreiter Österreich (17,6 Prozent), gefolgt von Frankreich (15,6), USA (14,6), Schweiz (12,8), Großbritannien (8,9) und Italien (7,1). 1984 studierten 22 500 Bundesbürger im Ausland, in absoluten Zahlen doppelt so viele wie 1976. Dieses Bild trügt jedoch: Die Quote der Auslandswilligen liegt unverändert bei 26 auf 1 000 Studierenden. Bei den Fächern zeigen sich starke Verwerfungen. In Frankreich dominieren die Philologen (72 Prozent), weit abgeschlagen liegen Wirtschaftswissenschaftler (10) und Naturwissenschaftler/Mathematiker (7) zurück. Ähnliche Verhältnisse ergeben sich für Großbritannien. Auffällige Abweichungen weist Italien auf: nur elf Prozent Philologen, hingegen 70 Prozent Humanmediziner. Hier handelt es sich um Numerus clausus-Flüchtlinge, deren Zeugnisse für *eine sofortige Zulassung in der Bundesrepublik nicht gereicht* hatten. Sie wollen nun die Wartezeit überbrücken, in der Hoffnung, daß ihnen später möglichst viel von der Studienzeit in Italien anerkannt wird. Übrigens geht etwa jeder vierte ins Ausland mit einem Stipendium. P. F. R.

Die Lehrerin, die Showstars und die Spitzensportler

Im Sommersemester 1978 begann ich an der Universität Dortmund mein Lehramtsstudium für die Sekundarstufe I mit den Fächern „Sport und Textilgestaltung". Für diese beiden Fächer bestanden zu diesem Zeitpunkt noch gute Einstellungschancen. Im September 1981 beendete ich das Studium an der Universität Dortmund mit dem ersten Staatsexamen.

Inzwischen hatten sich die Möglichkeiten, als Lehrer unterzukommen, drastisch verschlechtert. Auch wurde der Beginn des Referendariats nun nicht mehr zweimal, sondern nur noch einmal jährlich angeboten. Dies bedeutete, daß ich zunächst einmal fast ein Jahr hätte warten müssen, mit düsteren Aussichten auf eine Anstellung nach dem zwei*jährigen Referendariat. Ich verzich*tete auf diesen Weg in eine höchst unsichere berufliche Zukunft, suchte nach Alternativen.

Dabei stieß ich auf einen Bericht in der Zeitschrift „Sportunterricht" über den neuen Aufbaustudiengang „Sportrecht und Sportverwaltung" an der Universität Bayreuth für Sportlehrer mit mindestens dem ersten Staatsexamen. Es sollten damit die Voraussetzungen für den beruflichen Einstieg in die Sportverwaltung, in Vereine und Verbände sowie in Sportartikelindustrie und Sporttouristik geschaffen werden.

Dieser Aufbaustudiengang umfaßte Zivilrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht, Arbeits- und Sozialrecht, Öffentliches Recht und Strafrecht; Betriebswirtschaftslehre, Organisation, Personalführung und Personaleinsatz, Rechnungswesen, Öffentlichkeitsarbeit und Marketing; Organisations- und Aufgabenstruktur des Sports in der Bundesrepublik Deutschland, Freizeitsport und Rehabilitation. Außerdem bestand die Pflicht, jeweils ein einmonatiges Praktikum in der Sportverwaltung und in der Sportartikelindustrie während der Semesterferien zu absolvieren.

Da bereits durch mein Erststudium Interesse an der Sportartikelindustrie geweckt worden war, erblickte ich hier eine reelle Chance, beruflich weiterzukommen. Ich schrieb mich mit 13 weiteren Studenten in Bayreuth ein. Die beiden Praktika absolvierte ich beim Bundesinstitut für Sportwissenschaften in Köln und bei einer großen Sportartikelfirma.

Im September 1982 bestand ich das Examen mit der Note 1,6 und erhielt aufgrund dieses Ergebnisses *schon im Oktober eine Assistenten*stelle am Lehrstuhl. Gleichzeitig begann ich, Bewerbungsschreiben an verschiedene Firmen und Sportverbände zu schicken. Mit Erfolg. Ich wurde umgehend zu einem Vorstellungsgespräch bei einem Sportartikelhersteller eingeladen.

*Im Januar schon konnte ich zu*nächst als Assistentin für internationale Public Relations beginnen. Inzwischen bin ich in diesem Sachgebiet als Referentin tätig. Meine Tätigkeit umfaßt insbesondere die Vorbereitung von internationalen Pressekonferenzen, internationalen Sportsymposien, Produktseminaren, die Betreuung von Journalisten und die Versorgung der Medien mit aktuellen Informationen bei großen Sportveranstaltungen. Darüber hinaus muß ich Kontakte zu verschiedenen Ländervertretungen der Firmengruppe unterhalten.

Diese interessante und abwechslungsreiche Tätigkeit, bei der ich ebenso prominenten Sportlern wie Showstars begegne, hat mich bis heute noch kein einziges Mal bereuen lassen, daß ich meinen ursprünglichen Berufswunsch „Lehrerin" nicht verwirklichen konnte.

ELKE BOSSELMANN

Keine Chance, nach der Ausbildung zur Sportlehrerin an einer Schule unterzukommen: Elke Bosselmann resignierte nicht, sondern suchte Alternativen. *Heute hat die* verhinderte Pädagogin im PR-Bereich eines großen Herstellers von Sportartikeln Erfolg.

Wo sich Universitäten um Studenten reißen werden: Letzter Teil der Hochschul-WELT-Serie

In München und Heidelberg das Herz verloren

Von *JÜRGEN BÖCKLING*

Wie sehr die Gesamtnachfrage von der Breite des Fächerangebots abhängt, machte ein anderer Untersuchungsabschnitt deutlich, den die Forschergruppe in Gießen schon 1980 durchgeführt hatte. Danach verfügen die Universitäten Hamburg, München, Bonn, Berlin, Göttingen *und Münster über das breiteste Fä*cherspektrum und offerieren jeweils mehr als die Hälfte aller bundesweit vorhandenen Studiengänge. Einen wesentlichen Teil ihrer Anziehungskraft haben sie ihrer breiten Fächerpalette – mitsamt der dadurch entstehenden vielfältigen Wahl- und Kombinationsmöglichkeiten – zu verdanken.

Es ist nicht überraschend, daß die entsprechend der Gesamtnachfrage vorgenommenen Plazierungen teilweise anders aussehen als bei fachspezifischer Betrachtungsweise, wo die Vorlieben von Fach zu Fach deutlicher werden, statistisch sogar manchmal „gegen den Strich" verlau*fen: So sind* bei den Neugründungen die sogenannten „Orchideenfächer" überdurchschnittlich angesehen. In*genieurwissenschaftliche Studien* werden dort angestrebt, wo sie in möglichst großer Breite vertreten sind – an den Technischen Hochschulen.

Die Ausnahmen bestätigen aber auch aus dieser Sicht die Regel, wonach die alten Universitäten, die das breiteste Fächerangebot bereithalten, insgesamt die begehrtesten sind.

Das attraktivste „fachspezifische Nachfrageprofil" ergab sich für die Universität München, die allein in 18 Fachgebieten den ersten, in weiteren zehn Fachgebieten den zweiten oder dritten Rang einnimmt. „Sehr gute Nachfrageprofile" bekamen danach Hamburg, Münster, Köln, Tübingen, Göttingen, Freiburg, Erlangen und Berlin. Schlußlichter dieser Tabelle sind wieder bestimmte Neugründungen: Kaiserslautern, Trier, Bayreuth, Bamberg, Passau und Konstanz. Diese Universitäten, folgert die Studie vorsichtig, werden bei einer verstärkten Abnahme der Studienanfängerzahlen in den neunziger Jahren „möglicherweise Probleme bekommen".

Interessant, daß gegen Ende der Untersuchung mit ihren vielfältigen *Datenerhebungen und Berechnungs*verfahren, Korrelationen und Analysen immerhin noch 46 Prozent „Restfaktoren" übrigbleiben, die offenbar „statistisch nicht zu fassen" sind: Das Fächerangebot, die Nähe zum Heimatort, die emotionale Ortsbezogenheit, die Finanzierbarkeit des Studiums und die Hochschulgröße mit ihrem „Nachzieh-Effekt" liefern wohl wesentliche Indizien, nicht jedoch eine abschließende Erklärung für die unterschiedliche Attraktivität der *Universitäten auf ihre studentische* Klientel.

Also muß es noch andere wesentliche Einflußgrößen geben, die wissenschaftlich weniger exakt zu ermitteln sind: Sie sind eher „atmosphärischer" Natur und gründen auf subjektiveren Einschätzungen und Entscheidungen.

*Keine vorübergehende Zeiterschei*nung und daher auch langfristig wirksam ist die Attraktivität der Städte selbst, die Hochschulen in ihren Mauern beherbergen. Auch aus dieser Perspektive heben sich in den Augen der Forscher aus Gießen neben den beiden Münchener Universitäten vor allem die Universitäten Köln, Münster und Aachen durch hohe Positiv-Werte besonders ab.

Göttingen, Heidelberg, Bonn und Berlin gehören – wenngleich nicht an vorderer Stelle – gleichfalls in diese Gruppe von Universitäten, für die eine „positive Rückkoppelung mit der Stadt" festgestellt wird: Für studierwillige Abiturienten sind sie nicht zuletzt deshalb so anziehend, weil sie in einer besonders attraktiven Stadt oder Region liegen.

Wer ist Marktführer in den Wirtschaftswissenschaften an bundesdeutschen Universitäten? Ganz vorn liegt Köln. Es folgen: München, Münster, Hamburg, Mannheim und Frankfurt. Im Fach Medizin ist München Spitzenreiter, dahinter plazieren sich Münster, Heidelberg, Tübingen, Freiburg, Hannover, Köln, Bonn und Hamburg. München ist ungekrönter König im deutschen Hochschulland. In 18 Fächern ist es die Nummer eins, in zehn weiteren liegt es auf Rang zwei oder drei.

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Naturwissenschaften

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Baden-Baden	Umweltschutz	Analyt. Arbeiten	min 6 M.
2	Düsseldorf	Datensysteme	Programmierung	n.V.
3	Düsseldorf	Pflanzenschutzmittel	Feldversuchsfeldern	6 M.
4	Eislingen	Mineralöl	Bautenschutz	1 – 6 M.
5	Feldkirchen	Chemikaliengroßhandel	allg. Arbeiten	6 M.
6	Garching/München	Plasmaphysik	Experiment. Bereiche	4 – 6 W.
7	Gollheim	Zementindustrie	*Produktion/Instandh.*	*max 6 W.*
8	Hornberg	Brauerei	Herstellung	n.V.
9	Kahl/Main	Atomindustrie	Strahlenschutz/Daten	n.V.
10	Karlsruhe	Analytisches Labor	allg. Arbeiten	6 M.
11	Konstanz	Chemische Fabrik	n.V.	n.V.
12	Lampheim	Kunststoffe	Konstruktion	18–26 W.
13	München	EDV	n.V.	20 W.
14	Neustadt	Pharmabetrieb	Produktion/Technik	2 – 6 M.
15	Oberkirch	Kunststoffe	Anwendungstechniken	1 – 3 M.
16	Schondorf	Feinmechanik	Prakt. Mitarbeit	n.V.
17	Schwalbach	Maskenartikel	Marketing/Verkauf	2 M.
18	Stuttgart	Meßtechnik	Elektronik	n.V.
19	Stuttgart	EDV-Abteilung	Softwareentwickl.	3 – 6 M.
20	Stuttgart	Plastik	allg. Arbeiten	n.V.
21	Bottrop	Pharmazie	n.V.	n.V.
22	Halle	Lebensmittel	Nahrungsmittel	6 W.–4 M.
23	Konstanz	Pharma	allg. Arbeiten	n.V.
24	Lichtenfels	Apotheke	Rezeptur, Defektur	1 – 2 M.
25	Ludwigshafen	Pharma	n.V.	n.V.
26	Neustadt	Pharmazie	allg. Arbeiten	6–12 M.
27	Fellbach	Baumschule	Saisonbed. Facharb.	6 M./1 J.
28	Köln	Milchindustrie	Milchbe- u. -verarb.	n.V.
29	Hanau	Reitgemeinschaft	allg. Arbeiten	n.V.
30	Friedberg	Landwirtschaft	prakt. Arbeiten	6 – 12 M
31	Rheinbach/Nieder.	Landwirtschaft	Ackerbau m. Schwein.	1 J.
32	Danndorf	Landmasch., Gemüse, Forst	allg. Arbeiten	n.V.
33	Cremlingen	Landwirtschaft	Außeneinsatz	Aug/Okt
34	Haarstorf	Landwirtschaft u. Berat.	landw. Betriebsführ.	1 J.
35	Ronnenberg	Gemüsebau	Pflanzenzucht	6–12 M.
36	Düsseldorf	Pflanzenschutz	Pflanzen – Bauliches	6 M.
37	Braunschweig	Landwirtschaft	Bautechnik, -physik	1 – 2 M.
38	Bremen	Imp-Exp. Getreide	Ein-Verkauf/Finanzen	4 – 6 W.
39	Wankendorf	Landwirtschaft	allg. Arbeiten	1 J.
40	Bassenheim	Landwirtschaft	allg. Arbeiten	1 M.
41	Baesweiler	Baumschulen	allg. Arbeiten	n.V.
42	Vogtareuth	Medizin	Orthopädie	4 W.
43	Köln	med. Kosmetik	Dermatologie	min 1 J.

In der nächsten Woche: Informatik

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der *Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300* Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Zahnmedizin

3. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Bonn
2	FU Berlin	Uni Heidelberg
3	FU Berlin	Uni München
4	FU Berlin	Uni Regensburg
5	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
6	Uni Frankfurt	Uni München
7	Uni Frankfurt	Uni Saarbrücken
8	Uni Köln	Uni Erlangen
9	Uni Köln	Uni Frankfurt
10	Uni Köln	Uni Freiburg
11	Uni Köln	Uni Gießen
12	Uni Köln	Uni Heidelberg
13	Uni Köln	Uni Marburg
14	Uni Köln	Uni München
15	Uni Köln	Uni Regensburg
16	Uni Köln	Uni Saarbrücken
17	Uni Köln	Uni Tübingen
18	Uni Köln	Uni Ulm
19	Uni Köln	Uni Würzburg
20	Uni Münster	Uni Bonn
21	Uni Münster	Uni Düsseldorf
22	Uni Münster	Uni Freiburg
23	Uni Münster	Uni Hamburg
24	Uni Münster	Uni Köln
25	Uni Münster	Uni München
26	Uni Mainz	Uni Gießen
27	Uni Mainz	Uni Göttingen
28	Uni Mainz	Uni Marburg

4. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Uni Frankfurt
2	FU Berlin	Uni Mainz
3	FU Berlin	Uni Tübingen
4	Uni Erlangen	Uni Frankfurt

5. Semester

	von	nach
1	Uni Köln	Uni Münster
2	Uni Mainz	RWTH Aachen
3	Uni Mainz	Uni Frankfurt
4	Uni Mainz	Uni Hannover

6. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	RWTH Aachen
2	FU Berlin	Uni Bonn
3	FU Berlin	Uni Düsseldorf
4	FU Berlin	Uni Frankfurt
5	FU Berlin	Uni Gießen
6	FU Berlin	Uni Mainz
7	Uni Hamburg	Uni Freiburg
8	Uni Hamburg	Uni Göttingen
9	Uni Hamburg	Uni Heidelberg
10	Uni Hamburg	Uni Kiel
11	Uni Hamburg	Uni Münster
12	Uni Hamburg	Uni Mainz
13	Uni Hamburg	Uni Saarbrücken
14	Uni Hamburg	Uni Tübingen
15	Uni Hamburg	Uni Ulm
16	Uni Münster	Uni Freiburg
17	Uni Münster	Uni Heidelberg
18	Uni Münster	Uni Würzburg
19	Uni Mainz	Uni Heidelberg

7. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Uni Heidelberg
2	FU Berlin	Uni Tübingen
3	FU Berlin	Uni Ulm
4	Uni Freiburg	Uni Düsseldorf
5	Uni Marburg	Uni Heidelberg
6	Uni Marburg	Uni München
7	Uni Marburg	Uni Tübingen
8	Uni Marburg	Uni Ulm
9	Uni Marburg	Uni Würzburg

8. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	RWTH Aachen
2	FU Berlin	Uni Erlangen
3	FU Berlin	Uni Frankfurt
4	FU Berlin	Uni Freiburg
5	FU Berlin	Uni Gießen
6	FU Berlin	Uni Heidelberg
7	FU Berlin	Uni Marburg
8	FU Berlin	Uni München
9	FU Berlin	Uni Regensburg
10	FU Berlin	Uni Tübingen
11	FU Berlin	Uni Ulm
12	FU Berlin	Uni Würzburg
13	Uni Göttingen	Uni Hamburg
14	Uni Hamburg	Uni Heidelberg

Psychologie

1. Semester

	von	nach
1	Uni Bamberg	Uni Erlangen
2	Uni Bamberg	Uni München
3	Uni Bielefeld	Uni Bonn
4	Uni Bielefeld	Uni Hamburg
5	Uni Bielefeld	Uni Köln
6	TH Darmstadt	Uni Frankfurt
7	Uni Freiburg	Uni Frankfurt
8	Uni Gießen	Uni Bonn
9	Uni Gießen	Uni Bochum
10	Uni Gießen	Uni Braunschweig
11	Uni Gießen	FU Berlin
12	Uni Gießen	TH Darmstadt
13	Uni Gießen	Uni Erlangen
14	Uni Gießen	Uni Frankfurt
15	Uni Gießen	Uni Freiburg
16	Uni Gießen	Uni Göttingen
17	Uni Gießen	Uni Hamburg
18	Uni Gießen	Uni Köln
19	Uni Gießen	Uni Kiel
20	Uni Gießen	Uni Konstanz
21	Uni Gießen	Uni Marburg
22	Uni Gießen	Uni München
23	Uni Gießen	Uni Regensburg
24	Uni Gießen	Uni Tübingen
25	Uni Gießen	Uni Würzburg
26	Uni Göttingen	Uni Münster
27	Uni Bremen	FU Berlin
28	Uni Bremen	Uni Freiburg
29	Uni Kiel	Uni Bonn
30	Uni Kiel	Uni Hamburg
31	Uni Konstanz	Uni Freiburg
32	Uni Landau	TU Berlin
33	Uni Landau	FU Berlin
34	Uni Landau	Uni Freiburg
35	Uni Landau	Uni Heidelberg
36	Uni Landau	Uni Konstanz
37	Uni Landau	Uni Mannheim
38	Uni Landau	Uni München
39	Uni Landau	Uni Tübingen
40	Uni Mannheim	Uni München
41	Uni Mannheim	Uni Tübingen
42	Uni Marburg	Uni Bonn
43	Uni Marburg	Uni Düsseldorf
44	Uni Marburg	Uni Erlangen
45	Uni Marburg	Uni Frankfurt
46	Uni Marburg	Uni Hamburg
47	Uni Marburg	Uni Köln
48	Uni Marburg	Uni Kiel
49	Uni Marburg	Uni München
50	Uni Marburg	Uni Regensburg
51	Uni Marburg	GHS Wuppertal
52	Uni Münster	Uni Freiburg
53	Uni München	Uni Freiburg
54	Uni Mainz	[illegible]
55	Uni Mainz	Uni Bonn

Wer jetzt noch vom Bauen träumt, verschläft sein Haus!



NACHRICHTEN

Golf: Auf Platz vier

Bogota (GAB) – Die Hubbelrather Golfamateure Ekkehard Schieffer und Ralf Thielemann fielen in der letzten Runde des internationalen Mannschaftswettspiels um den „Copa el Rincon" in Bogota (Kolumbien) mit 596 Schlägen vom ersten auf den vierten Platz zurück. Es siegte überraschend Dänemark mit 582 Schlägen überlegen vor Holland 594 und Neuseeland 595.

Sieg für Sylvan Joker

Mülheim/Ruhr (kgö) – Jockey Ben de Haan (27), 1983 mit Corbiere Sieger in der Grand National von Aintree, gewann mit dem in der Schweiz trainierten Wallach Sylvan Joker das Westdeutsche Hauptbürdenrennen in Mülheim/Ruhr. Arc de Triomphe-Sieger Dancing Brave wurde beim Breeders Cup-Turf in Santa Anita-Park (USA) nur Vierter. Sieger: Manila vor Theatrical. Das mit drei Millionen US-Dollar dotierte Breeders Cup Classical gewann Skywalker mit Jokkey Laffit Pincay jr., die Favoritin Triptych wurde nur Sechste.

Fritz Fuchs nach Bielefeld

Bielefeld (dpa) – Fritz Fuchs wird Trainer des Fußball-Zweitligaklubs Arminia Bielefeld. Der 43jährige wird heute beim Drittletzten einen bis zum Saisonende befristeten Vertrag unterschreiben und damit die Nachfolge des entlassenen Horst Franz antreten. Fuchs wurde bereits nach dem dritten Spieltag in der ersten Bundesliga vom FC Homburg entlassen.

Freundorfer wird 50 Jahre

München (sid) – Heute wird der in Freising bei München geborene Konrad Freundorfer, von seinen Freunden „Conny" genannt, 50. Jahre alt. Mit neun deutschen Meistertiteln von 1953 bis 1961 ist er immer noch der Serien-König im deutschen Tischtennissport.

Herlovsen nach Gladbach

Mönchengladbach (dpa) – Der norwegische Nationalspieler Kai-Erik Herlovsen kehrt nach nur halbjähriger Abwesenheit zum Fußball-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach zurück. Aufgrund monatelanger Knieprobleme nach einer Meniskusoperation hatte sich der 27jährige auf eigenen Wunsch wieder seinem Stammklub Fredrikstad angeschlossen.

ZAHLEN

LEICHTATHLETIK

New York Marathon, Männer: 1. Poli (Italien) 2:11:06 Std., 2. Niemczak (Polen) 2:11:21, 3. de Castella (Australien) 2:11:43, ... 6. Salzmann (Bundesrepublik Deutschland) 2:13,21. – Frauen: 1. Waitz (Norwegen) 2:28:06, 2. Martin (Australien) 2:29:12, 3. Fogli (Italien) 2:29:44, ... 9. Vahlensieck 2:38:12, ... 11. Wolf 2:38:46, ... 26. Dunke (alle Bundesrepublik Deutschland) 2:49:53.

EISHOCKEY

Bundesliga: Köln – Kaufbeuren 9:0, Schwenningen – Iserlohn 5:4, Frankfurt – Düsseldorf 1:8, Landshut – Riessersee 8:2, Rosenheim – Mannheim 7:5.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 1, 0, 2, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 15, 23, 26, 32, 33, 34, Zusatzspiel: 3. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 5, 1. – Rennen B: 31, 24, 29. (Ohne Gewähr).

EISHOCKEY-KOLUMNE / Zuschauer-Boom

●Das Interesse am Eishockey hierzulande wird immer größer. Die Jagd nach dem kleinen Puck fasziniert immer mehr. Zu den ersten 70 Spielen in dieser Saison, die erst im März 1987 beendet wird, kamen 341 122 Zuschauer. Damit wurde der Schnitt pro Spiel im Vergleich zum Vorjahr deutlich angehoben. Kamen in der letzten Saison zum vergleichbaren Zeitpunkt noch 3879 Zuschauer im Durchschnitt, so sind es in diesem Wettbewerb bereits 4872 Fans. Bundestrainer Xaver Unsin beobachtet diese Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge: „Das Interesse steigt und steigt, aber uns fehlen nach wie vor genügend große Hallen."

Uwe Krupps gelungener Einstand in Buffalo

Hiobsbotschaften für Bundestrainer **Xaver Unsinn** (56), Überraschungen und neue Spannung im Kampf um die Meisterschaft: Das siebte Bundesliga-Wochenende hatte es in sich. Um die unangenhmen Meldungen vorwegzunehmen: Das Aufgebot von Bundestrainer Unsinn für die beiden Länderspielreisen nach China und Kanada am 20. November reduziert sich immer mehr. Am Wochenende wurde der hochtalentierte Kaufbeurener Verteidiger **Klaus Micheller** (19) beim Gastspiel in Köln schwer verletzt. Erste Untersuchungen ergaben einen Kreuzbandabriß und einen Meniskusschaden im rechten Knie. Wahrscheinlich muß Micheller ein halbes Jahr pausieren.

Ebenfalls verletzt: Die Nationalspieler **Peter Schiller** (29) aus Mannheim (Muskel- und Sehnenriß an der Ferse) und **Jörg Hiemer** (28) aus Düsseldorf (Muskelriß im Oberschenkel). Krankgemeldet sind außerdem die Landshuter Nationalspieler: **Thomas Gandorfer** (27) nach einer Knieoperation, **Klaus Gotsch** (25) nach einer Schulteroperation und **Bernd Truntschka** (21), der zwar gerade erst an einem offenen Nasenbein-Trümmerbruch operiert wurde, aber am kommenden Wochenende schon wieder spielen will. Eishockey-Spieler sind hart.

*

Die Nachricht von der Verletzung seines Bruders Jörg erreichte Nationalspieler **Uli Hiemer** (24), per Telefon in einem Gespräch mit der WELT. „Was, verletzt?", fragte er erstaunt. „Ich telefoniere doch fast wöchentlich mit ihm, davon weiß ich noch gar nichts." Konnte er auch nicht. Weil Bruder Jörg an jenem Tag verletzt wurde, an dem Uli Hiemer mit seinem nordamerikanischen Klub New Yersey Devils gegen Buffalo Sabres spielte. Dabei traf Hiemer, in dessen Team übrigens seit Saisonbeginn auch der ehemalige deutsche Nationaltorwart **Karl Friesen** (27) spielt, auf den jungen deutschen Verteidiger **Uwe Krupp** (21), der sich vor einigen Wochen mitten im Spiel von seinem Verein Kölner EC abgesetzt hatte und zum Probetraining nach Amerika gefahren war.

Im Streit um seine Spielberechtigung hatten sich Vereins-Vertreter aus Köln und Buffalo erst am vergangenen Mittwoch geeignet. Seitdem besitzt Uwe Krupp die Spielgenehmigung für Buffalo, und wurde gleich in drei Spielen eingesetzt. „Gegen uns hat er sehr gut gespielt. Das kann ich beurteilen," sagt Uli Hiemer, der mit seiner Mannschaft 1:3 gegen Buffalo unterlag. „Und ich habe gehört, daß er auch im ersten Spiel schon sehr gut war." Ein Stammplatz ist damit aber noch nicht garantiert. „Man kann hier fünf Super-Spiele machen, aber wenn man dann zwei Durchhänger hat, sitzt man sofort wieder auf der Bank," sagt Hiemer, der diese Erfahrung bereits hinter sich hat. „Ich hab dem Uwe erzählt, wie es mir hier zu Anfang ergangen ist," sagt Hiemer, „und wie lange es gedauert hat, bis ich mich durchgesetzt hatte. Deshalb hoffe ich, daß er nicht gleich in Tränen ausbricht, wenn bei ihm der zu erwartenden Einbruch kommt."

*

Zur gleichen Zeit, zu der Uwe Krupp in den USA erste Erfolge feiert, beweist sein ehemaliger Klub Kölner EC in der Bundesliga, daß er auch ohne ihn zurechtkommt.

Zweimal hintereinander fertigten die Kölner den jeweiligen Tabellenführer ab. Zunächst gewann der KEC in Mannheim überraschend mit 4:2, und hievte damit für einen Tag den ESV Kaufbeuren wieder an die Tabellenspitze. Dann schickte er auch Kaufbeuren mit einer Niederlage in deklassierender Höhe (9:0) nach Hause und deutete damit an, daß er den Kampf um die Meisterschaft noch nicht verloren hat.

Ebenfalls im Aufwind ist die Düsseldorfer EG, die sich auch in schlechten Zeiten auf ihr treues Publikum verlassen kann. Alle Heimspiele waren bisher mit 10 000 Besuchern ausverkauft. Die Düsseldorfer Fans gelten als das beste Publikum der Welt, und sie lassen sich ihren Ruf einiges kosten. Ein guter DEG-Fan gibt 1500 bis 2000 Mark pro Saison für seinen Klub aus. 60 Mark kostet der Jahresbeitrag im Fan-Klub, 150 bis 180 Mark die jeweils zweitätige Wochenendfahrt zu den bayerischen Gegnern nach Rießersee, Landshut, Rosenheim, Schwenningen oder Kaufbeuren. Verpflegung nicht inbegriffen. Dazu kommen zwischen 312 (billigste Stehplatz-Karte) und 1080 Mark (Tribüne) pro Saison für die Dauerkarte. Zusätzlich die Eintritts- und Fahrtkosten für die Auswärtsspiele in Köln, Iserlohn, Frankfurt und Mannheim.

„Wer einmal beim Eishockey war, der kommt davon nicht mehr los," sagt **Rainer Hann** (39) aus Düsseldorf. Er hat vor 28 Jahren sein erstes Spiel gesehen und seitdem fast keins mehr versäumt. Rund 150 Mitglieder hat der 1. DEG-Fanclub e.v. „vom Handwerker, über Geschäftsleute bis zum Schörnsteinfeger ist alles vertreten. Nur ein Arzt fehlt uns noch," sagt Rainer Hann. Er selbst ist seit einigen Jahren Frührenter. Seitdem hilft er regelmäßig in der Geschäftsstelle der Eishockey-Gemeinschaft, „andere von uns helfen in der Küche im Stadion oder verkaufen Programmhefte und Souvenirs." ULLA HOLTHOFF

TENNIS / Wann ist der ungeliebte Ivan Lendl nicht mehr die Nummer eins?

Becker zerbricht sich darüber nicht den Kopf – weil er es bald schafft?

sid/dpa, Paris

„Becker ist auf dem Weg zum Ruhm, dem der absoluten Nummer eins", schreibt die Pariser Sportzeitung „L'Equipe". Bei der spanischen „Mundo Deportivo" hat das „noch" vor den maliziösen drei Punkten eine besondere Bedeutung: „Lendl ist noch der Erste ..." Nach dem Gewinn der drei letzten Turniere in Sydney, Tokio und Paris durch den zweimaligen Wimbledonsieger in den bewegten letzten drei Wochen zerbricht sich alle Welt den Kopf, wann endlich Boris Becker den ungeliebten Tschechoslowaken Ivan Lendl vom Tennisgipfel stürzen wird.

Nur der Leimener nicht, der 19 Tage vor seinem 19. Geburtstag am Sonntag in Paris sein drittes Grand-Prix-Turnier in Folge, das sechste in diesem Jahr und das neunte insgesamt gewann. Der von den Strapazen der dreiwöchigen Parforcejagd nach 975 Punkten (1986 jetzt 3335) und 215 080 Dollar (1986 jetzt 673 385, insgesamt nun 1 445 984) gezeichnete Badener wurde auch in der Seine-Metropole nicht müde, immer wieder zu sagen, daß das „nicht nur eine Frage der Schläge oder der Form, sondern vor allem des Kopfes" sei.

„Außerdem brauchst du dazu einiges Glück, schon deswegen läßt sich ein bestimmter Zeitpunkt gar nicht vorhersagen." Während ihm alle Welt „eine fast schon beängstigende Perfektion aller Schläge, geführt von einem jede kritische Situation meisternden Service" (das US-„Tennis Magazine") bescheinigt, sieht der selbstkritische Becker geduldig lächelnd „sogar noch eine ganze Menge von Verbesserungsmöglichkeiten". Vor allem konditionell. Becker: „Ich muß noch durchtrainierter und schneller werden."

Gegen den 24 Jahre alten Bankierssohn Sergio Casal hatte der jederzeit überlegene Deutsche „Anfang des dritten Satzes doch so einige Konzentrationsprobleme, nachdem diese Fußball-Atmosphäre mich zuvor eher stimuliert hat." Doch Gefahr, im 77. Einzel 1986 (65:12) zum 13. Mal zu verlieren, lief der Weltranglisten-Zweite eigentlich nie. Als es bei einem drohenden 1:4-Rückstand ernst wurde, „schaltete Becker einfach einen Gang höher, und dann diese entnervenden Asse" (Casal).

„Monsieur Boum Boum hat wieder zugeschlagen", kommentierte die französische „Agence France Presse" (AFP), und „L'Equipe" bescheinigte dem Deutschen eine „für einen nicht einmal 19jährigen erstaunlich große Reife". „Le Figaro" schrieb über Becker: „Was sollte Casal gegen eine solche Kraftdemonstration machen? Und gegen einen Spieler, der zudem ein derartiges Arsenal besitzt mit Waffen wie Klugheit, Geduld, Kaltblütigkeit, Sicherheit und sogar Humor." Boris Becker hat in diesem Jahr gelernt, ökonomisch zu spielen, seine Kräfte nicht nur über ein Turnier, sondern über eine ganze Serie sinnvoll aufzuteilen.

Der Wandel war mit entscheidend für Beckers Siegesserie. Die Weinerlichkeit nach verschlagenen Bällen ist zumindest derzeit vom Programm gestrichen. Er reagiert damit auch auf den Stimmungsumschwung bei den Zuschauern: „Ich bin jetzt immer als Nummer eins oder zwei bei den Turnieren gesetzt. Da wollen die Zuschauer eine Überraschung, nämlich meine Niederlage sehen. Das stachelt mich aber an. Ich will dann allen zeigen, wie gut ich spielen kann."

Boris Becker sieht diese Veränderung als notwendig an, um Ivan Lendls Position als Nummer eins schon bald angreifen zu können: „Früher habe ich mir mit meinen Ausbrüchen oft mehr selbst geschadet als genützt. Jetzt bleibe ich lieber ruhig und gewinne." In den letzten drei Wochen sah sich Becker bereits als die Nummer eins im Welttennis, „denn ich habe bei meinen drei Siegen fast alle Spieler geschlagen, die unter den ersten Zehn zu finden sind." Um aber Ivan Lendl abzulösen, das weiß Becker, „muß ich das ganze Jahr lang so spielen".

Die fast inständige Bitte von Coach *Günter Bosch* („Gebt dem Jungen noch *etwas* Zeit") ist ebenso verständlich wie der von Boris Becker immer wieder genannte Zeitraum von „zwölf Monaten bis zu zwei Jahren" bis zur absoluten Spitzenposition. Doch der besonnene Coach weiß ebenso wie sein ehrgeiziger Schützling, daß sich bei dem jüngsten Wimbledonsieger aller Zeiten alle Erfolge eben etwas früher einstellten.

FUSSBALL / Die Trainer tagten in Frankfurt

Für Olympia-Team – alle sind mit Löhr solidarisch

dpa, Frankfurt

Das Dauerthema Olympia-Mannschaft wird dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) auch weiterhin einen heißen Herbst bescheren. Nachdem 17 der 18 Bundesliga-Trainer (nur der Frankfurter Dietrich Weise fehlte) auf ihrer Frankfurter Tagung in seltener Solidarität ein klares Votum pro Olympia abgegeben haben, liegt das Problempaket beim DFB und den Bundesliga-Klubs.

Vor dem für Mitte November vorgesehenen brisanten Gipfeltreffen zwischen der DFB-Führungsspitze und dem neugewählten Liga-Ausschuß als Interessenvertreter der Bundesliga-Vereine stellt sich die Situation um die DFB-Auswahl für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul wie folgt dar: Die Bundesliga-Trainer mit dem neuen Olympia-Trainer Hannes Löhr sind dafür, die Spieler sind dafür, der DFB als Initiator sowieso. Auf Gegenkurs steuern allein die Bundesliga-Klubs, deren deutliches „Nein" mit der Weigerung, Spieler für Olympia abzustellen, in einer Streik-Drohung gipfelte. Für den Fall, daß der DFB jene für das Olympia-Team vorgesehenen Spieler sperren sollte, die von den Klubs nicht freigegeben werden, wollen die Bundesliga-Bosse einen „Boykott" nicht ausschließen.

Klaus Gramlich, Präsident von Eintracht Frankfurt und Mitglied des Liga-Ausschusses, betrachtet die Plädoyers von Trainern und Spielern als bloße „Absichtserklärungen". Gramlich: „Verbands- und Vereinspolitik werden nicht von den Angestellten bestimmt. Hier geht es um existentielle Fragen, die sie auch selbst berühren." Die „wirtschaftlichen Bedenken" der Bundesliga-Klubs: Angesichts der terminlichen Überschneidung von Olympia-Turnier und den einnahmeträchtigen Bundesliga-Monaten August/September sei es nicht möglich, die besten Spieler abzustellen. Gramlich: „Der zahlende Zuschauer hat Anspruch darauf, daß die stärkste Mannschaft spielt, ganz abgesehen davon, daß eine Wettbewerbsverzerrung einträte."

Einer akzeptablen Lösung des Konfliktstoffes will Gramlich nicht vorgreifen. Er erwartet eine „ausgewogene Entscheidung, die sowohl den Interessen der Bundesliga als auch denen des DFB unter Wahrnehmung seiner internationalen Verpflichtungen gerecht wird". Ins unreine geäußert wurden bisher drei Lösungsvorschläge. Bildung eines Olympia-Teams aus Zweitliga-Spielern oder aus Akteuren der Amateur-Oberligen, damit auch dem „olympischen Gedanken" Rechnung getragen wird. Bochums Präsident Ottokar Wüst trat gar mit dem Vorschlag auf den Plan, eine Mannschaft aus den Bundesliga-Reservisten mit den „hohen Rückennummern" zu bilden.

STAND ● PUNKT

Keine Strafe

Die große Empörung hielt sich in Grenzen. Diejenigen, die für den Teamchef Franz Beckenbauer nach den verbalen Attacken gegen den italienischen Schiedsrichter Luigi Agnolin eine Strafe forderten, sind wieder ruhig. DFB-Chefankläger Hans Kindermann mußte (was eigentlich keine Überraschung ist) einen Rückzieher machen. Denn Franz Beckenbauer fällt eben nicht in den Zuständigkeitsbereich der DFB-Sportgerichte, weil er keine Lizenz als Trainer besitzt.

Kindermann will die Angelegenheit jetzt dem DFB-Vorstand vortragen. Den Weg kann er sich eigentlich sparen. Denn selbst DFB-Präsident Hermann Neuberger hatte Luigi Agnolin direkt nach dem Spiel als „Katastrophen-Schiedsrichter" bezeichnet, den „wir künftig ablehnen werden". Da stünden sich zwei Betrunkene gegenüber, von denen jeder behaupten kann, der andere habe mehr getrunken. Eine Bestrafung für Franz Beckenbauer wird es also nicht geben. Die Bundesligatrainer haben sich auch wieder beruhigt. Der Franz müsse halt noch viel lernen, so ihr Argument jetzt, aber „bestimmte Situationen erfordern auch Impulsivität". Alle sind vor dem Gesetz gleich, hatte Hans Kindermann getönt. Manche Leute sind halt gleicher als andere. ud

EUROPAPOKAL

Bayer-Stars sind längst Werbeträger Nummer eins geworden

M. STOESSINGER, Leverkusen

Die 1680 Glühlampen des 120 Meter hohen Bayerkreuzes in Leverkusen strahlen heller denn je, und die Marketing-Experten des Weltkonzerns mit seinen 63 Milliarden Mark Gesamtumsatz dürfen erfreut bilanzieren: Die Fußballspieler sind in Sachen Werkssport Werbeträger Nummer eins. Den großen Schlagzeilen von gestern nach der 3:0-Glanztat in München folgt heute die 90minütige Show via Fernsehen: Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) überträgt das UEFA-Pokal-Rückspiel gegen Dukla Prag live ab 19.30 Uhr. Rund 400 000 Mark (höchste Einnahme der Vereinsgeschichte) aus TV-Honorar und Bandenwerbung fließen in die Kasse, im Haberland-Stadion werden 15 000 bis 20 000 Zuschauer erwartet.

Leverkusens neue Fußball-Welle hat die alten Vorurteile der Branche hinweggespült. Mit begeisterndem und technisch brillantem Offensivfußball hat sich der Klub in den Blickpunkt gespielt. Daß der Verein Synonym für Wettbewerbsverzerrung ist, weil das Werk eine nie versiegende Geldquelle sei, läßt Trainer Erich Ribbeck nicht gelten, mit dem sich der Weg in die Leistungsspitze verknüpft.

Der ehemalige DFB-Trainer hat in den 17 Monaten seiner bisherigen Amtszeit Talente wie Christian Hausmann und Peter Zanter integriert, mit Günter Drews, Thomas Zechel und Jean-Pierre de Keyser weitere Youngster in der Hinterhand, Thomas Hörster zum Libero umfunktioniert und zur Nationalelf-Reife gebracht, mit harter Hand eine gewisse Beamten-Mentalität ausgetrieben und auch die bislang reservierte Öffentlichkeit mobilisiert.

Freude und Genugtuung sind groß, Angst vor allzu großer Euphorie und Selbstüberschätzung hat Erich Ribbeck allerdings nicht: „Die Mannschaft wird nicht abheben. Unser Nahziel ist das UEFA-Pokal-Achtelfinale. Unsere Ausgangspositon ist gut, aber wir wissen, daß wir Dukla Prag nicht unterschätzen dürfen", sagte Ribbeck vor dem Rückspiel gegen den elfmaligen CSSR-Meister.

Mit 18:3 Toren und 12:0 Punkte ist Bayer die heimstärkste Bundesligamannschaft. Und diese Dominanz soll auch Dukla Prag nach dem 0:0 vom Hinspiel zu spüren bekommen. Ribbeck kann auf seine jüngste Erfolgsformation setzen, nachdem er im Hinspiel noch auf den verletzten Bum Kun Tscha und den aus Sicherheitsgründen daheimgebliebenen „DDR"-Flüchtling Falko Götz verzichten mußte.

In Prag wurde Leverkusens Münchner Paukenschlag mit Gelassenheit aufgenommen. „Mich überrascht das keineswegs. Diese Mannschaft ist sehr stark", sagte Dukla-Präsident Jozef Koral, während Trainer Jiri Lopata in Optimismus machte: „Wenn wir gut verteidigen und die Nerven nicht verlieren, haben wir durchaus eine Chance."

Uno: Freut Euch des Diesels!

Der neue Uno Diesel 1700 schöpft aus dem vollen: 1700 ccm Hubraum sorgen für mehr Drehmoment, besseren Durchzug und damit für prompte Entfaltung der 44 kW/60 PS. Ein hydraulischer Dämpfer an der Motoraufhängung sorgt für eine angenehm gedämpfte Atmosphäre, und geringer Dieselverbrauch sorgt für gedämpfte Erwartungen bei der Petrolindustrie.

Die Steuerbefreiung (bis zu 1100 Mark) bekommt ja heutzutage fast jeder bessere Diesel; damit wollen wir uns nicht brüsten. Aber auf die 15 Sekunden bis 100 km/h und die 155 Spitze, mit der er seine Klasse anführt, sind wir schon stolz.

Ebenso auf das Finanzierungsangebot unserer Fiat Kredit Bank: 1,9% effektiver Jahreszins bei 36 Monaten Laufzeit und 25% Anzahlung. Und das Superleasing mit 99 Mark/Monat bei 25% Mietsonderzahlung und 24 Monaten Laufzeit.

Unverbindliche Preisempfehlung zuzüglich Überführung: 15.550 DM 3türig, 16.750 DM 5türig.

Uno Diesel 1700

Die neue Kraft.

D-PU 610

FIAT

Irlands Premier spricht von Verschwörung der IRA

FitzGerald will Sinn Fein kaltstellen / Aufhebung des Parlamentsboykotts spaltet die Partei von Gerry Adams

DW. Dublin

Die Sinn Fein, der politische Arm der verbotenen Untergrundbewegung Irisch-Republikanische Armee (IRA), hat sich auf ihrem Jahreskongreß in Dublin gespalten, nachdem ein seit 65 Jahren bestehender Boykott des irischen Parlaments mit 429 gegen 161 Stimmen aufgehoben worden war. Aus Protest gegen die Teilung der Insel war seit 1921 von der Sinn Fein kein Abgeordneter mehr ins irische Parlament entsandt worden. Rund 130 Angehörige der unterlegenen Minderheit zogen aus dem Saal aus und gründeten drei Stunden später in einem Dubliner Hotel eine neue Bewegung mit dem Namen „Republikanische Sinn Fein".

Die zum Teil heftig geführte Debatte um die Aufhebung des Boykottbeschlusses am Sonntag dauerte vier Stunden. Im vergangenen Jahr hatten sich die Befürworter eines Boykotts noch durchsetzen können. Bisher ließen sich Mitglieder der Sinn Fein zwar ins Parlament wählen, nahmen ihre Sitze aber nicht ein. Bei den Parlamentswahlen in Irland 1981 gewann die Sinn Fein zwei Mandate. Doch offensichtlich honorierten die Wähler den Boykott der beiden Abgeordneten nicht, denn bei der Wahl ein Jahr später verlor die Partei ihre beiden Mandate wieder.

Angeführt wird die neue Partei von dem ehemaligen IRA-Stabschef David O'Connell und dem früheren Sinn-Fein-Präsidenten Ruairi O'Bradaigh. O'Connell erklärte unter dem Jubel seiner Anhänger, man werde die IRA weiter bei ihrem Kampf gegen die britische Armee in Nordirland unterstützen. Den Meinungsumschwung bei der Sinn Fein zur Frage der Mitarbeit im Parlament in Dublin hatte Parteichef Gerry Adams eingeleitet. Vor den Delegierten sagte er in einer kämpferischen Rede, die Sinn Fein müsse akzeptieren, daß es ihr in 65 Jahren Kampf nicht gelungen sei, die Mehrheit der irischen Bevölkerung von der Bedeutung der republikanischen Bewegung zu überzeugen.

Der irische Premierminister FitzGerald nannte die Aufhebung des Parlamentsboykotts eine Verschwörung der IRA. Alle demokratischen Parteien müßten bestrebt sein, daß bei den nächsten Wahlen keine Sinn-Fein-Kandidaten zum Zuge kämen. In einem Interview des irischen Rundfunks forderte er gestern alle anderen Parteien auf, die Sinn Fein kaltzustellen. Bei der kommenden Wahl werde das demokratische System Irlands von Leuten herausgefordert, „die in der einen Hand ein Gewehr und in der anderen einen Stimmzettel haben". Sollte die Sinn Fein dennoch ins Parlament einziehen, so FitzGerald, werde er sie politisch ignorieren.

Die Irisch-Republikanische Armee hatte bereits vor zwei Monaten grünes Licht für eine Vertretung der Sinn Fein im irischen Parlament gegeben. Gleichzeitig bekräftigte die IRA allerdings, daß sie den bewaffneten Kampf fortsetzen wolle, „um die britische Besetzung Nordirlands" zu beenden.

Die Sinn Fein, die rund zehn Prozent der Wählerschaft in Nordirland repräsentiert, könnte bei den nächsten Wahlen in der Republik Irland, die im Laufe des nächsten Jahres stattfinden müssen, zwei oder drei Sitze erobern. Die besten Aussichten bestehen in der Grenzregion zu Nordirland sowie in Dublin, wo sich die Partei bei dem großen Heer der arbeitslosen Jugendlichen Chancen ausrechnet.

Beobachter in der irischen Hauptstadt halten es für möglich, daß die Beteiligung der Partei von Gerry Adams bei den nächsten Wahlen das bisherige System der politischen Parteien aus dem Gleichgewicht bringen könnte. Für den Fall, daß keine der beiden großen bürgerlichen Volksparteien – Fianne Fail und Fine Gael – die absolute Mehrheit erreicht, könnte der Sinn Fein die Rolle des Züngleins an der Waage zufallen.

Enrile geht weiter auf Distanz zu Corazon Aquino

AFP AP, New York/Manila

Der philippinische Verteidigungsminister Enrile hat in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time" die Legitimität der Präsidentschaft von Frau Corazon Aquino angezweifelt und zugleich erklärt, daß er einen Rückzug von seinem Posten nicht von der Entscheidung der Präsidentin abhängig machen werde. Es müsse klar festgestellt werden, sagte Enrile, daß Frau Aquino ihm in Wirklichkeit nicht das Verteidigungsressort übergeben habe. Er sei schon vor der Vereidigung der Präsidentin dort Minister gewesen. Auf die Frage, was er tun werde, wenn die Präsidentin seinen Rücktritt verlange, antwortete Enrile, dann müsse er erst „die Personen konsultieren, die ihn gebeten hätten, sie in der Regierung zu vertreten".

Frau Aquino erklärte gestern, sie werde am Mittwoch auf das Angebot der kommunistischen Rebellen für eine 100tägige Waffenruhe antworten.

Ibbenbüren: Matthiesen sieht Rau als „Opfer"

Minister macht Zulieferer für Verzögerung verantwortlich

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Der Düsseldorfer Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hat gestern das nordrhein-westfälische Anlagenbauunternehmen Steinmüller in Gummersbach für die mindestens einjährige Verzögerung beim Einbau der Entstickungsanlage in das Kohlekraftwerk Ibbenbüren verantwortlich gemacht. NRW-Ministerpräsident Rau, die SPD-Landesregierung und die Betreiber des umstrittenen Kraftwerks seien „Opfer von zu optimistischen Aussagen der Zulieferindustrie" geworden, erklärte Matthiesen auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf, an der auch die Vorstandsmitglieder Franz-Josef Spalthoff und Hans-Günther Stalp von den Betreiberfirmen RWE und Preussag teilnahmen. Deswegen könne im Gegensatz zu der Ankündigung von SPD-Kanzlerkandidat Rau im Dezember 1985 die Entstickungsanlage nicht 1987, sondern wahrscheinlich erst Ende 1988 in Betrieb gehen.

RWE-Vorstandsmitglied Spalthoff erklärte, während er und die Preussag-Vertreter bei ihren Ende 1985 mit der Regierung Rau geführten Gesprächen über eine schnellere Entstickung wohl zuviel „Optimismus und guten Willen" gezeigt hätten, „erscheine" ihm heute das neue Datum für die Inbetriebname der Entstickungsanlage „realistisch", wenn das Einbauverfahren nach Plan verlaufe und die neuen „Zulieferfirmen ihre Zusagen einhalten." Auf die frühere öffentliche Festlegung Raus auf den Termin 1987 angesprochen, sagte Spalthoff, es sei „immer ein Unterschied, ob ein Ingenieur oder ein Politiker Aussagen" mache.

Matthiesen und Spalthoff traten Vorwürfen entgegen, daß sich der Stickstoffausstoß des Ibbenbürener Kohlekraftwerks durch den späteren Einbau der Enstickungsanlage in den kommenden zwei Jahren drastisch erhöhen werde. Bereits heute lägen die Emissionswerte unter den vom Emissionsminderungsplan vorgeschriebenen Höchstwerten von rund 21 000 Tonnen im Jahr 1987 und 14 772 Tonnen im Jahr 1988. Matthiesen räumte allerdings ein, daß in den nächsten zwei Jahren der Stickstoffausstoß in Ibbenbüren höher sein werde, als die Betreiberunternehmen es 1985 der Regierung Rau zugesagt hätten. Da die Stickoxyd-Fracht in diesem Jahr um 4707 Tonnen unterschritten worden sei, müsse diese Schadstoffmenge je zur Hälfte auf die Jahre 1987 und 1988 aufgeteilt werden. Nur so könne die auf fast drei Millionen Tonnen angewachsene Kraftwerkskohlehalde neben den aus frischer Förderung kommenden Kohlenmengen in Ibbenbüren abgebaut werden. Nur mit Stickoxyd-Emissionen von jeweils 16 860 Tonnen in den Jahren 1987 und 1988 könne der Jahrhundertvertrag zur Verstromung der Kohle erfüllt und der Weiterbetrieb der Ibbenbürener Zeche im Interesse der Arbeitnehmer gewährleistet werden.

Experten uneinig über Wallmanns Strahlen-Gesetz

UR. Bonn

Das Strahlenschutzvorsorge-Gesetz, das die Bundesregierung noch in diesem Jahr verabschieden will und mit dem Bundesumweltminister Wallmann die Konsequenzen aus der verwirrenden öffentlichen Grenzwert-Diskussion nach Tschernobyl ziehen will, ist bei den Experten in einigen Punkten umstritten. Dies wurde bei einer Anhörung im Umweltausschuß deutlich. Strittig war vor allem die Frage, ob Grenzwerte bei Atomunfällen bereits in das Gesetz geschrieben werden oder grundsätzlich auf dem Verordnungsweg durch die Regierung festgelegt werden sollen. Für eine Festsetzung sprachen sich die von der SPD und den Grünen benannten Experten aus.

In ihren Stellungnahmen kam die Sorge der SPD-regierten Bundesländer zum Ausdruck, bei Atomunfällen für die Festsetzung der Grenzwerte nicht mehr zuständig zu sein. Hessen hatte nach Tschernobyl seine Empfehlungen für die Bevölkerung an niedrigeren Werten gemessen als der Bund. So sprach Hessens Sozialminister Clauss gestern von einer „Mogelpackung". Wallmann hatte indes zugesichert, die Vorstellungen der Länder würden berücksichtigt, um dadurch ihre Bedenken – sogar von einer „Ermächtigung war die Rede gewesen – auszuräumen.

DGB in Karlsruhe: Koalitionsrecht ist gefährdet

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird sich morgen gleich mit zwei Komplexen befassen, zu denen Gewerkschaften und der Neue-Heimat-Ausschuß des Bundestages unterschiedliche Positionen einnehmen. Konkret geht es um zwei Anträge auf Erlaß einstweiliger Anordnungen gegen die vom Untersuchungsausschuß geforderte Beschlagnahme von Akten der Gewerkschaftsholding BGAG und gegen die für BGAG-Chef Alfons Lappas beantragte Beugehaft.

Die Gewerkschaften sehen das Streikrecht in Gefahr, wenn der Untersuchungs-Ausschuß das Recht erhalten sollte, die Aufsichtsratsprotokolle ihrer Holding einzusehen. Der Verfassungsrechtler Hans-Peter Schneider, der den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die IG Metall in Karlsruhe vertritt, sagte dazu, da die BGAG das Gewerkschaftsvermögen verwalte, gäben die Protokolle den Blick frei auf die sonst geheime Streikkasse der Gewerkschaften. Deshalb wolle er den Richtern vortragen, daß mit einer Beschlagnahme auch das im Grundgesetz geschützte Koalitionsrecht zur Debatte stehe. Lappas rügt in seiner Verfassungsbeschwerde unter anderem, die vom NH-Ausschuß beantragte Beugehaft verstoße gegen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Außenminister fordern KSZE-Erfüllungsbilanz

Raimond und Genscher plädieren für mehr Glaubwürdigkeit

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und sein französischer Amtskollege Jean-Bernard Raimond haben sich in einem gemeinsamen Zeitungsartikel dafür ausgesprochen, „die Glaubwürdigkeit des KSZE-Prozesses in einer breit angelegten, ausgewogenen Strategie zu stärken". In dieser Strategie müßten Querverbindungen zwischen allen Bereichen und allen Problemen beachtet werden, ohne dabei künstliche Bindungen zu schaffen, heißt es in dem Text, der zum heutigen Beginn der Wiener KSZE-Folgekonferenz gleichzeitig in „Le Monde" und der „Süddeutschen Zeitung" erscheint.

Nach Ansicht der beiden Außenminister gilt es vor allem, „der notwendigen Gegenüberstellung von Verpflichtungen und Leistungen nicht auszuweichen, sich nicht hinter Prinzipien zu verschanzen, die man selektiv und nach Gutdünken vorschiebt oder mißachtet". Es sei daher unerläßlich, ohne Beschönigung eine Erfüllungsbilanz aufzustellen. Selbst wenn Mängel fortbestünden, müsse die Zusammenarbeit in anderen Bereichen fortgesetzt und intensiviert werden. Fortschritte müßten im täglichen Leben tatsächlich spürbar sein.

Menschenrechte achten

Nach Meinung politischer Beobachter ist es bemerkenswert, daß Genscher und Raimond in ihrem gemeinsamen Artikel sowohl die Menschenrechte als auch die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen besonders hervorheben. Ihrer Ansicht nach unterscheidet sich die Schlußakte von Helsinki vor allem durch die Betonung der Menschenrechte von den meisten anderen weltweit geltenden Übereinkünften. Die Expertentreffen der KSZE über dieses Thema seien zwar nicht zu Vereinbarungen gelangt. „Aber sie haben gezeigt, daß eine Debatte über die Achtung der Menschenrechte in allen Teilnehmerstaaten nicht mit dem Hinweis auf das Prinzip der nationalen Souveränität abgewehrt werden kann. Lassen wir also nicht ab von unseren Bemühungen!"

Notwendig sei es vor allem, die Hindernisse abzubauen, die der Vermehrung der Kontakte zwischen den Menschen, der Familienzusammenführung und der Durchlässigkeit der Grenzen entgegenstünden.

Zukunftschancen bieten

Mit Nachdruck verweisen Genscher und Raimond auf die Feststellung im Prinzip I der Schlußakte, „daß es möglich ist, die Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durch friedliche Mittel zu ändern". Im Prinzip VIII werde das Selbstbestimmungsrecht der Völker unterstrichen. „Hier werden nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Völker Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung beschrieben."

Der Bundesaußenminister, der gestern nachmittag nach Wien abgeflogen ist, wird am Rande des KSZE-Folgetreffens eine große Zahl politischer Gespräche führen. Zu seinen Partnern gehören außer dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse die Außenminister Österreichs, der CSSR, Rumäniens, Ungarns, Polens, Bulgariens, Jugoslawiens, Norwegens, Finnlands, Kanadas und wahrscheinlich auch der „DDR". US-Außenminister George Shultz wird die NATO-Partner am Donnerstagabend über seine Begegnung mit Schewardnadse informieren.

Einkommens-Schübe

So viele Milliarden DM hatten die privaten Haushalte mehr bzw. weniger zur Verfügung als im Jahr zuvor:

1970	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	1986 (Schätzung)
+68	45	51	17	15	40	16	29	40	45	21	+1	–28	–3	21	19	+57

Beträge in DM von heutiger Kaufkraft

Die gut laufende Konjunktur, steigende Beschäftigungszahlen, Preisstabilität und die Steuerreform sind die Indikatoren für das Einkommensplus im Jahr 1986. Rund 57 Mrd. DM werden den Bundesbürgern in diesem Jahr mehr zufließen, so lautet die Schätzung des Statistischen Bundesamtes. Ein besseres Ergebnis gab es nur 1970 mit einem Plus von 68 Mrd. DM. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Bahnanleihe: Mit einem Kupon von 6,5 Prozent wird die Anleihe der Deutschen Bundesbahn im Nennwert von 1,2 Mrd. DM ausgestattet. Sie hat eine Laufzeit von zehn Jahren, der Ausgabekurs liegt bei 100 Prozent.

Ciba-Geigy: Die BZ-Bank in Zürich bringt 100 000 Optionsscheine zum Bezug von Namensaktien des Chemiekonzerns auf den Markt. (S. 14)

Aufschwung: Der Aufwärtstrend des Dollar hält weiter an. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs mit 2,0735 DM über dem Freitagsfixing von 2,0676 DM festgestellt.

Anheuser-Busch: Die Aktie der größten Brauerei der Welt wurde gestern zu 55 DM in Frankfurt zum ersten Mal amtlich notiert. (S. 16)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 272,52 (271,80); Chemie: 164,97 (164,07); Elektro: 336 33 (335,29); Auto: 713,60 (711,97); Maschinenbau: 150,78 (150,44); Versorgung: 163,52 (162,36); Banken: 392,35 (391,20); Warenhäuser: 184,12 (182,49); Bauwirtschaft: 541,57 (538,98); Konsumgüter: 177,74 (177,18); Versicherung: 1373,44 (1377,85); Stahl: 146,99 (147,35).

Nachbörse: Uneinheitlich

WELTWIRTSCHAFT

Wirtschaftsgespräche: Deutsch-argentinische Konsultationen zur neuen Gatt-Runde fanden gestern im Bundesministerium für Wirtschaft statt.

Ultimatum: Peru hat die überfälligen Verbindlichkeiten in Höhe von 34 Mill. Dollar an die Weltbank beglichen, nachdem sie eine Einstellung sämtlicher Beteiligungen an Finanzprojekten angedroht hatte.

Tagung: Mit ihren viertägigen Beratungen haben am Sonntag die sechs Mitgliedsländer des Golfkooperationsrates begonnen. Hauptthema dürfte die Opec-Preispolitik sein.

Rückgang: Das US-Wirtschaftswachstum hat sich im Oktober weiter abgeschwächt. Zu diesem Ergebnis kommt die Vereinigung der Einkaufsmanager in ihrer jüngsten Umfrage.

Kanaltunnel: Mit den Bauarbeiten kann nach Sicherung der provisorischen Finanzierung mit 206 Mill. Pfund wohl im Herbst nächsten Jahres begonnen werden. (S. 14)

Brasilien: Trotz hoher Wachstumsraten gehen die ausländische Investitionen stark zurück.

Alfa Romeo: Fiat hat eine feste Offerte für den Automobilhersteller abgegeben. Sie dürfte leicht über dem Ford-Angebot liegen.

Hausgemacht: Die französische Werkzeugmaschinenindustrie, die sich im Augenblick in einer Krise befindet, hat im wesentlichen mit eigenen Problemen zu kämpfen. (S. 15)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	31. 10. 86	30. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	141,00	–	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	61,50	58,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	115,25	106,50	104,00	226,00	84,00

MÄRKTE & POLITIK

Management: Quotenregelungen sind nicht der richtige Weg, um einer größerern Zahl von Frauen den Zugang zu Führungspositionen zu eröffnen, erklärte die Vorsitzende der Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU), Anne-Rose Iber-Schade, in einem Gespräch mit der WELT. (S. 15)

Trend: Im Zuge der Eingrenzung des Haftungsrisikos stellt die IHK Koblenz in einer Untersuchung eine Entwicklung zugunsten der GmbH fest.

Fassadenfraß: Allein durch Luftverschmutzung nehmen die Gebäudeschäden ständig zu. In einem Gespräch mit der WELT anläßlich des 7. Altbaukongresses nennt der Geschäftsführer der Landesbausparkassen, Alfred Röher, eine Größenordnung von drei bis vier *Mrd. DM pro Jahr. (S. 16)*

Rechtsbruch: Die von der IG Metall angekündigten bundesweiten systematischen Arbeitsniederlegungen hat der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Dieter Kirchner, als „programmierten Rechtsbruch" bezeichnet.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Großauftrag: Die Siemens AG wird im Deutschen Bundestag das ISDN-System Hicom installieren. Rund 120 Mill. DM werden für den Auftrag veranschlagt.

Sedus: Als kerngesundes Familienunternehmen mit hoher Eigenkapitalquote präsentiert sich der Waldshuter Sitzmöbelhersteller. (S. 16)

Krupp Industrietechnik: Die Geschäftsführung des exportintensiven Unternehmens ist trotz Dollarschwäche auch für 1987 zuversichtlich. (S. 16)

Goodyear: 11,5 Prozent des Aktienkapitals hat eine Gruppe unter Führung von Sir James Goldsmith erworben.

Franzis-Verlag: Entgegen der ursprünglichen Absicht hat die Münchener Gruppe die für 1986 geplante Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und den Gang an die Börse auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. (S. 16)

Rafi: Der Hoesch-Konzern hat das Unternehmen übernommen, um seine Wachstumsstrategie zu verstärken. (S. 15)

Seat: Die Angebotspalette der Mutter Volkswagen/Audi in der Bundesrepublik wird im unteren Bereich *durch den in Spanien produzierten* Kleinwagen „Marbella" abgerundet.

Feruzzi: S. + W. Berisford Plc hat bestätigt, mit der italienischen Gruppe Verhandlungen über eine 70prozentige Beteiligung an British Sugar zu führen.

NAMEN

Heilit + Woerner Bau: Siegfried Renauer, kaufmännischer Direktor und Generalbevollmächtigter der Gesellschaft ist am 31. Oktober in den Ruhestand getreten.

Metzeler + Lord: Horst Diemer hat am 1. November die Geschäftsführung übernommen.

WER SAGT'S DENN?

Man verwendet seine Zeit immer gut auf eine Arbeit, die uns täglich einen Fortschritt in der Ausbildung abnötigt.

Goethe

Über den zweiten Interessenten wird an der Küste noch spekuliert

Eine Beteiligung des Oetker-Konzerns an der Hapag-Lloyd AG wird dementiert

JAN BRECH, **Hamburg**

Die Veba AG, Düsseldorf, wird sich an Deutschlands größter Reederei *Hapag-Lloyd beteiligen. Die* Deutsche Bank und die Dresdner Bank, die jeweils rund 40 Prozent des Hapag-Lloyd-Kapitals von 120 Millionen DM halten, werden zu gleichen Teilen Anteile abgeben. Zur Höhe der künftigen Veba-Beteiligung erklärte der stellvertretende AR-Vorsitzende Ekkard van Hooven, daß er unter 20, aber über zehn Prozent liege. Die an der Küste genannten 12,5 Prozent dürften der Wahrheit sehr nahe kommen. Über den Preis bewahrte van Hooven Stillschweigen.

Nach Angaben van Hoovens wird sich vermutlich in der nächsten Woche ein weiterer Interessent entscheiden, Anteile bei Hapag-Lloyd zu übernehmen. Dabei handele es sich aber nicht um die Bayer AG. Auf die Frage, ob der mögliche Käufer auch aus dem Ausland stammen könnte, antwortete van Hooven, daß man stets das In- und Ausland in die Überlegungen mit einbezogen habe. Wenn es Sinn mache, sollte man keine Optionen ausschließen.

Zu Spekulationen, daß auch der Oetker-Konzern in Verhandlungen mit den Banken stehe, erklärte van Hooven, daß es ein konkretes Angebot aus Bielefeld nicht gebe. Selbstverständlich aber unterhalte man sich mit Oetker, dem mit Hamburg-Süd die *zweitgrößte* deutsche Linienreederei gehört, über laufende Tagesprobleme. Hapag-Lloyd sei an einer verstärkten Kooperation mit Hamburg-Süd interessiert. Für Streitereien in der deutschen Schiffahrt gebe es keinen Spielraum.

Auch dürften die Gespräche über eine große einheitliche Linienreederei nicht abreißen. Weil es konkrete Ansätze mit Oetker nicht gebe, seien auch kartellrechtliche Fragen nicht erörtert worden. Dementiert wurde, daß die Lufthansa ein Angebot abgegeben habe. Entsprechendes gelte für die Deutsche Bundesbahn.

Die Banken als Großaktionäre bei Hapag-Lloyd gingen grundsätzlich weiter davon aus, erklärte van Hooven, Partner aus Industrie und Handel zu finden, um das Ladungsaufkommen bei Hapag-Lloyd durch die Einbindung von Kunden zu verstetigen. Die Banken würden allerdings selbst mit jeweils mindestens 15 Prozent in der Mitverantwortung für die Reederei bleiben. Die Übereinkunft mit Veba verdeutliche, daß die Großaktionäre auf dem richtigen Wege seien. „Wir sind schon sehr viel nervöser als jetzt gewesen".

Zur wirtschaftlichen Lage von Hapag-Lloyd in diesem Geschäftsjahr teilte Vorstandssprecher Hans-Jakob Kruse mit, daß das Ergebnis positiv und „ nicht unerheblich besser als geplant" ausfallen werde. Bei Hapag-Lloyd mache sich in der Schiffahrt jetzt die im internationalen Vergleich sehr günstige Kostenstruktur vorteilhaft bemerkbar. Außerdem werde der Bereich der Touristik in diesem Jahr gut abschneiden. Er profitiere von der harten D-Mark.

Vor diesem Hintergrund hat der AR in der vergangenen Woche ein erhebliches Investitionsprogramm bei Hapag-Lloyd gebilligt. Allein bei der Fluggesellschaft soll bis 1989 ein Betrag von rund 500 Millionen DM investiert werden. Die Flotte soll mit fünf bis sechs Großraumflugzeugen modernisiert werden.

In der Linienschiffahrt, für die Kruse noch zwei bis drei Krisenjahre voraussagt, sind 100 bis 200 Millionen DM an Investitionen vorgesehen. Nachdem zehn Schiffe verkauft worden sind, werden zwei Ersatzschiffe für den Nordatlantik gebraucht. Für die Australienfahrt ist der Neubau eines Containerschiffs beschlossen, der Auftrag im Wert von 70 bis 75 Millionen DM aber noch nicht vergeben.

Ausstieg aus der Kernenergie heißt industrieller Abstieg

IW: Auch andere Techniken und Branchen gefährdet

DW/VWD, **Frankfurt**

Ein Ausstieg aus der Kernenergie vermindert nicht das kerntechnische „Restrisiko" für die Bevölkerung der *Bundesrepublik, erhöht aber die Umweltrisiken.* Durch einen Ausstieg würde außerdem ein industrieller Abstieg der Bundesrepublik einsetzen. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW), Köln.

Das IW betont, daß für das Rohstoff- und Eenergie-arme Industrie*land Bundesrepublik zukunftsträch*tige Energietechniken „überlebenswichtig" seien. Deshalb müsse das Forschungs- und Entwicklungspotential der Kerntechnik weiter genutzt werden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Der hohe Sicherheitsstandard, der für die Kerntechnik gelte, sei auf die gesamte Industriegesellschaft der Bundesrepublik übertragbar. Als „alarmierend" bezeichnet es das IW deshalb, daß neben der Kernenergie auch andere Techniken und Branchen im Sog der Ausstiegs-Diskussion seien, unter anderem das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Elektrotechnik und Datenverarbeitung, Chemie sowie die Land- und Ernährungswirtschaft.

All diese Wirtschaftsbereiche machen zusammen ein Viertel der industriellen Leistungskraft der Bundesrepublik aus, beschäftigen rund sechs Millionen Arbeitnehmer und stellen die Hälfte der Exporte. Selbst Störungen in einzelnen Bereichen „könnten zu einer regelrechten Kettenreaktion führen". Auch das sollten die Befürworter eines Kernenergie-Ausstiegs berücksichtigen.

Fisch an der Angel

JB. – Die Ausweitung des Aktionärskreises bei Deutschlands größter Reederei, der Hapag-LLoyd AG, hat begonnen. Der Deutschen und Dresdner Bank, die in den vergangenen Jahren fast 400 Millionen DM für die Sanierung des Konzerns aufgebracht haben, ist mit der Veba der erste Fisch an die Angel gegangen. In den nächsten Tagen werden sich vermutlich noch andere Interessenten positiv entscheiden.

Der Wunsch der Großbanken, sich von ihrem Risiko bei Hapag-Lloyd zu entlasten, ist verständlich. Durch die Sanierung sind sie in eine unternehmerische Rolle bei der Reederei gerutscht, die über die Aufgaben einer Bank weit hinausgeht. Sinn macht auch ihr Versuch, die verladende Wirtschaft enger mit dem Seeverkehrsbetrieb Hapag-Lloyd zu verknüpfen.

Die Banker haben mit ihrem Konzept vor allem aber Regionalpolitisches im Hinterkopf. Über Beteiligungen an Hapag-Lloyd sollen große Unternehmen aus dem Süden und dem Westen mehr Interesse in Richtung Norden lenken und sich besonders in Hamburg enger binden, der Metropole der strukturschwachen Küstenregion und der schlingernden maritimen Wirtschaft.

AR-Vorsitzender Christoph von der Decken ist im Vorstand der Dresdner Bank unter anderem für das Geschäft im Norden zuständig. Eckart von Hooven sitzt in gleicher Funktion im Vorstand der Deutschen Bank. Sein Engagement für den Norden geht sogar darüber noch hinaus. Er kandidiert in der Hansestadt als künftiger Wirtschaftssenator.

Lebenslanges Lernen im Betrieb

CDU-Wirtschaftsrat empfiehlt Arbeitnehmer-Qualifizierung als Teil des Einkommens

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Die Qualifizierung von Arbeitnehmern innerhalb der Betriebe muß nach Ansicht des Bundesgeschäftsführers des CDU-Wirtschaftsrates, Rüdiger von Voss, künftig zwischen den Tarifvertragsparteien geregelt werden. In einem Bericht über ein Symposium des Wirtschaftsrates zum Thema „Personalplanung 2000" sagte von Voss, im Zuge des lebenslangen Lernens, das mit der Einführung moderner Techniken für die Arbeitnehmer einhergehen müsse, dürfe man sich bei der Forderung nach Qualifizierung von Arbeitnehmern nicht allein auf den Staat oder auf die Bundesanstalt für Arbeit verlassen.

„Die Tarifparteien müssen ran", *sagte der Bundesgeschäftsführer des* Wirtschaftsrates. Er sei auch der Überzeugung, daß „in Zukunft die Qualifizierung zu einem Teil des Einkommens wird". Die Kosten der innerbetrieblichen Qualifizierung eines Arbeitnehmers müßten also in künftigen Tarifverhandlungen berücksichtigt werden. In einer der zehn Thesen, die vom Wirtschaftsrat dazu nach dem Symposium verabschiedet wurden, heißt es: „Die Kosten tarifvertraglicher Vereinbarungen dürfen die Ausbildungserfordernisse der Wirtschaft und die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen nicht ersticken."

Schon heute sei in manchen Bereichen – etwa *Maschinenbau, Meß-* und Regeltechnik, Automobilindustrie – ein beträchtlicher Mangel an Facharbeitern spürbar. Er könne sich vorstellen, so von Voss, daß in Zukunft Unternehmen in Konkurrenz um Arbeitnehmer treten würden; dabei sei es denkbar, daß das Angebot weitergehender innerbetrieblicher Qualifikation ausshlaggebend für die Anwerbung von Arbeitskräften sei.

In den Thesen zum Ausblick auf die Personalplanung bis zum Jahr 2000 heißt es unter anderem, daß gemessen am Planungs- und Investitionsverhalten der Wirtschaft die Jahrtausendwende schon „unmittelbare Zukunft" sei. Nach aller Erfahrung betrage die Frist von der Innovationsentscheidung bis zur Investition je nach Größe des Projekts und des Unternehmens zwischen vier und zehn Jahren.

Auf diesen Zeittakt müsse sich auch die Personalplanung einrichten. Großunternehmen hätten dies heute schon vollzogen. Schwieriger werde es für mittelständische Betriebe, die keine Personalvorausplanung auf Jahre betreiben könnten, da sie flexibler auf den Markt reagieren müßten.

Kritik wurde auch an Schule und Hochschule geübt, die den Übergang in das berufliche Leben bisher nicht ausreichend vorbereitet hätten. Im Rückblick auf die Gestaltung des Bildungswesens in den siebziger Jahren stellt der Wirtschaftsrat fest, es sei „eine Illusion, die offene Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft durch dirigistische Maßnahmen vorbestimmen zu können".

Baugewerbe: 13. Monatslohn leistungsgerecht

HH, **Bonn**

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes haben die Weihnachtsgeld-Tarifverträge gekündigt. Damit soll der Weg für eine neue Form des 13. Monatseinkommens freigemacht werden. Die Arbeitgeber wollen das im nächsten Monat noch einmal in Höhe von 102 Stundenlöhnen zu zahlende Weihnachtsgeld ab 1987 leistungsgerecht in Form eines Lohnzuschlages gewähren. Sie versprechen sich davon einen Rückgang der Schwarzarbeit. Denn der Anreiz dazu nehme in dem Maße ab, in dem die Lohnzusatzkosten gesenkt und die Direktlöhne entsprechend erhöht werden.

Die Arbeitgeber folgen damit der Empfehlung des von den Tarifvertragsparteien bestellten Schlichters, des ehemaligen Bundesministers Hermann Höcherl, die dieser in seinem Schiedsspruch vom 3. April 1986 gegeben hatte. Die Umschichtung diene auch den Interessen der Arbeitnehmer. Denn es werde sichergestellt, daß in Zukunft kein Bauarbeiter mehr von dieser Leistung ausgeschlossen bleibe.

AUF EIN WORT



„Die Probleme der Eigenkapitaldecke mittelständischer Unternehmen sind nicht durch eine Steuerprogression zu lösen."

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU. FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

VW bestreitet Riesenverluste bei Devisenanlagen

dos, **Wolfsburg**

Mit äußerstem Nachdruck dementiert die Volkswagen AG in Wolfsburg Gerüchte, wonach das Unternehmen im Rahmen von Anlagengeschäften in den USA Riesenverluste hinnehmen muß. Ein VW-Sprecher erklärte auf Anfrage, Finanzanlagen in US-Dollar-Werten spielten bei VW keine nennenswerte Rolle. Grundsätzlich verfüge VW nur über Dollar-Guthaben, die der Finanzierung des laufenden Geschäfts in den USA dienten. Im übrigen verzichte das Unternehmen seit nunmehr fünf Jahren auf das Instrument der Kurssicherung.

Der Informationsdienst „Platow-Brief" und der „Spiegel" hatten unter Berufung auf den Devisenhandel berichtet, VW sei mit über 2,5 Mrd. Dollar engagiert; in der VW-Bilanz werde der Dollar mit über 2,20 DM bewertet. *Daraus errechne sich beim derzeiti*gen Kurs ein Verlust von rund 500 Mill. DM, wenn die Dollar-Positionen glattgestellt würden. Die Börse reagierte darauf prompt: Der VW-Kurs sackte anfangs um 11,50 DM, stieg im weiteren Verlauf aber wieder etwas an.

Die Airlines fliegen mit Einbußen

DW/AFP, **Montreux**

Die wichtigsten Luftverkehrsgesellschaften der Welt haben im vergangenen Jahr auf ihren regulären Flügen 154 Millionen Fluggäste transportiert, sechs Prozent mehr als 1984. Sie konnten aber ihre Bilanzen nur knapp ausgleichen, da der Nettogewinn bei einem Umsatz von 40,7 Milliarden Dollar (84 Milliarden DM) nur 200 Millionen Dollar betrug. Er hatte 1984 bei einem Umsatz von 39,5 Mrd. Dollar 800 Mill. Dollar erreicht.

Für dieses Jahr wird wegen der Zurückhaltung der Amerikaner als Reaktion auf den internationalen Terrorismus mit einem Rückgang des Fluggastaufkommens und mit finanziellen Verlusten gerechnet. Dies wird im Jahresbericht des Internationalen Luftverkehrsverbandes (Iata) festgestellt. Er ist zu Beginn der Iata-Tagung in Montreux vorgelegt worden.

Im vergangenen Jahr wurde eine Rekordzahl von Flugzeugunfällen registriert. In dem Bericht wird dazu unterstrichen, daß neben den von Kriegshandlungen oder Sabotageakten verursachten Zwischenfällen 13 westliche Linienflugzeuge abstürzten und dabei 1167 Fluggäste und 66 Besatzungsmitglieder ums Leben ka*men. 1986 wurden jedoch bisher* keine Katastrophen, wie sie im vergangenen Jahr verzeichnet wurden, registriert.

Nach dem Iata-Jahresbericht benötigen die Fluggesellschaften in den nächsten zehn Jahren rund 4000 neue Flugzeuge, davon 1800 als Ersatz für gegenwärtig eingesetzte Maschinen. Die notwendigen Investitionen werden auf 150 bis 200 Mrd. Dollar geschätzt.

Die Lage der Fluggesellschaften wird sich den Erwartungen des Verbandes zufolge 1986 trotz des Rückgangs der Treibstoffpreise weiter verschlechtern. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres ging das Fluggastaufkommen als Folge des Terrorismus, der Dollarbaisse und der Auswirkungen des Unglücks von Tschernobyl um 1,1 Prozent (Passagier-Kilometer) zurück, während die angebotenen Kapazitäten (Sitz-Kilometer) um 5,8 Prozent zunahmen. Die Flugzeugauslastung dürfte damit 1986 um zwei Punkte auf 58 Prozent fallen.

Der Terrorismus gegen die Zivilluftfahrt wird als gegenwärtig ernstestes Problem bezeichnet. Der Verband, dem 144 internationale Fluggesellschaften angehören, verstärkte inzwischen sein Programm der Flughafeninspektionen. 1986 wurden von den Experten der Luftverkehrsgesellschaften bereits 24 Flughäfen kontrolliert.

Irrtümer beim Transport des Fluggastgepäcks kosten die Gesellschaften jährlich zusammen 600 Mill. Dollar. Darüberhinaus sind hohe Ausfälle in einigen Ländern mit passiver Zahlungsbilanz wie Nigeria zu verzeichnen. Sie blockieren auf ihren Banken inzwischen den Transfer von über 800 Mill. Dollar, die den Fluggesellschaften gehören.

Bakers Absichten

Von GERD BRÜGGEMANN, Washington

Das Übereinkommen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten, das am Freitag bekannt wurde und das eine koordinierte Wirtschaftspolitik der beiden Länder zum Ziel hat, muß als ein Erfolg des amerikanischen Finanzministers James A. Baker betrachtet werden. Dies selbst dann, wenn sich schon bald herausstellen sollte, daß es sich dabei eher um mehr oder weniger unverbindliche Absichtserklärungen handeln sollte. Bei dem berühmten Treffen der Finanzminister und Notenbank-Chefs im New Yorker Plaza-Hotel im September vergangenen Jahres, das den nachhaltigen Verfall des Dollars um 30 Prozent zur Folge hatte, bemühte sich der amerikanische Finanzminister darum, die führenden Industrieländer zu Absprachen über eine stärkere Gemeinsamkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu bewegen. Bisher jedoch ist er dabei nicht eben erfolgreich gewesen.

Höchst absichtsvoll verwechselt US-Finanzminister Baker mit seinem Zins-Druck auf Tokio und Bonn die Notwendigkeiten der amerikanischen Wirtschaft mit denen der Weltwirtschaft.

Das lag indes nicht so sehr daran, daß die wichtigsten Industrieländer wie Japan und die Bundesrepublik etwa nicht mit den grundsätzlichen Absichten der Amerika*ner übereinstimmten. Der Mangel* an Fortschritt war vielmehr dadurch verursacht, daß Baker unter dem Dach einer langfristigen Strategie auch kurzfristige Ziele verfolgte, die im Widerspruch dazu standen. Es besteht zwischen Washington, Tokio und Bonn kein Dissens in der Frage, daß bei einem weiteren Zusammenwachsen der internationalen Finanzmärkte auch der Spielraum für eine nationale Finanzpolitik enger wird.

Aus kurzer Sicht freilich verwechselt Baker höchst absichtsvoll die Notwendigkeiten der US-Wirtschaft mit denen der Weltwirtschaft. Der Druck des Ministers auf Tokio und Bonn, die Zinsen zu senken, hat nichts mit den geschilderten langfristigen Zielen zu tun. Die erhoffte Zinssenkung sollte es lediglich erleichtern, gravierende Fehlentwicklungen in der amerikanischen Wirtschaftspolitik zu kompensieren, zu denen die Rekorddefizite in Haushalts- und Handelsbilanz ebenso gehören wie der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit großer Teile der amerikanischen Wirtschaft.

Trotz der erkennbar verbesserten Zahlen für das dritte Quartal bewegt sich die amerikanische Volkswirtschaft ohne sonderliche Impulse recht träge auf einem flachen Aufwärtspfad. Ein Abfall in eine Rezession erscheint nicht völlig ausgeschlossen. Da die Regierung in Washington aber finanzpolitisch weitgehend bewegungsunfähig ist, kann sie die Wirtschaft nur mit einer Politik des leichten Geldes in Schwung halten. Um aber das Haushaltsdefizit durch ausländisches Kapital finanzieren zu können, lassen sich die US-Zinsen nur in dem Ausmaß senken, in welchem Japan und die Bundesrepublik mit ihren Zinsen heruntergehen.

Aus diesem durchaus nationalen Motiv und nicht aus Sorge um die Weltwirtschaft forderte Baker Tokio und Bonn immer wieder auf, sich amerikanischen Wünschen gegenüber aufgeschlossen zu zeigen. Bisher haben sich beide Regierungen bei allem Verständnis für die Amerikaner geweigert, für deren Fehler die Stabilität ihrer eigenen Wirtschaft zu gefährden.

Das eigentliche Problem besteht dabei darin, daß im Streit über die kurzfristigen Nöte Washing*tons das Ziel ei*ner langfristigen wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit aus dem Blickfeld zu geraten droht.

Es ist schwer auszumachen, was die Japaner bewogen hat, jetzt auf die amerikanischen Vorstellungen einzugehen, ihren Diskont um ein halbes Prozent zu senken und steuerliche und andere Maßnahmen in Milliardenhöhe zur Ankurbelung der Wirtschaft anzukündigen. Offenbar hatte Tokio die Sorge, Washington könne den Kurs des Dollars noch weiter drücken als bisher.

Schon jetzt ist die japanische Wirtschaft, die bisher unter dem Schutz eines unterbewerteten Yen beeindruckende Exporterfolge erzielen konnte, stark getroffen. Eine weitere Aufwertung des Yen gegenüber dem Dollar könnte die Wettbewerbsfähigkeit der Japaner, die in ganz anderem Maße auf den US-Markt angewiesen als die Bundesrepublik, erheblich gefährden.

Regierungsvertreter in der amerikanischen Bundeshauptstadt machen keinen Hehl aus ihrer Absicht, sich nun auf die Bundesrepublik zu konzentrieren und sie aufzufordern, wie US-Finanzminister Baker es formulierte, ihren Anteil am weiteren Wachstum der Weltwirtschaft zu leisten.

Dabei glaubt auch in Washington niemand ernstlich daran, daß Wohl und Wehe der Weltwirtschaft von der Höhe des deutschen Diskontsatzes abhängen könnten. Aber es ist natürlich einfacher, viel Lärm um solche Nebensächlichkeiten zu machen, als sich ernsthaft mit dem Problem zu beschäftigen, das eine Gefahr für die Weltwirtschaft darstellt.

Weltweites Know how gesucht

Italiener legen bei den Auslandsinvestitionen kräftig zu

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Investitionen italienischer Unternehmen im Ausland steigen stärker als die Investitionen ausländischer Firmen in Italien. Das ist neuerdings vor allem den mittleren Unternehmen zu verdanken, die sich neben den Großkonzernen jetzt ebenfalls vermehrt im Ausland engagieren. Offiziellen Schätzungen zufolge werden im Laufe dieses Jahres die italienischen Investitionen im Ausland ein Viertel aller in früheren Jahren in Italien getätigten Auslandsinvestitionen erreichen.

Allerdings haben die Italiener auch wesentlich später mit Auslandsinvestitionen begonnen als die ausländische Konkurrenz. Das zeigt sich nicht nur daran, daß bisher erst insgesamt 30 italienische Firmen mit Direktinvestitionen im Ausland aufgetreten sind, gegenüber 744 Auslandsfirmen in Italien, sondern auch daran, daß die italienischen Auslandsaktivitäten noch ausgesprochen „kopflastig" sind.

Gegenwärtig entfallen 36 Prozent der Beschäftigten und des Umsatzes der italienischen Filialen und Beteiligungsgesellschaften im Ausland auf die zehn größten Investoren, nämlich die Firmen Pirelli, Fiat, Ferruzzi, Eni, Olivetti, Iri, Ferrero, Zanussi, Montedison und Buitoni-Perugina. Wesentlich stärker gestreut ist dagegen die ausländische Präsenz in Italien. Von den weltweit 500 größten multinationalen Gesellschaften unterhalten 210 in Italien Zweigbetriebe. Auf sie entfallen 75 Prozent der Beschäftigten der ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und 61 Prozent des Umsatzes. Die zehn größten von ihnen sind am Umsatz mit 28 Prozent, die 50 größten mit 59 Prozent beteiligt.

Ähnlich konzentriert wie der Anteil an Umsatz und Beschäftigten ist auch die geographische Verteilung der italienischen Auslandsinvestitionen. Mit Abstand an erster Stelle stehen die europäischen Länder mit 43.5 Prozent (Frankreich 11.3 Prozent, Spanien 10.4 Prozent, Bundesrepublik Deutschland 9.2 Prozent), gefolgt von den lateinamerikanischen Staaten mit 34 Prozent, wobei Brasilien allein mit 21 Prozent an Umsatz und Beschäftigten beteiligt ist.

In jüngster Zeit zeichnet sich bei den italienischen Unternehmen ein starker Drang ab, sich mehr Know-how im Ausland und größere internationale Dimensionen zuzulegen. Dieser Trend betrifft nicht nur Großkonzerne wie Pirelli, Fiat, Olivetti und Ferruzzi, die durch Akquisitionen im Ausland in den letzten Monaten Schlagzeilen machten, sondern auch mittlere Firmen. In diesen Fällen erweist sich als starker Ansporn vor allem die Notwendigkeit der Erweiterung der Betriebssysteme.

Bei der Wahl des Standorts durch die ausländischen Investoren stehen die norditalienischen Regionen mit Abstand an der Spitze. Allein die Lombardei mit der Regionalhauptstadt Mailand hat an der Zahl der ausländischen Zweigwerke einen Anteil von fast 40 Prozent. Insgesamt sind die nordwestlichen Regionen Italiens an den ausländischen Niederlassungen mit 55 Prozent, Nordost- und Mittelitalien mit 23 Prozent und Süditalien mit 22 Prozent beteiligt. Der süditalienische Anteil sinkt auf etwa 13 Prozent, ohne die Betriebe in Rom und der Region Latium.

Die Tendenz, sich im Norden des Landes niederzulassen, hat auch in den letzten Jahren unvermindert angehalten. In der Zeitspanne 1983 bis 1985 waren Norditalien an den ausländischen Investitionen mit 52.5 Prozent, Mittelitalien mit 35 Prozent und Süditalien (einschließlich Rom und Latium) mit 11.5 Prozent beteiligt.

Finanzierung des Kanaltunnels sehr schwierig

He. London

Das anglo-französische Konsortium zum Bau des Kanaltunnels, Eurotunnel, wäre um ein Haar bei der ersten Hürde zur Finanzierung des auf 4.7 Mrd. Pfund veranschlagten Großprojekts gestolpert: Nur mit Mühe und wenigen Stunden vor Ablauf der gesetzten Frist konnte auf internationalen Geldmärkten die provisorische Finanzierung mit 206 Mill. Pfund gesichert werden. Ausgerechnet englische Anleger wollten nicht anbeißen. Die Amerikaner warteten ab, ob die Briten ihre Tranche von 70 Mill. Pfund erreichten. Um das drohende Debakel und eine politische Pleite für Premierminister Thatcher abzuwenden, machte sich kein geringerer als Robin Leigh-Pemberton, Gouverneur der Bank von England, hinter den Kulissen für das Projekt stark, um ausstehende 10 Mill. Pfund zusammenzukratzen.

Aus Kreisen der Londoner City war zu erfahren, daß England und Frankreich ihre Planziffern von 70 Mill. Pfund erreichten, daß die Anlagefreudigkeit der Bundesrepublik und Japans die Erwartungen überstieg, die der Amerikaner jedoch zu wünschen übrig ließ.

Die Erklärung für die zögernde Haltung der Anleger: Der Tunnelbau ist ein Projekt mit ungewöhnlichem Risikoprofil: Dividenden sind nicht vor 1994 zu erwarten, die Gesamtfinanzierung ist ungesichert, das Verkehrsvolumen ist unbekannt, die Rückzahlung erstreckt sich über 55 Jahre. Die britische Regierung ist indes zuversichtlich, daß ihre Gesetzesvorlage zum Bau des Kanaltunnels im Sommer nächsten Jahres verabschiedet werden kann, so daß dann im Herbst mit den Bauarbeiten begonnen wird, die sechs Jahre später abgeschlossen werden sollen. (SAD)

Wachsendes Wohlstandsgefälle

Die vier ärmsten EG-Länder sind weiter zurückgefallen

WILHELM HADLER, Brüssel

Trotz weitgehend gleichgerichteter Wirtschaftspolitik driften die europäischen Volkswirtschaften wieder stärker auseinander. Wie die EG-Kommission in ihrem Jahreswirtschaftsbericht unterstreicht, ist der „reale Konvergenzprozeß innerhalb der Gemeinschaft zum Stillstand gekommen oder hat sich sogar umgekehrt".

Mit realer Konvergenz meinen die EG-Experten die Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens und der Beschäftigung, während als nominale Konvergenz das Inflationsgefälle, die monetäre Entwicklung sowie das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen und der Zahlungsbilanz bezeichnet werden. Um die reale Konvergenz zu verbessern, müßten eine Reihe von zusätzliche Bedingungen erfüllt sein, vor allem ein dynamischeres Wirtschaftswachstum als in den vergangenen Jahren.

Die durchschnittliche Inflationsrate in der EG hat sich nach dem Bericht wie in den anderen Industrieländern seit 1982 beträchtlich verringert und wird 1986 mit voraussichtlich 3,7 Prozent das beste Ergebnis seit zwanzig Jahren im Kampf gegen die Preissteigerungen bringen. Hand in Hand damit gelang auch eine Milderung des Inflationsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten.

Für 1987 rechnet die Kommission nur noch mit einem „Deflator" bei den Verbraucherpreisen von durchschnittlich drei Prozent in der Zwölfer-EG und 2,1 Prozent unter den Partnern des Europäischen Währungssystems (EWS). Dieses habe insofern als Katalysator gewirkt, als sich Länder, in denen die Inflation relativ hoch war, über längere Zeiträume unveränderter Wechselkursparitäten hinweg einem Druck zugunsten besserer Preisstabilität ausgesetzt gesehen hätten.

Während die Geldpolitik der einzelnen Länder immer ähnlicher wurde, blieb die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in letzter Zeit weniger zufriedenstellend. In der gesamten EG wurde nach Angaben der Kommission zwar das Finanzierungsdefizit von 5,6 Prozent 1982 auf 4,1 prozent 1985 reduziert, doch konnte die Zunahme der Verschuldung (1987 voraussichtlich über 63 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) noch nicht gestoppt werden.

Das wieder wachsende Wohlstandsgefälle zeigt sich in der Tatsache, daß die vier relativ ärmsten EG-Länder (Portugal, Irland, Griechenland und Spanien) zusammengenommen nicht mehr die Wachstumsrate der Gemeinschaft erreichen, während die Bundesrepublik und Dänemark höhere Raten erzielen. In den armen Ländern betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen je Einwohner 1985 nur die Hälfte des Einkommens in der Bundesrepublik, Frankreich, Dänemark und Luxemburg. Auch die Arbeitslosenraten haben sich in den beiden „reichen" Ländern günstiger entwickelt.

Nach Ansicht der Kommission stellt ein dynamischeres Wachstum eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, daß die relativ zurückliegenden Regionen aufholen und die vom Niedergang betroffenen industriellen Regionen umstrukturieren können. Ihr Wachstum müßte über dem europäischen Durchschnitt liegen. In den sechziger Jahren habe die EG dank hoher Wachstumsraten erhebliche Fortschritte bei der Herstellung der realen Konvergenz gemacht, was bis etwa Mitte der siebziger Jahre ermöglicht habe, den Abstand der damalige vier ärmsten Länder im Pro-Kopf-Einkommen um etwa ein Drittel zu verkürzen. Inzwischen hätten sich jedoch die Rahmenbedingungen erheblich verändert.

Schweizer Bank bietet neue Optionsform

Zä. Genf

Die junge rührige BZ-Bank in Zürich mit vorwiegend institutioneller Kundschaft hat den Schweizer Kapitalmarkt um ein Anlageinstrument bereichert, eine neue Form von Optionen, die auch für Ausländer interessant sind. Die Bank bringt 100 000 Optionsscheine mit dreijähriger Laufzeit zum Bezug von Namensaktien des Baseler Chemiekonzerns Ciba Geigy auf den Markt. Ciba Geigy selbst ist an dieser Transaktion nicht beteiligt.

Die Optionen werden ab 20. November an den Börsen in Zürich, Basel und Genf gehandelt. Die Namensaktionäre, hauptsächlich institutionelle Anleger, hinterlegen ihre Aktien zum Optionspreis von 350 Franken bei der BZ-Bank während der dreijährigen „Stillhalteperiode". Der Bezugspreis der Namensaktien beträgt 1950 Franken, verglichen mit einem Marktpreis von 1840 Franken.

Die neue Optionsform vereine das Sicherheits- und Spekulationsbedürfnis, meint die Bank. Für die „Stillhalter" stehe eine Rendite von jährlich 14 Prozent in Aussicht, wenn man Optionspreis und die drei zu erwartenden Dividenden zusammenlege.

Dem Optionskäufer winken erhebliche Gewinne, da sich der niedrigere Kurs der angeblich unterbewerteten Namensaktie von Ciba Geigy, die nur an Schweizer Bürger verkauft wird, dem höheren Kurs der auch Ausländern zugänglichen Inhaberaktie von 3600 Franken annähern dürfte.

Dafür sprechen die guten Gewinnaussichten des Konzerns für 1987 – die BZ-Bank rechnet mit einer Gewinnsteigerung von 19 Prozent. Gleichzeitig ermöglicht das neue Instrument ausländischen Anlegern an der Entwicklung Schweizer Namensaktien teilzunehmen.

Härterer Wettbewerb im Einzelhandel

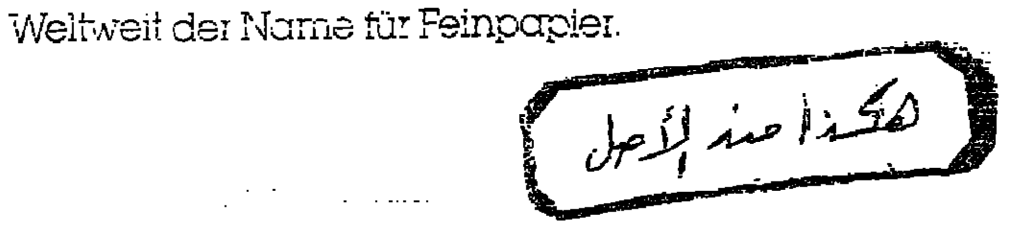
J. Sch. Paris

In ganzseitigen Zeitungsanzeigen vergleicht der französische Supermarktriese Carrefour seine Preise von über 80 Artikeln des täglichen Bedarfs mit den höheren der wichtigsten Konkurrenten. Die gestern gestartete Aktion ist nicht die erste Werbekampagne dieser Art, mit der Carrefour von sich reden macht.

Bereits 1983 versuchte es der Konzern, den einen oder anderen Konkurrenten an die Wand zu drücken. Damals bestand für die vergleichende Werbung kein ausdrückliches gesetzliches Verbot wie in der Bundesrepublik. Sie konnte von den Behörden nach eigenem Ermessen untersagt oder geduldet werden. Unter der sozialistischen Regierung neigten die Behörden eher dazu, vor allem den unabhängigen Einzelhandel vor den übermächtigen Konzernen zu schützen.

Inzwischen aber hat ein Pariser Berufungsgericht die vergleichende Werbung (für einen bestimmten Fall) als zulässig erklärt, worin Carrefour einen Präzedenzfall erblickt. Vor allem aber sind die Preiskontrollen von der neuen Regierung stark gelockert worden. Die letzten sollen zum Jahresende beseitigt werden. Darauf will sich Carrefour schon jetzt mit seinen Preisvergleichen vorbereiten.

Andererseits versuchen die Supermarktkonzerne, ihre Lieferanten preislich zunehmend unter Druck zu setzen. Die Wettbewerbskommission sieht darin eine unzulässige Ausübung wirtschaftlicher Macht. Sie hat deshalb dem Wirtschaftsministerium als zuständige Behörde vorgeschlagen, drei große Einkaufszentralen zu Geldstrafen von jeweils einer Million Franc zu verurteilen. Die definitive Entscheidung muß in spätestens zwei Monaten fallen.



WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Auftrag vom Bundestag

München (sz.) – Innerhalb der nächsten drei Jahre wird die Siemens AG, Berlin/München, im Deutschen Bundestag das ISDN-System „Hicom" installieren. Einen entsprechenden Auftrag hat der Elektrokonzern in diesen Tagen aus Bonn erhalten. Die Gesamtkosten des Projekts mit dem Namen „Parlakom", dem neuen parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems werden in einer Studie auf 120 Mill. DM veranschlagt. Etwa 60 Mill. DM davon entfallen auf die Technik; die andere Hälfte ist für Personal, Installation und Betrieb vorgesehen. Im Endausbau soll „Parlakom", an dem alle Telefon-, Telefax- und Teletex-Geräte verschiedener Hersteller sowie komplette Bürosysteme angeschlossen werden können, alle Abgeordenete – auch in ihren Wahlkreisen –, die Ausschüsse, Fraktionen, wissenschaftliche Dienste miteinander verbinden. Seit der Vorstellung von „Hicom" (1984) hat Siemens 700 Aufträge für dieses System erhalten und bereits 300 installiert.

Gemeinsame Glasfaser

Paris (dpa/VWD) – Der amerikanische Konzern ITT und die französische Staatsgruppe CGE gehen nach dem Fernmeldebereich nun auch bei Herstellung und Vertrieb von Kabeln und Glasfasern zusammen. CGE-Chef Pierre Suard gab gestern in Paris den Zusammenschluß bekannt. CGE/ITT ist damit nach Suards Angaben vor Pirelli (Italien) weltweit der führende Lieferant von Telefonverbindungen mit einem Umsatz von 12.5 Mrd. Dollar (über 25 Mrd. DM) und 150 000 Beschäftigten.

Einfuhrzölle gekürzt

Washington (VWD) – Japan hat sich zu einer Senkung der Einfuhrzölle für Aluminium bereiterklärt. Danach wird das Land den Einfuhrzoll für unverarbeitetes Aluminium am 1. April 1987 auf fünf von derzeit neun Prozent senken und am 1. Januar 1988 weiter auf ein Prozent. Der US-Handelsbeauftragte Clayton Yeutter kündigte außerdem an, daß Japan und die USA künftig zwei Mal pro Jahr zu Konsultationen über Fragen des Aluminiumhandels zusammenkommen werden.

Enthaltung

Washington (VWD) – Die USA wollen sich bei der Entscheidung über einen Weltbankkredit von 250 Mill. Dollar an Chile am 25. November der Stimme enthalten und nicht erneut gegen die Vergabe der Mittel stimmen. Diesem Vorgehen sollen Finanzminister Baker und Außenminister Shultz zugestimmt haben. Bisher hatten die USA versucht, Kredite der internationalen Organisationen an Chile wegen der Menschenrechtsverletzungen zu blockieren.

Drei Prozent Wachstum

London (VWD) – Der Rückgang des Pfund Sterling wird zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums von zwei Prozent 1986 auf drei Prozent in 1987 und 1988 führen, meint die London Business School. Dies werde aber nicht von einer Verbesserung der Leistungsbilanz begleitet, vielmehr werde sich das Defizit von 400 Mill. Pfund 1986 voraussichtlich auf 2,4 Mrd. 1987 erhöhen. Das sei eine Folge der sinkenden Öleinnahmen.

Internationale Finanzen

Doppelwährungsanleihe: Im Volumen von 10 Mrd. Yen legt die Bergen Bank A. S. Bonds auf. Sie werden am Euromarkt mit einem Kupon von acht Prozent ausgestattet und werden am 26. November 1993 fällig. Der Ausgabekurs liegt bei 100.25 Prozent. In Yen werden die Zinsen gezahlt, die Tilgung erfolgt in Dollar. Für jedes Stück im Nominalwert von 1 Mill. Yen werden 6315,54 Dollar zurückgezahlt.

Optionsscheine: Die Chase Corp Finance New Zealand emittiert Notes in Höhe von 90 Mill. sfr., die mit Optionsscheinen zum Bezug von Aktien der Chase Corp. Ltd. ausgestattet sind. Der Ausgabekurs liegt bei 101 Prozent. Fälligkeit ist 16. September 1993, der Kupon beträgt fünf Prozent.

Wandelanleihe: Auf 1,25 Prozent wurde der Kupon für die Wandelanleihe über 50 Mill. sfr. der Toyo Suisan Kaisha festgesetzt. Der Wandelpreis beträgt 1101 Yen/Aktie bei einem festen Wechselkurs von 96,97 Yen/sfr.

Notes: Die Sammelregistrierung von mittelfristigen Notes im Volumen von rund 1 Mrd. Dollar hat Merril Lynch beantragt. Laufzeiten bis zu zehn Jahren sind geplant.

Fusion: Campeau Corp. und Allied Stores Corp. haben sich auf eine Fusion geeinigt. Die Allied-Aktionäre werden eine Abfindung von 69 Dollar je Aktie erhalten.

Keppel Investment: Die Anleihe über 75 Mill. SingDollar mit Optionsscheinen zum Kauf von Aktien der Keppel Steamship erhält einen Zinssatz von 4 Prozent. Fälligkeit ist 3. November 1991. (md!)

Scheitert Özals Wirtschaftsexperiment?

In der Türkei bleibt die Arbeitslosigkeit hoch – Exportboom der letzten Jahre vorüber

dpa/VWD. Ankara

Ob es dem türkischen Ministerpräsidenten Turgut Özal gelingt, sein marktwirtschaftliches Konzept in der Türkei durchzusetzen, ist zur Zeit sehr fraglich. In diesem Jahr verzeichnet die Wirtschaft nämlich ernsthafte Rückschläge. Wichtige Wirtschaftsindikatoren weisen nach unten.

Seit Özal Anfang 1980 zunächst Superminister für Wirtschaft und Ende 1983 Ministerpräsident wurde, ist es sein Ziel, die türkische Wirtschaft grundlegend zu reformieren und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Dazu wurden die Einfuhren liberalisiert, die Exporte gefördert und ausländische Investitionen begünstigt. Die geplante Privatisierung der defizitären Staatsmonopole ist indes noch nicht ernsthaft in Angriff genommen, und statt der geplanten Geldmengenbeschränkung ist eher das Gegenteil eingetreten. Die Türkei nimmt Kredite im Ausland auf, wo sie sie bekommen kann und verschuldet sich auch nach innen.

Beifall der Weltbank

Özals Wirtschaftspolitik findet bislang den Beifall der Weltbank und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), denn sie wartet mit Zuwachsraten von sechs und sieben Prozent auf. Aber der Zuwachs resultiert aus der Binnennachfrage. „Er ist auch deshalb nicht eindrucksvoll, weil sechs oder sieben Prozent allein schon notwendig sind, um die neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Kräfte zu absorbieren", erklärt ein Wirtschaftsexperte.

Die Exporte sind gehen zurück, bei weiter steigenden Importen. Rückläufig sind auch die Überweisungen der Gastarbeiter (in diesem Jahr etwa 1,5 Mrd. Dollar) und die Einnahmen aus dem Tourismus. In der Leistungsbilanz klafft für das erste Halbjahr 1986 eine Lücke von 1,1 Mrd. Dollar (2,2 Mrd. DM).

Die Arbeitslosigkeit ist unverändert hoch, obwohl darüber genaue Statistiken nicht vorliegen, weil es keine Arbeitslosenversicherung gibt. Auch gelingt es trotz äußerlich guter Voraussetzungen nicht, die Inflation in den Griff zu bekommen. Die Einführung einer zehnprozentigen Mehrwertsteuer wurde im vergangenen Jahr verdaut. Der Verfall des Ölpreises hat die türkische Ölrechnung entlastet. Doch noch immer liegt die Inflation bei 35 Prozent, weit über den Lohnerhöhungen. Die Realeinkommen der breiten Masse haben sich in fünf Jahren etwa halbiert.

Der Ölpreisverfall hat die Türkei indirekt getroffen, indem die Ölländer als Kunden ausfielen. Der Exportboom der beiden Vorjahre war vor allem auf ein glänzendes Geschäft mit den Kriegsgegnern Iran und Irak zurückzuführen. Beide haben in diesem Jahr ihre Einfuhren aus der Türkei gedrosselt.

Ausländische Beobachter sind besorgt über die wachsende Auslandsverschuldung, die auf 26 Mrd. Dollar geschätzt wird, und besonders über den Anstieg der kurzfristigen teuren Kredite, die inzwischen ein Drittel der Auslandsschulden ausmachen. Der Schuldendienst – etwa 3,8 Mrd. Dollar jährlich – beträgt 50 Prozent der Exporterlöse. Allerdings ist die Regierung Özal ihren Zahlungsverpflichtungen bislang pünktlich nachgekommen.

Kampf gegen Korruption

Gescheitert ist der Ministerpräsident offenbar auch mit dem Vorsatz, die Korruption zu bekämpfen. Die Vorwürfe in dieser Hinsicht sparen auch Özals Familie nicht aus. Man nimmt ihm übel, daß er seinen Bruder Yusuf zum Chef des staatlichen Planungsamtes gemacht hat. Das Amt verwaltet die zahlreichen Fonds, deren Mittel immerhin halb so hoch wie der Staatshaushalt sind, aber anders als das Budget nicht vom Parlament kontrolliert werden.

Ausländische Investoren wollen nicht so recht auf die Sirenenklänge über niedrige Lohnkosten, Steuerbefreiung und freien Gewinntransfer hören. Sie halten sich zurück, weil sie die weitere innenpolitische Entwicklung abwarten wollen.

Wie können die Chancen von Frauen in der Wirtschaft verbessert werden? Vor welchen speziellen Problemen stehen weibliche Führungskräfte – sei es als Managerinnen oder Selbständige? Diese Fragen stehen ab morgen im Mittelpunkt des Kongresses europäischer Managerinnen in Hamburg. Gelegenheit zum Gedankenaustausch haben seit Sonntag auch Unternehmerinnen aus *18* Ländern auf ihrer Jahrestagung in Kamerun. Die Vorsitzende der deutschen Sektion, der Vereinigung von Unternehmerinnen (VvU), Dr. Anne-Rose Iber-Schade *(Foto) rechnet in einem* Gespräch mit der WELT mit einem starken Zuwachs von Frauen in Führungspositionen. Die Juristin und Volkswirtin war 26 Jahre Geschäftsführerin der Wilhelm Schade KG, eines Automobilzulieferers mit 2200 Mitarbeitern. Neben zahlreichen Wirtschaftsverbänden gehört die 63jährige auch der Monopolkommission an.


FOTO: DIE WELT

Frauen sollten nicht nachahmen, sondern ihre Exotenrolle nutzen

Beinahe unbemerkt von der Öffentlichkeit hat es in den vergangenen Jahren einen weiblichen Existenzgründungsboom gegeben. Jedes dritte *Unternehmen in der* Bundesrepublik wird inzwischen von einer Frau gegründet. In den Führungsetagen der Wirtschaft sind Frauen dagegen immer noch weitgehend „Fehlanzeige" – obwohl sie zunehmend über eine bessere Ausbildung verfügen. Lediglich rund drei bis fünf Prozent der leitenden Positionen, so schätzt Frau Iber-Schade, werden *heute von Frauen ausgefüllt. In den* Top-Positionen sieht es noch weitaus schlechter aus.

Diese Entwicklung macht nach Auffassung der VvU-Vorsitzenden offensichtlich, welches Motiv hinter der zunehmenden beruflichen Selbständigkeit von Frauen steht. Eine große Zahl der Unternehmensgründungen der vergangenen Jahre ist ihrer Ansicht nach dem Umstand zu verdanken, daß qualifizierte und zielstrebige Frauen gerade in der Hierarchie von Großunternehmen vielfach keine oder nur unzureichende Aufstiegsmöglichkeiten erhielten. *Als* Selbständige könnten sie sich leichter in den Chefsesseln etablieren.

Inzwischen habe sich gezeigt, daß die von Frauen gegründeten Unternehmen eher erfolgreicher arbeiteten als die der Männer und sich überwiegend am Markt behaupteten. „Frauen fehlt es oft an Mut, einen Weg zu beschreiten, den bisher nur ihre männlichen Kollegen eingeschlagen haben. Aber wenn sie sich einmal für ein Vorhaben entschieden haben, ist das Durchhaltevermögen meistens größer", meint Frau Iber-Schade. „Weil berufliches Vorankommen noch nicht als so selbstverständlich empfunden wird, werden mögliche Risiken von vornherein sehr gründlich abgeschätzt."

Quotenregelungen sind nach Ansicht der VvU-Vorsitzenden allerdings nicht der richtige Weg; um einer größeren Zahl von Frauen den Zugang zu Führungspositionen zu eröffnen. Zu groß sei die Gefahr, daß durch derartige „Zwangsbestimmungen" auch nicht ausreichend qualifizierte Frauen in bestimmte Positionen gelangten: „Wenn es dann zu Fehlbesetzungen kommt, haben sich die Frauen selbst ins Gesicht geschlagen. Werden Frauen nur wegen ihres Geschlechts und nicht wegen ihres Könnens eingestellt, schadet man dem Anliegen der Gleichberechtigung nur." Und: „Sollten und müßten wir dann nicht auch den Männern Quoten in sogenannten Frauenberufen zubilligen?"

Auch *ohne* Quotenbestimmungen würden sich in den nächsten Jahren Frauen erheblich stärker als bisher in der Wirtschaft durchsetzen, bekräftigt Frau Iber-Schade. Für die besseren *Zukunftsaussichten sprechen* nach ihren Beobachtungen aber nicht nur die geburtenschwachen Jahrgänge und die durchweg bessere Qualifikation von Frauen. Ausschlaggebend sei vielmehr der sich immer stärker abzeichnende Mangel an Führungskräften, die teamorientiert und personenbezogen arbeiten könnten.

Die Unternehmerin appelliert an den weiblichen Nachwuchs, diesen Umstand bewußt zu nutzen. Nach ihren Beobachtungen verfügen Frauen nämlich stärker über die Fähigkeit, „Geschäftspartner und Mitarbeiter als Menschen anzusprechen und zu leiten und kooperativ mit anderen Entscheidungen zu fällen". Ganz falsch wäre es, wenn Frauen ihre Karriere auf der Nachahmung männlichen Verhaltens aufbauen würden. „Sie sollen sich lieber auf einen gewissen Exotenvorteil besinnen", empfiehlt Frau Iber-Schade.

Positiv wirke sich aus, daß sich Frauen seit jeher stark in den Dienstleistungsbereichen engagierten, in denen auch in Zukunft die stärksten Beschäftigungszuwächse zu erwarten seien. „Der gewählte Beruf muß natürlich auch Spaß machen. Aber wer nicht gerade das Talent einer Opernsängerin hat, kann in der Regel verschiedene Tätigkeiten gut ausfüllen. Entscheidend ist, daß bei der Ausbildung stärker auf die in der Wirtschaft gesuchten Qualifikationen geachtet wird und weniger Frauentypisches im Vordergrund steht."

Diesen Rat gibt die VvU-Vorsitzende jungen Hochschulabsolventinnen. Akademische Würden seien zwar nicht das A und O, aber sie hätten bei Frauen *immer* noch eine größere Bedeutung, wie sie auch anhand ihres eigenen Doktortitels erfahren habe.

Frau Iber-Schade steht einer durch gesetzliche Bestimmungen herbeigeführten *beruflichen Gleichberechtigung*, wie sie zum Beispiel in England und den Vereinigten Staaten praktiziert wird, eher mißtrauisch gegenüber. Frauen müßten aus sich selbst heraus offensiver die Berufsplanung in Angriff nehmen, betont die Unternehmerin. Notwendig sei dazu, daß man einander Mut mache und in Gesprächen aus den Erfahrungen erfolgreicher Managerinnen und Unternehmerinnen profitiere. Hierin liegt für sie vor allem der Sinn des sogenannten Networking, wie es auch in der Bundesrepublik zunehmend betrieben wird.

Zudem könnten gerade Unternehmerinnen in den eigenen Betrieben das Fortkommen der Geschlechtsgenossinnen forcieren. Immerhin werde heute jedes fünfte Unternehmen in der Bundesrepublik von einer Frau geleitet. Von den etwa 300 000 von Frauen geführten Unternehmen erwirtschafteten rund 110 000 mehr als eine Million Umsatz im Jahr oder beschäftigten mehr als fünf Mitarbeiter.

Auch betriebliche Frauenförderpläne, wie sie zum Beispiel von der BASF durchgeführt werden, könnten einiges bewirken; sie seien aber nur bei Großunternehmen möglich. Den größten Durchbruch verspricht sich Frau Iber-Schade aber von der Einrichtung zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze: „Sie sind auch in Führungspositionen in weitaus größerem Umfang möglich, als heute immer behauptet wird. Voraussetzung ist lediglich der Wille zu einer entsprechenden Organisation."

Flexiblere Arbeitszeitformen helfen *qualifizierten Arbeitnehmerinnen* ihrer Ansicht nach auch weit mehr als zum Beispiel der zum 1. Januar in Kraft getretene Erziehungsurlaub. „Auf oberer beruflicher Ebene können *es sich Frauen praktisch nicht* leisten, diesen in Anspruch zu nehmen. Nicht nur, weil das männliche Kollegen niemals in demselben Ausmaß tun würden, sondern auch, weil ein gleichgesetzter Mitarbeiter dann in dieser Zeit an ihr im Unternehmen vorbeiziehen wird."

Frauen würden sich viel stärker um Führungspositionen bemühen, wenn auch die materiellen Vorteile größer wären: „Solange nichts vom Nettogehalt übrigbleibt, wenn Hilfen für den Haushalt und die Kinderbetreuung beschäftigt werden, ist dies nicht der Fall." Die VvU habe deshalb dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, die Forderung vorgetragen, den Haushalt steuerlich *wie einen Kleinbetrieb zu behandeln*, in dem man die Haushaltshilfe absetzen könne. Damit sei man allerdings nicht auf offene Ohren gestoßen, räumt Frau Iber-Schade ein.

Im übrigen sei das Problem der Doppelbelastung zwischen Familie und Beruf nicht nur vom Staat zu regeln, sondern müsse auch partnerschaftlich gelöst werden: „Die große *Karriere und die Haushaltsführung*, das sind Aufgaben, die weder Mann noch Frau gleichzeitig bewältigen können." SABINE SCHUCHART

> **Die Vereinigung von Unternehmerinnen in Köln (VvU) wurde 1954 von 31 Unternehmerinnen gegründet, um die speziellen beruflichen Interessen dieses Berufsstandes zu vertreten und untereinander den Erfahrungsaustausch und geschäftliche Kontakte zu verstärken. Heute hat die VvU rund 1700 Mitglieder. Es gibt 14 Landesverbände. Aufgenommen werden Unternehmerinnen, die mindestens fünf Mitarbeiter beschäftigen oder einen Jahresumsatz von mehr als eine Mill. DM erwirtschaften; für Neugründungen sind die Aufnahmebedingungen gelockert. Nach Angaben der VvU sind alle Wirtschaftsbranchen gleichmäßig vertreten. Jeweils ein Drittel entfällt auf Betriebe, die ererbt, *gekauft oder selbst gegründet* wurden.**

Werkzeugmaschinen in der Krise

In Frankreich sind die Schwierigkeiten der Branche im wesentlichen hausgemacht

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach dem Schiffbau ist in Frankreich die Werkzeugmaschinen-Industrie in eine akute Krise geraten. Dafür wird in beiden Fällen die Kürzung der staatlichen Subventionen durch die neue liberale Regierung verantwortlich gemacht. Aber im Unterschied zu den Werften, die weltweit mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, sind diese im Werkzeugmaschinenbereich hauptsächlich hausgemacht.

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche steht es schon seit langem sehr schlecht. Nicht weniger als neun Hilfsprogramme waren von den französischen Regierungen ohne größere Erfolge in die Wege geleitet worden. Der letzte von 1982, mit 3,5 Mrd. Franc Staatshilfen dotiert, wurde von den Sozialisten mit dem Ziel gestartet, den frisch verstaatlichten Industriekonzernen sichere nationale Lieferanten zu verschaffen. Dadurch sollte auch die Handelsbilanz des Werkzeugmaschinensektors ins Gleichgewicht gebracht werden.

Tatsächlich aber nahm ihr Defizit weiter zu, zuletzt von 0,5 Mrd. Franc 1984 auf 1,3 Mrd. Franc 1985 – bei einem Umsatz von 4,5 Mrd. Franc (plus sechs *Prozent*). *In diesem Jahr* dürfte es *2 Mrd.* Franc erreichen. Zwar haben sich die Exporte dieser Industrie im ersten Halbjahr um 16,4 Prozent auf eine Mrd. Franc erhöht. Aber die Importe stiegen gleichzeitig um *40 Prozent auf 2 Mrd. Franc*. Inzwischen deckt Frankreich seinen Bedarf an Werkzeugmaschinen zu fast zwei Dritteln aus ausländischen Erzeugnissen. Wichtigster Lieferant ist die Bundesrepublik.

Während die Schwierigkeiten in den letzten Jahren auch auf die allgemeine Investitionsschwäche der französischen Industrie zurückzuführen waren, trat bei der diesjährigen Belebung der Investitionsgüterkonjunktur der strukturelle Wettbewerbsrückstand deutlich in Erscheinung. *Die zusätzliche Binnennachfrage* konnte weder qualitativ noch quantitativ befriedigt werden.

Dazu kam die schwache finanzielle Basis, über die die meisten französischen Hersteller verfügen. Im Rahmen des Selbsthilfeplans hatte die Regierung zwar die Staatsunternehmen gedrängt, sich an „ihren" Werkzeugmaschinenlieferanten zu beteiligen. Aber zu der davon erhofften Verstärkung ihrer Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die zuletzt gerade fünf bis sieben Prozent des Um*satzes erreichten, ist es nicht gekom*men. Im Hinblick auf ihre Privatisierung ziehen sich die nationalisierten Unternehmen eher aus diesem Sektor wieder zurück.

So mehren sich in der französischen Werkzeugmaschinen-Industrie die Konkurse. Seit Anfang dieses Jahres haben acht Gesellschaften mit zusammen 2200 Beschäftigten – rund 20 Prozent der seit 1981 von 20 000 auf 12 000 Personen geschrumpften Branchenbelegschaft –, nämlich Promecan (hydraulische Stanzen), Sculfort (Drehbänke), Clément und Mors (Produktionsmaschinen), Mapex und Gendron (Schleifmaschinen), Rouchaud (Fräsen), SNCMB (Pressen) und die zur Interautomatisme gehörenden Firmen Graffenstaden und *Huré, den Konkurs beantragt*.

Als wichtigster Interessent zeigen sich die Japaner, die inzwischen Promecan übernommen haben und jetzt auch ihre „Hilfe" den noch nicht konkursreifen Firmen anbieten. Das deutet eigentlich darauf hin, daß die französische Werkzeugmaschinen-Industrie ihre Chancen nicht nützt. Einige Firmen könnten durchaus wieder auf einen grünen Zweig kommen. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Regierung zu neuen Bedingungen neue staatliche Hilfen gewähren wird.

Internationale Manager sind gefragt

Vier europäische Hochschulen kooperieren bei der Ausbildung von Betriebswirten

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen Kooperationsvertrag für ein Europäisches Studienprogramm Betriebswirtschaft haben vier Hochschulen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Spanien gestern in Brüssel unterzeichnet. Ziel ist die Ausbildung international orientierter Betriebswirte, die im Rahmen eines vierjährigen Studiums die eine Hälfte *ihrer Studienzeit im* Heimatland, die andere Hälfte in einer der drei Partner-Hochschulen verbringen sollen.

Partner sind die Fachhochschule *Münster*, die Ecole Multinationale des Affaires in Bordeaux, das Humberside College of Higher Education in Hull und das Centro Europeo de Gestion de Empresas in Madrid. Das Programm hat bereits *1979* mit einer Zusammenarbeit zwischen den deutschen und britischen Hochschulen begonnen. Sie soll jetzt auf andere EG-Länder übertragen werden.

Vorgesehen ist, daß jede Hochschule jeweils 30 Bewerber zu dem Studiengang zuläßt, und zwar jeweils zehn für die drei Partnerländer. Jeder Studienjahrgang für die vierjährige Ausbildung umfaßt also 120 Studenten. Voraussetzung ist in der Bundesrepublik die Fachhochschulreife und eine bestandene Aufnahmeprüfung. Das erste Semester wird im Heimatland verbracht, vom zweiten Semester *an werden die Studenten* abwechselnd zu Haus und im anderen Land ausgebildet.

Das Studium wird mit zwei Diplomen abgeschlossen: dem der Heimathochschule und dem der Hochschule des gewähltem Gastlandes. Dieser hohe Integrationgrad erfordert, wie es in einer Mitteilung der Fachhochschule Münster heißt, eine europäische Zusammenarbeit der beteiligten Hochschullehrer, da die Lehr- und Prüfungsinhalte aufeinander abgestimmt sein müssen.

Die Lehrinhalte umfassen Betriebswirtschaftslehre und Unternehmenspolitik, Europäische Wirtschaftslehre, Recht, Organisation und Informatik sowie „Quantitative Methoden der Unternehmensführung". Auf dem Programm stehen außerdem *Finanzwirtschaft, Marketing, Verhal*tenswissenschaften und Kommunikation und natürlich nicht zuletzt die Sprache des Partnerlandes und eine zweite Fremdsprache nach Wahl. In jedem *Land* sind schließlich auch noch zwei Betriebspraktika von sechs Monaten abzuleisten.

Das Europäische Studienprogramm soll nach den Worten seiner Vorreiter einem immer dringenderen Bedarf der Wirtschaft entgegenkommen. Eines der wesentlichen Hindernisse für die Unternehmungen bei der Erschließung neuer Märkte bestehe heute darin, Managementspezialisten zu finden, die in der Lage sind, sich in ihrer Berufswelt im Ausland „frei mitzuteilen und damit wirkungsvoll tätig zu werden."

Mehr Rechte für Handelsvertreter

Ha. Brüssel

Über eine Richtlinie zur Koordinierung der Rechtsvorschriften für selb*ständige Handelsvertreter haben sich* die EG-Regierungen gestern grundsätzlich geeinigt. Ziel ist es, Wettbewerbsverzerrungen beim Dienstleistungsverkehr zu beseitigen und ei*nen vergleichbaren Schutz der Han*delsvertreter gegenüber den Unternehmen zu sichern. Vertreter haben künftig Anspruch auf einen finanziellen Ausgleich, wenn sie für den Un*ternehmer neue Kunden geworben* oder die Geschäftsverbindungen mit vorhandenen Kunden wesentlich weiter entwickelt haben, und dieser aus den Geschäften mit diesen Kun*den nach Beendigung des Vertrages* noch erhebliche Vorteile zieht. Die Einigung wurde nur dadurch ermöglicht, daß die EG-Partner den Briten und Iren eine zusätzliche Übergangs*frist* von vier Jahren eingeräumt haben. Dadurch wurde zum ersten Mal das vorgesehene Datum für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes (Ende 1992) überschritten.

Hoesch-Konzern übernimmt Rafi

Neue Wachstumsfelder sollen erschlossen werden

nl. Stuttgart

Der Dortmunder Hoesch-Konzern setzt einen Fuß in den Südwesten: Im *Zuge der Diversifikationsbemühun*gen in Richtung moderner Technologien und neuer Wachstumsfelder übernimmt Hoesch das innovationsfreudige Ravensburger Unternehmen *Rafi GmbH & Co., einen namhaften* Hersteller von elektrotechnischen Komponenten und elektronischen Systemen.

Wie beide Unternehmen gemein*sam mitteilen, erfolge der Verkauf* aus Altersgründen. Die bisherigen Eigentümer von Rafi, es sind dies Werner R. Finsterhölzl und Rolf Kreeb, die jeweils zur Hälfte an der Firma beteiligt *waren*, sähen die Übernahme durch Hoesch „als den geeigneten Weg für den weiteren Ausbau des in den letzten Jahren kräftig gewachsenen Unternehmens an."

Für Hoesch sei der Erwerb von Rafi ein weiterer wichtiger Schritt im Bereich der industriellen Automation, in dem man über umfangreiches Anwender-Know-how verfüge. Über dies sei Hoesch mit der Software-Tochter mbp Software u. Systems GmbH, einem der größten deutschen *Software-Häuser, auf diesem Gebiet* aktiv tätig.

Die Firma Rafi – 1908 gegründet – zählt rund 1000 Mitarbeiter und visiert im laufenden Jahr 1986 einen Umsatz von etwa 120 Mill. DM an. Im vergangenen Jahr war der Umsatz um etwa 10 Prozent auf 117 Mill. DM gewachsen. Das Unternehmen schreibe schwarze Zahlen. Zur Auftragslage heißt es, man sei voll beschäftigt. Knapp 30 Prozent des Umsatzes entfallen auf das Auslandsgeschäft. Rafi wartet mit einem relativ breitbandigen Erzeugnisspektrum auf, weshalb die Firma bisher auch gut Schwankungen in den einzelnen Abnehmerbereichen abfedern konnte.

Nicht in die jetzige Transaktion einbezogen sind die zur Gruppe gehörenden Firmen WSE-Waldsee- Electronic GmbH, Bad Waldsee, und die Hilzinger Leiterplattentechnik GmbH, Villingen-Schwenningen.

Unternehmer kritisieren „Merkantilismus"

Gö. Madrid

Mit einem Appell an die führenden Politiker der Welt, den protektionistischen Versuchungen zu widerstehen und aktiv den freien Handel zu unterstützen, schloß am Wochenende die erste internationale Konferenz der privaten Unternehmerverbände in *Madrid. An dem Kongreß*, zu dem die spanische Kammer für Handel, Industrie und Schiffahrt unter dem Motto „Protektionismus und Wettbewerb" geladen hatte, nahmen Delegationen *von 19 Unternehmerverbänden und* über 150 Wirtschaftler und Wissenschaftler aus Europa, den Vereinigten Staaten, Japan und Australien teil.

In ihrem Schlußkommunique gaben die Teilnehmer der Überzeugung Ausdruck, daß allein der Wettbewerb freier Unternehmen ein Wachstum erzeugen könne, das inflationäre Entwicklungen ausschließt und gleichzeitig Beschäftigung schafft.

Das gegenwärtige internationale Handelssystem führe deshalb nicht zu einer gesunden Entwicklung, weil es sich merkantilistischer Praktiken bediene und im wesentlichen auf dem bilateralen Austausch basiere. In diesem Zusammenhang stärkte die Konferenz die jüngste Gatt-Runde in Uruguay in ihren Bemühungen, nach multinationalen Lösungen zur Überwindung gegenwärtiger Handelsbarrieren zu suchen. „Dieses Bemühen ist jeder Art von Einseitigkeit vorzuziehen. Ein positives Ergebnis kann die Gatt-Runde allerdings nur dann erzielen, wenn alle 92 Mitgliedsländer mitziehen."

Die Madrider Konferenz zeigte sich *jedoch einig, daß die Entwicklungs*länder sich möglichst bald dem Gatt eingliedern sollten. In diesen Ländern seien zeitlich begrenzte Protektionsmaßnahmen als Ausnahme zulässig. Dabei dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß ein verallgemeinerter und konsolidierter Protektionismus die Entwicklung eines jeden Wirtschaftssystems bremsen müsse. Zu den *notwendigen Maßnahmen*, die Probleme der Schuldnerländer lösen zu helfen, gehöre auf jeden Fall die Bereitschaft, sich gegenüber ihren Exporten offenzuhalten.

„Quantensprung der Technik“

Krupp-Vormarsch im blühenden Kunststoffgeschäft

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Gut zweieinhalb mal so hoch wie vor sieben Jahren und mit knapp 10 Prozent Plusrate gegenüber dem Vorjahr erwartet die Krupp Industrietechnik GmbH (KI), Duisburg, in ihrer Sparte Kunststoff- und Kautschukmaschinenbau für 1986 mit „über 250“ Mill. DM Auftragseingang und Umsatz. Anhaltend günstig sieht KI-Geschäftsführungs-Vorsitzender Kurt Spiller trotz einiger Kümmernisse mit der Dollarschwäche auch für 1987 die Entwicklung des exportintensiven Gesamtunternehmens wie erst recht dieser zur Düsseldorfer Messe K '86 mit zahlreichen Produktinnovationen aufwartenden Sparte.

Sinnfälliges Indiz für den Optimismus: Mit rund 80 Mill. DM Investitionen und „mittelfristig“ 200 neuen Arbeitsplätzen startet KI in den Werken Hamburg und Bonn („die platzen aus den Nähten“) 1987 wesentliche Kapazitätserweiterungen für Konstruktion und Produktion. Der Krupp-Konzern ist mit dieser Tochter und mit der jungen Mehrheitsbeteiligung Werner und Pfleiderer mit insgesamt 550 Mill. DM Umsatz in der Kunststoff/Kautschuk-Technik als Anbieter von Einzelmaschinen bis hin zum Bau kompletter Fabrikanlagen präsent. Für die auf Kunststoffblasform- und Kautschukmaschinen konzentrierte KI, die sich einen „mit starker Tendenz“ wachsenden Forschungs- und Entwicklungsaufwand von 5 Prozent des Umsatzes leistet, zeigt sich der Firmenchef außerordentlich zuversichtlich zu jüngsten Produktinnovationen. Zwei Beispiele: Mit viel Kraft und Geld habe man die Multilayer-Technik zur Marktreife entwickelt, die mit Mehrfach-Schichten die Nachteile bisheriger Kunststoff-Behälter überwindet. In Kooperation mit einem schwedischen und einem englischen Verpacker sowie dem Coca-Cola-Konzern habe man als Maschinenlieferant den Polyäthylen-Einsatz für Getränkedosen zum großtechnischen Einsatz gebracht. Das erste Werk wird nun mit KI-Technik in Atlanta/USA gebaut.

Diesen Vormarsch in ein der Kunststoffverpackung bislang verschlossenes Feld bezeichnet Spiller als „technologischen Quantensprung“ in der an Neuerungen gewiß nicht armen Kunststoff-Welt. Die gesamt KI rechnet für 1986 mit 2,1 (2,05) Mrd. DM Umsatz bei etwa 9900 (9763) Beschäftigten und 68 (58) Prozent Exportanteil, der bald deutlich über 70 Prozent steigen soll.

PERSONALIEN

Dr. Rolf Madaus, geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Madaus GmbH & Co., Köln, vollendet heute sein 65. Lebensjahr.

Horst Diemer (48) übernahm am 1. November 1986 die Geschäftsführung der Metzeler + Lord Gimetall GmbH (MLG), Mannheim. Er ist Nachfolger von **Hans H. Lessmann**, der zur Bayer AG, Leverkusen, zurückkehrt, um dort eine neue, leitende Aufgabe zu übernehmen. MLG ist ein Gemeinschaftsunternehmen der Metzeler Kautschuk GmbH, München, und der Lord Corporation, Erie/USA.

Prof. **Gotthilf Hempel**, Direktor des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung, wird Nachfolger von Prof. **Hans Wolfgang Levi** als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen (AGF).

Walter E. Thiede, zuletzt Marketing- und Vertriebsdirektor der Marktforschungsinstitute Infas und Teleskopie in Bonn-Bad Godesberg, wird ab Mitte November 1986 die Position des External Affairs Manager bei der Coca-Cola GmbH, Essen, übernehmen. Er wird sich um die Wahrnehmung der Interessen der Coca-Cola-Organisation bei privaten und öffentlich-rechtlichen Institutionen kümmern.

Jürgen Molfenter, Leiter des Wirtschaftsressorts beim Südfunk-Fernsehen, ist im Alter von 50 Jahren gestorben.

Fassaden-Fraß verursacht hohe Schäden

WELT-Gespräch mit Alfred Röher, Geschäftsführer der Landesbausparkassen

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die Fassaden- und sonstigen Gebäudeschäden, die allein durch Luftverschmutzung hervorgerufen werden, nehmen laufend zu und dürften inzwischen eine Größenordnung von drei bis vier Milliarden Mark pro Jahr erreicht haben. Das betonte Landesbausparkassen-Geschäftsführer Alfred Röher, Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Altbauerneuerung (Baka), am Vorabend des 7. Altbaukongresses seiner Organisation in einem Gespräch mit der WELT. Da inzwischen bis zur Hälfte der Auszahlungen der Bausparkassen („und vielleicht schon bald noch mehr“) in die Instandsetzung und Modernisierung fließen, fordert Röher mit Nachdruck eine Verbesserung der Bausparförderung.

Und wer auf diesem Wege die Altbaumodernisierung fördere, leiste gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz. Denn es gibt neuere Erkenntnisse darüber, daß zum Beispiel mit einer erhöhten Wärmedämmung in Gebäude und mit modernisierten Heizungstechniken der Auswurf von Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid und sonstigen Luftschadstoffen um weit über 50 Prozent reduziert werden kann. Und das käme wieder den notleidenden Fassaden zugute. Darum fordert Röher auch, den Paragraphen 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung wieder auf Wärmeschutzmaßnahmen auszudehnen und die steuerlichen Vergünstigungen für die Heizungsmodernisierung etwas weiter zu ziehen.

In welchem Umfang die heute an Gebäudeaußenflächen zu beobachtenden Schäden tatsächlich auf Luftverschmutzungen zurückzuführen sind, ist nach Röhers Worten noch nicht eindeutig feststellbar. Normale Alterung sowie fehlerhafte Planung und/oder Pfusch am Bau, zum Teil auch Do-it-yourself könnten nämlich ebenso Bauschäden hervorrufen, die den umweltbedingten Zerstörungen sehr ähnlich seien. Trotzdem kann als sicher gelten, daß einige Schadensformen bei bestimmten Baustoffen nur durch bestimmte Schadstoffe in der Luft hervorgerufen werden können, daß viele Verwitterungsvorgänge durch Luftverunreinigungen beschleunigt werden und daß die Schadensfolgen von Baumängeln durch ungünstige Umwelteinflüsse vergrößert werden. Tatsache sei auch, daß die Anfragen beim BAKA nach den Bereichen Fachwerk und Feuchtigkeitsschäden schon an dritter Stelle dem Fassadenschutz gewidmet sind. Erst danach rangieren Wärmedämmung, Heizung, Glasanbau, Dachausbau usw.

Dem ökologisch wie bautechnisch gleichermaßen hochaktuellen Thema „Bauschäden im Altbau – erkennen, beheben, verhindern“ widmet sich der diesjährige Kongreß des Arbeitskreises, der unter der Schirmherrschaft von Bundesbauminister Oscar Schneider von 6. bis 8. November in Nürnberg stattfindet. Eine öffentliche Podiumsdiskussion wird sich mit der Frage beschäftigen, wer die Bauschäden zu verantworten hat. In dem sich anschließenden zweitägigen Fachseminar wollen bekannte Fachleute anhand von Fallbeispielen praxisorientierte Lösungen zur Analyse, Behebung und Verhinderung von Bauschäden aufzeigen. Auch Probleme der Haftung für Bauschäden werden behandelt. Für die Seminare haben sich 150 Teilnehmer gemeldet, für den Eröffnungstag erwartet Röher 300 bis 400 interessierte Fachbesucher.

Gang an die Börse vertagt

Franzis-Verlag mit „unerwartet unbefriedigender Ertragslage“

sz. **München**

Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht hat die Münchner Franzis-Verlagsgruppe die für 1986 geplante Umwandlung in eine Aktiengesellschaft auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Vorerst hinfällig geworden ist damit auch der für 1987 angekündigte Gang an die Börse. Zu dieser Entscheidung habe man sich, so Mitinhaber und Geschäftsführer Michael-A. Mayer, angesichts der „unerwartet unbefriedigenden Ertragslage“ durchgerungen.

Keineswegs bedeutet dies jedoch nach den Worten von Mayer eine Aufabe der Pläne. Bei einer Eigenkapitalquote von 37 (39) Prozent – für 1985 wird bei einer Bilanzsumme von 29,16 (27,4) Mill. DM ein Kapital von 10,55 (10,77) Mill. DM ausgwiesen – bestehe keine Refinanzierungsbedarf über die Börse. Doch vor einem solchen Schritt sollte Franzis schon „börsenreif“ sein und wenigstens zwei Jahre lang vorzeigbare Ergebnisse erwirtschaftet haben.

Im Geschäftsjahr 1985 ging der konsolidierte Umsatz der Gruppe, zu der die Franzis-Druck GmbH und die Franzis-Verlag-GmbH gehören, noch einmal um 4,9 (14) Prozent auf 48,66 Mill. DM zurück. Nur noch 7,2 (9,2 nach 19,1) Mill. DM steuerte der Druckbereich bei. Auch im Verlagssektor mußte ein leichtes Minus von 1,6 (plus 3,8) Prozent auf 41,24 Mill. DM hingenommen werden. Unter dem Strich weist Franzis zwar noch einen Jahresüberschuß von 0,64 (1,44) Mill. DM aus, jedoch war das Bilanzergebnis nach Angaben von Mayer negativ („unter 100 000 DM“).

Doch schon im laufenden Jahr hofft Mayer wieder bei einem Umsatz von knapp 43 Mill. DM im Verlag und rund 6 Mill. DM im Druckbereich ein positives Ergebnis in der Größenordnung von 1 Mill. DM erreichen zu können. Neben einer deutlichen Senkung des Personalkostenanteils – derzeit werden 226 nach 242 (262) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt 1985 beschäftigt – und umfangreichen Investitionen in die Verwaltung (1,5 Mill. DM) soll hierzu auch die Anfang 1986 gestartete Zeitschrift „Mega“, ein Technikmagazin für Führungskräfte mit inzwischen 1500 verkauften Exemplare, beitragen.

Anheuser-Busch in Frankfurt notiert

cd. **Frankfurt**

Die Aktien der Anheuser-Busch Co. Inc., St. Louis, wurden gestern mit einem ersten amtlichen Kurs von 55 Mark an der Frankfurter Wertpapierbörse eingeführt. Die Commerzbank fungierte als Emissionshaus bei der Zulassung der Namens-Stammaktien. Anheuser-Busch ist ein diversifiziertes Unternehmen und Holding der größten Brauerei der Welt – die bekanntesten Biermarken sind „Budweiser“ und „Michelob“ – sowie des zweitgrößte Produzenten frischer Backwaren in den USA (Campbell Taggart Inc.). Auf dem schwierigen US-Biermarkt gelang dem Unternehmen auch in diesem Jahr wieder eine beachtliche Expansion. Bei einer Umsatzsteigerung um acht Prozent auf 5,75 Mrd. Dollar in den ersten neun Monaten nahm der Gewinn um 11,5 Prozent auf 407 Mill. Dollar zu. Der Gewinn je Aktie erhöhte sich von 1,16 auf 1,32 Dollar. Für das Gesamtjahr 1986 erwarten Analysten 1,60 Dollar Gewinn je Aktie und 1,80 Dollar für 1987. Commerzbank-Urteil: Attraktive Anlage auf sechs- bis zwölfmonatige Sicht.

Nur wenig Marktwachstum

Hoechst Pflanzenschutz spürt den Verfall des Dollar

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

„Die Märkte haben sich 1986 nicht erwartungsgmäß entwickelt. Wir gehen auch für die kommenden Jahre von nur leicht zunehmenden bis stagnierenden Marktvolumina aus“, prognostiziert Gerhard Prante, Leiter des Geschäftsbereichs Landwirtschaft der Hoechst AG, Frankfurt. Die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft, Flächenstillegungen, der verschärfte Wettbewerb (zum Beispiel am Düngemittelmarkt) sowie staatliche Regulierungen des Pflanzenschutzeinsatzes und die Bemühungen der Industrie selbst um geringere Einsatzmengen engen den Markt ein.

Daß die Höchster in diesem Jahr einen Rückgang des Bereichsumsatzes um zwölf Prozent auf 2,6 Mrd. DM erwarten, wird aber in erster Linie noch auf den Dollarverfall zurückgeführt. Immerhin hängt der größte Teilbereich, der Pflanzenschutz mit 1,7 Mrd. DM – der Rückgang um 12 Prozent entspricht in etwa dem des Weltmarkts um 13 Prozent auf 34,6 (39,6) Mrd. DM – Umsatzvolumen, zu gut 80 Prozent vom Auslandsgeschäft ab, der Bereich Tiergesundheit (570 Mill. DM, minus 17 Prozent) zu gut zwei Dritteln und das Düngemittelgeschäft (minus 20 Prozent auf 280 Mill. DM) zu rund einem Viertel.

Für die Pflanzenschützer wird sich in Zukunft neben den wirtschaftlichen und den politisch verursachten Problemen auch ein struktureller Wandel im eigenen Arbeitsgebiet bemerkbar machen. So treten an die Stelle des klassischen chemischen Pflanzenschutzes zunehmend „biologische“ Maßnahmen, etwa die Immunisierung von Pflanzen gegen bestimmte Krankheiten durch gentechnische Eingriffe.

Gerade die Schaffung solcher resistenten Pflanzen wird nach und nach zwangsläufig den chemischen Pflanzenschutz zurückdrängen. Die Höchster halten diese Entwicklung aber für unausweichlich und wollen darum rechtzeitig selbst beteiligt sein. Um die Lücken im klassischen Geschäft zu füllen und weil die Fortzucht der resistenten Pflanzen diesen Bereich berührt, hat sich die Hoechst AG inzwischen auch an zwei Saatzuchtunternehmen (Nuhems/Niederlande und Kleinwanzleben) beteiligt.

Sedus ist sehr gut gepolstert

Büromöbelhersteller verdient jede zweite Mark im Ausland

nl. **Stuttgart**

Die Sedus Christof Stoll GmbH & Co. KG, Waldshut, mit rund 300 000 produzierten Einheiten im Jahr einer der größten europäischen Bürositzmöbel-Hersteller, befindet sich nach wie vor im Aufwind. Der konsolidierte Umsatz der Firmengruppe, also einschließlich der ausländischen Töchter (unter anderem in Frankreich, Italien, Holland und England), nahm im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) um 6,5 Prozent auf 98 (92) Mill. DM zu. Da sich der Auslandsumsatz stärker als das Inlandsgeschäft vergrößerte, stieg die Exportquote auf 51 (49) Prozent.

In diesem Erfolg sieht man bei Sedus nicht zuletzt eine Bestätigung für die Richtigkeit der Idee vom „gesunden Sitzen“, der man sich in Waldshut verschrieben hat. Die gute Marktposition sei weiter gefestigt worden. Positive Akzente habe man auch im sogenannten Kommunikationsbereich, also in der Produktsparte Tische, Tischanlagen und Konferenzsessel, gesetzt. Im laufenden Geschäftsjahr 1986/87 peilt das Unternehmen eine Umsatzsteigerung um zehn Prozent an.

Aufgrund des nochmals gestiegenen Jahresüberschusses im Berichtsjahr – präzisiert wird dies nicht weiter – habe man, wie es heißt, eine Kapitalerhöhung um 4 Mill. DM vorgenommen. Einschließlich der Privatkonten verfüge das Unternehmen über eine Eigenkapitalquote, die jetzt die Hälfte der Bilanzsumme von 60 Mill. DM betrage.

Die Eheleute Stoll, die bis heute noch Alleingesellschafter der Komplementär-GmbH sind, wollen diese Anteile als Schenkung auf die 1985 gegründete gemeinnützige Stoll Vita Stiftung übertragen. Für das neue Geschäftsjahr ist eine Steigerung der Sachinvestitionen von 4 auf 8 Mill. DM vorgesehen.

Gegen längere Ausbildungszeit

Wilms: Erst in der Weiterbildung spezialisieren

ANDREAS MIDDEL, **Bonn**

Mit welchen Faktoren hat der Arbeitsmarkt in den nächsten anderthalb Jahrzehnten zu rechnen? Welcher Stellenwert kommt bis dahin der Personalplanung, der Fortbildung und der Ausbildung zu? Wie wirkt sich die demographische Entwicklung auf die Arbeitsplatzsituation Ende der 90er Jahre aus? Mit diesem Themenkreis beschäftigte sich ein Symposion des CDU-Wirtschaftsrates unter dem Thema „Personalplanung 2000“.

Grundsätzliche Übereinkunft bestand darin, daß die Qualifikationsanforderungen in den nächsten Jahren steigen werden. Das eigentliche Problem bei jeder Personalplanung seien die Minderbegabten. Es sei eine Frage des Preises, inwieweit sie in den Arbeitsprozeß einer hochtechnisierten Welt integriert werden können, hieß es dazu von Arbeitgeberseite.

Es dürfe nicht zu einem in hoch und wenig Qualifizierte gespaltenen Arbeitsmarkt kommen, so verteidigte Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, die Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitslose. Allerdings seien nur 20 Prozent der Arbeitslosen zu einer qualifizierten Fortbildung befähigt. Auch die Industrie müsse mit der „Fortbildung stärker in die unteren Ebenen hinein“, in den Bereich der Un- und Angelernten.

Insgesamt sei eine Entkoppelung von Arbeits- und Betriebszeiten erforderlich, erläuterte Frau Engelen-Kefer, die nicht mit einer Entkrampfung des Arbeitsmarktes vor 1995 rechnet.

Flexibilität der Arbeitskräfte war das Stichwort, mit dem Bundesfamilienministerin Dorothee Wilms auf die wachsende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung hinwies. Wenn auch die Berufsausbildung zur „conditio sine qua non“ werde, so dürfe sie doch nur eine Teilqualifikation vermitteln, denn jegliches Überfrachten der Ausbildung werde nicht zum gewünschten Ziel, also höherer Qualifikation, führen. Die eigentliche Ausbildung zum Spezialisten sollte der Weiterbildung vorbehalten sein, warnte Frau Wilms vor einer möglichen Verlängerung der Ausbildungszeit auf vier Jahre.

Der Staat solle nur in Grenzbereichen die Fortbildung regeln. An die Wirtschaft richtete die Ministerin den Appell, Fortbildung als eine unverzichtbare Investition zu betrachten.

Steigende Beschäftigungszahlen wurden in erster Linie dem Dienstleistungssektor und der dezentralen Mikroelektronik bescheinigt. Bessere Perspektiven für eine erfolgreiche Personalplanung sah das Symposion in einem besseren Informationsaustausch zwischen Schulen und Wirtschaft sowie Wirtschaft und Bundesanstalt. Auch das Universitätsstudium solle mehr auf die Praxis ausgerichtet werden.

Bilfinger + Berger: Inlandsertrag besser

dpa/VWD, **Mannheim**

Ein Ergebnis in Vorjahreshöhe erwartet die Bilfinger + Berger Bau-AG, Mannheim, für 1986, auch wenn die Bauleistung von 3,4 Mrd. auf 2,7 Mrd. DM sinke. Die Erholung der Baukonjunktur in der Bundesrepublik habe insgesamt zu einer Ertragsbesserung im Inland geführt, teilt das Unternehmen in einem Zwischenbericht mit. Der Auslandsbau wird nach Ansicht des drittgrößten deutschen Baukonzerns weiter schrumpfen.

Bilfinger + Berger verbuchte in den ersten neun Monaten insgesamt Bestellungen im Wert von 1,27 (1,70) Mrd. DM, davon für 274 (622) Mill. DM aus dem Ausland. Im Inland stieg die Bauleistung bis Ende September um 4,3 Prozent auf 967 (927) Mill. DM. Der Auftragseingang lag bei 998 (1079) Mill. DM. Im Ausland schrumpften die Bauleistungen von 1,56 Mrd. auf 1,10 Mrd. DM. Ende September lag der Auftragsbestand bei 2,53 Mrd. DM (davon 1,2 Mrd. DM aus dem Inland). Die Gesamtbelegschaft schrumpfte im Berichtszeitraum mit Schwerpunkt im Ausland um 15,9 Prozent auf 21 137. Investiert wurden 63 Mill. DM.

Nachfragemacht auf dem Prüfstand

HANNA GIESKES, **Bonn**

Im Kampf gegen die Handelskonzentration steht eine entscheidende Schlacht bevor: Morgen findet beim Berliner Kammergericht die mündliche Verhandlung im Fusionsfall co op/Wandmaker statt. Dort wird sich herausstellen, ob Kartellamtspräsident Kartte inzwischen den Deckel gefunden hat, mit dem er diese Entwicklung schon vor Jahren stoppen wollte.

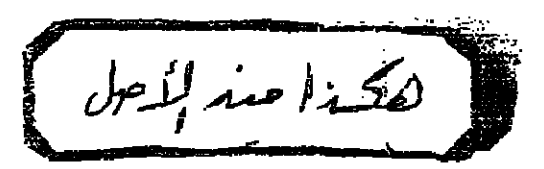
Auf dem Prüfstand steht erstmals die Nachfragemacht des Handels. Darum und nicht etwa wegen seiner materiellen Bedeutung – die ist relativ gering – ist co op/Wandmaker ein Pilotfall. An ihm will das Bundeskartellamt ein Rezept ausprobieren, das unter den Stichworten „Sechserbande“ und „Nadelöhrtheorie“ in die Geschichte eingehen dürfte: Dahinter verbirgt sich die kartellbehördliche Vermutung, daß die sechs mächtigsten Handelsunternehmen – Tengelmann, Aldi, Rewe-Leibbrand, Metro und Edeka – für die Hersteller als Nachfrager unverzichtbar sind. Wenn einer der sechs seine Bezüge mit einem weiteren Handelsunternehmen bündelt, dann wächst dem gesamten Oligopol weitere Nachfragemacht zu; Macht, die ihre Inhaber dazu benützten, der Industrie Sonderkonditionen abzuverlangen; mithin sei der Zusammenschluß zu untersagen.

Bereits im Juli vergangenen Jahres hatte das Kartellamt dem Kammergericht dieses Konzept vorgelegt, doch die Richter mochten es nicht schlukken. Sie kritisierten die sehr globale Methode, nach der die Behörde den Markt abgegrenzt hatte, den die sechs als Nachfrager angeblich beherrschen: Das Amt hatte einfach das gesamte Lebensmittelsortiment herangezogen – ohne Berücksichtigung des Lebensmittelhandwerks –, und die Kammerrichter wollten es präziser haben, nämlich aufgegliedert nach Produktgruppen. Vor allem aber wollten sie wissen, welche Konditionen die Handelsunternehmen von welchen Lieferanten bekommen, denn wenn, so argumentierten sie, die Abhängigkeit der Industrie von diesen Händlern besonders groß sei, dann müßten ja auch die Rabatte der Industrie an die „Sechserbande“ besonders fett sein.

Sie sind es offenbar nicht. Nachdem die Kartellbeamten ein Jahr lang eine Unzahl von Daten zusammengetragen haben, scheint sich herauszustellen, daß die Großen bei weitem nicht immer die dicksten Kartoffeln bekommen: Die mächtigen Handelsunternehmen haben bei den Konditionen kaum Vorsprünge gegenüber kleineren, und co op schneidet sogar ziemlich schlecht ab; entscheidend, allerdings nicht für die Fusionskontrolle, sondern für ihre Leistungsfähigkeit, sind die Vorsprünge, die sie bei den Kosten haben.

Wenn sich dies am Mittwoch bestätigen sollte, folgt daraus zweierlei: Zum einen gibt es, bei fehlendem Zusammenhang zwischen Größe und Konditionen, keinen schlüssigen Beweis für die Abhängigkeit der Hersteller von den großen Handelsunternehmen; folglich kann der vorliegende Fall mit dieser Begründung nicht untersagt werden.

Dann allerdings wird kaum noch ein Zusammenschluß im Handel untersagt werden können, und daraus folgt zum zweiten, daß nun der Ruf nach dem Gesetzgeber, der zur Zeit noch recht verhalten klingt, sehr laut werden wird. Doch hier hat der Kartellamtspräsident schon vorgebaut: Es sei, so sagte er neulich in München, ein Zug der Zeit, daß „Tante Emma“ sterben müsse. Denn wenn der Verbraucher sie behalten wollte, dann würde er ja bei ihr einkaufen und nicht im großen Supermarkt.



Im Verlaufe erholt

Wieder Anlagekäufe am Aktienmarkt

DW. – Die inzwischen dementierten Gerüchte über eine angebliche Devisenschieflage bei VW sorgten zunächst am Aktienmarkt für eine allgemeine Verunsicherung. Auf ermäßigter Basis einsetzende Anlagekäufe führten dann in fast allen Standardwerten zu einer Kurserholung.

VW-Aktien setzten um mehr als 10 DM unter dem Freitagskurs ein und konnten auch bis zum Schluß den Wochenschlußstand nicht wieder erreichen. Autowerte tendierten unsicher. Nur Daimler und Mercedes verbesserten sich leicht, wofür sowohl positive Gewinnschätzungen als auch Diskussionen über eine Kapitalerhöhung noch vor Jahresende verantwortlich gemacht werden. Der stabile Dollar beeinflußte vor allem die Kursbildung im Chemiebereich positiv. Nachfrage in erster Linie nach Bayer. Henkel-Vorzüge erreichten am Wochenbeginn den bisher höchsten Kurs seit der Börseneinführung. So kletterten Dräger-Vorzüge ebenfalls auf eine neue Spitze. Lebhafte Umsätze in PWA-Aktien zu anziehenden Notierungen. Keine Probleme weiterhin im Nixdorf-Bezugsrechthandel. Ein Teil des Bezugsrechtabschlages ist wieder aufgeholt. Wenig Bewegung in den Bankaktien, bei denen sich der Zinsanstieg als wachsende Belastung erweist. AMB-Aktien gaben leicht nach. Die Übernahme der BfG-Majorität wird von der Börse nicht länger honoriert.

Nachbörse: uneinheitlich

DW-Ak.ind.: 272,52 (271,80)
DW-Ums.ind.: 3177 (4291)
Adv.-decline-Zahl: 109 (149)
38-Tg-Linie: 271,68 (271,94)
200-Tg-Linie: 278,45 (278,60)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Genußscheine

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

	3.11.	31.10.
ACF Holding	65	65
Aegon	90,3	91,3
Akzo	150	146,4
Alg. Bk. Nederl.	543	547
Amev	75	75,1
Amro Bank	93,4	92,6
Berkel's Patent	33,3	35
Bijenkorf	129	129
Bols Lucas	168,3	167,5
Bredero	129	116
Boskalis	208,5	208,2
Dessaux	185	185
Fokker	66,5	65
Gist Brocades	44,5	44,5
Océ-v. d. Grinten	449,5	447
Hagemeijer	71	73
Heineken Bierbr.	170,3	169,7
KLM	45,3	45,9
Hoogovens Kon.	60	61,4
Nationale Ned.	79,9	79
Ned. Lloyd Group	175,1	173,5
Ommeren van	36,5	36,1
Pakhoed	73	71,5
Philips	44,2	43,9
Rijn-Schelde	3,61	3,55
Robeco	92,4	92,7
Rolinco	85,9	84,3
Rorento	49,7	49,8
Royal Dutch	206,9	201,8
Credit Lyonnais Bk.N	88	87,5
Unilever	492,5	488
Ver. Masch.	27,5	27,3
Volker Stevin	27,5	28
Index: ANP/CBS	264,00	260,30

Brüssel

	3.11.	31.10.
Arbed	Börse geschlossen	
Brux. Lambert		2275
Cockerill Ougrée		3800
Ebes		143
Gevaert		4630
Kredietbank		6050
Pétrofina		16125
Soc. Gén. d. Belg.		9400
Sofina		3095
Solvay		10975
UCB		8130
Index	–	9020
		3889,12

Hongkong

	3.11.	31.10.
China Light + P.	20,8	21,2
Hongkong Land	5,95	6,15
Hongk. + Sh. Bk.	8	8,15
Hongk. Teleph.	15,1	15,5
Hutch. Whampoa	41	42,5
Jard. Matheson	19,1	19,8
Swire Pac. + A +	16,7	17,5

Kopenhagen

	3.11.	31.10.
Den Danske Bank	277	282
Jyske Bank	482	480
Kopenh. Handelsbk.	252	256
Novo Industri	233	231
Privatbanken	244	246
Ostasiat. Komp.	178	180
Dan. Sukkerfabr.	369	374
For. Bryggerier St.	1000	1000
Kgl. Porc. Fabr.	330	340

London

	31.10.	30.10.
All. Lyons	312	310
Anglo Am. Corp.$	13,375	13,25
Anglo Am. Gold $	6,75	6,85
Babcock Int.	176	178
Barclays Bank	490	485
Beecham Group	434	432
Bowater	344	346
B.A.T. Industries	463	457
Bowthorpe Hldgs.	533	531
BLOC Int.	339	340
British Petroleum	485	663
British Aerospace	468	455
British Telecom	188	188
Britoil	142	133
BTR	290	290
Burmah Oil	345,5	345,5
Cable Wireless	325	326
Cadbury Schweppes	190	191
Charter Cons.	260	259
Cons. Gold. Fields	625	630
Cons. Murchison	160	156,25
Courtaulds	305	301
De Beers $	692	705
Distillers	678	678
Driefontein $	14,325	14,44
General Electric	169	171
Guinness	335	332
Hawker Siddeley	427	424
ICI	1100	1105
Imperial Group	–	–
Lloyds Bank	425	420
Lonrho	239	235
Marks & Spencer	196	198
Midland Bank	550	532
Nat. Westminster	525	510
Plessey	175	174
Reckitt & Colman	770	767
Rio Tinto-Zinc	680	658
Rover Group PLC	39	39
Rustenburg Plat.$	10,13	10,13
Shell Transp.	927	908
Thorn Emi	461	455
TI Group	430	431
Trusthouse Forte	165	164
Unilever	1920	1905
Unitech	171	170
Vickers	392	395
Woolworth	631	630
Financial Times	1285,40	1278,40

Luxemburg

	3.11.	31.10.
ARBED	Börse geschlossen	2300
Arlco		119,5
Audiofina		5600
Bque. Gén. du Lux.		14300
Bque. Int. de Lux.		15100
Belgo Mineira St.		0,14
Cegedel		3380
Kredietbank Lux.		17975
PAN Holding		11200
SCI Techn.		630
SEO		800

Madrid

	3.11.	31.10.
Banco de Bilbao	1100	1100
Banco Central	855	850
Banco Popular	1185	1150
Banco de Santander	851	839
Banco de Vizcaya	1371	1321
Citroën España	640	645
Const. Aux. Ferro	157	155
Cros	151	144
Cubiertas	550	542
Dragados	407	392
Duro Felguera	415	410
El Aguila	261	254
Esp. del Zink	504	320
Esp. Petróleos	345	340
Unión Fénix	1770	–
Fecsa	76,25	74
Hidroeléctr. Esp.	107,25	109,5
Iberduero	154,75	150,5
Macosa	–	142
Papelera	236,5	229
Seda de Barcelona	–	–
Sevillana de El.	116,5	115,5
Telefónica	167,75	166,25
Unión Eléctrica	99,75	99
Explosivos RT	236	225
Urbis	420	410
Vallehermoso	323,5	317
Index	185,85	183,00

Mailand

	3.11.	31.10.
Bastogi	778	776
Benetton Group	17000	17700
Dalmine	424	422
Farmitalia C. Erba	11700	11799
Fiat	15500	15610
Fiat Vz.	8580	8650
Gemina	3150	3150
Generali	136900	135100
IFI Vz.	32310	32350
Italcementi	77800	77000
Lloyd Adriatico	31700	31800
Magneti Marelli	5299	5280
Mediobanca	265000	264000
Mondadori A.	11945	11900
Montedison	2910	2910
Mira Lanza	36750	36300
Banca Ambrosiana	3850	3725

Toronto

Kerr Addison	15,5	15,875
Lac Minerals	24,25	24,125
Moore Corp.	30,5	30,5
Noranda Mines	20,5	20,5
Norcen Energy Res.	13,75	13,875
Northgate Expl.	6,375	6,5
Northern Telecom.	44,625	45
Nova An Alberta 'A'	6	5,875
No West Group	0,33	0,33
Oakwood Petrol	–	–
Placer Development	32,125	31,875
Provigo Inc.	–	17,75
Ranger Oil	5,625	5,5
Revenue Properties	3,85	5,05
Rio Algom	–	–
Royal Bk. of Can.	33,625	33,25
Seagram	87,125	87

Zürich

Sandoz Inh.	11900	11900
Sandoz Part.	1850	1875
Saurer Nam.	75	70
Art. A. Saurer	135	138
Schw. Bankges.	5840	5825
Schw. Bankverein	534	536
Schw. Kredit. A. Inh.	3720	3730
Schw. Rückv. Inh.	18500	18500
Schw. Volksb. Inh.	2635	2635
Sika -B-	3750	3700
Gebr. Sulzer Part.	570	575
Swissair	1300	1300
dgl. NA	1090	1090
Winterthur Inh.	7000	7080
Winterthur Part.	1185	1185
Zür. Vers. Inh.	8000	8025
Index: Schw. Bankv.	654,30	649,10

Inlandszertifikate

	Ausg. 3.11.	Rückn. 3.11.	Rückn. 31.10.
AAR-UNIV.F.I	158,76	149,77	149,77
Adilonds	68,49	65,23	unerh.
Adirenta	23,87	23,17	unerh.
Adiruwa	105,43	100,42	unerh.
Aditec	108,72	103,54	unerh.
Adiverba	175,94	165,66	unerh.
Aegis Eink.-Fds.	39,55	37,66	37,34
Aegis Wachst.-Fds.	67,43	64,21	63,42
AGI Fonds	173,20	164,95	164,91
Akkumula	202,05	192,40	189,90
Allbrgla Rendite Fds.	52,50	50,39	50,26
Alla Kapital Fds.	38,20	35,51	35,46
Allianz-Rentenfonds	127,37	124,26	124,20

Gerling Dynamik	70,67	67,62	66,49
Gerling Rendite	57,48	55,81	55,68
GKD-Fonds	76,20	73,34	72,98
Gothaerent	96,09	92,75	unerh.
Grundbesitz-Invest.	75,50	71,75	71,73
Grundwert-Fonds	135,48	128,42	128,42
Hbg.-M. Rentenfonds	56,44	57,27ex	57,92
Hansainternational	50,88	49,16	48,63
Hansarenta	49,92	48,23	48,18
Hansasecur	67,84	63,85	62,90
Hansazins	50,94	49,22	49,20
Haus-Invest	70,10	66,68	66,68
iii-Fonds Nr. 1	118,20	112,50	112,20
dgl. Nr. 2	76,80	73,00	72,80
Industria	unerh.	unerh.	61,50
INKA-Global	85,70	81,58	80,78
INKA-Rent	52,90	51,30	51,28
INKA-Re-Invest	137,20	133,60	133,20

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM; Bond Valor DM; Convert Fund A DM; Convert Fund B DM; CS Money Market DM; Eurinvest DM; Euronion DM; Formular Sel. DM; GT Inv. Fund DM …

FT Accuzins	139,97	135,89	135,19	Thesaurus	unerh.	unerh.
FT Alt. Dynamik	23,13	21,16	21,07	Transatlanta	unerh.	unerh.
FT Frankf. Eff. F	148,77	141,33	139,88	Unifonds	34,40	32,74
FT Interspezial I	27,21	26,73	26,46	Uniglobal	99,20	94,48
FT Interspezial II	33,96	31,07	30,75	Unikapital	85,40	83,32
FT Interzins	46,54	45,18	45,16	Unirak	87,50	83,32
FT Nippon Dynamik	99,54	91,08	90,83	Univenta	42,00	40,70
FT Re-Spezial	194,16	184,45	183,73	Unispezial I	–	65,58

Swissvalor sfr. 427,00 414,75 411,75; Technology $* 15,10 13,82 13,85; Technogrowth Fd. 101,02 95,31 95,31; Templeton Growth $* 14,13 12,93 12,88; Universal B.S sfr. 80,00 77,50 77,25; Universal Fund sfr. 118,45 115,05 114,41; Unsec 753,80 717,00 712,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

… 1200/65G; 1300/45G; Mannesmann 1-160/20; 170/14,8; 180/8; 190/7; 200/3; 220/1,5; 4-160/27G; 170/22; 180/16,9; 190/12B; 200/9; 220/4,5; 7-160/34G; 170/26B; 180/20; 190/16,9B; 200/14,2G; Nixdorf 1-750/21; 4-652/95B; 700/65B; Preussag 1-190/30B; 200/16,1; 220/7G; 240/3,5B; 4-200/30B; 220/14B; 240/9B; 260/6B; 7-200/40B; 220/22B; 240/15B; 260/7,5B; RWE St. 1-220/15,3; 260/2,5B; 2470/7; 4-200/40G; 220/24G; 240/12G; 260/5G; 7-220/25,5G; … 290/15B; VW 1-420/7B; 440/8G; 480/15G; 500/33; 4-420/12B; 440/20; 460/27B; 480/36G; 500/45G; 7-420/15B; 440/25B; 460/30G; 480/42G; 500/50G; Chrysler 1-75/4,8B; 80/7,4B; 7-75/8,5B; General Motors 1-170/25G; 7-140/16B; IBM 1-260/13B; 280/38B; 4-260/20B; 7-240/10G; Norsk Hydro 4-40/3B; 45/6,5; Philips 1-40/2,7G; 4-40/3; 50/14,5B; 7-35/2G.

Rentenoptionen

… 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-106/2G; … /1,60B; OKT87-106/1,7G; 7 1/2 Bund 85 III … /1,5G; 108/0,30G; OKT87-106/1,7G; 8 1/2 … APR87-110/1,5G; 112/0,30G; OKT87- … Bund 82 (92): APR87-112/0,80G; OKT87- … /2 Bund 85 I (93): APR87-106/1,5G; … 87-106/1,8G; 108/0,50G; 8 Bund 85 (95): … 110/0,30G; OKT87-108/2G; 110/0,50G; 8 …): APR87-110/1G; OKT87-110/1,3G; 7 1/2 … 87-104/2,5G; 106/0,80G; OKT87-104/5G; … 30G; 7 Bund 85 I (95): APR87-102/1,8G; … 7-102/2,3G; 104/0,80G; 7 1/4 Bund 85 II … 04/1,5G; 106/0,30G; OKT87-104/2G; … 0,30G; 6 3/4 Bund 85 (95): APR87- … /0,80G; 104/0,30G; OKT87-100/3G; … 50G; 6 1/2 Bund 85 (95): APR87-100/1G. … 7-100/2G; 102/0,50G; 7 1/8 Bahn 85 (95): … 104/0,30G; OKT87-102/1,8G; 104/0,50G; … 7): APR87-102/1,2G; OKT87-102/3,5G; … 50G.

…: 7 3/4 Bund 82 I(90): APR87-108/1,7G; … -108/3,3G; 110/4G; 7 1/2 Bund 83 III (91): … 108/2G; OKT87-106/3,5G; 108/3,8G; 8 … 72): APR87-110/2G; 112/2,5G; OKT87- … G; 8 3/4 Bund 82 (92): APR87-112/2,3G; … 114/5G; 112/4,8G; 7 1/2 Bund 83 I (93): … 108/2,2G; OKT87-106/3,8G; 108/4G; 8 … APR87-110/2,5G; 112/3,5G; OKT87- … G; 8 1/4 Bund 85 V (95): APR87-110/2G; … G; OKT87-110/4,3G; 112/4,8G; 114/5,8G; … 94: APR87-104/2G; 106/2,3G; 108/3,5B; … 108/5G; 1206/4,5G; 7 Bund 85 I (95): … 104/2,3G; 106/3,5G; OKT87-102/3,8G; … ; 7 1/4 Bund 85 II (95): APR87-104/2G, … G; OKT87-104/4G; 106/4,5G; 108/5,3G; 6 … 95): APR87-100/1,8G; 102/2G; 104/3G; … 102/4G; 104/4,5G; 6 1/2 Bund 85 (95): … 104/3,8G; 106/5,5G; OKT87-100/3,8G; … G; 7 1/8 Bahn 85 (95): APR87-102/2G; … 7-102/4G; 104/4,5G; 7 Post 85 (97): … 104/5G; 106/4,2G; OKT87-102/4,5B; … G.

Junge Aktien

… 110B, VAB 2850T. Düsseldorf: BMW 552, … Lehnkering 205G, O & K 125bG, Thüga … BMW 555, Frankona 635T, Fuchs St. 172, Fuchs Vz. 165T, Goldschm. 240, Magdeburger Feuer NA 480G, Magdeburger Feuer 1100, Mercedes 1105, Thüga 465, Ymos Vz. 189T. Hamburg: –. München: Mercedes 1110, Stumpf 115B, VAB 2950B.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz 4,00, Nixdorf 48,3. Frankfurt: Allianz 4,00, Maingas 37T, Nixdorf 48T. München: –. Stuttgart: Allianz Gen. 4,00, Nixdorf 46,5

Devisenmärkte

Die Notiz des Dollar wurde am 3. 11. mit 2,0735 etwas höher als am Freitag ermittelt. Über diesen Punkt kam der Kurs heute kaum hinaus, da nach den Avancen der letzten Tage eine Pause als notwendig angesehen wurde und mögliche Interventionen zu Lasten des Dollar bei weiter steigenden Kursen nicht ausgeschlossen wurden. Neue wesentliche Daten zur US-Wirtschaft werden erst am Freitag mit der neuen Arbeitslosenrate veröffentlicht. Der untere Punkt im Tagesgeschäft, das im übrigen recht ruhig verlief, wurde am Nachmittag mit 2,0650 erreicht. Das Pfund profitierte nochmals von den Prognosen auf feste Ölpreise für die nächsten Wochen und erreichte 2,934 amtlich. Im übrigen zog der Dollar auch die anderen Währungen durchweg mit nach oben. Die Ausnahmen bildeten der Schweizer Franken, der Belgische Franc, der Französische Franc und die Lire. US-Dollar in Amsterdam 2,3420; Brüssel –; Paris 6,7645, Mailand 1432,50; Wien 14,5890; Zürich 1,7225, Ir. Pfund/DM 2,727, Pfund/Dollar 1,4150; Pfund/DM 2,934.

Devisen und Sorten

3.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0695	2,0775	2,0658	2,01	2,11
London[2]	11,0	2,927	2,941	2,886	2,82	2,97
Dublin[2]	12,0	2,721	2,735	2,666	2,63	2,78
Montreal[1]	8,55	1,485	1,493	1,475	1,44	1,54
Amsterd.	4,50	88,41	88,63	88,34	87,50	89,75
Zürich	4,00	120,09	120,29	120,14	119,00	121,75
Brüssel	8,00	4,804	4,824	4,787	4,69	4,87
Paris	9,50	30,56	30,72	30,39	29,70	31,35
Kopenh.	7,00	26,505	26,625	26,26	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,44	27,56	26,85	26,50	28,75
Stockh.	7,50	29,325	29,485	29,12	28,25	30,00
Mailand[3]**	12,0	1,4425	1,4525	1,4265	1,41	1,49
Wien	4,00	14,195	14,235	14,162	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,489	1,499	1,464	1,435	1,555
Lissabon**	14,5	1,359	1,379	1,329	0,90	1,50
Tokio	3,00	1,260	1,263	1,2615	1,27	1,28
Helsinki	8,50	41,16	41,36	40,55	40,00	42,00
Belgrad* **	–	–	–	–	0,19	0,59
Budap.* **	–	–	–	–	2,60	4,10
Athen* **	20,5	1,453	1,507	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,37
Sydney*	–	1,3185	1,3375	–	1,26	1,38
Johannbg.*	10,0	0,883	0,917	–	0,65	0,90
Hongkong *	–	26,40	26,68	–	23,50	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar, [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Hatzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Kurt Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geiler; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Renten wieder schwächer

Das Ausbleiben ausländischer Anleger führte am Renteamarkt zu einer Abschwächung. Die Kurse öffentlicher Anleihen wurden bis zu einem halben Punkt zurückgenommen. Wie sehr sich die Verhältnisse gewandelt haben, läßt sich am besten an der fünffünfachtelprozentigen 30jährigen Bundesanleihe ablesen, die jetzt auf 88,35 Prozent zurückgefallen ist. Die Pfandbriefe gaben leicht nach. Mehr Nachfrage wird bei ihnen erwartet, wenn die Renditen sich erneut der 7-Prozent-Marke genähert haben.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

F	PWA 86/94	112,5	109,2
F	Penown Look 86/91	835	785
F	5½ Rhythm W 83/88	1450G	1425G
F	dgl. W. 84/89	625	650
F	3½ RWE 86/96	93,5	92,8
F	Ryobi 83	800	678T
F	Salamander 86/96	164,5	160
F	6½ Schering 83/90	314	319
F	3 Schw. Bankgesell	2950	2980
F	5¼ Sch. Bankver. I	260	268
F	2½ dgl. II	150	150G
F	Schw. Kreditanst.	1675	1650bG
F	Senko 86/91	590	620
F	7¼ Siemens 83/90	442	451

F	3½ dgl. o. O. 84	80	80,5
F	7¾ dgl. m. O. 86	105	105,75
F	7¾ dgl. o. O. 86	78,15	78,15
F	4 SKF Fin. m. O. 85	129	128,75
F	4 dgl. 85 o. O.	97,7G	97,7
F	3 Teijin S. m. O. 85	200G	206G
F	3 dgl. o. O. 85	91,75T	91,5T
F	3¾ Trio Kenw. 85 m. O.	119G	119G
F	3¾ dgl. o. O. 85	94,4	94,7
F	3¾ Tsumura Jun. 84 m. O.	106,5	106,5G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	95,4G	95,35G
F	4 Veba 85 m. O.	190,5G	188G
F	4 dgl. 85 o. O.	87,25	87,5
F	3 VW 86 m. O.	148	149

9¾ dgl. 81/91	112G	112
9¾ dgl. 82/91	111T	110,5
7½ dgl. 82/92	106,9	106,7
6⅞ dgl. 83/93	104,75bG	105
7⅛ dgl. 84/96	102,7bB	102,65
6⅝ dgl. 86/96	97	96,9
6¾ Austral IDC 72/87	100,1G	100,1G
6¾ Autop. C.E. 72/87	99,75	101G
7¼ Avon 85/95	102,75G	102,75G
10¾ Barmal 82/90	107,5G	107,5
8¼ BNDE 77/87	101G	101G
9⅝ dgl. 80/88	103	104,4
5¾ Bk. America 78/90	96,75	97,25T
7 Bank China 85/92	102,6G	102,75
7¾ Bank Tokyo 83/90	103,75	103G

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber-, Kupfer- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Zumeist fester lag Kaffee, lediglich in den beiden entferntesten Kontrakten kam es zu Abschlägen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	31.10.	30.10.
Dez	[illegible]	290,50-290,75
März	[illegible]	275,50
Mai	[illegible]	259,50

WEIZEN Winnipeg (can $/t) Wheat Board		
[illegible]	201,33	199,43
[illegible]	[illegible]	197,21

ROGGEN Winnipeg (can $/t)		
Okt	[illegible]	100,20
Dez	[illegible]	97,50
März	[illegible]	100,20

HAFER Winnipeg (can $/t)		
Okt	35,00	34,00
Dez	33,70	35,70
März	[illegible]	31,30

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez	[illegible]	130,75
März	[illegible]	133,75
Mai	[illegible]	132,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez	[illegible]	175,50-173,50
März	[illegible]	185,50-183,75
Mai	[illegible]	187,00-188,75

GERSTE Winnipeg (can $/t)		
Okt	60,50	35,20
Dez	35,60	34,10
März	35,20	35,20

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	31.10.	30.10.
Dez	[illegible]-174,30	171,90-172,50
März	[illegible]	162,00-168,50
Mai	169,50	165,00-167,90

KAKAO New York ($/t)	31.10.	30.10.
Dez	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	1930-1955
Mai	[illegible]	1960-1985
Umsatz	[illegible]	11054

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan	[illegible]	[illegible]
März	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	7,11-7,15
Sep	[illegible]	[illegible]
Umsatz	[illegible]	11054

Preis fob ... Häfen (US-c/lb)	5,50	5,75

KAFFEE London (£/t) Robusta	31.10.	30.10.
Nov	[illegible]	2200-2290
Jan	[illegible]	2290-2290
März	[illegible]	2175-
Umsatz	3395	5940

KAKAO London (£/t)		
Dez	1485-1490	1515-1518
März	1513-1519	1546-1549
Mai	1541-1542	1571-1572
Umsatz	3588	1713

ZUCKER London ($/t) Nr. 6 (fob)	31.10.	30.10.
Dez	143,40-145,00	–145,00
März	156,60-155,20	153,00-153,40
Mai	159,20-159,00	156,60-157,00
Umsatz	3194	1947

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	3.11.	31.10.
Sarawak spez.	952,50	957,50
weiß Sarawak	1560,00	1565,00
weiß Muntok	1575,00	1520,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	31.10.	30.10.
Nov.	115,40	117,25
Jan	119,25-119,55	116,80-119,00
März	119,70	119,50
Mai	119,65-119,75	119,60-119,70
Juli	119,55-119,75	119,50-120,00
Umsatz	1000	800

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	31.10.	30.10.
	30,50	30,20

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,00	21,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Dez	15,32-15,35	16,07-16,00
Jan	15,50-15,45	16,17-16,14
März	15,77-15,70	16,40-16,39
Mai	15,95	16,60-16,56
Juli	16,10-16,08	16,70-16,80
Aug	16,15-16,20	16,75
Sept	16,10-16,20	16,75

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk		
	16,00	16,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,00	15,50
Choice white hog 4% fr. F.	10,50-10,75	10,50-10,75

TALG New York (c/lb)		
top white	12,25	12,25
fancy	11,75	11,75
bleach	11,50	11,50
yellow max. 10% fr. F.	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Dez	51,60-51,65	53,15-53,05
Febr	48,90-48,70	50,45-50,35
April	44,72-44,32	45,80-45,85

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr	67,10-68,10	70,30-70,50
März	65,80-68,50	69,70-68,70
Mai	[illegible]	68,20-68,30

HÄUTE Chicago (c/lb)	31.10.	30.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	60,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov	499,5-497,5	497,5-497,0
Jan	500,25-499,5	502,75-502,0
März	504,0-504,25	507,5-506,0
Mai	509,0	512,5-513,0
Juli	511,5-511,0	515,0-514,5
Aug.	510,5	513,5
Sept	502,5	505,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Dez.	151,9-151,6	149,2-149,1
Jan	151,6-152,0	149,7-149,6
März	151,5-152,0	150,5-150,2
Mai	151,8	150,7
Juli	151,8-152,0	150,8-151,0
Aug	151,9-152,1	151,7
Sept	150,5-151,0	150,0-150,5

LEINSAAT Winnipeg (can $/t)	31.10.	30.10.
Okt.	230,00	228,0
Dez.	232,50	231,5-231,0
März	240,70	239,9

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	31.10.	30.10.
	19,00	19,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	3.11.	31.10.
cif	585,00	585,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	385,00	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	315,00	315,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	76,00	79,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	385,00	415,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	–	–

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	31.10.	30.10.
Dez	46,18-46,25	47,35-47,40
März	46,35-46,50	47,40-47,50
Mai	47,00	47,70
Juli	47,40-47,50	48,41
Okt.	48,40-48,60	49,00-49,30
Dez	48,71-48,95	47,75

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	46,375	46,75

WOLLE London (Neus. c/kg) – Kreuzz.	3.11.	31.10.
Dez.	571-585	–
Jan.	553-565	553-556
März	561-563	555-556
Umsatz	2479	2480

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	3.11.	31.10.
Okt	ausg.	ausg.
Dez	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	3.11.	31.10.
Dez	651,00-670,00	650,00-690,00
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3.11.	31.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	3.11.	31.10.
Nov	geschl	12209
Dez		12390

KAUTSCHUK London (p/kg)	31.10.	30.10.
spot	67,50-70,50	67,50-70,50
RSS 1 Nov	66,50-67,50	66,50-67,50
RSS 2 Nov	65,50-66,50	65,50-66,50
RSS 3 Nov	64,50-65,50	64,50-65,50
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	3.11.	31.10.
Dez.	232,00-234,00	232,00-234,00
Jan.	232,00-234,00	–
Nr. 2 Dez.	229,00-230,00	–
Nr. 3 Dez.	225,00-226,00	–
Nr. 4 Dez.	221,00-222,00	–
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	31.10.	30.10.
BWC	267	267
BWD	257	261
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3.11.	31.10.
ALUMINIUM Basis London		
lfd. Mon.	234,84-234,99	234,64-234,79
dritt. M.	239,10-239,40	238,41-238,56
BLEI Basis London		
lfd. Mon.	95,88-96,17	95,25-95,54
dritt. M.	93,82-93,96	93,80-94,09
NICKEL Basis London		
lfd. Mon.	755,84-757,31	743,42-744,88
dritt. M.	769,07-769,37	757,94-759,40
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	175,52-176,46	177,14-180,05
Prod.-Pr.	191,13	190,59
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	3.11.	31.10.
	15,90	15,90

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3.11.	31.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	275,27-277,33	273,85-275,88
BLEI in Kabeln	103,75-104,75	103,00-104,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	3.11.	31.10.
MS 58, 1.VS	269	268
MS 58, 2.VS	320	319-320
MS 63	294-295	293-297

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	3.11.	31.10.
Leg 225	245-260	245-260
Leg 226	247-262	247-262
Leg. 231	282-292	282-292
Leg 233	292-307	292-307

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	3.11.	31.10.
PLATIN (DM/g)	39,958	40,058
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31008	30894
Rückn.-Pr.	26400	26300
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27270	27290
Rückn.-Pr.	26540	26560
verarbeitet	286108	286508
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	26750	26700
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	385,10	382,70
Rückn.-Pr.	373,30	371,00
verarbeitet	402,008	399,608

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	3.11.	31.10.
10.30	400,30	401,50
15.00	406,20	401,00
Zürich mitt.	401,80-402,50	398,75-399,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	87750	87500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	397,65	400,75
3 Mon.	408,55	411,20
6 Mon.	418,55	422,25
12 Mon.	440,50	443,70
PLATIN (£/Feinunze) London	3.11.	31.10.
fr. Markt	405,00	406,10
PALLADIUM (£/Feinunze) London	3.11.	31.10.
I. Händl.-Pr.	91,85	92,45

New Yorker Metallbörse

	31.10.	30.10.
GOLD H & H Ankauf	401,00	404,50
SILBER H & H Ankauf	564,50	560,50
PLATIN		
I. Händl.-Pr.	570,00-573,00	566,50-571,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
I. Händl.-Pr.	129,00-130,75	127,50-130,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Nov.	403,60	408,00
Dez.	405,20-405,80	409,60-410,20
Febr.	408,00-409,50	413,00-413,80
Apr.	411,70-411,25	416,30
Juni	415,10	419,70
Umsatz	40000	37000
SILBER (c/Feinunze)		
Dez.	567,50-566,85	571,00-573,50
Jan.	570,80	574,80
März	575,50-577,70	579,00-580,00
Mai	580,00-581,00	587,00
Juli	587,10	591,30
Sept.	595,00	597,30
Nov.	602,10	605,00
Umsatz	18000	18000

KUPFER (c/lb)	31.10.	30.10.
Dez.	58,75-58,85	59,00-59,15
Jan.	58,95	59,25
März	59,25-59,35	59,50-59,65
Mai	59,83	60,10
Juli	60,10	60,35
Sept.	60,45	60,75
Nov.	61,05	61,35
Umsatz	3000	5300

Londoner Metallbörse

	3.11.	31.10.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	798,50-799,00	807,00-808,00
3 Mon.	813,00-814,00	820,00-821,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	326,00-327,00	327,00-329,00
3 Mon.	319,00-319,50	321,00-321,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	917,50-918,00	924,50-925,00
3 Monate	940,50-941,00	948,50-949,00
ab. Kasse	-	921,00-922,00
3 Monate	-	946,00-946,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	899,00-900,00	900,00-902,00
3 Monate	924,00-924,50	925,00-927,00
ZINK Highgrade (£/t)		
mitt. Kasse	618,50-619,50	630,00-631,00
3 Monate	597,00-598,00	607,00-608,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	145-165
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	31.10.	30.10.
Nov.	40,10-41,10	39,45-39,65
Dez.	41,80-42,00	40,44
Jan.	43,00-43,30	41,62
Febr.	44,10-44,20	42,58

GASÖL – London ($/t)	31.10.	30.10.
Nov.	120,00-120,75	112,50-113,00
Dez.	125,25-125,50	117,50-118,00
Jan.	129,00-129,25	121,00-121,25
Febr.	132,00-132,25	123,00-123,50
März	128,50-129,00	118,00-122,00
April	127,00-127,50	116,00-120,00
Mai	124,00-131,00	110,00-120,00
Juni	124,00-131,00	120,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	31.10.	30.10.
Nov.	40,10-40,70	40,00
Dez.	41,50-41,70	40,35
Jan.	42,10-42,25	40,83
Febr.	42,70	41,50
März	43,80	41,85

ROHÖL – New York ($/Barrel)	31.10.	30.10.
Dez	15,22-15,30	15,00-15,08
Jan.	15,40-15,46	14,87
Febr.	15,42-15,53	14,97
März	15,45-15,48	14,98
April	15,50	14,98

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	31.10.	30.10.
Arabian Lg.	10,72	10,52
Arabian Hv.	10,32	10,18
Iran Lg	14,10N	13,95N
Forties	14,00	13,10
North Brent	14,25	13,65
Bonny Light	14,00N	15,60N

Kartoffeln

London (£/t)	31.10.	30.10.
Nov.	108,50	105,00
Febr.	118,50	117,00
April	167,00	159,20
Mai	180,20	177,20

New York (c/lb)	31.10.	30.10.
Nov.	4,50	4,50
März	4,59	4,55
Mai	5,52-5,53	5,56
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	31.10.	30.10.
Nov.	182,80-183,00	180,10-189,60
Jan.	172,00-172,40	171,80-172,20
März	170,70-171,40	170,60-171,00
Mai	170,50	170,00-170,40

Devisenterminmarkt

Am 3.11. wurden die Dollar-Deports etwas höher genannt:

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfund/Dollar	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Pfund/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]
FF/DM	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3.11.: Tagesgeld 4,50–4,75 Prozent; Monatsgeld 4,50–4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55–4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 3.11.: 10 bis 29 Tage 3,95 G–[illegible] Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,95 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 3.11.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3.11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
6 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 3.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,20, Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75, Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 3.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM).

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	198,00	254,77	35,46
20 ffr. Napoleon	5,8070	150,00	199,50	34,35
20 sfr Vreneli	5,8070	162,00	213,18	36,71
1/2 Sovereign (Alt)	3,6610	102,00	139,08	37,99
1 Sovereign Neu	7,3220	182,00	235,93	32,23
1 Sovereign Alt	7,3220	186,00	240,54	32,85
100 Kronen Öster	30,4885	775,00	940,50	30,85
20 Kronen Öster	6,0980	150,00	193,82	31,78
10 Kronen Öster	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster	13,7700	365,00	450,30	32,70
1 Dukaten Öster.	3,4420	85,00	115,14	33,45
10 Rubel Tscherw.	7,7423	198,00	254,22	32,84
Krügerrand 1 Uz	31,1035	973,00	956,72	37,08
Krügerrand 1/2 Uz	15,5517	430,00	515,00	33,55
2 Rand Südafrika	7,3220	179,00	232,56	31,76
1 Rand Südafrika	3,6610	83,00	117,42	32,07
50 C.S. Mapl. L 1 Uz	31,1035	841,00	998,54	32,11
5 C.S. Mapl. 1/10 Uz	3,1103	88,00	111,72	35,92
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1005,00	1293,99	43,00
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1205,00	1419,30	45,63
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	123,00	156,72	52,21

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinsstaffel vom 1. November 1986 an; Zinsstaffel in Prozent, [illegible]): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,99) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,74); Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,64) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,93) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,93, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,00, Rendite 5,75.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 3.11.	Rendite in %
SW-Bank E 59	100,00	1.7.95	57,002	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,68
Commerzbank	100,00	[illegible]	59,35	7,02
Deutsche Bk. S	287,00	25.7.95	140,50	9,04
DSL-Bank R.264	[illegible]	[illegible]	[illegible]	5,50
DSL-Bank R.253	100,00	[illegible]	82,17	5,50
DSL-Bank R.256	100,00	1.8.95	55,77	6,70
Hbg. Ldbk. A 1	100,00	[illegible]	51,25	7,15
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,01	6,55
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,64	7,05
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,55	6,65
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,55	7,15
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,42	7,05
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,05	7,17
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,84	6,75
SGZ-Bank 50	100,00	12.6.95	57,92	6,60
WestLB 500	100,00	1.5.95	57,95	6,64
WestLB 503	100,00	1.6.01	37,00	7,05
WestLB 506	100,00	1.8.06	25,70	7,13
WestLB 500	125,96	14.2.89	114,50	4,60
WestLB 501	137,07	16.2.90	116,05	5,20
WestLB 504	141,55	1.10.91	108,80	5,56
WestLB 505	143,24	1.9.92	103,60	5,75
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	113,00	6,87
Österreich	294,12	24.5.00	115,00	7,34
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	36,10	8,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	154,35	7,87
Prud Realty	$ 100	15.1.99	72,90	9,04
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.95	27,875	7,89
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	65,00	8,51
Beatrice Foods	100,00	5.2.92	59,25	10,40
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,375	8,68
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.5.92	64,00	8,69
Gen. Elec (AAA)	100,00	17.2.93	59,375	8,61
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,25	9,60
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,00	9,56
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	9,10
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	57,50	9,10
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	47,25	8,84

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* cur% (Vortag)	Objektiv-Tagespreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,2	103,2	104,2	105,0
2	5,01 (5,01)	100,0	101,7	103,5	105,4	107,2	109,1
3	5,36 (5,36)	99,05	101,6	104,2	106,9	109,6	112,3
4	5,70 (5,70)	97,35	100,7	104,7	107,7	111,2	114,6
5	5,95 (5,74)	95,60	100,2	104,9	108,2	112,4	116,5
6	6,15 (6,15)	93,90	99,25	105,7	108,6	113,4	116,3
7	6,45 (6,45)	91,50	97,00	107,5	108,0	113,4	118,9
8	6,75 (6,75)	88,90	94,90	101,5	106,9	112,9	118,9
9	6,92 (6,90)	86,85	93,35	100,5	106,4	112,9	119,4
10	6,95 (6,95)	85,65	92,65	100,4	106,7	113,7	120,7
15	7,20 (7,20)	79,45	58,40	93,70	105,3	115,2	124,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (20 %)
** Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 112,201 (112,225)
Performance-Rentenindex: 248,465 (248,409)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	31. Okt.	5,819-5,937
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,65
	60-270 Tage	5,40
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,70
	60 Tage	5,65
	90 Tage	5,60
Certificates of Deposit	1 Monat	5,68
	2 Monate	5,68
	3 Monate	5,68
	6 Monate	5,68
	12 Monate	5,45
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,21
	26 Wochen	5,29
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,33
	30 Jahre	7,62
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	20. Okt.	702,6 Mrd. $ (-6 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	141,60	140,35
März	142,85	141,90

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	31.10.	30.10.
9¾ EEC 90	105,875	105,625
11½ dgl. 90	111,5	111
10¾ EIB 92	111	110,125
11 dgl. 91	115,875	115,125
11½ dgl. 90	114,875	114,25
11½ dgl. 93	121,625	120,25
12 dgl. 95	123,125	122,125
12¼ dgl. 90	117	116,5
12½ dgl. 93	128,75	128
13 dgl. 96	121	120,25
10¾ Wld Bk 95	113,625	112,675
10¾ dgl. 88	105,75	105,5
10½ dgl. 90	111	110,5
10¾ dgl. 93	116,125	115,25
11 dgl. 92	115,125	114,375
11¼ dgl. 88	109,125	109
11¼ dgl. 90	113,75	113,25
11¾ dgl. 89	109,5	109
11¾ dgl. 90	114,25	114,25
12 dgl. 92	123,125	122
12½ dgl. 94	126,125	125
12¾ dgl. 94	130	127
6½ Sears 91	103,5	104,25
6¾ Swed.Ex.91	102,75	102,5
7 TRW 94	101,25	101,75
6¾ Un.Tech 92	102,375	103,125
6¾ W.Dis. 92	101,25	102
6½ World Bk96	102,5	103,25
6½ dgl. 90	103,75	104,5
6¾ dgl. 94	104	104,375
7 dgl. 94	105,75	106,625

Euro-Yen

	31.10.	30.10.
6¾ AlCorp 91	102,125	103
6¾ AllSign93	101,75	102,625
7¼ ADB 94	103,125	106,5
7 Austria 95	104,5	105,375
7 BP 92	105,5	106
6¾ Denmark 92	105,75	104,25
7 Denm.Bk. 92	104,75	105,5
7 Dow Chem.94	102	102,375
6½ EDF 95	103,875	104,375
6½ Eurofima95	101,5	102,25
6¾ dgl. 92	102,75	103,25
6¾ dgl. 93	102	102,375
7¾ dgl. 94	105,5	106
6½ Forsmark 92	104	104,5
6¾ Finl.Rep.90	104,625	105,125
5½ GMAC 90	101,5	102,625
7½ Goodyear95	102,25	105
6½ dgl. 94	100,5	101,25
6¾ ITT 92	102,625	102,625
6½ McDonald92	102,25	102,75
6½ Montreal95	103	102,75
6½ NordLB 95	102,25	103
5 NIB 91	101,125	101,375
7 dgl. 92	105,375	106,125
7 PacGas 94	–	–
6¾ Penney 92	103,875	105,375
6¾ Procter 92	103	103,75
6¾ Saffe 92	103,125	105,75

Lux. Franc Bonds

	31.10.	30.10.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	102	102
6¾ Asian Dv.87	99,5	99,5
10½ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 91	107	107
10½ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,5	103,5
13 dgl. 91	101	101
8½ Conseil 95	104	104
12½ dgl. 92	105	105
8 Coptel 88	100,25	100,25
9½ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	102	102
13 dgl. 89	105,25	105,25
7½ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8½ EEC 95	105	105
8½ Eurotom 89	105	105
10¾ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8½ Eurof. 89	102,5	102,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	107,5	107,5
9¾ dgl. 95	101,5	101,5
9¾ dgl. 93	106	106
10½ dgl. 94	112,5	112,5
11½ dgl. 88	101	101
12¾ dgl. 90	106	106
8½ Goodyear95	103,25	103,25
9½ Ind.B.F 95	104,25	104,25
9¾ Hypo Bk.88	101,5	101,5
11 Kredbet.95	104	104
7½ dgl. 87	99,75	99,75
12½ dgl. 88	102,5	102,5
10 dgl. 90	104	104
11½ dgl. 89	102,5	102,5
5 Lunar 87	99,75	99,75
6½ dgl. 87	99,75	99,75
8¾ Mat.Chem92	103,5	103,5
9 dgl. 95	105,5	105,5
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 99	100	102
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¾ Paribas89	103,75	103,75
8 Philips 89	100	100
7¾ Renault 88	99,75	99,75
7½ Soganal 91	100	100
9¾ dgl. 92	106	106
10¾ Solvay 87	100,75	100,75
8 Svenges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¾ dgl. 90	103,5	103,5
10¾ dgl. 89	103	103

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	31.10.	30.10.
8½ Cop City91	99	99
12¾ dgl. 92	101	101
8¾ CCA 91	99,5	99,5
11½ Nea. G.88	100,5	100,5
7¾ Queb. P.94	99,5	99,5
8½ SDR 94	99,5	99,5

ECU

	31.10.	30.10.
7¾ Aegon 95	95,125	95,5
9½ ABN 92	103	103,5
All Nippon 95	102,625	104,25
9¾ ANZ 92	106	106,5
10¾ Austria93	110,125	110,875
10 BNDA 92	104	104,25
8¾ B.d.Roma95	92,875	99,375
9 M.-Hope 92	103,375	104,125
9 Bk.Hels.96	100,375	100,875
7½ BNP 93	95,25	95,5
8½ dgl. 95	105,625	103,5
8¾ Bay.Vbk.88	102,125	102,375
8¾ BFCE 95	102,375	103,125
9¾ dgl. 92	107	107
9¾ dgl. 95	106,75	107,5
9½ Bull 92	103,125	103,375
9¾ CNT 92	107,125	107,75
9¾ dgl. 95	107,125	107,625
8½ Cargill 95	102,125	102,375
10¾ Ceca 89	106,625	107,125
9 Chrysl. 92	100,5	100,75
9¾ dgl. 94	100,625	100,75
9 ClubMed 88	103,5	103,625
9 Colgate 91	102,625	103
9 Cop City 95	101,25	101,25
9¾ CCF 95	103,75	104,375
9½ CrdNord 91	104,75	104,625
11¼ CrdFonc90	–	–
11¼ dgl. 90	–	–
6¾ CrdLyon 92	93,375	93,75
8¾ CrdNat 95	103,625	104
10½ dgl. 94	110	110,25
8½ Creamer 94	105,125	103,625
9½ Credito 92	104,5	104,75
7¾ Denmark 96	95,375	95,75
9 EDF 97	105,875	104,125
8¾ EEC 93	103,875	103,875
8¾ ElfAqu. 88	102,375	102,5
9 Enso Gut 91	101,875	101,875
9¼ dgl. 93	101,875	102
10 Eurotom 97	106	106,175
7¾ dgl. 96	94,125	94,125
9¾ Eurofima93	105,375	105,75
9½ EIB 90	104,875	105
8¾ dgl. 93	102,875	105
8½ dgl. 92	102,875	103,125
9¼ dgl. 95	109,25	109,25
10¼ dgl. 94	111,625	111,875
10¾ dgl. 94	108	108,25
10¾ dgl. 90	110	110
11¾ dgl. 92	109	109,5
9 Eutelsat 93	101,75	101,875
6¾ EDC 96	89,375	89,75
8¾ Fiat 90	102,75	103
9 IBKFinnl 95	106,625	101,5
8¾ Ford C.93	102,5	102,5
7¾ GdB. 93	98,75	98,875
7 Giroz. 93	94,125	94,25
10½ dgl. 93	109,625	109,625
10 IADB 93	111,5	111,625
8¾ IBM 90	104	105,875
6½ Iceland 96	88,5	88,5
9 Imatran 96	101,75	102
9¾ Italia 89	104,75	105
10½ dgl. 92	110,25	110,375
9¾ Kansall 92	103,875	105,875
9¼ Kbifima 92	102,125	102,625
6½ KB/Ibi 95	89,5	90
10¾ Megal 95	106,125	104,875
8¾ Mits.Tr 93	101,625	101,625
9 MoetHen.91	105,875	105,875
9¾ Mol 90	101,75	102,875
8¾ Morgan 90	102,875	102,625
8¾ Motorola92	102,375	102,125
9 Nerso 95	102,375	101,375
8½ N.S.Wal.95	102,75	102,125
9¾ N.Zeal. 90	105	104,625
9½ N.Zeal.92	106,5	105,25
7½ Nissan 96	93,5	93,625
9 OstLbk. 89	104,875	104,875
8¾ Olivetti93	102,625	102,625
8¾ Parbel 89	101,625	102
10 Pechin.90	104,875	105,25
9 Petrof.93	98,5	98,625
9¾ Peugeot 90	104,5	104,25
8½ Philips 96	98,875	99,5
9 Philips 93	102,375	103,375
9¾ Pisa 92	105,625	105,75
10 Prvbk. 92	107,125	107,375
7¾ Rabobk. 96	94,875	94,75
8¾ Reynolds91	102,375	102,375
9 SAS 95	105	106,25
9 Samwo 95	102,75	103,125
8¾ Secpac 90	102,125	102,375
9 SNCI 95	103,25	103,25
8¾ Sumitomo92	102,875	102,375
9¾ dgl. 93	106,875	106,875
9 dgl. 93	104	104,5
6¾ Schweden86	89,75	90,125
9 Unbt.Nor 95	102,625	102,625
8¾ Vict. 90	103,625	103,625
8¾ WaltD. 94	105,75	104
9¾ dgl. 95	103,5	103,25
8½ Washgt.94	101,75	102,125
9¾ Westpac92	104,625	104,875
8¾ Worldbk.95	102,25	102,25
8¾ dgl. 93	104,5	104,625
9¾ dgl. 92	107,375	107
10¼ dgl. 89	107,25	102,25
10¾ dgl. 94	109,75	109,875
11 dgl. 93	109	109,125
8¾ Xerox 90	101	101

ECU-Tageswerte

	31.10.	30.10.
Dollar	1,01039	1,03249
Bfr	43,3557	43,2697
DM	2,08796	2,08742
Hfl	2,35875	2,35340
£	0,720952	0,732405
Dkr	7,85528	7,85914
FF	6,81506	6,80645
Lira	1444,35	1440,34
Ir£	0,765734	0,765522
Sfr	1,73382	1,72356
öS	14,7062	14,6690
Pesata	140,242	140,136
Skr	7,11817	7,16046
Nkr	7,62084	7,64741
Kan-$	1,40565	1,43234
Esc	153,094	153,354
Fmk	5,07669	5,09167
Yen	165,552	165,024
Drachme	141,424	141,551

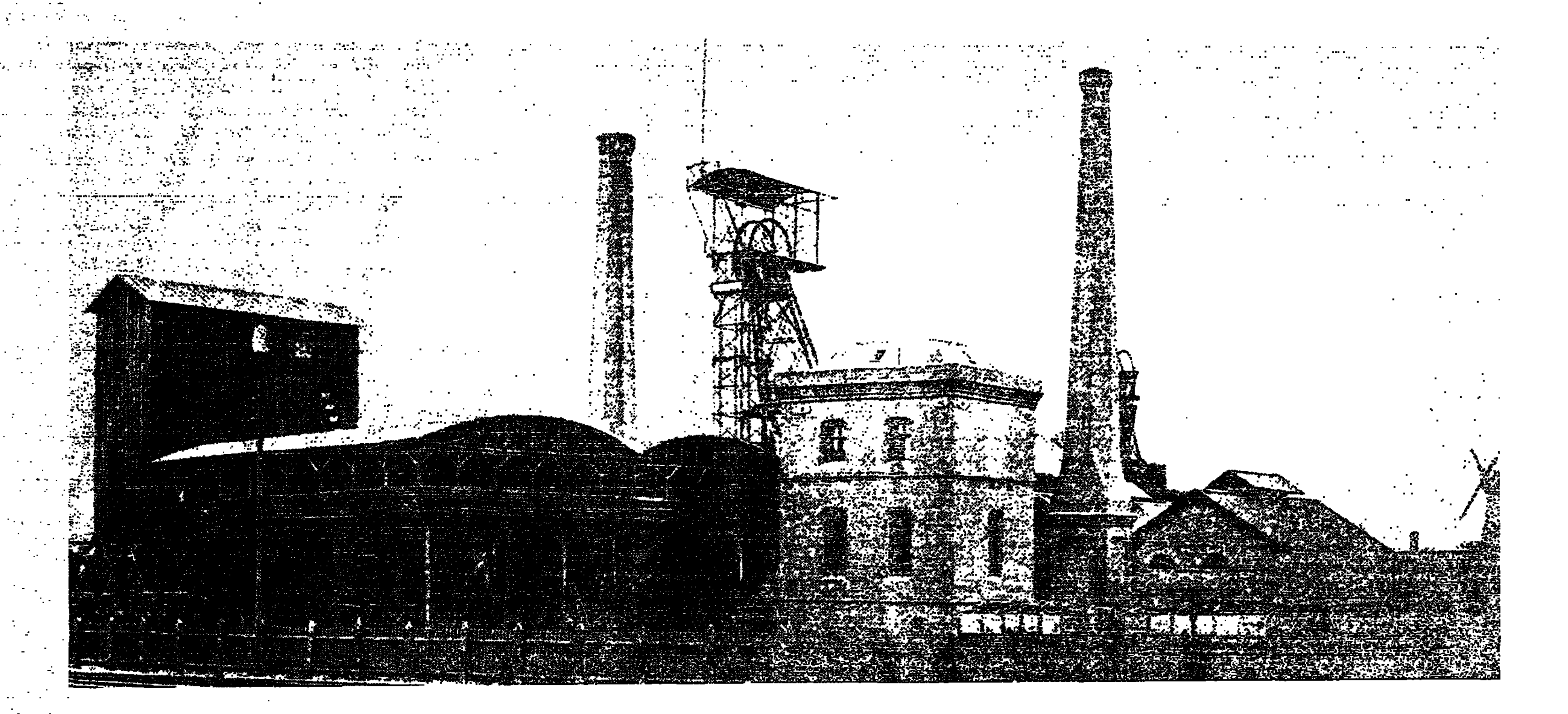
SZR-Wert

	31.10.	30.10.
Dollar	1,18661	1,20252
DM	2,45543	2,47765

VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Ein Ire im Revier.

Über Ruhrkohle.



Die wirtschaftliche Entwicklung des Ruhrgebietes – kurz Revier genannt – ist mit den Leistungen großer Pioniere verknüpft. Namen wie Krupp, Stinnes, Thyssen oder Haniel stehen für diesen Unternehmertyp.

Auch Mulvany gehört dazu – ein Ire, auf dessen Ideen das westdeutsche Kanalsystem, aber auch die Düsseldorfer Börse zurückgehen. Mitte des vergangenen Jahrhunderts gründete er die Bergwerks-Gesellschaft HIBERNIA und führte sie schnell zu überragender Bedeutung.

Rekorde begleiteten den Weg der HIBERNIA. Sie brachte als erste in Deutschland Schächte mit eisernen Schachtringen statt mit Ziegelsteinmauern nieder. In der Rekordzeit von zwei Jahren erreichte sie 209 m – eine neue Tiefstmarke für das Ruhrgebiet. Die HIBERNIA förderte mit ihren beiden Zechen vor 120 Jahren bereits 330.000 t Kohle. Mit diesem Rekord wurde das Vierfache der durchschnittlichen Förderung anderer Anlagen erzielt.

HIBERNIA führte zukunftsweisende Innovationen ein. Erste zecheneigene Kraftwerke und Verbundnetze wurden bereits um die Jahrhundertwende errichtet – Anfänge und Basis eines Systems, das schon damals außer eigenen Betrieben auch öffentliche Netze mit Strom versorgte. In der Folgezeit wurde dieses System mit leistungsfähigen Steinkohlekraftwerken ausgebaut.

Parallel zur Kohleverstromung förderte HIBERNIA intensiv und mit Weitblick die Kohlechemie.

Inzwischen ist HIBERNIA Geschichte. Kraftwerke, Handel und Dienstleistungsfirmen dieser Gesellschaft sind heute wichtige Bestandteile des VEBA-Konzerns.

Dazu gehört – neben der Beteiligung an der RUHRKOHLE AG – die VEBA KRAFTWERKE RUHR AG (VKR), die aus der HIBERNIA AG hervorgegangen ist, einer der führenden Strom- und Fernwärmeerzeuger im Revier. Rund 8 Mio. t Steinkohle verbraucht VKR jährlich, das sind ca. 13 % der Gesamtförderung der RUHRKOHLE AG. VKR ist damit ein wichtiger Garant für den Bestand des Kohlebergbaus. VKR ist auch Pionier im Umweltschutz. Was zwischen 1965 und 1975 durch Einsatz neuer Feuerungstechniken bei VKR begann, wird nach Abschluß der derzeit laufenden Baumaßnahmen zur Selbstverständlichkeit: Umweltfreundliche Kohleverstromung.

VEBA heute.

ELEKTRIZITÄT	MINERALÖL	CHEMIE	HANDEL&VERKEHR
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Veba Oel AG Gelsenkirchen	Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr
Preussen Elektra AG Hannover	Deminex-Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Stinnes-Trefz AG&Co. Stuttgart
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Mark Producing Houston	Rohm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Brenntag AG&Co Mülheim/Ruhr
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen	Phenolchemie GmbH Gladbeck	Rhenus AG Dortmund
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg	Raab Karcher AG Essen	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham
Thüga AG München	Aral AG Bochum	Nuodex Piscataway	Ruhrglas AG Essen
SONSTIGE BETEILIGUNGEN			
	Veba Wohnungswirtschaft	Ruhrkohle AG Essen	

Die VEBA hat mit ihren 68.700 Mitarbeitern im Jahre 1985 einen Konzernumsatz von 46,6 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (25,6%) sind rund 500.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch die Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Stromerzeugung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns:
VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3,
4000 Düsseldorf 30.

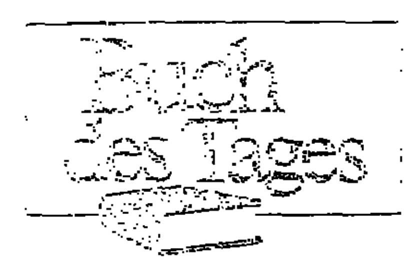
VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

K. Böllings Buch „Bonn von außen betrachtet"

Abstufungen in Grau

Der Gesichtspunkt eines vom Schauplatz des Geschehens entfernten Betrachters liegt auf der [illegible] der eigenen Erfahrung in der Vergangenheit und einer [illegible] Zukunftsperspektive. Es ist nur natürlich, daß der Autor Klaus Bölling, der zwischen 1974 und 1982 – mit einem Gastspiel in Ost-Berlin – seine Dienste vor allem auf der Bonner Bühne als Darsteller der Regierung Schmidt entfaltete, seine Perspektive bei der Betrachtung der heute in Bonn Agierenden im Vergleich zur Persönlichkeit und Regierung seines Kanzlers findet. Er versteht sich auch [illegible] der Anhänger dieses Kanzlers – wenn er denn überhaupt



als solcher anerkannt und nicht unter Berufung auf das Größere, die bereits seinen Löwen in München als Amtsnachfolger [illegible] wird – im Schatten des strahlenden Lichts aus der Vergangenheit steht.

Der Berliner Betrachter versucht, den Personen und Geschehnissen im Bonn der Wendezeit mit einem Gemisch aus Wehmut, Resignation über die Unzulänglichkeit der Akteure nach der Epoche Schmidt und geschärfter Vigilanz für die möglichen oder nur schon erkennbaren Gefährdungen des Werkes der sozialliberalen Koalition gerecht zu werden. Er urteilt dabei in vielem und über manche einzelne differenziert, ja verständnisvoll und immer interessant. Doch seine Nuancen sind zumeist Farbspiele in Grau.

Vier Themen beschäftigen den Autor vor allem: das Bündnis mit Amerika, das Verhältnis zu Frankreich, die Ost-West-Beziehungen und die Deutschen gegenüber Israel. Die Betrachtungen über das letztere Thema sind die sensibelsten und am überzeugendsten; sie werden von jedem mit Gewinn für die eigene Nachdenklichkeit gelesen werden können.

Für die Gegenwart konstatiert der Autor durchaus im Einklang mit dem früheren Bundeskanzler, dem er diente, und mit der sozialdemokratischen Opposition, der er im großen und ganzen auch aus der Distanz verbunden bleibt, summarisch „die Konzeptlosigkeit unserer Außenpolitik". Dem langjährigen Außenminister, der die Kontinuität mit der Korrektur verbindet, attestiert er – zu Unrecht –, daß eines seiner „Lieblingswörter" die „Singularisierung" sei, wobei er dies nicht nur auf die Lage der Bundesrepublik, sondern auch und vor allem auf die Person des Chefs der Diplomatie bezieht, dem als Politiker „die Angst im Nacken" sitze, „plötzlich allein auf weiter Flur zu stehen", d. h. in der Innenpolitik zwischen den Mächten isoliert zu sein.

Solche Urteile wie auch der eines angeblichen Orientierungsmangels und eines Konzeptionsdefizits verdienen kritische Würdigung, weil sie der von Opposition und Teilen der Publizistik gleichermaßen beharrlich verbreiteten Vermutung entsprechen, daß die deutsche Politik seit Oktober 1982 international an Terrain, insbesondere an Einfluß in Washington, in Paris, natürlich in Moskau und anderswo, verloren habe.

In diesem kapitalen Punkt ist zunächst nach dem Vergleichsstab wie nach dem Erkenntnisstand des Autors zu fragen. Wie stand es denn wirklich mit dem deutschen Einfluß in der Welt am Ende der sozialliberalen *Koalition, etwa zur Zeit des* Münchner SPD-Parteitags im Frühjahr 1982? Welche Konturen hatte denn die Regierungspolitik 1981/82 vor der „Bonner Wende"?

Jeder, der das Bild der Regierung, insbesondere seit dem Frühjahr 1982, *als die Autorität des Kanzlers und die* Kabinettsdisziplin sichtbar verfielen, noch vor Augen hat, wird sich eingestehen müssen, daß die Politik der Regierung nicht nur ihre Konturen, sondern auch ihre Substanz zu verlieren begonnen hatte. Seither hat sie an beidem gewonnen, dazu an Ansehen – auch im Osten, obwohl natürlich die Anstrengung, das 1979 in Brüssel den Alliierten gegebene Wort einzulösen, in Moskau nicht mit Wohlwollen für *die neue Regierung quittiert* wurde.

Der Autor der elegischen Berliner Betrachtung über Bonn kann getröstet werden, wenn er sich seinem ungeliebten Gegenstand unbefangen nähert und sich vor der Bank, auf der die Spötter sitzen, hütet.

LOTHAR RUEHL

Klaus Bölling: „Bonn von außen betrachtet", DVA, Stuttgart, 237 S., 28 Mark.



Gewollt experimentell: Gertrud Arndts Negativabzug „Porträt Wera Waldeck" (1930). Aus der Hannoveraner Ausstellung FOTO: KATALOG

Die Kestner-Gesellschaft in Hannover zeigt „Photographie und Bauhaus"

Bitte möglichst unkonventionell sein!

„Bauhaus Photographien" nannte die Kölner Galerie Kicken 1982 eine Ausstellung. Die Kestner-Gesellschaft in Hannover, die sich jetzt *demselben Thema zugewandt hat,* entschied sich allerdings für den zurückhaltenderen Titel „Photographie und Bauhaus". Denn vom einem Bauhaus-Stil in der Photographie läßt sich nicht sprechen. Das belegen die mehr als 200 Aufnahmen in ihrer Vielfalt der Motive und Sehweisen.

Das Photographieren war am Bauhaus eine Technik (und wohl weniger eine Kunst), in der sich viele versuchten. So finden sich hier Photos von den Malern Eugen Batz, Georg Muche oder Richard Oelze, dem Architekten Hannes Meyer oder dem Werbegraphiker Walter Funkat. Hier tauchen Kurt Kranz und Xanti Schawinsky, die erst in jüngster Zeit durch Ausstellungen wiederentdeckt wurden, mit frühen Arbeiten auf. Und neben Herbert Bayer, Ludwig Hirschfeld-Mack und László Moholy-Nagy, die als Lehrer am Bauhaus auch mit Photographien experimentierten, *und Walter Peterhans, der 1929 die* neue Photoabteilung in Dessau als Leiter übernahm, wurden nur Andreas und T. Lux Feininger, die Söhne des Malers, Lucia Moholy, die Frau von Moholy-Nagy, Florence Henri und Umbo als professionelle Photographen bekannt.

Die Bilder, die in der Kestner-Gesellschaft zu sehen sind, haben nur den Hang gemeinsam, unkonventionell sein zu wollen. Deshalb werden ungewöhnliche Blickwinkel bevorzugt. Das gilt selbst für die „Familienphotos" von Studenten und Lehrern, die recht zahlreich sind. Dazu *kommen* Beleuchtungseffekte wie Spitzlichter, extremes Seitenlicht, das Spiel mit Schatten und Mehrfachbelichtungen oder das Übereinanderkopieren verschiedener Motive. Selbstverständlich fehlen auch die Photogramme nicht, bei denen Gegenstände direkt auf das beschichtete Papier gelegt und belichtet wurden.

Den meisten dieser Aufnahmen *haftet etwas gewollt Experimentelles,* Gezirkeltes an. Das gilt auch für viele Sachaufnahmen, die allen Zufälligkeiten durch eine systematische Reihung entgegenzuwirken trachten. Ein Photo, das sich als selbständiges Bild behaupten kann, entsteht dabei nur *selten. Die Aufnahmen sind eher* Zeugnisse für die Suche nach einer neuen Ästhetik, auch Dokumentation anderer künstlerischer Aktivitäten am Bauhaus und nur in ganz wenigen Fällen photographische Kunstwerke. Sie halten also nicht das Ziel, sondern *nur den Weg fest.* Aber auch das ist nicht ohne Interesse. (Bis 16. Nov.; Katalog 29 Mark, im Buchhandel 39 Mark)

PETER DITTMAR

Zur Bedeutung des Münchner Nibelungenfundes

Blut tröpfelt hier nur

Gleich zwiefach kommt die Kunde *von Kriemhild und ihren Getreuen* und Untreuen. Im Schauspielhaus *Bochum* hat der neue Intendant Frank Patrick Steckel seinen Einstand mit Friedrich Hebbels „Nibelungen" gegeben (vgl. unsere gestrige Ausgabe), und im Staatsarchiv München ist man auf bislang unbekannte Strophen des Nibelungenliedes gestoßen (vgl. WELT v. 30. 10.). Während man sich also in Bochum allabendlich und *altnordisch* die Tarnkappe überstülpt, ist man jetzt in *München* dazu angetreten, zu enttarnen, was da über Jahrhunderte hinweg im Verborgenen schlummerte.

Wie ist man überhaupt zu diesem Fund gekommen? „Durch Zufall", sagt Archivoberrat Dr. Gerhard Schwertl in einem Gespräch mit der WELT. „Ich bin seit *Jahren dabei, die* Registraturen der alten bayerischen Landgerichte zu rekonstruieren. Darunter befinden sich auch Bände mit Notariatsurkunden, die aber völlig durcheinandergemischt sind."

Aneinandergereiht würden die *Amtsbücher auf den Stahlregalen* eine Länge von 300 Metern ergeben. Die Menge der zu bewältigenden Akten ist also enorm, der Staub auch. Schwertl nimmt jeden Band in die Hand, aber ihn interessieren vornehmlich Schriften aus der Zeit vor *1300 bzw. solche,* die vermuten lassen, daß im Innern wissenschaftlich Reizvolles steckt.

Man braucht also Gespür und Erfahrung – und ein bißchen Glück. *Schwertl (44), seit 19 Jahren in diesem Beruf,* hatte es. Obwohl er untertreibt: „Ich hab's nicht gleich gemerkt. Denn der Band stammt aus dem Jahr 1650. Aber durch den Staub hindurch habe ich auf dem Pergamentdeckel den Namen ‚Kriemhild' lesen können. Also habe ich den Einband abmontieren, säubern und glätten lassen. Und siehe da, die verschiedenen Pergamentteile waren beschriftet. Sie hatten tatsächlich mit Kriemhild zu tun. Es war ein Stück Nibelungenlied."

Die Wege alter Handschriften sind oft unerforschlich. Aber wie kommt das Nibelungenlied ausgerechnet in eine bayerische Amtsstube? „Da ist nichts Ungewöhnliches dran", erklärt Schwertl. „Um *Protokolle ordentlich* zu verwahren, mußten sie ordentlich *gebunden werden, und zwar mit* widerstandsfähigem Material. Dazu gab es Schweinsleder oder eben Pergament. In Rosenheim muß es im 17. Jahrhundert einen regelrechten Ramschmarkt für Pergamentmakulatur gegeben haben. Jedenfalls sind die Protokolle des Pfleggerichts Rosenheim damals mit dem Nibelungenlied eingebunden worden."

Und niemand hat's gemerkt. Wie sollte auch. Im Gegensatz zur griechischen „Ilias" beispielsweise hatte das deutsche Nationalepos keine Konjunktur damals. *Das änderte sich erst* mit der einsetzenden Romantik. Man *blickte verklärt auf das Mittelalter* zurück. Zudem tauchten zu jener Zeit die Handschriften wieder auf. Und das 19. Jahrhundert erlebte dann einen regelrechten altgermanistischen Forschungsboom.

Von den 34 erhaltenen Manuskripten des Nibelungenliedes (teils vollständig, teils fragmentarisch) sind die *wichtigsten* die Handschriften A, B und C (heute in München, St. Gallen bzw. Donaueschingen). Es handelt sich um Abschriften des 13. Jahrhunderts, sie repräsentieren also keineswegs das Original, das heute keiner mehr kennt – genausowenig wie dessen Verfasser. Und sie stammen alle aus dem südostdeutschen Raum. Das geht eindeutig aus dem Sprachbestand hervor.

Nicht anders verhält es sich mit *dem jetzt aufgefundenen Fragment* der elf Pergamentstücke aus München, bestätigt Gerhard Schwertl. „Über den Verfasser weiß man bisher nichts, auch nicht, wo er den Text geschrieben hat. *Nur den Zeitpunkt kann man annähernd festlegen: nämlich um 1300."*

Der Münchner Emeritus Hans Rosenfeld will bis Ende des Jahres Verläßliches darüber veröffentlicht haben, einschließlich der Klärung der Echtheitsfrage. *Die Textvarianten* – soviel läßt sich jetzt schon sagen – lassen freilich *nicht* erwarten, daß das Nibelungenlied neu bewertet werden muß. Was man gefunden hat, kann aber die Kenntnisse der Überlieferungsgeschichte bereichern.

Blut und Tränen waren offenbar nicht Sache unseres Autors. Die Passagen des Münchner Textes sind gegenüber früheren Versionen abgemildert. Aber nach wie vor geht es hoch her am Hunnenhof von König Etzel. Es ändert sich auch nichts an Rache *und Wut mit Todesfolge.* Aber der abgeschlagene Kopf von Sohn Ortlieb hüpft der Kriemhild nicht in den Schoß, das frische Blut, es tröpfelt nur ein bißchen.

WOLFGANG MINATY



Journalist Krucke (Helmut Lohner) ist einer von den Typen, die nicht locker lassen; auch bei der Jagd nach dem mysteriösen Babeck. Was hat der Mann im Rollstuhl (Curd Jürgens) mit dem Phänomen, vor dem alle Angst haben, zu schaffen? Zweiter Teil der ZDF-Serie um 23.30 Uhr FOTO: TS

Gürteltier: Nur Jaguare können die Rüstung knacken

Widerhaken in der Erde

Gerade als das Gürteltier vor seinem Erdbau angelangt war, züngelte ihm aus dem Loch eine hochgiftige Lanzenotter entgegen. Mit schrillem Schrei sprang es vierbeinig halbmeterhoch. Aber gleich nach dieser Gruselpose hatte es sich wieder gefaßt, rollte sich zusammen und wendete der Schlange den hart gepanzerten Rücken zu. Das Reptil stieß zu, glitt am Panzer ab, und im gleichen Augenblick war es um die Lanzenotter geschehen. Ruckartig streckte sich das Gürteltier wieder, klemmte den Feind zwischen seinen Panzerplatten ein und zerschnitt ihn mit deren scharfen Kanten in zwei Teile. Eine einzigartige Methode, mit Giftschlangen fertig zu werden.

Die Gürteltiere der Neuen Welt sind eine höchst ungewöhnliche Tierfamilie. Sie besitzen einen Hautknochenpanzer wie die Schildkröten, nur

Ein Platz für Tiere – ARD, 20.15 Uhr

daß sie in der Leibesmitte drei bis neun Scharniergelenke, je nach Zugehörigkeit zu einer der dreißig Arten, besitzen: sogenannte Binden oder Gürtel wie bei einer Ritterrüstung, die sie viel beweglicher machen und mit denen sie sogar Schlangen zerzwacken können.

Am perfektesten ist das beim Kugel-Gürteltier Südbrasiliens und Nordargentiniens ausgebildet. Bei Gefahr steckt es seine vier Beine in spezielle Taschen zwischen Haut und Panzer, rollt sich wie ein Igel zu einer Kugel und verschließt die ungeschützte Unterseite puzzlespielartig mit der dreieckigen Kopfpanzerplatte und mit dem ebenfalls dreieckigen, gepanzerten Schwanz: Ein einbruchsicherer Tresor, der allenfalls von ei*nem Jaguar geknackt werden kann!*

Beim Neunbinden-Gürteltier ist der Panzer jedoch nur lederartig weich. Wieso kann er Schutz bieten? Im Mai begegnete ich solch einem Tier in der argentinischen Feuchtpampa. *Als es sich entdeckt fühlte,* stach es mit seinem gesamten spitzen Kopf wie ein Pflanzholz in die Erde, kreiselte, nur mit den Hinterbeinen laufend, mehrmals mit seinem gesamten, fünfzig Zentimeter langen Körper um den Kopf als Zirkelzen*trum und war schon nach* wenigen Sekunden wie ein tauchendes U-Boot im Erdboden verschwunden.

Ich bekam gerade noch den Schwanz zu fassen. Aber sogleich *spreizte das Tier seine neun Gürtel ab, so daß sie sich wie* schaufelartige Widerhaken im Erdreich verankerten. Keine Chance für den Fotografen, der heute noch dieser verpaßten Gelegenheit nachtrauert.

Eines Tages fiel sintflutartiger Re*gen und überschwemmte die Pampa.* Gefahr des Ertrinkens für alle Gürteltiere! Wie sollten die so gewichtig Gepanzerten denn schwimmen können? Sie konnten! Etwa fünf Minuten lang holten sie tief Luft, bliesen ihre sämtlichen Leibeshöhlen wie *Schwimmblasen auf* und paddelten gemächlich zu einer Insel.

Der Schutzpanzer des Kopfes, der auch als Spaten zu gebrauchen ist, dient außerdem zum Beutefang. Mit einem Riechsinn, der noch viel empfindlicher als die Hundenase ist, kann das Gürteltier *Würmer, Schlangen,* Mäusenester in Tiefen bis zu zwanzig *Zentimetern im Erdreich* wittern. Dann sticht es hinein und ergreift die Beute sogleich mit dem Maul.

Betonharte Termitenfestungen bricht es mit den mächtigen Krallen der Vordertatzen auf. Dann dringt es mit der langen „Spaghettizunge" tief in die Gänge ein. *Leimartiger* Speichel sorgt dafür, daß die Insekten zu *Hunderten an der Zunge wie an ei*nem Fliegenfänger kleben bleiben und sodann verzehrt werden können.

VITUS B. DRÖSCHER

KRITIK

Cattani – Agent oder Opfer?

Den Schlüssel zum Erfolg der zweiten Fernsehserie **Allein gegen die Mafia** (20 Millionen Zuschauer in Italien, in der Bundesrepublik am Sonntag 14 Millionen) sieht ihr Regisseur Florestano Vancini „in der Verbindung vom Alltäglichen und Außergewöhnlichen". Ihr trauriger Held, Kommissar Cattani, ist ein Alltagsmensch, kein Revolverheld oder allwissender Detektiv. Das gute Aussehen Michele Placidos macht seinen Mangel an Humor wett.

Vancini löste den Regisseur der ersten Serie, *Damiano Damiani,* ab, da die Handlung jetzt fortführt von Sizi*lien und die zweite Serie die Verzah*nung der Mafia in ganz Italien zeigt. Cattani sieht im Ermittlungsverfahren gegen die sizilianischen Entführer seiner Tochter die Chance, der Mafia zu signalisieren, daß er zur Zusammenarbeit mit ihr bereit sei, um, eingeschleust in ihr römisches Machtzentrum, die Organisation aufbrechen zu können.

Er widerruft seine bisherigen Aussagen und stimmt der Einstellung des Verfahrens zu. Der Konsequenz seiner Doppelfunktion wird er sich aber bewußt, als ihm *in Rom* angeboten wird, enger Mitarbeiter des der Mafia zugehörigen hohen Politikers Cannito zu werden. Er findet Zugang zum „inneren Zirkel" einer Vereinigung, die die Installierung einer Geschäftsbeziehung mit der amerikanischen Mafia betreibt. Bei einem Geheim*treffen* in der Villa Sorbis, dessen Bank als Waschanlage für schmutziges Geld dient, trifft Cattani auf eben jenen Mittelsmann zum Innenministerium, Ferretti, der ihm geraten hatte, sich als *Mitglied der Loge zu tar*nen. Cattani weiß nun nicht mehr, ob er Agent oder Opfer einer Intrige ist.

Dieser zweite Teil der Serie ist kein Film über die Gewalttätigkeit der „ehrenwerten Gesellschaft", sondern behandelt jene innere Entwicklung von Menschen, die zur Bereitschaft führt, sich korrumpieren zu lassen. Aus dem Thriller ist ein psychologischer Film geworden.

Die Führung der Handlung ist „eleganter" und dichter als in der ersten Serie, sie führt aber leicht zur Verwirrung, wird undurchsichtiger. Da der Regisseur die Dinge so darstellt, als handele es sich um die Wirklichkeit, jede Distanzierung durch Parodie oder Ironie fehlt, der gute Held schließlich nur eben jener Moralist ist, als den die Zyniker des Verbrechens ihn bezeichnen, ermüdet das Interesse des Zuschauers.

Manichäismus ist halt *nur mit* einem Augenzwinkern zu ertragen. Das haben die Amerikaner eben doch dem europäischen Tiefsinn, auf den wir uns so viel einbilden, voraus.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

Rudi geschmacklich entgleist

Mit den Russen kann man es ja machen, sagte sich wohl Rudi Carrell, der feinsinnige Geschmacksexperte des deutschen Bildschirms: *erstens sind sie weit weg, zweitens* lauter Kommunisten und drittens, wer weiß da denn schon Bescheid! So etwa muß die jüngste Sendung **Die verflixte 7** (ARD) entstanden sein, die zum Grundthema Rußland hatte.

Man nehme also ein Sackkleid, ärmlich und etwas verschnitten, das ist das Tageskleid der Russin, man *gebe ihr dazu eine Taschenlampe* in die Hand, das ist ihr Nachtgewand, und es wird, bitte schön, zum Strandkleid, wenn ein Wasserball hinzu kommt: eine der dummerhaften Kreationen dieses Abends.

Mit den Russen kann man es ja machen: Wie übersetzt man Michail Gorbatschow? Rudi weiß es: Michail Gartenzwerg, er sagt es, er zeigt es, er kann sich nicht einmal auf einen *Druckfehler zurückziehen.*

Man könnte über diese Sendung *hinweggehen,* wenn es *sich nur um* einen geschmacklichen Ausrutscher handelte – darum handelt es sich indes nicht. Rudi Carrell hat keinen Geschmack, vergessen wir es. Aber macht er denn solche Sachen ganz allein? Steht da nicht irgendwo im öffentlich-rechtlichen Raum ein Re*dakteur oder Programmdirektor,* der mehr Geschmack hat als der alternde Gaudimensch? Ist da keiner, der weiß, daß die russische Kultur sich mit unserer messen kann, auch wenn sie noch nicht zur Schicki-Micki-Zivilisation degeneriert ist?

Doch selbst wenn die *sachlich* fehlerhafte, weil längst nicht mehr aktu*elle Geschichte mit dem Sackkleid* noch stimmen würde, so müßte doch wenigstens einer der Fernsehmenschen den Fuß zwischen die Tür zum Carrell-Studio geschoben haben: So nicht, Meister!

Was übrigens die Kultur betrifft: Nicht mal einen anständigen Kosakenchor brachten sie am Samstag auf die Beine. Da haben halt die vereinigten Chöre des Herrn Fischer einspringen müssen und die schönen Popsänger aus Massachusetts oder dem sonstigen Mittelwesten, und wenn es gegangen wäre, hätten sie statt Wolga, Wolga – Missi, Sippi gesungen.

VALENTIN POLCUCH

ARD

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info Verbraucher
10.00 heute
10.05 Mit meinen heißen Tränen (2)

13.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Auf einmal zweimal
Ein Film über Zwillinge
Schon im Mutterleib beginnen Zwillinge eine hautnahe „Liebesbeziehung".
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Platz für Tiere
Von und mit Professor Bernhard Grzimek
Unerwünschte und freudig begrüßte Asylanten
21.00 Panorama
Themen: Medienurteil des Bundesverfassungsgerichts. Dazu: Interview mit Ernst Benda. Geisterheiler in der evangelischen Kirche. Terroristenfahndung
Moderation: Peter Gatter
21.45 Dallas
Morgenluft
22.30 Tagesthemen
23.00 Wiedergefundene Zeit
Fernsehfilm von Jochen Richter
1945 in einem kleinen Ort in Deutschland: Karl Riemer, ehemals Verwalter des Feindvermögens im besetzten Frankreich, hat sich mit seiner jungen Frau vor einem amerikanischen Gericht für seine *Vergangenheit zu verantworten.* Beim Verhör sitzt er einem jungen Leutnant gegenüber, den *mit Riemers Frau die Liebe zur* französischen Literatur verbindet.
0.15 Tagesschau
0.20 Nachtgedanken
Kurt Tucholsky



11.55 Neil Diamond – Hello again
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

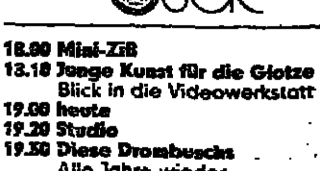
16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Schüler-Express
Unter dem Zeichen des Regenbo*gens – Greenpeace im Einsatz*
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die „DDR"-Band Silly
17.45 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Ratespiel mit H.-J. Bäumler
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Der Untermieter
Mit Dieter Hallervorden
Das Verkaufsgenie
19.00 heute
19.30 Bayer Leverkusen – Dukla Prag
Fußball-Uefa-Pokal (Hinspiel 0 : 0)
Live aus dem Haberland-Stadion
21.15 Die große Zahl
Zwei Millionen Arbeitslose
Reportage von Ramon Gill
21.45 heute-journal
22.05 Victor Wunderbar
Film von Wolfram Deutschmann
Mit Werner Müller, Ursula Gerstel, Nadja Engelbrecht, Beate Tober
Im Mittelpunkt des Films steht der junge Rollstuhlfahrer Victor. Er lernt auf einem Volksfest die *19jährige Rita kennen* und gewinnt bei der großen Tombola den Hauptpreis – ein Surfbrett. Er *versucht vergeblich, es zu verkau*fen. Dann hilft es ihm zur Kontaktaufnahme, für eine Fahrt nach *Lourdes.*
23.30 Babeck
Kriminalspiel in drei Teilen
2. Das Geheimnis der Calasetta
0.30 heute

SAT 1

15.35 Indian River
Rauchsignale
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Kummer mit dem Schulfreund
Anschl. Drei Pinguine
16.25 Die Waltons
17.10 Western von gestern
Sturm über Texas
Anschl. Rund um die Welt
18.00 Verliebt in eine Hexe
Sams Krankheit
Anschl. Betty Boop
18.30 Blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Anschl. Goldies
19.45 Love Boat
Doc und seine fünfte Ehefrau
Sidney, ist das *nicht zu gefährlich?*
Liebe ist doch keine Geschäft
20.40 Airwolf
Annie Oakley
21.30 Blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Vegas
Du hast nie geliebt, Gary
23.35 Blick



19.00 Unter deutschen Dächern
Der *Untergang* der AG Weser
19.45 Rückblende
Karl Baedeker
Vater des Reiseführers
20.00 Tagesschau
20.15 Die Ratten
Von Gerhart Hauptmann
Mit Inge Meysel, Sabine Sinjen
Regie: Peter Beauvais
22.50 Die Liebe der Schauspielerin Sumako
Japanischer Spielfilm (1947)
0.30 Nachrichten



18.00 Mini-ZiB
18.10 Junge Kunst für die Glotze
Blick in die Videowerkstatt
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Diese Drombuschs
Alle Jahre wieder
20.30 Auslandsjournal
Moderation: Stefan Hallmann
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. Nachrichten



18.05 RNF – Life
18.15 Deutsche Szene
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 RTL-Spiel
19.30 Das Tal der Pappeln
Probleme mit der Liebe
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Ehekäfig
Französischer Spielfilm (1974)
Mit Lino Ventura, Ingrid Thulin
Regie: Pierre Granier-Deferre
22.05 RTL-Spiel
22.10 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.20 Popeye und das Quadrat-Ei
22.25 Blick in die Welt
22.35 Open End
Vergewaltigung
23.15 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Indianer als Millionäre
Bericht von Gerd Wiegand
20.45 Rückblende
Vor 120 Jahren geboren:
Fritz Hofmann
Film von Gisela Heinen
21.00 Formel Eins
Hitparade
21.45 Hinter den Schlagzeilen
Die wilde Jagd
22.15 Deutschlandbilder
Er hat alles riskiert
23.15 Auslandsmagazin
Moderation: Jochen Maass
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Maryvonne
Der ungewöhnliche Weg einer *französischen Arbeitslosen*
20.00 Tagesschau
20.15 Ungarn, geboren 1956
21.00 Völkerschlachtdenkmal
Nach dem Roman von Erich Loest
22.25 Kino-Werkstatt
23.24 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Programmvorschau
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Tatort
Zweikampf
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – international
22.30 Hochschulreport
23.00 Focus on Jazz
The American Jazz Quartett

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.34 Zoos der Welt – Welt der Zoos
19.00 Abendschau / Saar regional
19.26 Das Sandmännchen
19.30 Vis-à-vis
20.15 Das Unsichtbare sichtbar machen
21.00 9 aktuell / *Moses am Nebo*
21.15 Kopf oder Zahl
Französischer Spielfilm (1980)
22.55 Einführung in das Mietrecht
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Bürgerforum
19.55 Das historische Stichwort
Ungarnaufstand vor 30 Jahren
20.00 Spiegelbilder
20.45 Sprechstunde
Herpes
21.30 Rundschau
21.45 Kennen Sie meine Frau?
Italienischer Spielfilm (1974)
Mit Ugo Tognazzi, Ornella Muti
23.25 Rundschau

Festlicher Schwan

ef – Schon wieder steht Weihnachten dicht vor der Tür. Wer noch schwankt, ob er *das Fest* in Sankt Moritz verbringen soll oder auf Ibiza, der sollte doch wissen, was Mr. Zohdi, Generalmanager des Hotels zum Schwan in Bedford/Bedfordshire, seinen Gästen bieten wird.

Dreiundzwanzigster Zwölfter: Ankunft. Sehr warmes Willkommen. Mr. Z. und Frau bitten um das Vergnügen Ihrer Gesellschaft im Kutschenzimmer. Es gibt Champagner-Cocktails. Abendessen bei Kerzenlicht, danach Tanz.

Tag des Heiligen Abends: Bus-Ausflug nach Woburn Abbey, wider Erwarten kein religiöses Gebäude, sondern das üppige Heim der Herzöge von B.; Mittagessen. Erster Aufruf zum Gewinnspiel Bingo. Tee. Liedersingen mit Heilsarmee-Kapelle. Abendessen mit Tanz „im Stil der wilden zwanziger Jahre". (Ganz recht: Das war der Heilige Abend.)

Erster Weihnachtstag: Frühstück. Gottesdienst oder aber erste Ausscheidungen im Tischtennisturnier. Traditionelles Weihnachtsessen (Herzstück: etwas Puter, aufgemuntert mit Chipolata-Würstchen). Ansprache der Königin über Bildschirm. Endspiel im Tischtennisturnier oder aber aufregender Spielfilm. Abendessen vom Buffet.

Zweiter Weihnachtstag: Frühstück. Spaziergang am Ouse-Fluß. Ein Glas Sherry. Bärenkopf-Zeremonie (was immer das sei) durch den Bürgermeister. Mittagessen vom Buffet. Schatzsuche. Spielfilm. In der Bar bei jedem Drink kleines Glücksspiel gratis. Abendessen, Maskenball. Preise.

Wer wollte da widerstehen. Vorstehende Mitteilungen müssen als Bildungsgut im weitesten Sinne verstanden werden. Wir nennen daher auch nicht den weihnachtlichen Inklusivpreis. Frohes Fest!

Osnabrück: Stephan Schütz' Stück „Die Seidels"

Keines Menschen Sklave

Stephan Schütz hätte als Bühnenschriftsteller eigentlich längst verzweifeln müssen: Bei jeder neuen Aufführung wird die Sprache seiner Stücke von der Kritik als „konfus", „hochgewuchtet", „kitschig", „überanstrengt", „gespreizt" und „grammatisch falsch", wenn nicht gar als „peinlich" empfunden. Erstaunlicherweise ist Schütz dabei produktiv geblieben. Noch erstaunlicher aber ist, daß es ausgerechnet die Schützsche Sprache war, die Goswin Moniak gereizt hat, an den Städtischen Bühnen Osnabrück ein neues Werk des umstrittenen Autors zu inszenieren.

Es heißt „Die Seidels" und führt den Untertitel „Groß und Gross". Groß ist ein ehemaliger Psychiater, der von seiner Vorstellung bewegt wird, durch Vernunft „allen Menschen Freund und keines Menschen Sklave" sein zu können. Gegenfigur Gross ist ein Paranoiker, der in der Furcht vor uniformem Denken und Handeln in jedem seiner Mitmenschen einen „Seidel" sieht, der ihn *seines Wesens berauben und den anderen* gleichschalten will. Beide hetzen durch das Berlin von 1920: Gross auf der Flucht vor den Seidels, Groß im Bemühen, anderen zu helfen.

Groß ist in einer Zwickmühle: *Mehrere an verschiedenem Ort befindliche* Personen bedürfen seiner Zuwendung. Schenkt er sie den zwei Freunden, muß er die Frau, die ihn liebt, warten lassen. Da er sich in seiner Neigung zu der Frau der Eigenliebe verdächtigt, entscheidet er sich dafür, zuerst die Freunde aus dem Gefängnis zu holen. Der umständliche – aber logische – Weg seiner Hilfeleistung führt ihn zur Frau des Freundes, der er zur Mutterschaft verhilft. Das trägt Groß die Feindschaft des Freundes und die Resignation der Wartenden ein. Groß stürzt, wie er gelebt hat: Er verhungert an seinen Selbstverleugnungen, und noch sein Leichnam wird zum Grund selbstverstümmelnden Hasses. Nur Gross vermag sich zu retten, denn gegen seine Narrheit vermögen die Seidels im Grunde nichts.

Solch absurder Handlungsverlauf erinnert an Kafka, das Einmünden der rhythmisierten und metaphorischen Kunstsprache in Umgangssprache an Büchner und die Figur des Groß an Goethe. Die gehetzten Kafkas und die wahnsinnigen Büchners, die Goethes faustischen Optimismus ad absurdum führten – sie haben bei Schütz ihre Nachwehen – auch sprachlich. Doch das zweistündige Wortgefecht erschüttert nicht wie die literarischen Vorbilder, es ist nicht tragisch.

Den Osnabrückern gelingt es immerhin, Freunde von Sprachspielen mit den Brüchen, Verfremdungen und dialektischen Sprüngen der Schützschen Sprache zu unterhalten; aber alles das erreicht nur den Kopf. Die eindrucksvoll eingesetzten Geräusche wie Keuchen, Herzschlag und Tropfen ändern daran nichts.

Das Auge wird dankenswerterweise nicht vernachlässigt (Bühnenbild Reimund Schoop und Maske Elisabeth T. Bremer). Es empfängt akzentuierte Farbimpulse vor betonfarbenem Grund: Die Masken der „Freunde" (Klaus Fischer, Jean-Paul Maes) ekeln mit boshaftem Gelbgrün, und Schwarzweiß symbolisiert die Zerrissenheit des vernunftgläubigen *Groß*, den Bernhard Baier spielt. Er tut dies störend laut; aber vielleicht ist das als Ärgernis für alle, die mit ihrer bloßen Vernunft kokettieren, beabsichtigt.

Am Ende wird die vordergründige *Groteske perfekt. Nachdem sich zu* schlimmer Letzt der gute Groß mit dem Unterleib in das aufgestellte Messer gestürzt und markerschütternd gebrüllt hat, öffnet sich die Betonrückwand der Bühne. Herein tritt zu den Klängen eines Strauß-Walzers ein Liliputaner in Frack und Zylinder. Als echter Seidel erklärt er sektglasschwenkend dem Publikum, es lebe in einem pompejischen Zeitalter kurz vor dem Knall. Dabei explodiert ein Silvesterknaller in seiner Kopfbedeckung.

Das ist gewiß ein überraschender Anblick, aber Schütz beabsichtigte mit seinem Epilog eigentlich, „den Leuten gegen das Schienbein" zu treten. Dieser Tritt als Knall ist nun doch zu pittoresk, um weh zu tun, aber wenigstens verschont das wortreiche Weltschmerzstück so vor blauen Flecken.
DIETER PENTZEK

Weitere Veranstaltungen: 4., 8., 9., 13., 19., 25. und 29. 11. im Emma-Theater Osnabrück

Puccinis „Butterfly" unter B. Michael in Stuttgart

Pinkertons leise Freuden

Spätestens seit Ken Russells Inszenierung in Spoleto wissen wir, wie Puccinis „Madame Butterfly" auch aussehen kann: Da handelte es sich bei der japanischen Hochzeit des US-*Marineoffiziers* Pinkerton um eine abgekartete, schäbige Bordellaffäre. Der Engländer Brian Michael ging jetzt in seiner Stuttgarter Inszenierung der „Butterfly" nicht ganz so weit, sondern umgab die Freudenhausatmosphäre mit dem Zeremoniell japanischer Freundlichkeit, durch die Pinkterton sanft-schummrigen Freuden zugeführt wird.

Diskretion ist Ehrensache. Das japanische Management funktioniert den Liebestempel zum perfekten Dienstleistungsbetrieb um. Der werbewirksam organisierte Liebeshandel erinnert an Bergs „Lulu" mit Goro als Zirkusdirektor und dem Kämmerchen als Manege. Doch nicht das wilde Tier verbirgt sich hinter dem Vorhang, auf dem der Fudschijama in Bonbonfarben prunkt, sondern die zur Schmeichelkatze domestizierte Butterfly. Der darübergestülpte rote Käfig ist Raubtierzwinger und Gefängnis in einem.

Brian Michael findet zwischen Parodie und Ernst zu keinem Ergebnis. Der wogende Reigen, die neckischen Schrittfiguren, welche Cho-Cho-Sans Gefährtinnen vollführen, setzen die Musik um, als wäre es eine Filmrevue. Dazu wird Goldglitter generös ausgestreut. Kein Zweifel, Michael wehrt sich gegen die Süße dieser Oper. Doch heraus kam trotzdem nur eine seltsam unterkühlte Aufführung.

Natürlich packte Michael in Butterflys späterem Heim die Gegensätze zwischen japanischer und amerikanischer Kultur in fast unscheinbare kleine Gesten, gelang ihm auch zuweilen die Dichte einer Ehetragödie aus der Feder Ibsens. Doch die Gefühle werden durch den Plunder der Massenindustrie kanalisiert. Erst die Rückkehr Pinkertons rüttelt Butterfly jäh aus ihren Tagträumen wach.

Dennis Russell Davies ist kein Dirigent, bei dem die Gefahr besteht, im Klangschaum zu ertrinken, wozu das Staatsorchester auch kaum das geeignete Instrument wäre. Der harte, kantige Ton schärft das Klangbild auf durchaus erhellende Weise und scheint manchmal wie ein trockener Kommentar zu Puccinis farbiger Instrumentation angelegt zu sein. Im Bemühen, sich der Emotion Puccinis zu entziehen, werden die vokalen Gustostückchen im Tempo und in der Dramatik etwas gedrosselt, wodurch sich das Gefühl eines kastrierten Orchesterbildes ergibt.

Dabei hätte die Puertoricanerin Awilda Verdejo die Mittel, ihre Stimme üppig über die Orchestermasse zu heben. Ihr sinnlich kribbelnder Sopran erweckt zwar nicht die Illusion kindlicher Zartheit, doch Puccinis Vorstellung von einer 15jährigen Geisha ist angesichts einer solchen Instrumentation ebenso unrealistisch wie eine 17jährige Isolde. Was seine stimmlichen Möglichkeiten angeht, steht ihr Mario Malagnini (Pinkerton) nicht nach, wohl aber, was Ausdruck, was Interpretation anbelangt. Vorerst verteilt er nur recht spendabel und willkürlich seine Spitzentöne.
ROLF FATH

Nächste Vorstellungen: 5., 14., 17. und 29. November. Kartenbestellungen: 0711/2032444

Entdeckung in London: Die Tate-Galerie dokumentiert schottische Malerei des 18. und 19. Jahrhunderts

Beim Porträt waren sie unübertroffen

Auch die britische Insel hat ihre Bayern. Im Norden pflegen die *Schotten kräftig ihr Eigenleben*. Kleidung, Essen, Sprache bescheinigen ein urigeres Temperament als das der Brüder im Süden. Daß die Schotten auch Beträchtliches in der Malerei leisten, beweist eine Garde an schottischen *Künstlern, die zur Zeit wohl* die vollblütigsten Bilder im Vereinigten Königreich produzieren. Dies Maltalent hat Tradition: In der Londoner Tate Gallery ist sie jetzt an einer Ausstellung mit rund 200 Bildern vom Anfang des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nachzuprüfen.

Das sei vorab gesagt: Diese schottische Schau liefert weit mehr als ein folkloristisches Vergnügen. Gewiß, gelegentlich fliegen Schottenröcke im Tanz über kräftigen Schenkeln. Und es fehlt auch der whiskybetäubte Zecher nicht, den seine Kompagnons über schottische Kliffs schleppen. Doch ist es die spezielle Art, wie die Begabtesten unter ihnen Menschen mit scharfem Blick erfaßten *und eine Palette schilderten, die von* kraftvoll bis exquisit reicht. Im Porträt, das macht diese Ausstellung klar, liegt der Schotten kaum übertreffbare Stärke.

Da hat zum Beispiel Allan Ramsay, *der bedeutendste Name in der ersten* Hälfte des 18. Jahrhunderts, seine beiden Frauen gemalt. Volles Sonnenlicht fällt auf die kerzengerade aufgerichtete Halbfigur seiner ersten Frau Anne, auf ihr fest von einer Spitzenhaube umschlossenes herbes Gesicht mit dem wachen Blick, auf die rosa Seidenschleife, die ihre Schürze schmückt. 17 Jahre später, im Jahre 1857, schildert Ramsay seine zweite Frau Margaret. Sie ist genauso individuell erfaßt. Doch diesmal ist seine Handschrift weicher, der Pinsel tanzt über ihren Spitzenschal, das blaue Seidenband um Hals und Haar, und die blaßrosa Rosen im Delfter Krug. Dies Porträt gehört zweifellos zu den bezauberndsten Frauenbildnissen je*nes Jahrhunderts*.

Daß Ramsay die Lehre des schottischen Philosophen David Hume über die empirische Erfahrung der Welt auf die Leinwand übertrug, bestätigen auch seine männlichen Bildnisse.



Porträts, die im Gedächtnis haften: Sir David Wilkies Bildnis der schottischen Familie Chalmers-Bethune. Aus der Londoner Schau FOTO: KATALOG

Im Charakter genau ausgelotet, von nachdrücklicher Präsenz sind diese Gentlemen. Der Hintergrund in neutralem Braun liefert jeweils nur die Folie für ihre Persönlichkeit. Keine pompöse Säule, kein geraffter Vorhang lenken da ab.

Nur ein Teil der schottischen Künstler arbeitete im übrigen in ihrer Heimat. Ramsay zum Beispiel verdiente seinen Lebensunterhalt vorwiegend in London. Auf einen Hügel in Edinburg aber baute er zusammen mit seinem Vater eine Kopie seines Lieblingsgebäudes, der Villa des Horaz in den Sabinerbergen. So verquickte er seine Liebe zur Heimat und zu Italien.

Rom war überhaupt nach Edinburg die zweite Heimat schottischer Künstler um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Die hierhin exilierten schottischen Stuarts zogen patriotische Maler ebenso an wie das Studium von Michelangelo und Raffael. Ihr bekanntester Meister, Gavin Hamilton, *übertrug hier Homers Heldensagen* in friesartige Bilder, gefüllt mit Pathos und tragischen Gesten. Hamilton, der im übrigen einen schwungvollen Handel mit archäologischen Funden trieb, beeinflußte auch die Brüder Runciman in Schottland. Sie wandten sich allerdings der eigenen Geschichte zu und schwelgten in den Balladen von Ossian, dem legendären ersten schottischen Nationalbarden.

Ramsays Nachfolger in der Kunst des Portraits wurde Sir Henry Rae*burn. Endes des 18. Jahrhunderts* fügt er zu den grandiosen Bildnissen des englischen Malerfürsten Reynolds und den atmosphärisch in die Landschaft verwobenen Gestalten von Gainsborough eine erfrischende Direktheit. Sein schottischer Stammeschef Mcdonnell im vollen karierten Staat ist ebenso imposant wie ein Lord im Amtstalar.

Raeburn gelang auch das ganz in Cremefarben gehaltene und mit Smaragdgrün akzentuierte Bildnis der schönen Mrs. Gregory. Und während sonst in jener Periode Paare meist dekorativ mit voneinander abgewandtem Blick posieren, läßt er in einem großen, ganz in Brauntönen gehaltenen Bild das Ehepaar Clerk *sich herzhaft vertraut umfassen*. Ein anderes Ehepaar schildert er beim abendlichen Schachspiel: Dies sind Szenen einer wirklichen Ehe.

Romantik hingegen überwiegt bei den Landschaftsmalern, die schottische Seen im rosaroten Abendlicht baden und ihren Wasserfällen italienisches Flair verleihen.

Mit David Wilkie, dem dritten des großen schottischen Dreigestirns, endet die Ausstellung auf einer unterhaltenden Note. Bei ihm und seinen Zeitgenossen wird kräftig unter dem Mistelzweig gekost, wird mit Maria Stuart schottische Geschichte beschworen und auch die Gegenwart kommentiert, wenn etwa Bauern ihre Pacht nicht bezahlen können. Schottisch sind hier die Themen, der Stil jedoch pendelt zwischen Rembrandt, Rubens und Teniers.

Schließlich ist es auch hier wieder ein Porträt, das im Gedächtnis haften bleibt. 1804 hat der junge Wilkie ein *schottisches Paar mit Tochter gemalt*. Der Tyrannenblick des Vaters aus feistem, von Whisky und Wutanfällen gerötetem Gesicht – dieser Blick verfolgt noch lange. (Bis 4. Januar 1987, Katalog 12,95 £.)
HEIDI BÜRKLIN

Zum Tode des großen Altphilologen Bruno Snell

Der Sprache auf der Spur

Bruno Snell, der Nestor der deutschen klassischen Philologie, ist im Alter von 90 Jahren in Hamburg verstorben. Die Altertumswissenschaft verliert in ihm einen ihrer profiliertesten und weltweit anerkanntesten Gelehrten. Snell war Träger der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite, Ehrendoktor der Universitäten von Oxford, Leeds und Aarhus, Mitglied von neun europäischen Akademien und des PEN-Clubs. Sein Rektorat an der Hamburger Universität in den schweren Nachkriegs- und Aufbaujahren ist unvergessen.

Snell war ein Humanist in der eigentlichen Bedeutung des Wortes, ein *homme de lettres*, aber nicht nur dies: In seltener Weise verband er die Vita contemplativa mit der Vita activa. Seine wissenschaftliche Kreativität war ebenso erstaunlich wie sein vielfältiges Engagement im öffentlichen Leben und sein stets praxisbezogenes Organisationstalent. Immer hat er die Wissenschaft zugleich als gesellschaftlich verantwortungsvollen Auftrag begriffen.

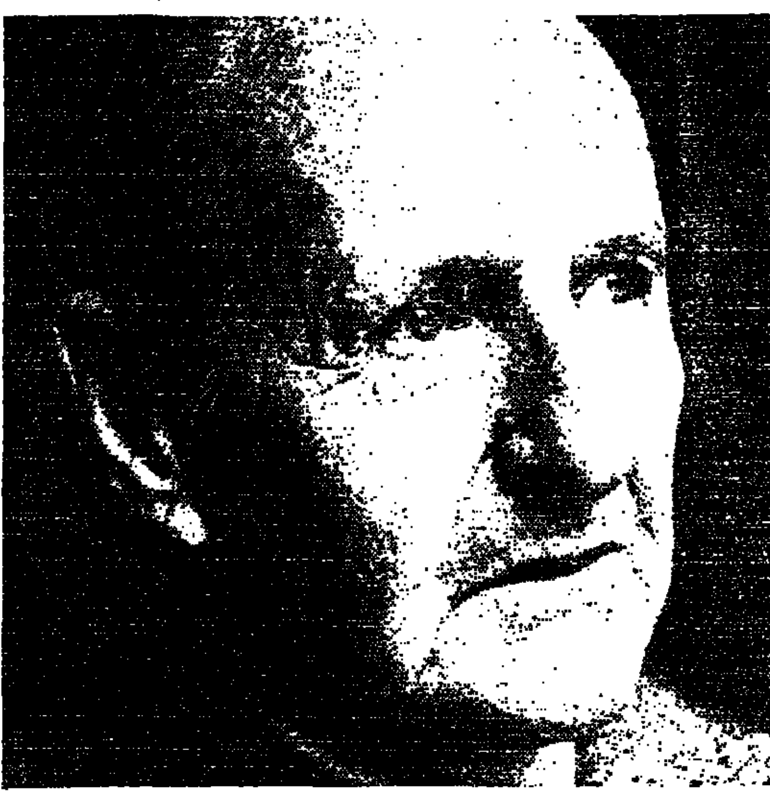
Snell, am 18. Juni 1896 in Hildesheim geboren, hatte zunächst Jura und Nationalökonomie in Edinburgh *und Oxford studiert, ehe er sich an* den Universitäten Leiden, Berlin, wo er noch Schüler von Wilamowitz war, München und Göttingen der Altphilologie zuwandte. Seine Promotion in Göttingen 1922 bei Misch und Pohlenz über „Die Ausdrücke für den Begriff des Wissens in der vorplatonischen Philosophie" fand sofort breiteste Anerkennung.

Nach einem Lektorat in Pisa habilitierte sich Snell 1925 in Hamburg, wo er dann von 1931 bis 1959, dem Jahr *seiner Emeritierung, als Ordinarius in* fruchtbarster Weise gelehrt hat. Aber auch die Jahre nach seiner Emeritierung waren gekennzeichnet durch eine beispielhafte wissenschaftliche Produktivität.

Seine Forschungsleistung, auf die hier nur in stichworthafter Andeutung hingewiesen werden kann, ist stupend. Herausragend die Textedition zu Bakchylides (1934), Pindar (1935), die „tragicorum graecorum fragmenta" I–II (1971/1981), dann auch die Mitherausgabe des „Lexikons des frühgriechischen Epos" (seit 1955).

Seit seiner Dissertation war Snell vom anthropologischen Phänomen der Sprache fasziniert. Diesem diffizilen Komplex galten seine Bücher „Der Aufbau der Sprache" (1952), eine weit über das Spezialfach der Gräzistik hinausgreifende Sprachmorphologie und -topologie, „Tyrtaios und die Sprache des Epos" (1969) und zuletzt „Der Weg zum Denken und zur Wahrheit. Studien zur frühgriechischen Sprache" (1978).

In der weitesten Öffentlichkeit bekannt wurde Snell durch sein Buch „Die Entdeckung des Geistes" (1946, in 5. Auflage 1980). In ihm ist er der *griechisch-europäischen* Entwicklung zur Rationalität und Persönlichkeitsfindung an Hand subtiler Wortinterpretation bei Homer, Hesiod, der frühgriechischen Lyrik, der griechischen Tragödie und Komödie bis hin zu Virgil nachgegangen. Seine Maxime hier, die freilich im Grunde zeitlebens für sein Forschungsverständnis galt: „Was einzelne Personen für die ‚Entdeckung des Geistes' gewirkt haben, lernen wir nur durch Text-Interpretation".
DIETRICH WACHSMUTH



Ein Meister der Textinterpretation und ein wissenschaftliches Organisationstalent: Professor Bruno Snell (1896–1986) FOTO: HORST TAPPE

Der Film „Extremities" nach Mastrosimones Stück

Engel in der Vorhölle

Bislang kannte man sie als makellose Schönheit, als attraktive Blondine mit keimfreier Erotik. Jedes Lächeln ließ die Jacketkronen um die Wette blitzen, jede Pose schien vom Laufsteg der Top-Mannequins entliehen. Doch jene Farrah Fawcett, die einst als einer der „Drei Engel für Charlie" unverwüstlichen Plastikcharme verströmte, ist jetzt aus allen Seifenoper-Himmeln in die Vorhölle des Geschlechterkampfs gestürzt.

So dürfte sie mancher jetzt in Robert M. Youngs Verfilmung von William Mastrosimones Bühnenschokker „Extremities", der am Broadway äußerst erfolgreich war, denn auch kaum wiedererkennen. Keine Spur mehr von hübscher Puppenhaftigkeit, statt dessen ein Gesicht, das seine Zornesfurchen allenfalls noch unter verschmiertem Make-up tarnt. Und erst jetzt, da sie nicht mehr vom Weichzeichner verwöhnt wird, zeigt diese Schauspielerin ihr zuvor viel bezweifeltes Talent.

Letzteres braucht sie in Robert M. Youngs Film allerdings auch dringend, denn ihre Rolle verlangt äußersten Mut zur Häßlichkeit und zur schrillen Provokation. Zunächst freilich scheint alles in Ordnung. Farrah Fawcett ist Marjorie, ein sportives Durchschnittsmädchen, das mit zwei Freundinnen ein idyllisches Vorstadthäuschen teilt.

Dann der schmerzhafte Bruch im Alltag: Ein vermummter Unbekannter (James Russo) lauert ihr im Auto auf, bedrängt sie brutal und läßt sie erst im letzten Moment entkommen. Marjories Adresse aber bleibt im Wagen zurück. Und als der Vergewaltiger dann eines Tages in ihrer Haustür steht, zynisch um „Gefälligkeiten" bittend, wird alles viel schlimmer als beim ersten Mal.

Mitten in ihrem Martyrium jedoch sieht Marjorie ihre Chance: Eine Dose Insektenspray. Wenige Sekunden später ist der geblendete Angreifer gefesselt und in die Kaminöffnung gezwängt. Die Trümpfe sind vertauscht, das grausame Spiel geht weiter.

Doch obwohl sich Marjorie maßlos rächt, sollte man diesen grellen Alptraum nicht einfach als schlichtes Gegenbild zu Selbstjustizpropaganda à la „Ein Mann sieht rot" mißverstehen. Zwar zerschleißt Regisseur Young mit allen Finessen des Horrorkinos, mit überhitzten Emotionen und allerlei ekligen Exzessen das Nervenkostüm des Publikums gewaltig. Gleichwohl schmeckt die Rache in diesem Film niemals süß, sie ist kein *ausgekostetes Vergnügen, sondern* viel eher eine fiebrig ausgeschwitzte Krankheit.

Überhaupt fehlt der bohrenden, durch harte Schnitte beschleunigten Aggression dieses Thrillers jene verräterische Glätte, die allzu leicht zur Nachahmung reizt. Nein, hier trifft jeder Hieb ins Parkett, da die Gewalt *ihre häßlichste Fratze* zeigt. Und hier ist der Täter trotz seiner abscheulichen Angriffe nur ein Häuflein Elend, mit dem letztlich sogar Marjorie Erbarmen zeigt.

Obwohl sich Regisseur Young also keineswegs zu einer Hetztirade versteigt, läßt er die Regiepeitsche lauter und wesentlich schärfer knallen, als dies auf den Bühnenbrettern möglich ist. So krankt dieser Film denn auch am Konstruktionsfehler der Vorlage, deren immer wieder hochgekochte Hysterie auf die Dauer eher abstumpft.

Doch selbst wenn man sich eine kälter sezierende Inszenierung gewünscht hätte: Farrah Fawcetts Marjorie, ihre grausam verletzte und mühsam wiedererkämpfte Würde vergißt man so schnell nicht.
WILM HART

AUSSTELLUNGSKALENDER

Berlin: Androgyn – Akademie der Künste (16. Nov. bis 4. Jan.)
Mies van der Rohe – Bauhaus-Archiv (12. Nov. bis 11. Jan.)
Bielefeld: Europäisches Kunsthandwerk 1500–1800 – Kunsthalle (9. Nov. bis 4. Jan.)
Bremen: Rodin Photographien – Kunsthalle (16. Nov. bis 4. Jan.)
Werner Stötzer – Gerhard-Marcks-Haus (2. Nov. bis 11. Jan.)
Brüssel: Ingres und Delacroix – Palais des Beaux-Arts (7. Nov. bis 21. Dez.)
Dortmund: Pan Walther: Der Lichtbildner – Museum am Ostwall (bis 30. Nov.)
Düsseldorf: Im Lichte des Nordens – Kunstmuseum (bis 1. Febr.)
Glas in Schweden 1915–1960 – Kunstmuseum (bis 18. Januar)
Große Kunstausstellung – Kunstpalast (bis 4. Jan.)
Frankfurt: Internationale Bauausstellung Berlin 87 – Deutsches Architekturmuseum (bis 30. Nov.)
Französische Zeichnungen 1550–1800 – Städel (14. Nov. bis 1. März)
Frechen: Europäische Keramik der Gegenwart – Keramion (bis 30. Dez.)
Freiburg: Julius Bissier – Augustinermuseum (16. Nov. bis 14. Dez.)
Hamburg: Auerbach – Kunstverein (bis 23. November)
Hannover: James Gillray – Wilhelm-Busch-Museum (bis 14. Dezember)
Kassel: Ungarische Avantgarde in der Weimarer Republik – Neue Galerie (9. Nov. bis 1. Jan.)
Köln: Aus der Schatzkammer des Kunsthandels – Köln Messe (8. Nov. bis 7. Dez.)
Krefeld/Mönchengladbach: Textilien aus aller Welt – Deutsches Textilmuseum Krefeld und Schloß Rheydt Mönchengladbach (bis 11. Jan.)
München: Eduard Thöny – Villa Stuck (bis 23. Nov.)
Stuttgart: Deutsche realistische Zeichnungen der zwanziger Jahre – Staatsgalerie (bis 28. Dez.)
Tübingen: Toulouse-Lautrec – Kunsthalle (8. Nov. bis 15. März)
Wien: Gold und Macht – Künstlerhaus (11. Nov. bis 25. Jan.)
Zürich: Joan Miró – Kunsthaus (20. Nov. bis 1. Febr.)

JOURNAL

Franz-Liszt-Ausstellung der Münchner Staatsoper

dpa. **München**

Zum Abschluß des Franz-Liszt-*Jahres dokumentiert die Bayeri*sche Staatsoper in München bis zum 30. November den Lebensweg des Klaviervirtuosen und Komponisten. Der Münchner Liszt-Verehrer und Pianist Ernst Burger hat als *Sammler das umfangreiche Materi*al über Franz Liszt zusammengetragen: vor allem Bildnisse des Komponisten, angefangen vom ersten bekannten Porträt bis zu der Fotografie des Musikers auf dem Totenbett. Daneben sind Autographen und Erstausgaben seltener Liszt-Werke ausgestellt sowie Fotos von Menschen, die Liszt nahestanden.

Lubovitch-Tanzensemble erstmals in Deutschland

dpa. **Ludwigshafen**

Die amerikanische „Lar Lubovitch Dance Company" gastiert derzeit erstmals in der Bundesrepublik: im Theater im Pfalzbau in Ludwigshafen. Lubovitch ist in Deutschland bisher vor allem als Choreograph für das Stuttgarter Ballett hervorgetreten. Bei der Vorstellung seiner eigenen Truppe machte er nun mit seinem Tanzstil bekannt und brachte die Choreographie *„Blood" als Uraufführung* heraus. Es handelt sich dabei um eine heiter-clowneske Persiflage auf die Sensationslust.

Beschädigter Rembrandt wird gerettet

AFP. **Moskau**

Das durch einen Säureanschlag im Juni 1985 in der Leningrader Eremitage beschädigte Rembrandt-Gemälde „Die Prinzessin Danae" wird gerettet. Die Chloridsäure konnte entfernt werden. Die Farbe war nur oberflächlich beschädigt worden, so daß das Bild nach Beendigung der Restaurierungsarbeiten wieder sein ur*sprüngliches Aussehen* zurückerhalten wird. Der Säureanschlag war von einem jungen litauischen Nationalisten verübt worden, der angeblich geistesgestört ist.

Serge-Lifar-Ausstellung in Lausanne

AFP. **Lausanne**

Die Stadt Lausanne hat zu Ehren des bekannten Tänzers und Choreographen Serge Lifar eine Ausstellung organisiert, in der noch bis zum 25. Januar Briefe, Plakate, Programmhefte und mehr als 112 Gemälde des Künstlers präsentiert werden. Der 1905 geborene Tänzer, der 1922 nach Rußland emigrierte und später in Frankreich arbeitete, lebt heute in Lausanne.

Musikrat will Unterricht an Schulen verbessern

dpa. **Bonn**

Der Deutsche Musikrat hat die Kultusminister aufgefordert, für einen durchgehenden Musikunterricht und vermehrte musikpraktische Arbeit an den allgemeinbildenden Schulen zu sorgen. Bis heute *sei noch kein kontinuierlicher Mu*sikunterricht im Umfang von zwei Wochenstunden in allen Schularten und -stufen gewährleistet. Zur Verwirklichung dieser Forderung gehöre auch die Einstellung aller voll ausgebildeten Musiklehrer sowie die Ausweitung der vorschulischen *Musikerziehung* in die Kindergärten hinein.

Kestner-Gesellschaft: Geschichte, Programm

DW. **Hannover**

Vor siebzig Jahren, 1916, wurde in Hannover die Kestner-Gesellschaft als Kunstverein für zeitgenössische Kunst gegründet. Zwei Jahrzehnte später, 1936, mußte sie jedoch wegen ihres Einsatzes für die „entartete Kunst" schließen. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sie ihre Arbeit erneut aufnehmen, seit 1948 in dem neuen Haus in der Warmbüchenstraße 16. Und bald gewann sie durch ihre Ausstellungen, mit denen neue Tendenzen und Künstler bekanntgemacht wurden, überregionale Bedeutung. Diese Entwicklung stellt die Broschüre „Kestner-Gesellschaft Hannover – Geschichte und Programm" dar. Zugleich informiert sie über die Mitgliedschaft, die Publikationen und das Katalogabonnement der Gesellschaft.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Es ist ein Buch über Hexen und Werwölfe, Raubritter und gute Landesherren, von denen in den „Sagen aus Niedersachsen" erzählt wird. In fast allen Geschichten aus den so unterschiedlichen Landschaften dieses Bundeslandes zwischen Harz, Heide und Meer steckt ein Kern Historie. Ergänzt werden die Sagen durch zahlreiche Stiche aus dem 19. Jahrhundert. Es ist eine amüsante und vor allem spannende Lektüre, nicht nur für die Niedersachsen.
Bo.

Ulf Diederichs und Christa Hinze (Hrsg.): „Sagen aus Niedersachsen". Ullstein. 336 S., 12,80 Mark.

Wenn ein Polizist den Todesschuß abfeuert

PETER SCHMALZ, München

Das Ende des 38stündigen Geiseldramas in München (WELT vom 3. 11.) wird im Polizeibericht mit zwei nüchternen Sätzen kundgetan: „Um 11.23 Uhr erfolgte ein polizeilicher Notangriff, durch den es gelang, die Geisel unverletzt zu befreien. Der Geiselnehmer ist tot." Was hier mit dem Begriff „polizeilicher Notangriff" umschrieben ist, wird gewöhnlich als „finaler Rettungsschuß" bezeichnet und zählt zu den umstrittensten und problematischsten Aufgaben eines Polizisten: Ein Beamter muß töten, um das Leben von Unschuldigen zu retten.

Mit Recht und Gesetz steht eine solche Handlung in Einklang und ist in Bayern durch Artikel 45 des Polizeiaufgabengesetzes geregelt, wo der zweite Satz des zweiten Absatzes lautet: „Ein Schuß, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist." Gleichlautende oder ähnliche Formulierungen finden sich auch in den entsprechenden Gesetzen der anderen Länder.

Doch auch bei dieser rechtlich klar definierten Grundlage bleibt der „finale Rettungsschuß" ein schweres psychologisches Problem für die eingesetzten Beamten. „Ein heißes Eisen", wie gestern ein Münchner Polizeisprecher meinte. Die Pflicht, mit ruhiger Hand und möglichst präzise einen Menschen zu töten, belastet die Schützen aufs Extremste und bringt sie nicht selten in eine innere Unruhe, der sie alleine nicht mehr Herr werden. Sie dann zu betreuen, ist Aufgabe ihrer Kollegen vom Psychologischen Dienst. Der Münchner Polizei-Psychologe Rudolf Schwaiger gestern zur WELT: „Wir stehen ihnen dann auf Wunsch beiseite, beraten sie, lassen sie über ihre Schwierigkeiten berichten." Über die Verfassung des Schützen vom Sonntag wollte er jedoch keine Angaben machen.

Die Scharfschützen sind Angehörige der Sondereinsatz-Kommandos (SEK), haben sich freiwillig für diese Aufgabe gemeldet und mußten eine strenge Prüfung durchlaufen, bei der auch ihre psychologische Belastbarkeit getestet wurde. Man wolle für diese schwere Aufgabe keine schießwütigen Männer, meint Psychologe Schwaiger, sondern Beamte, die ein hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein mitbringen.

Sie sind inzwischen wesentlich besser ausgerüstet und intensiver ausgebildet als ihre Kollegen, die vor Jahren ähnliche Situationen nicht meistern konnten. Die beiden spektakulärsten geschahen im August 1971, als nach einer Geiselnahme in einer Bankfiliale in der Münchner Prinzregentenstraße einer der Gangster auf dem Weg zum Fluchtauto tödlich getroffen wurde, aber noch die Kraft fand, seine 23jährige Geisel zu erschießen, und ein Jahr später, als palästinensische Terroristen die israelische Olympiamannschaft überfielen und eine Polizeiattacke so unglücklich verlief, daß die Täter ihre sämtlichen Geiseln töten konnten. Die bessere Schulung der SEK-Beamten soll ähnliche Pannen künftig verhindern.

Mit Sorge beobachtet die Münchner Polizeiführung jedoch seit geraumer Zeit den verhängnisvollen Trend, daß verzweifelte Menschen immer häufiger in der Geiselnahme einen vermeintlichen Ausweg suchen; allein im vergangenen halben Jahr erlebte die bayerische Landeshauptstadt neun Geiselnahmen, darunter war ein Banküberfall, ein Ehekrach und ein Befreiungsversuch aus der Justizvollzugsanstalt Stadelheim. Bei einer Geiselnahme auf offener Straße erst vor vier Wochen mußte der Täter, ein Finne, ebenfalls erschossen werden, um das willkürlich ausgewählte Opfer zu retten.

Lloyd's ließ sich seine neue „Markthalle" eine halbe Milliarde Mark kosten



Mit einem Kaffeehaus (oben eine Rekonstruktion) fing es im 17. Jahrhundert an. Am 18. November wird Queen Elizabeth den neuen Bau der berühmtesten Versicherungsgesellschaft der Welt eröffnen. FOTOS: AP

Für die Londoner ein Ärgernis und Faszinosum zugleich

SIEGFRIED HELM, London

Im Herzen der Londoner City, wenige Minuten Fußweg von der Bank von England entfernt, ist in fünfjähriger Bauarbeit eine „Markthalle" entstanden, die schon vor ihrer Eröffnung durch die Queen am 18. November als kühnstes Beispiel von moderner „High-Tech-Architektur" in England gilt. Lloyd's of London, der größte Versicherungsmarkt der Welt, ließ sich für eine halbe Milliarde Mark einen Bau in die City setzen, der Ärgernis und Faszinosum zugleich ist.

Den Zuschlag bei dem internationalen Wettbewerb erhielt der britische Architekt Richard Rogers, der bereits dem Pariser Centre Pompidou seinen Stempel aufdrückte. Sein neues Opus wurde enthusiastisch begrüßt als „raffiniert inszeniertes technologisches Ballett", aber auch hämisch verteufelt als eine „Raumfähre", die sich in die Londoner City verflog und dort wie die Faust auf dem Auge landete.

Es ist der vierte Bau, den sich Lloyd's in diesem Jahrhundert errichten ließ. Diesmal wurde es ohne Zweifel ein Jahrhundertbau. Rogers ging davon aus, daß ein Markt eine Markthalle haben muß. Deshalb plante er seinen Bau um dieses funktionale Zentrum herum und schuf das erste Hochhaus Englands, das einen riesigen Innenraum umschließt, mit gläsernen Galerien, von denen der Blick durch ein gigantisches Atrium schweift. Bis zum gläsernen Tonnendach sind es stolze 60 Meter. Dieser Riesenraum wirkt wie eine Kathedrale des Maschinenzeitalters, eine Burg des Glaubens an die Unfehlbarkeit des Versicherungsschutzes für Schiffe und Flugzeuge. Hier fand der Glaube an das kalkulierbare Risiko fast sakralen Ausdruck.

Schon als das Kaffeehaus von Edward Lloyd in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum Treffpunkt der Versicherer von Schiffen und Frachten wurde, gab es dafür einen besonderen Raum. „The Room" ist das Herz dieses Marktes geblieben, auf dem längst auch Autos und Jumbojets versichert werden, der sich nicht scheute, nach den Beinen von Hollywoodstars zu greifen und der den Verlust origineller Schnurrbärte als kalkulierbares Risiko nicht verschmäht. Das Erdgeschoß und die ersten drei durch diagonal aufsteigende verglaste Rolltreppen kommunizierenden Galerien bilden jetzt den „Room", wo die „Underwriters", die Risikoträger, ihre Verkaufsräume einrichteten. Dieser Marktplatz umfaßt eine Fläche von 9283 Quadratmetern. Die Galerien, die sich um das Atrium legen, das vom Tonnendach und den verglasten Seitenwänden Tageslicht erhält, ruhen im Innern des Zentralbaus auf acht Säulen.

Was die Kritiker dieses Giganten auf die Palme bringt und von Verschandelung der Londoner Skyline zetern läßt, ist freilich die Außenansicht. Rogers stellte den Bau seiner architektonischen Grundkonzeption gemäß „nackt" hin. Er grenzt sich bewußt ab von den Vätern der modernen Architektur, den Mies van der Rohe und Gropius, von Frank Lloyd Wright und Corbusier, die die „nackten Tatsachen" der Fahrstuhlschächte, der Rohrleitungen für Heizung und Abwässer, der Klimaanlage bis zu den Toiletten in einem betonummantelten Schacht im Innern ihres Baus züchtig versteckten. Rogers läßt alle Hüllen fallen bis hin zum Feigenblatt und kehrt buchstäblich das Innere nach außen: die gesamten Versorgungsleitungen sind in sechs „Satellitentürme" nach außen verlegt und an die Außenwände, wo sie zugleich als architektonische Gliederungselemente dienen. Über den ästhetischen Reiz solcher bloß und zutage liegenden prosaischen Funktionsträger gehen die Meinungen freilich stark auseinander.

Die elfte der zwölf Galerien enthält ein mit Akribie konserviertes Juwel eines Raums im klassizistischen Adam-Stil, der samt fein ziselierter Stuckdecke aus dem Landsitz Bowood House in den Lloyd's-Vorgängerbau verpflanzt worden war. Von hier, in einer Höhe wie der der Kathedrale von Chartres, reicht der Blick weit über London und fällt in die Tiefe des „Room" bis zu der weltberühmten Lutine-Glocke, die beim Eintreten des Schadenfalls geläutet wurde, also beim Untergang eines Schiffs.

Zum ersten Mal in seiner fast 300jährigen Geschichte öffnet Lloyd's of London, dessen Prämienaufkommen im Jahr 18 Milliarden Mark erreicht, seine Pforten der Öffentlichkeit. Auf der vierten Galerie wird eine Dauerausstellung über Lloyd's in Geschichte und Gegenwart eröffnet, von deren Aussichtsplattform man das Treiben dieses faszinierenden Marktplatzes beobachten kann, der direkt und indirekt 83 000 Menschen beschäftigt und der von den „Namen" getragen wird. Sie müssen beim Einstieg 100 000 Pfund (290 000 Mark) Kapital nachweisen, haften aber bei einer (wegen Rückversicherung seltenen) Pleite mit ihrem Gesamtvermögen. (SAD)

In Texas die meisten Hinrichtungen

AP, Washington

In den Vereinigten Staaten wurde im Jahr 1985 18mal die Todesstrafe vollstreckt. Die Zahl der Hinrichtungen seit Wiedereinführung der Todesstrafe vor fast einem Jahrzehnt hat sich damit auf 50 erhöht. Aus einer von der Regierung veröffentlichten Übersicht geht hervor, daß Texas im vergangenen Jahr mit sechs Hinrichtungen an der Spitze lag, gefolgt von Georgia und Florida mit je drei Exekutionen. Virginia brachte zwei Häftlinge zu Tode, während die Todesstrafe in Indiana, Louisiana, Nevada und South Carolina je einmal vollstreckt wurde.

In fünf anderen US-Staaten, in denen die Todesstrafe wieder legal ist, befand sich 1985 kein Todeskandidat in den Gefängnissen. Von allen zum Tod verurteilten Häftlingen sind 17 Frauen, 903 sind Weiße und 672 Farbige. Der Anteil der Farbigen an der Gesamtbevölkerung beträgt 11,5 Prozent. Die Todeskandidaten sind im Schnitt 32 Jahre alt.

In Frankreich angurten

dpa, Paris

Autofahren ohne angelegte Sicherheitsgurte ist seit gestern in Frankreich teuer. Fahrer, die von der zu scharfen Kontrollen angehaltenen Polizei erwischt werden, erhalten einen Strafzettel über 230 Franc (rund 75 Mark). Wer nicht innerhalb eines Monats bezahlt, muß das Doppelte überweisen. Für Beifahrer gilt dasselbe. Selbst für Diplomaten werden keine Ausnahmen gemacht.

Mutters Freund erstochen

dpa, Düren

Während einer Rangelei erstach am Wochenende ein 20jähriger in Düren-Birkesdorf den Freund seiner Mutter. Die 38jährige Frau war in der gemeinsamen Wohnung mit ihrem Lebensgefährten, einem 36jährigen Arbeiter, in Streit geraten. Der Sohn mischte sich ein. Im Handgemenge zog er plötzlich ein Fahrtenmesser mit 20 Zentimeter langer Klinge. Sie traf den Arbeiter in der Herzgegend.

Rücknahme angeboten

dpa, Bonn/Sinsheim

Die deutschen Batteriehersteller haben dem Bundesumweltministerium eine freiwillige Vereinbarung über die Rücknahme gebrauchter Batterien und zur Verringerung des Quecksilbergehalts in Alkali-Mangan-Batterien angeboten. Umweltminister Walter Wallmann (CDU) erklärte gestern, das Angebot werde zur Zeit von den Fachleuten seines Ministeriums geprüft.

Polizisten folterten

AFP, Peking

Ein chinesischer Polizeichef und drei Polizisten sind nach Angaben der Zeitung „China Daily" verhaftet worden, weil sie illegal Personen festgehalten und gefoltert haben sollen. Mit dem Auftrag, zwei Diebstähle aufzuklären, hatten sie in einer südwestchinesischen Provinz 200 Personen festgehalten und zum Teil gefoltert, um Geständnisse zu erpressen.

Nachtfrost und Glatteis

dpa, Hamburg

Sowohl im Norden als auch im Süden mußten die Autofahrer gestern die Scheiben freikratzen. In weiten Teilen der Bundesrepublik kam es zu den ersten Nachtfrösten und Glatteis. Hessen verzeichnete nach Angaben des Wetteramtes Offenbach die kälteste Nacht dieses Herbstes; in Frankfurt sanken die Temperaturen auf minus zwei Grad.

Drei Tote bei Auffahrunfall

AP, Aachen

Drei Menschen sind bei einem Auffahrunfall gestern morgen auf der Autobahn Nürnberg–Heilbronn ums Leben gekommen. Ein mit drei Personen besetzter Kleinbus fuhr auf einen Lastwagen auf. Die drei Männer waren sofort tot.

Noch keine Vögel füttern

dpa, Berlin

Die Winterfütterung von Vögeln ist noch nicht sinnvoll. Darauf machte der Deutsche Bund für Vogelschutz/Deutscher Naturschutzverband (DBV) gestern aufmerksam. Im Herbst fänden Vögel in jedem Fall noch genügend natürliche Nahrung. Sie ernähren sich von Beeren, Früchten, Sämereien und Insekten, die sich im Laub oder an Bäumen eingenistet haben. Wer Vögeln wirklich helfen wolle, der sollte jetzt im Herbst an einigen Stellen im Garten das Laub liegenlassen, in dem sich Sämereien und Kleinlebewesen als Nahrungsgrundlage für Vögel befinden.

ZU GUTER LETZT

Eine Kobra, die sich unbemerkt auf dem Sessel des Chefs niedergelassen hatte, legt seit zwei Monaten eine Maschinenfabrik an der indischen Ostküste lahm. Mönche eines nahegelegenen Tempels gaben der Belegschaft den Rat, das als heilig verehrte Tier nicht zu stören. Jetzt bleibt die Fabrik bis auf weiteres geschlossen.

Iran: 98 Opfer bei Flugzeugabsturz

rtr. Teheran

Beim Absturz eines iranischen Militär-Transportflugzeugs im Südosten Irans sind am Sonntag abend alle 98 Insassen getötet worden. Rettungsmannschaften haben inzwischen die meisten Leichen der 91 Soldaten und sieben Besatzungsmitglieder geborgen. Die Maschine war in den Bergen in der Nähe von Zahedan, 40 Kilometer von der Grenze zu Afghanistan und Pakistan entfernt, abgestürzt. Radio Teheran berichtete, der Transporter habe Soldaten der 88. Panzerdivision an Bord gehabt, die in Zahedan stationiert ist.

Britinnen nach Party ausgewiesen

dpa. London

35 britische Krankenschwestern sind nach einer Geburtstagsfeier am 20. August, auf der Alkohol getrunken wurde, aus Saudi-Arabien ausgewiesen worden. In einer Privatvilla bei Riad hatten sich rund 100 Gäste versammelt. Gegen Mitternacht drangen zwölf Polizisten in das Haus ein und trennten Männer und Frauen.

Sechs Personen wurden festgenommen. Am 24. Oktober wurden drei weitere britische Frauen in Saudi-Arabien festgenommen, weil sie sich von einem Mann in seinem Auto hatten mitnehmen lassen.

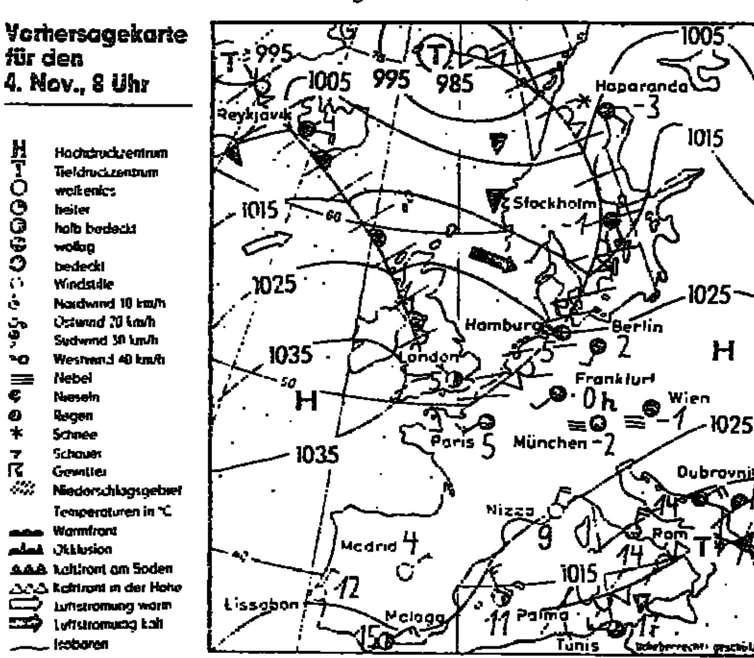
WETTER: Überwiegend trocken

Lage: Während ein schwacher Tiefausläufer den Norden Deutschlands überquert, bleibt über Süddeutschland zunächst noch eine Hochdruckbrücke wetterbestimmend.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden überwiegend stark bewölkt und gelegentlich leichter Regen. Von Nordwesten her Übergang zu wechselnder Bewölkung und vereinzelt Schauer. Temperaturen um 9, nachts um 4 Grad. Im Süden teils neblig-trüb, teils locker bewölkt und weitgehend niederschlagsfrei. Temperaturen in Nebelgebieten um 5, sonst nahe 10 Grad. Nachts Abkühlung auf plus 3 bis minus 3 Grad.

Weitere Aussichten: Norden: Aufkommende länger dauernde Niederschläge. Süden: Wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.21 Uhr*, Untergang: 16.49 Uhr; **Mondaufgang:** 12.01 Uhr, Untergang: 18.37 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	8	he
Bielefeld	9	bd
Braunlage	3	R
Bremen	6	bd
Dortmund	7	bw
Dresden	5	bd
Düsseldorf	9	bd
Erfurt	7	bw
Essen	8	bd
Feldberg/S.	-3	he
Flensburg	3	bw
Frankfurt/M.	5	bd
Freiburg	6	he
Garmisch	3	bw
Greifswald	6	bw
Hamburg	6	bd
Hannover	8	bw
Kahler Asten	1	bd
Kassel	4	bw
Kempten	2	bw
Kiel	8	bd
Koblenz	7	bd
Köln-Bonn	8	bd
Konstanz	7	he
Leipzig	7	bw
List/Sylt	9	bw
Lübeck	8	bw
Mannheim	7	bw
München	1	bd
Münster	8	bw
Norderney	9	bw
Nürnberg	2	bd
Oberstdorf	3	bw
Passau	6	he
Saarbrücken	7	bw
Stuttgart	2	bd
Trier	6	bw
Zugspitze	-11	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	22	he
Amsterdam	10	bw
Athen	18	bw
Barcelona	13	he
Belgrad	11	bw
Bordeaux	10	he
Bozen	17	he
Brüssel	9	bw
Budapest	9	he
Bukarest	11	bd
Casablanca	21	he
Dublin	9	he
Dubrovnik	17	bw
Edinburgh	10	he
Faro	22	he
Florenz	13	bd
Genf	7	he
Helsinki	1	he
Hongkong	26	he
Innsbruck	9	he
Istanbul	16	bw
Kairo	25	bw
Klagenfurt	11	he
Konstanza	10	bw
Kopenhagen	7	bw
Korfu	17	R
Las Palmas	23	bw
Leningrad	3	bd
Lissabon	17	he
Locarno	17	wl
London	11	bd
Los Angeles	20	wl
Luxemburg	5	bw
Madrid	13	he
Mailand	14	bw
Malaga	23	he
Mallorca	19	he
Moskau	4	R
Neapel	16	bw
New York	6	bd
Nizza	20	bw
Oslo	1	bw
Ostende	9	bw
Palermo	18	bw
Paris	10	he
Peking	12	he
Prag	6	he
Rhodos	20	he
Rom	14	bw
Salzburg	5	he
Singapur	25	he
Split	14	R
Stockholm	3	he
Straßburg	8	he
Tel Aviv	26	he
Tokio	19	Rs
Tunis	17	bw
Valencia	18	he
Varna	13	he
Venedig	14	bw
Warschau	6	bw
Wien	7	he
Zürich	6	bw

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Ss = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Wurde der Rhein doch verseucht?

AP, Basel

In Folge des Großbrandes in der Nacht zum Samstag beim Basler Chemiekonzern Sandoz sind möglicherweise hochgiftige Substanzen in den Rhein gelangt. Darauf machte die Konzernleitung fernschriftlich sämtliche Wasserwerke entlang des Rheins bis nach Rotterdam aufmerksam. Inzwischen deutet sich an, daß das Fischsterben im Rhein bei Basel weit größere Ausmaße angenommen hat, als zunächst angenommen wurde. Im Rhein verendeten Tausende von Aalen, nachdem bereits am Sonntag der Tod von mehr als 1500 Äschen in dem Fluß und einer angrenzenden Fischereizucht gemeldet worden war.

Die Gefahr von Giftrückständen im Trinkwasser wurde vom Baseler Kantonschemiker Hansruedi Strauss als gering eingestuft. Bei Lebensmitteln empfahl Strauss gründliches Waschen von frischen Salaten und frischem Gemüse.

LEUTE HEUTE

Eingestiegen

Mit 63 Jahren steigt **Norman Mailer** ins Filmgeschäft ein. Als Schauspieler wirkt er in **Jean-Luc Godards** „King Lear" mit, bei der Verfilmung seines eigenen Buches „Tough Guys don't Dance" mit **Ryan O'Neal** führt er Regie. Um die weibliche Hauptrolle gab es dabei Streit: O'Neal wollte **Ali MacGraw** oder seine Freundin **Farrah Fawcett** eingesetzt sehen, Mailer wählte aber Ingrid Bergmans Tochter **Isabella Rossellini**.

Ausgezeichnet

Von der 11jährigen **Radost Bokel** (Foto) alias „Momo" bis zu **André Heller** reicht in diesem Jahr die Riege der „Bambi"-Gewinner. Der Regisseur Manfred Grunert erhält eine Auszeichnung für sein Fernsehspiel „Süchtig". Und der gesamte „Denver-Clan" kann sich demnächst ebenso mit dem goldenen Reh schmücken wie **Steffi Graf**, **Falco** und der Filmproduzent **Bernd Eichinger**. Frau des Jahres" bei der 39. „Bambi"-Verleihung ist die Regisseurin **Doris Dörrie**, ihr männliches Pendant der amerikanische Arzt **Robert Gale**, der die Tschernobyl-Opfer behandelte. In der Kategorie Klassik erhalten **Justus Frantz**, **Leonard Bernstein** und Ministerpräsident **Uwe Barschel** Trophäen für ihre Verdienste um das Schleswig-Holstein-Musik-Festival. Einen Ehrenpreis für soziales Engagement kann am 20. November Prinzessin **Yasmin Aga Khan** entgegennehmen.

Todessprung von 46 Elchen

SAD, Anchorage

Amerikanische Tierschützer und Förster im nördlichsten US-Bundesstaat Alaska rätseln, warum sich 46 Elche von einem 150 Meter hohen Felsvorsprung in den Tod stürzten. Der Todessprung der Elche, alles Muttertiere mit ihren einjährigen Färsen, ereignete sich auf einer Insel südwestlich von Anchorage. Nach dem Aufprall rutschten die Kadaver noch 60 Meter weiter, bis sie am Inselufer liegenblieben.

Jäger, die in einem Motorboot an den Ufern der unbewohnten Insel Afognak entlangfuhren, entdeckten das wüste Knäuel von Elchkadavern. Das Fleisch der vor etwa einer Woche umgekommenen Tiere ist nicht mehr verwertbar. Der Zoologe Larry Van Daele glaubt nicht, daß die Elche wie Lemminge „Selbstmord" begingen. „Ich glaube eher, daß sie vor irgendetwas flüchteten und versehentlich über den Felsen sprangen", sagte er.

Vom „Jarmarka" sind die Moskowiter hell begeistert

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Komm her, mein Täubchen, und probier' dieses rote Äpfelchen", schmeichelt eine alte Frau und hält der Kundin einen angeschnittenen Apfel hin. Auf einem offenen Lkw schnattern Gänse, und Kaninchen hüpfen zwischen Strohballen umher. Die Tiere haben eine Nachtfahrt hinter sich. Das Kilo drei Rubel, egal ob Gans oder Kaninchen, kündet die Verkaufstafel. Der Anbieter, ein dunkelhäutiger Mann im Kaftan mit Pelzmütze auf dem Kopf mustert die Moskowiter gleichgültig, die sich um den Lkw eher schüchtern scharen. Erst als ein junger Mann einen Stallhasen auf die Waage legt und dann mit seiner lebenden Ware im Korb abzieht, scheint der Bann gebrochen. Das Geschäft beginnt zu florieren.

Moskau feiert „Jarmarka", wie das Lehnwort lautet. Vier Tage lang dauert dieser „Bazar" in allen Stadtteilen Moskaus – vom Südwesten angefangen in Solnezewo bis Nordosten in Zelenograd. Ganze Straßenzüge wurden gesperrt, Buden aufgestellt, ehemalige Bierhallen und Supermärkte in Beschlag genommen. Es ist der erste Versuch der Gos-Agroprom-Betriebe, noch einmal die ganze Fülle des Sommers zu präsentieren, ehe der Winter einbricht. Aus dem ganzen riesigen Sowjetreich sind die Anbieter in die Hauptstadt gekommen. Tagelang waren Lkw-Kolonnen unterwegs, und eine Armada von Flugzeugen aus dem Süden brachte die Händler an die Moskwa.

Ein großer Handelsbasar

Neben russischen Bauern kamen die Händler aus den islamischen Republiken Mittelasiens, es reisten die Leute aus Georgien und Aserbeidschan an, ebenso die Armenier und Ukrainer. Sie alle schafften heran, was aus ihren reichen Ernten an Früchten, Gemüse, Kräutern und Gewürzen sonst nie nach Moskau gelangt. 20 000 Tonnen Frischgemüse und Obst wurden angeliefert.

Aber auch Back- und Wurstwaren, Souvenirs und Nationalkleidung wurde feilgeboten – und alles zu geregelten, sprich: nicht überteuerten Preisen. 12 000 Verkäufer rückten in die Metropole der UdSSR. Ganz Moskau gleicht in diesen Tagen einem einzigen großen Handelsbazar, riesig und buntscheckig wie die Sowjetunion tatsächlich ist.

„Wunderschöner Jahrmarkt", jauchzt die „Prawda". Und die „Sowjetskaja Rossija" belehrt: „Auf diesem Markt soll sozialistischer Unternehmergeist und Verantwortung entwickelt werden." Dieser „Jarmarka" soll Tradition werden, soll anknüpfen an den russischen Brauch in früheren Jahrhunderten, wo es so ruhmreiche Märkte wie in Nowgorod und in Wladimir gab.

Boris Jelzin, dem bulligen neuen Moskauer Stadtchef, verdanken die Moskowiter dieses neue Spektakel, das von den Moskauern so spontan angenommen wurde. Er, der angetreten ist, Moskaus Glanz als Krone der kommunistischen Kommunalverwaltung wieder aufzupolieren, er sorgte in diesem Sommer erstmals für Vitamine zu annehmbaren Preisen für die Moskauer Stadtbevölkerung.

Seit Juli dieses Jahres rollten die Sattelschlepper gen Moskau mit dem begehrten Obst und Gemüse. Denn die neuen Gorbatschow-Gesetze sehen vor, daß die Kolchosen und Sowchosen nicht nur Übersoll, sondern bis zu 30 Prozent ihrer Plan-Produktion selbst verkaufen dürfen.

Nun, da der Winter vor der Türe steht, die Transportwege vereist und schneeverweht sind, wird noch einmal in Hülle und Fülle Obst und Gemüse angeboten. Und die Moskauer machen regen Gebrauch von diesen Angeboten, um Keller und Kühlschrank rechtzeitig zu füllen.

Es riecht nach Kapusta

Es riecht in diesen Tagen nach Land, riecht streng nach Knoblauch und überreifen Melonen, riecht nach saurem Kapusta (Kohl) und nach Kleinvieh. Eine alte Frau verkauft in Gläsern ihre selbst eingelegten Pilze, wobei sie einen langen Diskurs über das Einlegen hält. Kapellen spielen auf, ukrainische Mädchen in roten Stiefeln stampfen einen Volkstanz auf einer Bretterbühne und ein Schnellzeichner kassiert zehn Rubel für ein Porträt. Aus Samowaren wird Tee angeboten und kleine weiß-blaue Rauchwolken signalisieren, daß hier Schaschlik gebraten wird. – Am Abend glühen bunte Lichter an den Verkaufsbuden, und „Kalinka, Kalinka" tönt laut aus dem Lautsprecher. – Moskau feiert „Jarmarka".

